



Landtag Mecklenburg-Vorpommern

22. Sitzung

4. Wahlperiode

Donnerstag, 9. Oktober 2003, Schwerin, Schloss

Vorsitz: Präsidentin Sylvia Bretschneider, Vizepräsidentin Renate Holznagel und Vizepräsident Andreas Bluhm

Inhalt**Antrag der Fraktionen der SPD und PDS:
Entschließung für ein zukunftsfähiges
und gerechtes Gesundheitswesen**

– Drucksache 4/806 –	1187
Volker Schlotmann, SPD	1187
Torsten Renz, CDU	1189, 1193, 1198, 1199
Ministerin Dr. Marianne Linke	1189
Dr. Norbert Nieszery, SPD	1191, 1193
Torsten Koplin, PDS	1196
Jörg Heydorn, SPD	1198, 1199
Beschluss	1199

**Antrag der Fraktion der CDU:
Landesverordnung über die Höhe
der durchschnittlichen Betriebskosten
(Regelkosten) in der Kindertagesbetreuung
(Betriebskostenlandesverordnung –
BKLVO M-V) für das Jahr 2004**

– Drucksache 4/804 –	1199
Harry Glawe, CDU	1199, 1202
Ministerin Dr. Marianne Linke	1200
Jörg Heydorn, SPD	1202
Torsten Koplin, PDS	1203
Beschluss	1204

Antrag der Fraktionen der PDS und SPD:**Entschließung zur Gemeindefinanzreform**

– Drucksache 4/812(neu) –	1204
Angelika Gramkow, PDS	1204, 1220
Minister Dr. Gottfried Timm	1205, 1207, 1208
Dr. Armin Jäger, CDU	1207, 1208, 1217
Eckhardt Rehberg, CDU	1208, 1219
Heinz Müller, SPD	1211, 1221
Gabriele Schulz, PDS	1216, 1217
Ministerin Sigrid Keler	1217
Beschluss	1221

Antrag der Fraktion der CDU:**Entwicklungschancen für Vorpommern und
das östliche Mecklenburg geben – struktur-
schwache Räume brauchen Unterstützung**

– Drucksache 4/802 –	1222
Dr. Ulrich Born, CDU	1222
Ministerpräsident Dr. Harald Ringstorff	1224
Erwin SELLERING, SPD	1228
Dr. Gerhard Bartels, PDS	1229
Beate Schlupp, CDU	1231
Minister Dr. Otto Ebnet	1233
Wolfgang Riemann, CDU	1235
Gerd Walther, PDS	1236
Kerstin Fiedler, CDU	1237
Heinz Müller, SPD	1238
Beschluss	1239

Antrag der Fraktionen der SPD und PDS:

Jugendhilfestrukturen

– Drucksache 4/808 –	1239
Mathias Brodkorb, SPD	1239, 1242
Ministerin Dr. Marianne Linke	1240
Harry Glawe, CDU	1241
Gerd Walther, PDS	1241
Beschluss	1243

Antrag der Fraktionen der PDS und SPD:

Entschließung zur Einrichtung eines Zentrums zur Sicherung der Qualität in der Medizin der Bundesrepublik Deutschland in Mecklenburg-Vorpommern

– Drucksache 4/811 –	1243
Änderungsantrag der Fraktion der CDU	
– Drucksache 4/843 –	1243
Torsten Koplin, PDS	1243
Ministerin Dr. Marianne Linke	1245
Minister Dr. Dr. Hans-Robert Metelmann	1246
Harry Glawe, CDU	1247
Dr. Norbert Nieszery, SPD	1247
Dr. Gerhard Bartels, PDS	1247
Beschluss	1248

Antrag der Fraktionen der SPD und PDS:

Erarbeitung einer neuen Förderrichtlinie „Kultur“

– Drucksache 4/807 –	1248
Angelika Volland, SPD	1248
Minister Dr. Dr. Hans-Robert Metelmann	1249
Kerstin Fiedler, CDU	1250, 1254, 1255
Karin Schmidt, PDS	1252, 1254, 1255

Dr. Ulrich Born, CDU

Dr. Gerhard Bartels, PDS

Frank Ronald Lohse, SPD

Beschluss

Antrag der Fraktionen der PDS und SPD:

Auswirkungen des Urteils des Europäischen Gerichtshofs zur Bewertung des Bereitschaftsdienstes als Arbeitszeit

– Drucksache 4/810 –

Änderungsantrag der Fraktion der CDU

– Drucksache 4/844 –	1256
Torsten Koplin, PDS	1256
Ministerin Dr. Marianne Linke	1257
Harry Glawe, CDU	1259
Dr. Norbert Nieszery, SPD	1259
Karin Schmidt, PDS	1260
Beschluss	1261

Antrag der Fraktionen der SPD und PDS:

Dreimonatige Kündigungsfrist im Wohnraummietrecht muss auch bei Altverträgen eindeutig sein

– Drucksache 4/809 –	1261
Jörg Heydorn, SPD	1261, 1263
Karin Strenz, CDU	1261
Regine Lück, PDS	1262
Beschluss	1263

Nächste Sitzung

Mittwoch, 12. November 2003

Beginn: 9.03 Uhr

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Meine Damen und Herren, ich begrüße Sie zur 22. Sitzung des Landtages. Die Sitzung ist eröffnet. Die Tagesordnung der heutigen Sitzung liegt Ihnen vor. Wir setzen die Beratung vereinbarungsgemäß fort.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 17:** Beratung des Antrages der Fraktionen der SPD und PDS – ...

Herr Caffier, wir haben die Sitzung begonnen!

(Wolfgang Riemann, CDU: Der haut mich. – Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

... Entschließung für ein zukunftsfähiges und gerechtes Gesundheitswesen, auf Drucksache 4/806.

**Antrag der Fraktionen der SPD und PDS:
Entschließung für ein zukunftsfähiges
und gerechtes Gesundheitswesen
– Drucksache 4/806 –**

Das Wort zur Begründung hat der Fraktionsvorsitzende der SPD-Fraktion Herr Schlotmann.

Volker Schlotmann, SPD: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich freue mich ja, dass heute Morgen alle so fröhlich den Arbeitstag beginnen. Ich denke, wenn sich das auf die gesamte Sitzung überträgt, dann haben wir vielleicht alle ein bisschen gewonnen, zumindest, wenn es einigermaßen in gesitteter Form rüberkommt. Zumal wir auch wieder jugendliche Gäste auf der Tribüne haben, sollten wir uns vielleicht ein bisschen, damit meine ich uns alle, mehr beherrschen in unserer Emotionalität.

(Heiterkeit bei Harry Glawe, CDU: Wir danken für den gewerkschaftlichen Hinweis.)

Nein, das war kein gewerkschaftlicher, sondern ein parlamentarischer Hinweis, Harry Glawe. Ich denke, wir sitzen hier als Parlamentarier, auch wenn wir vielleicht immer wieder einmal auf Gewerkschaften hören sollten, das kam ja gestern auch von Ihnen aus den eigenen Reihen.

Meine Damen und Herren, die Koalitionsfraktionen haben Ihnen auf Initiative der SPD eine Entschließung vorgelegt zum Thema Bürgerversicherung. Wir halten das für geboten, weil es sich dabei um ein wirklich aktuelles und breit diskutiertes Thema handelt, ein Thema, bei dem viele Menschen im Land ein Recht haben zu wissen, wie wir dazu stehen, und zwar jeweils die Parteien und die Fraktionen. Und dass das Thema wirklich aktuell ist, zeigt ja jetzt auch die Debatte in der Union ganz aktuell zu den Themen Herzog-Kommissions-Vorschläge und Gesundheitsreform. Dass das ein unterschiedliches Bild ist, ist vergleichbar mit Teilen der Diskussionen, die auch in der SPD gelaufen sind und sicherlich auch in der PDS laufen. Und von daher, denke ich mir, ist dieses Thema angemessen für diesen Landtag.

Wir erleben landauf, landab eine Situation, meine Damen und Herren, wo Politik und die Wähler und Wählerinnen intensiv und zum Teil sehr kontrovers über die Zukunft des Sozialstaates diskutieren, und zwar über die Zukunft unseres Allgemeinwesens allgemein. Auch über Bürgerversicherung wird dabei gesprochen, manchmal aber eher in Unkenntnis über das, worum es eigentlich geht. Es handelt sich keinesfalls um eine Diskussion im luftleeren Raum oder um eine Diskussion, die aus dem Nichts kommt. Nein, die Zeiten knapp werdender Haushaltsmittel, die Lage auf dem Arbeitsmarkt und die Lage

der Sozialversicherungssysteme insgesamt fordern eine solche breit angelegte auch parlamentarische Diskussion.

Ich bin davon überzeugt, dass jedes dieser einzelnen Elemente, die ich gerade genannt habe, allein schon Grund genug für grundlegende Reformen ist. Es ist aber so, dass jedes dieser einzelnen Elemente wieder Auswirkungen auf das jeweils andere Element hat oder auf alle anderen Elemente. Die Komplexität zeigt, dass es eben einfach nicht ausreicht, nur an einer einzigen Schraube zu drehen, und schon ist alles geregelt. Ich will auch gar nicht verhehlen, dass sich die SPD, die Sozialdemokratische Partei, dabei besonders schwer tut. Wir haben eine 140-jährige Tradition als SPD mit vielen problematischen Diskussionen. Das war eine sehr wechselhafte Zeit, die die SPD durchlitten hat, aber eben auch eine sehr verantwortungsvolle Zeit.

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Für mich und meine Fraktion ist bei einer Debatte, in der es um die Zukunft der Sozialversicherungssysteme und um die Bürgerversicherung geht, der Begriff „soziale Gerechtigkeit“ eben keiner, der in die Mottenkiste der Geschichte gehört. Für mich ist das ein Maßstab, wenn nicht sogar der Maßstab, der noch immer gilt und den es auch an die Bürgerversicherung anzulegen gilt.

Meine Damen und Herren, diese Gestaltungsaufgaben – denen wir uns über alle, auch über Parteigrenzen hinweg widmen müssen, die nach meiner Wahrnehmung auch ernst genommen werden, und zwar unabhängig von der Ausrichtung, die dahinter steht – sind folgende:

Erstens. Die Arbeitslosigkeit muss abgebaut werden. Das ist eine Daueraufgabe. Sie wird unterschiedlich interpretiert und der Weg dahin wird zum Teil sehr unterschiedlich gesehen. Ich sage Ihnen, das gilt vor allen Dingen auch für junge Menschen. Wer zu Beginn seiner Erwerbsfähigkeit bereits vor verschlossenen Türen steht, wird sich die Frage stellen: Welche Perspektive habe ich? Er wird sich fragen: War es das, bevor es überhaupt richtig angefangen hat? Ich denke, Ziel unserer gemeinsamen Politik muss es sein und bleiben, allen jungen Menschen eine berufliche Ausbildung zu ermöglichen. Ich denke, da sind wir uns hier alle einig.

Zweitens. Wir müssen den demographischen Wandel auch als Chance begreifen, nicht nur als Damoklesschwert. Die deutsche Bevölkerung wird immer älter und das ist gut so, denn dafür haben viele, sehr viele in den vergangenen Jahren gearbeitet. Ich hoffe, dass alle in den Genuss kommen, auch die, die hier sitzen.

Meine Damen und Herren, nur dadurch sinkt natürlich die Zahl der Erwerbstätigen in den nächsten Jahrzehnten weiter. Das erfordert umfassende Veränderungen in unserer Gesellschaft und eben auch in den Sozialversicherungssystemen. Jammern allein reicht dabei nicht. Und wenn Sie sich erinnern wollen oder können, gerade in der letzten Landtagssitzung habe ich hier über das Thema Gesundheitswirtschaft gesprochen und habe auch klar gemacht, welche Chancen sich für Mecklenburg-Vorpommern auftun, Chancen die sich daraus ergeben, dass wir eben älter werden.

Die dritte Gestaltungsaufgabe, wir brauchen nachhaltiges Wachstum. Auch hier gibt es die unterschiedlichen Auffassungen über den Weg, der zu diesem Ziel führen soll. Dabei geht es nicht um blinde Wachstumsgläubigkeit. Das, denke ich mir, haben wir alle hinter uns. Aber

ohne Wirtschaftswachstum geht es nun einmal auch nicht, denn Wirtschaftswachstum ist die notwendige, wenn nicht hinreichende Bedingung zur Lösung unserer drängenden sozialen Probleme.

Meine Damen und Herren, mit den drei zuvor genannten Punkten gehören die Aufgaben zur Modernisierung der Sozialsysteme und damit auch die Diskussion um die Bürgerversicherung eng zusammen. In den zurückliegenden Jahrzehnten ist es gelungen, die Absicherung grundlegender Lebensrisiken aufrechtzuerhalten. Hier kommt übrigens der Sozialdemokratie – an dieser Stelle sei das auch noch einmal gesagt, wir hatten es zwar vorhin schon einmal – und vor allem auch den Gewerkschaften ein besonderes Verdienst zu. Trotzdem gibt es einen unabwiesbaren Reformbedarf, das wird auch in den Gewerkschaften so gesehen. Ich kann hier auch sagen, dass wir in der vergangenen Woche in einer Konferenz den DGB-Bundesvorsitzenden Herrn Sommer gehabt haben, der dieses ohne Wenn und Aber bestätigt hat.

Meine Damen und Herren, bei sich ändernden Rahmenbedingungen kann und darf nicht einfach an dem Bestehenden festgehalten werden. Ich denke, das ist der Konsens. Diesem Reformbedarf ist die Gesundheitsreform, die jetzt verabschiedete, aus meiner Sicht, zu einem Teil gerecht geworden. Ich bin der festen Überzeugung, dass gerade die Unzufriedenheit mit der Gesundheitsreform der Grund dafür ist, warum die Diskussion über eine Bürgerversicherung, über eine solidarische Bürgerversicherung, so an Fahrt gewonnen hat. Die Menschen sagen zu Recht, wenn wir schon stärker zur Kasse gebeten werden, dann erwarten wir aber auch kein Herumdoktern mehr, sondern Reformen, die lange, und zwar perspektivisch gesehen, lange tragen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD
und einzelnen Abgeordneten der PDS)

Meine Damen und Herren, darin liegt für mich einer der wirklich positiven und notwendigen Aspekte der Gesundheitsreform. Sie hat uns die erforderliche Zeit und die Chance verschafft, die notwendige Strukturreform in der Gesundheitsversorgung zu diskutieren, und zwar breit zu diskutieren und auf den Weg zu bringen. Mit der Gesundheitsreform könnte die Chance zu einer echten Strukturreform nur begrenzt genutzt werden. Strukturelle Kostentreiber wie zum Beispiel das Vertragsrecht der Kassenärztlichen Vereinigung bleiben in der Substanz erhalten.

Aktuell, wenn ich die gestrige Meldung und Aussage eines Vertreters der Kassenärztlichen Vereinigung dieses Landes im Radio gehört habe, der zu Lasten anderer die Diskussion in Gang bringt, das Land würde hier in Bezug auf den Nachwuchs eine falsche Politik betreiben bei Ärzten, weil wir – das ist jetzt meine Interpretation, so kam es zumindest rüber – zu dumm sind als Landespolitiker – und zwar alle, die hier sitzen, Sie in Ihrer Zeit der Regierungsbeteiligung und wir jetzt auch –, dass wir das Geld ausgeben, das wir als Land haben, zur touristischen Infrastrukturverbesserung, nämlich für Seebrücken, Radwege und Sonstiges, man solle das lieber dafür nutzen, Kitas an Krankenhäusern einzurichten, um die Ärzte zu motivieren, im Land zu bleiben, dann sage ich mal, das passt nicht in diese Landschaft, es passt letztendlich nicht in dieses Thema rein. Ich erwarte auch mehr Verantwortung auf der ärztlichen Ebene. Aber das nur als Randbemerkung.

Ohne eine grundlegende Reform der Beitragsgestaltung, meine Damen und Herren, können die Finanzie-

rungsprobleme der gesetzlichen Krankenversicherung nicht gelöst werden. Hier, denke ich mir, gibt es auch in diesem Parlament einen allgemeinen Konsens. Die Probleme der Finanzierung im Gesundheitswesen beruhen allerdings auf der Begrenzung der Bemessungsgrundlage auf einen Teil des Lohns aus abhängiger Beschäftigung. Und hier, meine Damen und Herren, setzt die Bürgerversicherung dann ein. Die von uns vorgeschlagene Bürgerversicherung stellt eine Reform der Finanzierung des Gesundheitswesens dar. Sie ist tatsächlich ein echter Systemwechsel. In der Bürgerversicherung werden alle Bürgerinnen und Bürger versichert, also auch Beamte und Selbständige. Das hat nichts mit Gleichmacherei zu tun, das sage ich einmal ganz deutlich. Mit der Bürgerversicherung soll die Finanzierung so erfolgen, dass jeder, also wirklich jeder, auf alle seine Einkünfte einen Beitrag leistet. Damit sind ausdrücklich die Mieten, Zinsen und Kapitaleinnahmen gemeint. Meine Damen und Herren, auch wir sind damit gemeint. Tatsache ist nämlich, dass Politiker endlich auch Bestandteil – das sage ich ganz persönlich – der allgemeinen Versicherung werden. Das heißt, wir sind solidarisch mit in dem Gesamtsystem integriert, und ich denke, das täte uns Politikern gut.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD –
Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Harry Glawe, du weißt genau, wie das zu differenzieren ist.

Meine Damen und Herren, durch die Einbeziehung aller Bürger, wirklich aller Bürger, in die solidarische Bürgerversicherung mit dem gleichen prozentualen Beitragssatz auf alle Einkommensarten soll dauerhaft ein stabiler Beitragssatz und eine gerechte Lastenverteilung erreicht werden. Dadurch wird – eine Forderung der Wirtschaft, die immer wieder zu Recht erhoben wird – der Faktor Arbeit nachhaltig entlastet. Damit aber auch eines klar wird: Es soll und muss bei der paritätischen Finanzierung bleiben! Die Arbeitgeber sollen genauso wie die Arbeitnehmer auch zukünftig weiterhin ihren Beitrag in eine Bürgerversicherung leisten.

Es gehört aber auch dazu, Probleme, die mit der Bürgerversicherung einhergehen, anzusprechen und sie nicht einfach zu verleugnen. Eine Erweiterung des Personenkreises führt natürlich zu einer Verbreiterung der Einnahmeseite, das ist sozusagen dabei die Positivmeldung, führt aber natürlich auch zu einer Vergrößerung des Kreises der Bezugsberechtigten. Mehr Bezugsberechtigte, das ist für jeden nachvollziehbar, bedeutet aber auch mehr Ausgaben. Und ob sich das dann im Saldo positiv auf die Finanzsituation im Gesundheitswesen auswirkt, da gibt es durchaus kritische und auch warnende Stimmen. Ich bitte einfach, dann diese Stimmen in einer Diskussion auch ernst zu nehmen, denn eine euphorische Diskussion allein bringt uns kein Stück weiter.

Eine spannende Frage ist natürlich auch die Frage der so genannten Beitragsbemessungsgrenze. Gegen ein grundsätzliches Wegfallen der Beitragsbemessungsgrenze gibt es erhebliche Bedenken. Auch gegen das Anheben, in der Diskussion ist ja jetzt die Grenze im Rahmen der Sozialversicherung 5.100 Euro, gibt es Bedenken, und zwar rechtliche. Und wenn das dahin geht, wie ich es in der vergangenen Woche erlebt habe, dass es sogar verfassungsrechtliche Bedenken sind, dann gilt es, auch diese verfassungsrechtlichen Bedenken ernst zu nehmen, und zwar in einer breiten Debatte über die solidarische Bürgerversicherung. Darauf möchte ich nur hinweisen.

Für mich stellt sich aber hier die Frage der sozialen Gerechtigkeit. Gleiches habe ich gestern Abend von Frau Merkel gehört, aber auch von Norbert Blüm. Trotzdem eint uns an der Stelle ein Punkt, breite Schultern sollen eben mehr tragen. Ich denke, das ist auch für jeden Bürger nachvollziehbar. Und wenn in dieser Frage, ebenso wie bei der Einbeziehung der Selbständigen in die Bürgerversicherung, verfassungsrechtliche Bedenken geltend gemacht werden, noch einmal die dringende Mahnung: Diese sind ernst zu nehmen und zu berücksichtigen!

Meine Damen und Herren, eine solche grundlegende Umstellung zu einer Bürgerversicherung bedarf meines Erachtens ohnehin einer breiten Mehrheit. Es bedarf eines Konsenses der Politik, die bereit und in der Lage ist, alle rechtlichen Voraussetzungen zu schaffen. Die politische Umsetzung setzt daher wirklich den Mut zu einer umfassenden und grundlegenden Erneuerung des Gesundheitssystems voraus. Mit rein strukturkonservativem Gedankengut, sprich dem Erhalt des Bestehenden, kommen wir in der Gesundheitspolitik nicht weiter.

Meine Damen und Herren, zum Schluss möchte ich sechs Punkte benennen, und zwar sechs Punkte, die aus meiner Sicht, die aus Sicht meiner Fraktion und aus Sicht der SPD die Vorteile darstellen, die mit dieser Bürgerversicherung verbunden sind:

Erstens ist eine drastische Senkung des Beitragssatzes für die Krankenkassen damit einhergehend.

Zweitens ist dauerhafte Beitragsstabilität und Nachhaltigkeit durch die Einführung der solidarischen Bürgerversicherung die Konsequenz.

Drittens. Die Einführung dieser Bürgerversicherung entspricht volkswirtschaftlicher Vernunft.

Viertens erfüllt sie den Anspruch der Sozialdemokraten an einer sozialen Verteilungsgerechtigkeit.

Fünftens. Was für unser Land besonders wichtig ist, denke ich, sie erfüllt den Charakter der Familienfreundlichkeit.

Und sechstens. Sie erfüllt insbesondere auch den Charakter der Generationengerechtigkeit.

Deshalb werbe ich hier, auch bei Ihnen, liebe Kolleginnen und Kollegen, für die Zustimmung zu unserem Entschließungsantrag. – Ich danke Ihnen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD
und einzelnen Abgeordneten der PDS)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Herr Schlotmann.

Im Ältestenrat wurde eine Aussprache mit einer Dauer von 45 Minuten vereinbart. Ich sehe und höre dazu keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Das Wort hat zunächst der Abgeordnete der CDU-Fraktion Herr Renz.

Torsten Renz, CDU: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Nachdem wir uns in der gestrigen Landtagsdebatte doch auf einem relativ hohen Niveau bewegt haben, muss ich ehrlich sagen, dass ich beim Einstieg in die heutige Debatte so meine Probleme hatte, hier die Qualität des Antrages zu erkennen.

(Heiterkeit bei Volker Schlotmann, SPD –
Torsten Koplin, PDS: Also!)

Ich habe versucht, da bin ich auch ehrlich, mich mit diesem Antrag auseinander zu setzen, und zwar intensiv auseinander zu setzen. Es fiel mir aber relativ schwer, so dass ich dann auch irgendwann gesagt habe, es ist vergebens, ich breche hier ab. Ich möchte Ihnen eines sagen, meine Damen und Herren, dieser Antrag verkörpert im Prinzip das Motto eines Schwarz-Weiß- oder vielleicht auch eines Schwarz-Rot-Antrages.

(Regine Lück, PDS: Sind Sie farbenblind,
Herr Renz? – Zuruf von Torsten Koplin, PDS)

Das heißt nämlich, dieser Antrag stellt ganz einfach nur die Frage: Bürgerversicherung Ja oder Nein? Und im Prinzip ist dann nicht einmal Schwarz-Rot, weil ja für uns hier nur die Möglichkeit Rot eröffnet wird, sprich die Bürgerversicherung.

(Zuruf von Heike Polzin, SPD)

Allein von dieser Warte aus können Sie ja wohl nicht ernsthaft verlangen, dass wir diesem Antrag zustimmen werden. Ich muss das ganz deutlich sagen, wir werden diesen Antrag auch ablehnen. Für mich haben sich hier mehrere Fragen gestellt und ich wäre Ihnen sehr dankbar, wenn Sie mir diese Fragen auch beantworten könnten. Nämlich zum Beispiel erstens: Welches Ziel verfolgt dieser vorliegende Antrag überhaupt? Als Nächstes würde mich interessieren, die Vorteile haben wir jetzt ausreichend gehört: Welche Nachteile hat diese Bürgerversicherung? Hat sie überhaupt Nachteile und wenn ja, welche? Ein dritter Punkt, der ist vor allem an die Genossen der SPD gerichtet: Halten Sie die Festlegung einer Beitragsbemessungsgrenze für richtig und für sozial gerecht? Und eine letzte und abschließende Frage würde ich doch ganz gerne durch Sie klären lassen: Ist diese solidarische Bürgerversicherung eine Einheitskasse? – Danke schön.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Herr Renz.

Ums Wort hat jetzt gebeten die Sozialministerin des Landes Frau Dr. Linke.

Ministerin Dr. Marianne Linke: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr verehrte Damen und Herren Abgeordnete! Das Ringen um die Zukunft der Sozialversicherung und des Gesundheitswesens spitzt sich zu. Gestützt auf die Mehrheit im Bundesrat will die CDU die solidarischen und paritätischen Versicherungssysteme zerschlagen. Mit den Kopfpauschalen sollen angeblich im Interesse der Arbeitsplatzsicherung die Schwachen belastet und die Starken entlastet werden. Wie wir gehört haben, geht die neue Sozialpolitik der Union, um es korrekt zu sagen, die Politik des schrankenlosen Sozialabbaus, wie sie von Frau Merkel, Herrn Merz und der Herzog-Kommission vertreten wird, inzwischen selbst der CSU zu weit. Selbst Herr Blüm, Herr Geißler und Herr Seehofer haben sich von vielen Details distanziert.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Dagegen hatte die
Rede von Herrn Schlotmann schon Niveau.
Das ist schon peinlich, was Sie sagen.)

Bei derart kontroversen Diskussionen, die in der Öffentlichkeit geführt werden, ist oft ein Blick zurück hilfreich,

ein Blick zurück, um zu schauen, welchen Angriffen unsere Vorväter ausgesetzt waren und wie sie diesen entgegengetreten sind. Mir fällt bei der Gelegenheit immer Bismarck ein, Bismarck, der Altvater der Sozialversicherung.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja, der gehört auch dazu.)

Er fand damals bei den Unternehmern wenig Fürsprache. Bismarck warf den Liberalen vor das reine Manchestertum in der Politik, das nach der Devise handle: „Jeder sehe, wie er es treibe, jeder sehe, wo er bleibe.“ Man bezichtigte Bismarck damals des Staatssozialismus und dieser weise, streitbare und oft auch umstrittene Politiker antwortete: „Ja, ohne ein wenig Sozialismus ist kein Staat zu machen.“

(Beifall Torsten Koplin, PDS, und
Regine Lück, PDS – Dr. Ulrich Born, CDU:
Ja, da sehen Sie mal, was der
Ihnen alles voraus hatte.)

Daran sollte man sich erinnern und daran kann man sich gut erinnern, das kann man in den einschlägigen Reden und Schriften nachlesen.

Als es im Frühjahr im Rahmen der Rürup-Kommission um die zukünftige Ausgestaltung der sozialen Sicherungssysteme ging,

(Zuruf von Dr. Ulrich Born, CDU)

war die heutige Diskussion, sehr verehrter Herr Abgeordneter Born, schon in Ansätzen erkennbar. Diplomatisch geschickt hat sich der von der Bundesregierung beauftragte Wissenschaftler aus der Affäre gezogen und das so genannte Y-Modell für die Krankenversicherung propagiert. Der Buchstabe Y steht quasi gleichermaßen für den sozialpolitischen Scheideweg, dessen Konturen sich immer deutlicher abzeichnen.

Wir können uns aussuchen, ob wir an einem solidarisch finanzierten Gesundheitssystem festhalten wollen oder ob wir zu einem von versicherungsmathematischen Grundsätzen beherrschten Kopfprämienmodell überwechseln wollen. Für soziale Politik kann hier eigentlich nur eines gelten: Wenn wir ein zukunftsfähiges und gerechtes Gesundheitswesen beibehalten wollen, dann müssen wir an dessen solidarischer Finanzierung festhalten. Wir dürfen auf das, und zwar auf die Herausforderungen der demographischen Entwicklung, auch auf die Forderungen der Wirtschaft, dass wir das, was unsere Gesellschaft schließlich und endlich zusammenhält, nämlich den Sozialstaat auflösen, nicht so reagieren.

Der soziale Ausgleich für Geringverdiener soll nach Auffassung der Herzog-Kommission aus Steuermitteln kommen.

(Zurufe von Kerstin Fiedler, CDU,
und Harry Glawe, CDU)

Und ich frage mich und ich frage Sie, verehrte Abgeordnete der CDU-Fraktion: Wo soll denn das Geld herkommen? Wo sollen die 27,3 Milliarden Euro für die Entlastung der Geringverdiener herkommen?

(Harry Glawe, CDU: Sie wissen Bescheid, wie man auf Bundesebene reagieren muss, und auf Landesebene machen Sie genau das Gegenteil.)

Bisher ging der Weg immer andersherum. Gerade die unionsgeführten Bundesregierungen haben in den neunziger Jahren ihre Haushalte auf Kosten der gesetzlichen Krankenversicherungen entlastet.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS –
Dr. Ulrich Born, CDU: Sie machen doch sozialen
Kahlschlag hier bei uns im Land, Frau Ministerin.)

Diese so genannten Verschiebebahnhöfe zugunsten der Bundeshaushalte und zu Lasten der GKV machen nach Auffassung von Experten,

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

hören Sie zu, Herr Glawe, insgesamt 29,8 Milliarden Euro aus. Und wer deshalb angesichts knapper Kassen für die Zukunft darauf setzt,

(Zurufe von Harry Glawe, CDU,
und Dr. Armin Jäger, CDU)

aus dem Staatshaushalt die gesetzliche Krankenversicherung entlasten zu wollen, der hat schlicht und einfach auf Sand gebaut.

Verehrte Abgeordnete, Schutz, Erhalt und Wiederherstellung der Gesundheit gehören zu elementaren Aufgaben öffentlicher Daseinsvorsorge. Das ist eine so zentrale Aufgabe, dass man sie gar nicht oft genug wiederholen kann, auch nicht hier in diesem Hause.

(Beifall Torsten Koplin, PDS,
und Regine Lück, PDS –
Torsten Koplin, PDS: Richtig.)

Gesundheit ist keine Ware. Gesundheit kann man nicht wie einen Markt steuern. Der Bedarf an medizinischer Versorgung ist für den Einzelnen nicht vorhersehbar. Der Patient Kunde verfügt eben nicht über Konsumsouveränität, er ist seinen Krankheiten und den vielfältigen Angeboten und Aussagen zu ihrer Behandlung in der Regel ausgeliefert. Wie soll er die Richtigkeit der Diagnose, die Wirksamkeit einer Therapie und die Qualität eines Arzneimittels zu Beginn einer Behandlung beurteilen? Und nur vor oder bei Behandlungsbeginn würde eine unter Wettbewerbsaspekten stehende Auswahl einen Sinn machen. Selbst die Krankenkassen, die zumindest theoretisch bessere Möglichkeiten haben, Behandlungsqualität zu vergleichen, tun sich damit sehr schwer. Von ihnen wird der Wettbewerb bislang nur und vor allem um den gesunden Patienten geführt. Die so genannten schlechten Risiken sollen dann möglichst bei allen anderen bleiben. Der junge, gut verdienende Single ist allemal attraktiver als das alte und kranke Rentnerehepaar. So sieht doch die Wirklichkeit aus. Und auf Seiten der Anbieter von Gesundheitsleistungen war bisher ebenfalls so wenig ein Wettbewerb möglich. Bei der niedergelassenen Ärzteschaft gibt und gab es weiterhin das Monopol der Kassenärztlichen Vereinigung und das ist letzten Endes auch der Konsenskommission mit der Mehrheit der CDU zu verdanken.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS)

Die Krankenhäuser haben nur sehr eingeschränkte Möglichkeiten, um sich über ihren eigentlichen Aufgabenbereich hinaus zu betätigen. Die Bundesregierung hatte hier im Frühjahr unter Führung von Frau Bundesministerin Schmidt eine Reihe von zukunftsfähigen Ansätzen formuliert, die ebenfalls im Zwang zum Konsens mit der Union geopfert werden mussten.

(Harry Glawe, CDU: Na, na, na, na!)

Dennoch muss man anerkennen, und das tun ja auch die Regierungsparteien unseres Landes, dass auch eine Reihe von Verbesserungen in den Verhandlungen mit der Union durchgesetzt werden konnten. Ich denke an das

Zentrum für Qualität in der Medizin, dazu wird heute noch ein gesonderter Tagesordnungspunkt beraten. Anzuerkennen ist auch, dass im GKV-Modernisierungsgesetz Gestaltungsoptionen für die Vertragspartner enthalten sind.

Erwähnenswert sei die integrierte Versorgung, denn wir alle wissen, gerade die getrennten Versorgungsbereiche, ambulant und stationär, sind ein Kostentreiber im Gesundheitssystem.

(Harry Glawe, CDU: Ein Prozent haben wir dazu zur Verfügung.)

Viele Sozialpolitiker im Land, auch wir, fordern hier eine engere Verknüpfung beider Systeme. Dafür steht jetzt Geld zur Verfügung. Sowohl der stationäre als auch der ambulante Bereich stellen ein Prozent der Gesamtvergütung als Anschubfinanzierung für Modelle der integrierten Versorgung zur Verfügung. Das ist eine nennenswerte Größe, und zwar 700 Millionen Euro. Ich denke, hier werden die Ergebnisse interessant auszuwerten sein und dann hoffentlich auch verallgemeinert werden.

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Das alles sind im Ergebnis aber doch nicht die weitreichenden erforderlichen Strukturen, die nötig gewesen wären, um das gesamte System zu modernisieren.

Der Gesetzentwurf belastet die Versicherten und entlastet die Arbeitgeber. Insofern ist er sozial unausgewogen. Allein vom Jahr 2004 an haben die Patientinnen und Patienten erhöhte Zuzahlungen in Höhe von 3,3 Milliarden Euro jährlich zu zahlen. Vom Jahr 2005 an wird der Zahnersatz aus der gesetzlichen Krankenversicherung ausgegliedert beziehungsweise gesondert durch die Versicherten zu tragen sein. Das belastet die Versicherten mit weiteren 3,5 Milliarden Euro pro Jahr. Vom Jahr 2007 an soll dann das Krankengeld aus der gesetzlichen Krankenversicherung ausgegliedert werden. Fachleute haben diese weitere Belastung mit zusätzlich 5,5 Milliarden Euro veranschlagt. Alle diese Belastungen entsprechen summa summarum einer Beitragssatzerhöhung von 0,5 Prozent, die alleine den Versicherten zugeordnet werden. Die Solidarität in der Krankenversicherung und die paritätische Finanzierung durch Arbeitgeber und Versicherte werden mit dem vorliegenden Gesetzentwurf schleichend unterminiert.

Ich halte auch an meiner Forderung fest, die Positivliste einzuführen – rund 40.000 verordnungsfähige Medikamente, die Zahl könnte halbiert werden. Es könnten Kosteneinsparungen in Höhe von rund 800 Millionen Euro hier erreicht werden.

Es ist nicht einzusehen, warum das Monopol der Kassenärztlichen Vereinigung erhalten bleibt.

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Auch hier kritisieren Deutscher Gewerkschaftsbund und Bund Deutscher Arbeitgeber in einer gemeinsamen Erklärung diesen Zustand und sind gerade hier für mehr Wettbewerb.

Den Beschlussvorschlag, der jetzt im Bundestag zur Verabschiedung ansteht, verstehe ich dennoch als einen Ausgangspunkt für weitreichende Reformen. Ansatzpunkte habe ich deutlich gemacht. Ich sehe insofern in dem Beschlussvorschlag der Koalitionsfraktionen hier auch heute ein Signal für die Zukunft, insbesondere über

die Einführung der Bürgerversicherung. Ich denke, ebenfalls die schrittweise Einführung aller Bürgerinnen und Bürger in die Krankenversicherung, eben die echte Bürgerversicherung, so, wie sie der Fraktionsvorsitzende Herr Schlotmann hier dargestellt hat, ist unausweichlich. Und ich appelliere an Sie: Lassen Sie uns in der weiteren Reform an Bismarck anknüpfen! Entscheiden wir uns für die Bürgerversicherung, das ist die zeitgemäße Form des Bismarck'schen Grundsatzes der solidarisch-paritätisch finanzierten Sozialversicherung. – Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Frau Ministerin.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Dr. Nieszery von der SPD-Fraktion.

Dr. Norbert Nieszery, SPD: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Es steht mir ja nicht zu, das intellektuelle Niveau der Redebeiträge meiner Kollegen hier zu analysieren.

(Torsten Koplin, PDS: Tu's nicht!)

Ich möchte aber einmal kundtun, dass der Redebeitrag des Kollegen Renz zu einem Problem, zu einem gesamtgesellschaftlichen und hochbrisanten Problem unserer Zeit an Peinlichkeit aus meiner Sicht kaum zu überbieten ist.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS und Norbert Baunach, SPD)

Meine Damen und Herren, einige Kritiker der Bürgerversicherung – auch in unseren eigenen Reihen – behaupten, dass es nicht sinnvoll sei, mehr Geld in ein System hineinzupumpen, das ihrer Meinung nach marode ist, ohne vorher die Strukturen zu optimieren und dadurch alle Wirtschaftlichkeitsreserven auch innerhalb der Selbstverwaltungskörperschaften ausgeschöpft zu haben.

Nun, meine Damen und Herren, die eben verabschiedete Gesundheitsreform ist sehr wohl an Strukturen herangegangen, darauf haben auch meine Vorredner schon hingewiesen, wenngleich auch nicht in dem Maße, wie wir Sozialdemokraten uns das gewünscht hatten.

(Torsten Renz, CDU: Wer ist denn an der Regierung?)

Mehr war aber in den Konsensgesprächen mit der Opposition auch nicht drin. Allerdings haben wir durch den Kompromiss sehr wohl den Fuß in die Tür gestellt, um jederzeit an notwendigen Strukturveränderungen und -verbesserungen im System weiterarbeiten zu können. Lassen Sie mich zunächst einige Beispiele darstellen, bevor wir auf das Problem der Bürgerversicherung zurückkommen:

Jedes Auto wird vom TÜV genauer untersucht und überprüft als medizinische Behandlungsqualität. Deshalb muss Gesundheitspolitik dafür sorgen, dass keine unnötigen oder wirkungslosen Untersuchungen, Behandlungen und Medikamente mehr zu Lasten der Beitragszahler verordnet werden.

(Beifall Heike Polzin, SPD)

In Deutschland gibt es immer noch mehr Ultraschalluntersuchungen als in Westeuropa und den USA zusammen. In keinem Land gibt es so viele Herzkatheterunter-

suchungen und auch bei den Arzneimitteln muss zu allererst die notwendige und wirkungsvolle Versorgung der Patienten und Menschen und nicht die Dividende der Pharmakonzerne im Vordergrund stehen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD)

Hier waren wir auf dem richtigen Weg, aber die Opposition in Berlin hat mit ihrer Bundesratsmehrheit bei den Konsensgesprächen sinnvolle und richtige Reformen wider besseres Wissen verhindert.

(Lorenz Caffier, CDU: Gott sei Dank! –
Harry Glawe, CDU: Haben Sie überhaupt
mitgekriegt, wer verhandelt hat?)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir müssen endlich dafür sorgen, dass Medikamente nur dann von den Beitragszahlern bezahlt werden, wenn sie einen Nutzen haben. Wir müssen endlich dafür sorgen, dass eine vernünftige Qualitätssicherung im Gesundheitswesen stattfindet. Ein von den Interessenvertretern unabhängiges Institut zur Qualitätssicherung ist deshalb unbedingt notwendig. Dieses Thema werden wir heute noch besprechen. Weiterhin wollen wir dafür sorgen, dass die Patientenrechte angemessen geschützt werden. Ein Patientenschutzgesetz ist deshalb auch schon in Vorbereitung. Und vor allem brauchen wir eine vernünftige Gesundheitsaufklärung und Prävention. Das Wissenschaftszentrum in Berlin hat berechnet, dass ein Viertel aller Ausgaben im Gesundheitswesen durch vernünftige Prävention eingespart werden könnten. Aber das ist nicht das Entscheidende. Entscheidend ist, dass nur durch vernünftige Prävention, gute Gesundheitserziehung und gute Gesundheitsbildung viele Menschen gesund bleiben können.

(Beifall Detlef Müller, SPD)

Es ist immer besser, Krankheiten zu verhindern, statt sie zu heilen. Ich denke, meine Damen und Herren, das sind wir einer Meinung. Mit dem Präventionsgesetz, welches die Bundesgesundheitsministerin vorbereitet, wird es einen Meilenstein in der Gesundheitsvorsorge in Deutschland geben.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die eben genannten Beispiele gehören zu den notwendigen Strukturveränderungen des Gesundheitswesens, die wir Sozialdemokraten als Daueraufgabe für eine Optimierung der Ausgabenseite der gesetzlichen Krankenkassen betrachten und die uns über die nächsten Jahrzehnte stets begleiten wird. Weitaus gewichtiger ist jedoch die Lösung der Frage, woher künftig das Geld kommt, mit dem ein noch so gutes, hochwertiges und effizientes Gesundheitswesen bezahlt werden soll, und wie die Lasten dafür gerecht verteilt werden.

Das, meine Damen und Herren, ist eine grundsätzliche gesellschaftspolitische Frage, vor deren Beantwortung wir uns nicht drücken können. Sind wir eine Gesellschaft, die Krankheit für ein privates Problem hält oder die Kranken mit ihren Problemen weitgehend allein lässt? Oder sind wir eine Gesellschaft, die die Absicherung des Risikos Krankheit als eine Aufgabe betrachtet, die alle gemeinsam tragen sollen? Sind wir eine Gesellschaft, in der die Starken für die Schwachen, die Gesunden für die Kranken einstehen? Letzteres möchte ich jedenfalls und kämpfe auch dafür, dass wir eine solche Gesellschaft sind und bleiben.

(Beifall Angelika Gramkow, PDS)

Um diesen Anspruch für die Zukunft zu sichern, brauchen wir die solidarische Bürgerversicherung.

(Der Abgeordnete Torsten Renz
bittet um das Wort für eine Anfrage.)

Sehr geehrte Damen und Herren! „Langfristig droht uns eine Beitragslücke von fünf Prozentpunkten, die wir nicht durch die Erhöhung der Arbeitskosten finanzieren können. Ich sehe keine Alternative zur Einführung der Bürgerversicherung: Wir können nicht die Krankenversicherung durch die kranken Menschen sanieren lassen – mit nach oben offener Selbstbeteiligung und Leistungsausgrenzungen.“

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Herr Dr. Nieszery, gestatten Sie eine Anfrage?

Dr. Norbert Nieszery, SPD: Am Ende meiner Rede, ja.

So, jedenfalls, meine Damen und Herren und Kollegen von der CDU, argumentiert Horst Seehofer in der „Frankfurter Rundschau“ vom 25.09.

Das Konzept der solidarisch finanzierten gesetzlichen Krankenversicherung genießt bereits jetzt eine hohe Akzeptanz. Es entspricht einem breiten gesellschaftlichen Grundkonsens, dass der Schutz vor Krankheit und Wiederherstellung von Gesundheit ein Gut ist, welches vor egoistischen materiellen Interessen Vorrang haben muss. Die Akzeptanz eines Bürgerversicherungsmodells wird darüber hinaus wachsen, je deutlicher folgende Effekte eintreten: erstens die relevante Senkung des Beitragssatzes für Arbeitnehmer und Arbeitgeber sowie zweitens die gerechte und gleichmäßige Lastenverteilung. Unumgänglich ist dafür, über die Ausgestaltung der Beitragsbemessungsgrenze zu diskutieren. Alternativen, die hierbei erörtert werden, sind unter anderem das Anheben der Beitragsbemessungsgrenze auf die Höhe der gesetzlichen Rentenversicherung beziehungsweise die völlige Abschaffung der Beitragsbemessungsgrenze. Aus reinen Gerechtigkeitsempfindungen heraus bin ich hier ein Vertreter der reinen Lehre. Das ist eine persönliche Anmerkung meinerseits.

Den unsozialen Kopfpauschalen, wie sie unter anderem der hessische Ministerpräsident Koch, neuerdings auch die Herzog-Kommission und Frau Merkel ganz energisch fordern, und den neoliberalen Privatisierungsstrategien der Pharmakonzerne und ihrer Lobbyisten setzen wir ein modernes Modell der Solidarität, Gerechtigkeit und der persönlichen Freiheit entgegen,

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

das uns natürlich weiterhin verpflichtet, ständige Anpassungen der Strukturen innerhalb des Systems vorzunehmen und die Ausgaben unter Kontrolle zu halten. Solidarische Bürgerversicherung und permanente Strukturüberprüfungen und -anpassungen sind gemeinsam die Garanten für ein zukunftsfähiges, leistungsstarkes und sozial gerechtes Gesundheitswesen in Deutschland.

Meine Damen und Herren! „Wir wollen keine Gesellschaft von Egoisten.“ „Alle müssen sich beteiligen – und zwar entsprechend ihrer wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit. Das Erwerbseinkommen alleine kann nicht mehr die Bemessungsgrundlage für Sozialbeiträge sein. Das ist eine notwendige Antwort auf die Veränderungen der Arbeitswelt: Auch auf Mieten, Zinsen und Pachten müssen Beiträge gezahlt werden. ... Auch in Zeiten der Globalisierung müssen die Starken für die Schwachen eintreten. ... Es geht um eine epochale politische Weichenstel-

lung. Da sollte man sich nicht von kleinkarierten parteitaktischen Eifersüchteleien leiten lassen.“

Meine Damen und Herren, ich kann mich dieser Einschätzung von Herrn Horst Seehofer nur uneingeschränkt anschließen und hoffe, dass auch Sie, meine Damen und Herren von der CDU, die Worte Ihres Sozialexperten ernst nehmen, und bitte Sie daher um Zustimmung zu unserem Antrag. – Vielen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und einzelnen Abgeordneten der PDS)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Herr Dr. Nieszery, ich mache Sie darauf aufmerksam, dass das Wort „kleinkariert“ ein unparlamentarischer Ausdruck ist.

(Unruhe bei einzelnen Abgeordneten der SPD, CDU und PDS)

Dr. Norbert Nieszery, SPD: Frau Präsidentin, ich bitte um Entschuldigung, das ist ein Zitat aus der „Frankfurter Rundschau“.

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Gestatten Sie jetzt die Anfrage des Abgeordneten Herrn Renz?

(Heinz Müller, SPD: Ziemlich kleinkariert.)

Dr. Norbert Nieszery, SPD: Gerne, ja.

Torsten Renz, CDU: Sehr geehrter Herr Nieszery, um inhaltlich noch ein Stück voranzukommen, hatte ich die Frage gestellt, die ich an dieser Stelle wiederholen möchte: Hat aus Ihrer Sicht die Bürgerversicherung Nachteile? Wenn ja, welche? Ich würde dann gerne noch zwei Fragen stellen.

(Angelika Gramkow, PDS: Das darf er nicht. Er darf nur zwei stellen.)

Dr. Norbert Nieszery, SPD: Aus meiner Sicht hat die Bürgerversicherung keine Nachteile, Herr Renz.

Torsten Renz, CDU: Sie haben versucht zu umschreiben, wie Sie zur Beitragsbemessungsgrenze stehen. Ich würde noch mal ein klares Wort von Ihnen an dieser Stelle hören. Halten Sie die Festlegung einer Beitragsbemessungsgrenze für richtig und auch für sozial gerecht?

Dr. Norbert Nieszery, SPD: Persönlich meinen Sie jetzt?

(Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Torsten Renz, CDU: Das können Sie beantworten, wie Sie möchten.

Dr. Norbert Nieszery, SPD: Herr Renz, ich habe Ihnen das eben schon gesagt in meiner Rede. Wenn ich aus reinen Gerechtigkeitsgesichtspunkten diese Angelegenheit betrachte, sage ich Ihnen, wir brauchen keine Beitragsbemessungsgrenze.

Torsten Renz, CDU: Das war ein klares Wort.

Meine dritte Frage: Ist die solidarische Bürgerversicherung eine Einheitskasse?

Dr. Norbert Nieszery, SPD: Nein.

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Das Wort hat jetzt noch einmal Herr Renz von der CDU-Fraktion.

Torsten Renz, CDU: Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir haben in der Debatte – dem einen oder anderen ist das vielleicht gar nicht so bewusst gewesen – einen

historischen Moment hier erlebt, und das sogar zweimal, dass die Frau Ministerin, im Namen der PDS wahrscheinlich, hier Herrn Bismarck gelobt hat. Ich denke mal, das sollte man schon im Protokoll festhalten.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Ich hatte auch die Frage gestellt nach dem Ziel des Antrages. Das Ziel des Antrages ist mir jetzt mehr oder weniger klar geworden. Und zwar klang wieder recht deutlich an, dass gerade auf Bundesebene dieser ausgehandelte Kompromiss, der glücklicherweise zustande gekommen ist, in diesem Fall auch unter Mithilfe der CDU, erst einmal verhindert hat, dass dieses System an die Wand gefahren wird. Darüber sollten wir alle erst mal froh sein, dass das so passiert ist.

(Angelika Gramkow, PDS: Da lache ich mich ja scheckig!)

Aber es kann nicht sein, dass hier dann die Debatte aufgemacht wird – und so verstehe ich das Ziel des Antrages –, dass dann aber dieser Kompromiss leider in dieser Form nur zustande gekommen ist, weil die CDU sich so verhalten hat und die SPD hätte viel mehr machen wollen. Und diese Position wollen Sie der Bevölkerung jetzt hier im Lande verkaufen,

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Ist doch nicht wahr! – Zuruf von Reinhard Dankert, SPD)

dass Sie die Dinge anders sehen und hier die großen Retter vor Ort sein wollen.

(Beifall Egbert Liskow, CDU)

Da kann ich nur sagen, entweder wollen sich hier einzelne Personen profilieren innerhalb der SPD oder Sie wollen hier einfach Schaufensteranträge als Fraktion machen. Und das, denke ich mal, ist nicht in Ordnung.

(Beifall Egbert Liskow, CDU, und Wolf-Dieter Ringguth, CDU)

Es ist zwar so, das haben Sie ja gesagt, dass es auch unterschiedliche Auffassungen in der SPD gibt zu diesem Thema und dass dieses Thema auch breit diskutiert werden muss. Es gibt sicherlich auch unterschiedliche Auffassungen, das ist nicht zu verkennen, bei der CDU. Aber wir stellen uns auch nicht hin und sagen, die Lösung ist die und wir werden jetzt alle hier zustimmen. Das ist nämlich ein wesentlicher Unterschied.

Und wenn ich dann Zitate nehme, gerade von nicht unwichtigen Personen aus Ihrer Partei, wenn ich zum Beispiel Herrn Scholz hier zitiere, der sich kritisch äußert zu den Vorstellungen der Grünen, Beiträge auch auf Einkünfte aus Mieten und Zinsen zu erheben, und weiter sagt, die sozialen Sicherungssysteme eignen sich nicht für solche Fragen der Steuererhebung, wenn das die Meinung von Herrn Scholz ist, der ja nun eine wesentliche Position einnimmt, dann ist das sicherlich legitim. Eine zweite Sache, wenn ich Herrn Wend höre, Chef des Wirtschaftsausschusses im Bundestag, SPD-Mitglied seines Zeichens, der lehnt die Bürgerversicherung ab: „Ich sehe mehr Vorteile beim Modell der Kopfpauschalen, weil ich glaube, dass so der Wettbewerb im Gesundheitswesen besser zu organisieren ist.“ Ich denke mal, das ist auch ein Mann, der wesentlich innerhalb der Sozialdemokratie sich einbringt und etwas zu sagen hat. Wenn der arbeitsmarktpolitische Sprecher der SPD-Fraktion im Bundestag Herr Brandner meint: „Manche meinen, man müsse nur die

Einnahmegrundlage der Krankenkassen verbreitern und schon wären alle Probleme gelöst. Ich halte das für einen Trugschluss.“,

(Reinhard Dankert, SPD: Da hat er Recht.
Das hat aber Herr Schlotmann gesagt.)

dann muss ich Ihnen sagen, meine Damen und Herren, das sind Meinungen, die eigentlich nicht das Bild zum jetzigen Zeitpunkt der SPD wiedergeben. Und deswegen ist es für mich eigentlich auch relativ unverständlich und ich kann demzufolge auch nicht davon ausgehen, dass die gesamte SPD-Fraktion dem folgen wird, dass Sie hier so einen Antrag stellen und sagen: Wir, die gesamte SPD ist dafür, für die Bürgerversicherung, und links und rechts von mir gibt es da nichts. Ich denke mal, das kann es nicht sein.

(Reinhard Dankert, SPD: Wissen Sie, wie viel Modelle einer Bürgerversicherung es gibt? –
Zuruf von Dr. Norbert Nieszery, SPD)

Wenn ich den Kanzler richtig verstanden habe vor circa ein bis zwei Monaten, dann hat er sich ähnlich geäußert, indem er zum Beispiel gesagt hat, private Krankenkassen haben Existenzberechtigung. Die sollen auch weiter existieren.

(Zurufe von Dr. Norbert Nieszery, SPD,
und Heike Polzin, SPD)

Und wenn Herr Rürup, der sicherlich auch ein entscheidender Berater Ihrer Partei sein wird, sagt, es macht keinen Sinn, neues Geld in das System zu pumpen, bevor es keinen Wettbewerb gibt, und er die Bürgerversicherung zum jetzigen Zeitpunkt ablehnt, aber dann gleichzeitig sagt, wir müssen weiter diskutieren und uns als Kommission in der Meinungsbildung befinden,

(Heike Polzin, SPD: Darum geht es, Herr Renz, genau darum.)

dann ist das sicherlich ein richtiger Ansatz, Frau Polzin.

Und wenn Sie auch dabei sein werden im November beim Bundesparteitag der SPD, der stattfinden wird,

(Zurufe von Beate Mahr, SPD,
und Heike Polzin, SPD)

dann ist es zumindest nach Meldungen aus der „Welt“ Folgendes, was Sie dort erwarten wird,

(Zuruf von Frank Ronald Lohse, SPD)

und dann stehen Sie bitte alle auf und sagen dann auch, dass das nicht Ihr Antrag ist. Nämlich nach Pressemitteilung ist es so, dass der Leitantrag der SPD bei diesem Bundesparteitag sich auf die Bürgerversicherung stützt, aber gleichzeitig Elemente des konkurrierenden Modells der Kopfpauschalen übernehmen will. Da frage ich mich: Was werden Sie dann machen?

(Minister Dr. Till Backhaus: Machen Sie mal Ihren Parteitag und dann werden wir weitersehen! – Zuruf von Beate Mahr, SPD)

Ist es nicht vielleicht tatsächlich so, dass Ihr reines Modell gar nicht so aufgeht?

(Reinhard Dankert, SPD: Wir werden uns in diesen Prozess einbringen. –
Zuruf von Heike Polzin, SPD)

Und deswegen kann ich mir jetzt in diesem Moment gar nicht vorstellen, was überhaupt SPD-Meinung ist.

(Beifall Dr. Ulrich Born, CDU –
Zuruf von Dr. Henning von Storch, CDU)

Da habe ich ehrlich gesagt Probleme, inhaltlich zu folgen.

(Reinhard Dankert, SPD: Müssen Sie auch nicht.)

Es ist einfach so, ich hatte das schon so erwartet auch an dieser Stelle ...

(Zuruf von Frank Ronald Lohse, SPD)

Wenn Sie eine Frage haben, Herr Lohse, würde ich Sie bitten, ans Mikrofon zu gehen. Dann bin ich sehr gerne bereit, diese Frage zu beantworten.

Ich will Ihnen auch meine Position oder unsere Position hier mal recht deutlich darstellen.

(Peter Ritter, PDS: Na endlich! –
Zuruf von der SPD: Das wird auch Zeit.)

Was Sie hier machen, ...

(Unruhe bei einzelnen Abgeordneten
der SPD und PDS)

Ja, leider ist meine Redezeit begrenzt.

(Frank Ronald Lohse, SPD: Na Gott sei Dank! –
Heiterkeit bei Abgeordneten der SPD)

Ich würde das hier noch weiter ausführen.

(Torsten Koplin, PDS: Auch unsere Geduld ist begrenzt.)

Was Sie machen, meine Damen und Herren, Sie greifen sich die Bürgerversicherung als ein Thema hier heraus aus einem Komplex des Ganzen,

(Dr. Ulrich Born, CDU: Ja.)

und das, Frau Polzin, da werden Sie mir sicherlich zustimmen – wahrscheinlich jetzt im Moment nur innerlich –, das funktioniert nicht.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten
der CDU – Zuruf von Heike Polzin, SPD)

Sie können doch nicht einfach die Bürgerversicherung aus einem bestehenden Wirtschafts- und Sozialsystem herausreißen und sagen, das ist die Lösung aller Probleme.

(Heike Polzin, SPD: Wer will denn das?!)

Und wenn Herr Schlotmann sagt,

(Zurufe von Reinhard Dankert, SPD,
und Heike Polzin, SPD)

wir wollen die Beitragsgestaltung ändern und das löst das Problem,

(Reinhard Dankert, SPD: Das hat keiner gesagt.)

dann sage ich Ihnen, das löst das Problem nicht.

(Zuruf von Frank Ronald Lohse, SPD)

Wenn die Zahlen stimmen, die ich habe, Sie werden sicherlich andere Zahlen haben,

(Holger Friedrich, SPD: Ja, wenn sie stimmen, wenn sie stimmen! –
Zuruf von Heike Polzin, SPD –
Egbert Liskow, CDU: Rote Zahlen!)

aber die können gravierend nicht abweichen. Wenn Sie die Verbreiterung vornehmen hinsichtlich der Beitragszahler, sprich Beamte, Selbstständige oder auch Politiker, dann ist es doch unbenommen so, dass nicht nur die Einnahmeseite verbreitert wird, sondern auch die Ausgaben-seite. Und wenn das einen Effekt hat von 0,1 bis 0,2 Prozent Beitragssenkung, dann sage ich Ihnen, das ist nicht ausreichend.

(Heike Polzin, SPD: Nein. –
Zuruf von Holger Friedrich, SPD)

Und wenn die gesamten Maßnahmen, die Sie vorschlagen, eine Bürgerversicherung nach sich ziehen, die zwei Prozent Lohnnebenkosten senkt,

(Jörg Heydorn, SPD: Wo haben
Sie denn die Zahlen her?)

dann sage ich Ihnen, auch das wird das Problem, das wir hier in Deutschland haben, nicht lösen. Und da sind wir eigentlich bei der Tatsache, die wir diskutieren müssen.

(Zurufe von Frank Ronald Lohse, SPD)

Wir müssen nämlich betrachten die Wirtschaftspolitik und die Arbeitsmarktpolitik. Und wenn Sie die einfach ausblenden – bewusst oder unbewusst, ich hoffe jetzt mal, nur unbewusst –, dann sage ich Ihnen aufgrund der Diskussionen: Nehmen Sie den Punkt ernst! Wir müssen den Ansatz finden bei der Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Und wir können die Sozialpolitik – das brauche ich Ihnen nicht zu erklären, wir können nur das verteilen, was wir haben – nicht losgelöst betrachten. Deswegen muss der erste Ansatz beim Arbeitsmarkt erfolgen. Und wir sind uns alle in dem Punkt einig: Die Lohnnebenkosten sind zu hoch!

(Dr. Ulrich Born, CDU: Richtig.)

Die werden wir über Ihren Vorschlag, so, wie er heute steht mit den zwei Prozent, nicht lösen. Damit befinden wir uns in der Spirale, dass der Faktor Arbeit sich weiter verteuern wird.

(Heike Polzin, SPD: Aber jetzt kommt
der Vorschlag, wie Sie sie lösen.)

Was das bedeutet, Frau Polzin, ich spreche jetzt persönlich zu Ihnen,

(Heike Polzin, SPD: Warum eigentlich? –
Beate Mahr, SPD: Keine Zwiegespräche!)

die Folge ist eine Erhöhung der Arbeitslosigkeit und deren Folge ist wiederum, dass die Einnahmeseite bei den Krankenversicherungen wegbricht und dass das zu Beitragserhöhungen führt. Mit dieser Logik sollten wir uns auseinander setzen.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Richtig.)

Und da lehne ich das einfach im Namen der Fraktion ab, hier sich über dieses Schwarz-Weiß-Modell zu unterhalten,

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten
der CDU – Zuruf von Heike Polzin, SPD)

weil ich davon ausgehe, dass die Bürgerversicherung in dieser Form, losgelöst von allen anderen Problemen, nicht die Lösung unseres Problems bringt.

(Heike Polzin, SPD: Jetzt kommt die
Lösung, ja? Jetzt die Lösung bitte!)

Aus meiner Sicht blendet das die Realität aus.

(Heike Polzin, SPD: Ach so!)

Wir haben folgende Situation: Wir haben auch auf der Ausgabenseite bei den Krankenkassen – das Thema, das hat Herr Schlotmann richtig angesprochen, das haben wir mehrmals diskutiert –,

(Jörg Heydorn, SPD: Warum hat denn
die CDU die Positivliste verhindert?)

wir haben das Problem, dass wir tief greifende Veränderungen haben, sprich demographische Entwicklung, sprich wissenschaftlich-technischer Fortschritt. Und, meine Damen und Herren, das werde ich nicht kleinreden und von Ihnen redet das auch keiner klein. Diese Herausforderungen sind so gravierend, dass zum heutigen Zeitpunkt einfach zu sagen,

(Jörg Heydorn, SPD: Das hätte man mit der
Positivliste ein Stück weit lösen können.)

die Bürgerversicherung wird dieses Problem lösen, das ist einfach zu kurz gesprungen. Das ist nicht mein Anspruch an Politik, den ich habe.

(Heike Polzin, SPD: Oh ja! –
Zuruf von Ute Schildt, SPD)

Wenn ich Ihnen auch noch mal eine andere Zahl nenne, weil Sie aus meiner Sicht das sehr einfach versuchen darzustellen, die Anzahl der Beitragszahler zu erhöhen. Nach den Unterlagen, die ich im Moment zur Verfügung habe, die ich studiert habe, hatte ich gesagt, bringt das einen Rückgang im Beitragssatz von 0,1 bis 0,2 Prozent.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD:
Das ist doch Quatsch.)

Wenn die Studie stimmt, die das Land Nordrhein-Westfalen in Auftrag gegeben hat,

(Norbert Baunach, SPD:
Wenn die Zahlen stimmen!)

und ich gehe davon aus, dass das stimmt, was mir hier vorliegt, dann wird zum Beispiel die Überführung der Beamten in diese Bürgerversicherung zusätzliche Kosten von 50 Millionen Euro für den künftigen Steuerzahler ausmachen, weil sie ja für diese Beamten als Arbeitgeber, als Land zusätzliche Leistungen aufbringen müssen.

(Norbert Baunach, SPD: Wenn!)

Das müssen wir doch in diesem Zusammenhang einfach mal sagen.

(Zuruf von Angelika Gramkow, PDS)

Wenn hier behauptet wird, dass die Bürgerversicherung – ich freue mich schon auf Ihre Fragestellung nachher, Frau Gramkow –, wenn wir hier an dieser Stelle sagen, die Bürgerversicherung löst das Problem, dann sage ich Ihnen, die Bürgerversicherung löst aus meiner Sicht keine strukturellen Probleme. Davon bin ich überzeugt.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Es werden hier einfach zusätzliche Geldquellen erschlossen. Das mag auch ganz gut am Anfang funktionieren,

(Heike Polzin, SPD: Na, da haben wir es doch schon fast!)

wenn wir sagen, die Selbständigen

(Heike Polzin, SPD: Genau!)

oder auch die eventuellen neuen Beamten zahlen

(Heike Polzin, SPD: Genau! – Heiterkeit bei Ute Schildt, SPD)

da einfach erst einmal ein. Aber das Problem ist doch nur kurz aufgeschoben. Das, was Sie jetzt immer machen, Schwankungsreserve absenken und ähnliche Maßnahmen, das sind alles kurzfristige Maßnahmen, die das Problem aus meiner Sicht nicht lösen werden.

(Heike Polzin, SPD: Aber Sie?! – Zuruf von Dr. Norbert Nieszery, SPD)

Sie verteuern hier den Faktor Arbeit und das führt dazu, dass die Anreize, neue Arbeitsplätze zu schaffen, weiter nach unten gehen. Das hatte ich schon ausgeführt.

(Beifall Dr. Ulrich Born, CDU)

Damit leistet man aus meiner Sicht eher noch einen Beitrag zur Arbeitslosigkeit.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU – Zuruf von Ute Schildt, SPD)

Über verfassungsrechtliche Dinge, die auf uns zukommen werden, und Ähnliches möchte ich an dieser Stelle nicht weiter referieren.

(Frank Ronald Lohse, SPD: Gott sei Dank!)

Ich habe auch persönlich Probleme zu glauben, dass Sie einen gewissen Wettbewerb, der ja zu effektiveren Strukturen führen soll, dass das durch diese Bürgerversicherung erreicht wird. Was ich auch gar nicht abkann, ist, wenn Sie immer sagen, wir sind die Einzigen, die sozial gerecht denken und Ähnliches.

(Zurufe von Dr. Norbert Nieszery, SPD, und Regine Lück, PDS)

Ich muss Ihnen sagen, wie stehen Sie dann zu solchen Sachen, dass nichtberufstätige Ehefrauen zum Beispiel weiter kostenlos in der Bürgerversicherung versichert werden? Ist das gerecht? Mit der Beitragsbemessungsgrenze wird es sicherlich innerhalb Ihrer Partei auch unterschiedliche Auffassungen geben. Das sind doch viele Punkte, die man diskutieren soll.

(Zuruf von Frank Ronald Lohse, SPD)

Ich möchte auch noch mal am Beispiel der Ministerin Frau Schmidt aufzeigen, wie sich aus meiner Sicht die Situation überhaupt darstellt. Wir alle haben diese demographischen Probleme vor uns, die gelöst werden müssen. Wenn Sie Veranstaltungen von der Ministerin Ulla Schmidt verfolgen, wo sie versucht, Verständnis für die anstehenden Reformen bei den Menschen zu bekommen, was gleichbedeutend ist mit Kürzungen, dann bekommt sie nur wenig Verständnis. Wenn sie sich, das wird sicher der eine oder andere gesehen haben, bei Veranstaltungen vor Hunderten von Leuten, hauptsächlich älteren Leuten, wie Politiker dann äußert – sie steht für mich jetzt dort als Politikerin, die eher ausgebuht werden –, wenn ich dann aber aus sozialdemokratischer Sicht zum Schluss einen Schwenk mache und sage, meine Damen und Herren,

aber Selbständige, Beamte und wir Politiker zahlen dann auch ein, dann ist das für mich Polemik.

(Jörg Heydorn, SPD: Das ist eine Tatsache und keine Polemik!)

Dann hole ich mir zwar die Leute kurzfristig auf meine Seite, aber das wird das Problem in der Gesellschaft, was wir haben, nicht lösen.

(Zuruf von Heike Polzin, SPD – Frank Ronald Lohse, SPD: Wer schreibt dir bloß immer diese blöden Reden?!)

Ich sage Ihnen, ab 2006 gilt es, diese Probleme zu lösen, anzupacken, und da werden wir politisch gesehen eine Situation in Deutschland haben ähnlich wie heute. Wenn ich mal davon ausgehe, dass dann die beiden großen Volksparteien circa 80 Prozent der Wählerstimmen hinter sich vereinigen können, dann sage ich Ihnen voraus, es muss Kompromisse geben. Ich lehne es ab, hier einfach zu sagen, schwarz oder weiß.

Was mir noch so ein bisschen im Magen liegt: Wenn Ihnen vielleicht aus populistischen Gründen der Begriff „Bürgerversicherung“ mit der Umschreibung nicht ausreicht und Sie wie in Ihrem Antrag den Begriff „solidarisch“ davor setzen, dann wird das Ganze aus diesem Grunde nicht gerechter und nicht richtiger, sondern das zeigt mir einfach nur, dass es hier darum geht, Schaufensteranträge zu stellen, und ich sage Ihnen, diese Schaufensteranträge lehnen wir ab.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Herr Renz.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete der PDS-Fraktion Herr Koplin.

(Angelika Gramkow, PDS: Das wird auch Zeit. – Gabriele Schulz, PDS: Das ist so.)

Torsten Koplin, PDS: Danke schön, Frau Präsidentin.

(Angelika Gramkow, PDS: Sie können mich da gerne mahnen, das ist so. Das kann ja wohl nicht wahr sein!)

Sehr geehrte Damen und Herren, ich weiß nicht, ob sich die Redezeiten vielleicht verändert haben, aber das, was ich jetzt machen muss, tue ich mit Widerwillen, aber ich muss mit einer Polemik beginnen.

Die SPD hat dankenswerterweise die Initiative zu diesem Antrag ergriffen und wir sind Mitautor dieses Antrages. Und als Mitautoren sagen wir seitens der PDS, wir verwahren uns dagegen, diesen Antrag als einen Schaufensterantrag zu bezeichnen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und PDS)

Herr Renz, auch zu Ihnen ganz persönlich, mir ist das gestern aufgefallen und heute wieder: Die Redebeiträge von Kollegen aus der SPD und der PDS erhalten von Ihnen hier Benotungen.

(Minister Dr. Till Backhaus: Lehrer, weil er Lehrer ist.)

Und Sie sind sich nicht zu schade, hier sozusagen das Niveau von Redebeiträgen zu beurteilen.

(Minister Dr. Till Backhaus: Lehrer sind so.)

Ich persönlich bin sehr bestürzt darüber, dass Sie offensichtlich intellektuell nicht erfasst haben, dass dieses Thema, was hier auf der Tagesordnung steht, ein zentrales Thema des gesellschaftlichen Zusammenlebens überhaupt ist.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und PDS)

Die Entschließung, denke ich, ist eine ganz wichtige Positionsbestimmung, wie wollen wir zukünftig überhaupt zusammenleben und wie sollen in Anbetracht der gegenwärtigen Rahmenbedingungen die sozialen Sicherungssysteme sich weiter gestalten. Insofern hat dieser Antrag etwas ganz Besonderes. Aus meiner Sicht, wenn ich das mal vergleiche in der Art und Weise, wie sich andere Landtage damit auseinander setzen, gibt er im Gegensatz zu anderen Stellungnahmen und Positionierungen eine Antwort, wie wir zu einem zukunftsfähigen Gesundheitswesen kommen können jenseits von Leistungskürzungen und Zuzahlungsregelungen. Die Entschließung ist ein deutliches Zeichen gegen den Missbrauch des Begriffs „Reform“. Willy Brandt hat einmal gesagt: Reform ist, was die Arbeits- und Lebensbedingungen der Menschen verbessert.

Angesichts von Arbeitsplatzabbau und Arbeitsverdichtung klingt das Wort „Reform“ für die Beschäftigten im Gesundheitswesen oft wie eine Drohung. Und angesichts der geplanten Eintrittsgebühr beim Arzt, der Selbstzahlung von Brillen und Kontaktlinsen, der Privatisierung der Vorsorge beim Krankengeld und in der Zahnmedizin – Sie wollten übrigens seitens der CDU den Bürgerinnen und Bürgern schon immer an die Zähne –

(Heiterkeit bei Heike Polzin, SPD)

ist der Begriff „Reform“ für Patienten mittlerweile auf den Hund gekommen.

Unsere Entschließung hat einen grundsätzlich anderen Ansatz als den, der gegenwärtig diskutiert wird. Ich möchte auch noch mal den Satz betonen, den Frau Sozialministerin Linke schon herausgestellt hat. Der erste Satz des Antrages lautet: „Schutz, Erhalt und Wiederherstellung der Gesundheit gehören zu den elementaren Aufgaben öffentlicher Daseinsvorsorge.“ Diese wichtige Feststellung entspringt für die PDS der Auffassung, dass der so genannte Gesundheitsmarkt kein Gütermarkt ist. Wer Ärzte- und Gesundheitseinrichtungen als kaufmännische Einrichtungen auf dem Gesundheitsmarkt und Patienten als Kunden sieht – beide also als gewöhnliche Akteure des marktwirtschaftlichen Spiels –, irrt sich nicht nur, sondern liegt aus unserer Sicht kreuzgefährlich.

(Vizepräsidentin Renate Holznagel
übernimmt den Vorsitz.)

Der übliche Kunde vermag selber zu definieren – das ist vorhin auch schon mal gesagt worden –, was er haben will. Wenn er sich geirrt hat oder getäuscht wurde, kann er umtauschen. Im Gesundheitswesen hat der Patient in der Regel diese souveräne Stellung nicht. Deshalb kommt von Seiten des Patienten Vertrauen und von Seiten der Leistungsanbieter neben der medizinischen Kunst das Gewissen ins Spiel. Vertrauen und Gewissen sind jedoch keine handelbaren Güter. Geld und Geldvermehrung sind kein Nährboden für Vertrauen und Gewissen. Genau deshalb darf Gesundheit selber keine Ware sein. Gesundheit und Gesundheitsvorsorge sind ein elementares Menschenrecht. Und gerade angesichts der gegenwärtigen Debatte in der CDU sage ich ganz deut-

lich für die PDS: Die PDS wehrt sich entschieden dagegen, dass menschliche Werte auf ihren Geldwert hin degradiert werden.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Deswegen lehnen wir mit aller Entschiedenheit die Vorschläge der Herzog-Kommission ab, nicht aus parteipolitischen Gründen, sondern wegen ihrer Philosophie, die dahinter steckt, denn auch die Kopfpauschalendiskussion – sie ist im Moment auch in den Medien – ist nicht der Knackpunkt. Der Knackpunkt ist, die Herzog-Kommission empfiehlt wegzukommen von der solidarischen und paritätischen Finanzierung in der Krankenversicherung. Sie will als Alternative die kapitalgedeckten Versicherungssysteme einführen. Und das pervertiert aus unserer Sicht das vorhin Gesagte. Nach den Vorstellungen der Herzog-Kommission ist Gesundheit nicht nur Ware, sondern gar Spekulationsobjekt an der Börse. Eine solche Auffassung ist mit der unsrigen nicht vereinbar.

Sehr geehrte Damen und Herren, Hauptursache für die gegenwärtigen Probleme sind aus Sicht der PDS Einnahmefälle durch Massenarbeitslosigkeit und abgesenkte Beitragszahlungen der Bundesanstalt für Arbeit sowie die Ausweitung prekärer Beschäftigungsverhältnisse. Die eigentlichen Probleme der Krankenversicherung stehen deshalb auch nicht auf der Ausgabenseite, sie müssen auf der Einnahmeseite gesucht werden.

Ein zukunftsfähiges und gerechtes Gesundheitswesen ist aus Sicht der PDS untrennbar mit der Schaffung einer solidarischen Bürgerversicherung verbunden. Die PDS hält aus fünf guten Gründen das Modell der Bürgerversicherung für nützlich und da korrespondieren wir sehr mit dem, was Herr Schlotmann vorhin gesagt hat. Wir sehen es auch so. Die solidarische Bürgerversicherung ist wichtig, notwendig und machbar,

1. weil sie Verteilungsgerechtigkeit und Solidarität gewährleistet
Unterstellt man, dass die Versorgung bei Krankheit zu den elementaren Aufgaben der Daseinsvorsorge gehört, so ist das Konzept gemeinsamer Finanzierung nach Leistungsfähigkeit das gerechtere Verfahren.
2. weil es dauerhafte Beitragsstabilität und Nachhaltigkeit sichert
Wenn die Bemessungsgrundlage alle Berufsgruppen und sämtliche Einkünfte umfasst, kann davon ausgegangen werden, dass bei entsprechender medizinischer und absehbarer demographischer Entwicklung der für die Gesundheitsleistungen erforderliche Anteil des Gesamteinkommens auch in Zukunft stabil bleibt.
3. weil sie die Möglichkeit einer erheblichen Senkung des Beitragssatzes erfordert
Durch die Einbeziehung der Vermögenden werden sich die Einnahmen der Bürgerversicherung nahezu verdoppeln, während die Ausgaben durch zusätzliche Versicherte nur um knapp zehn Prozent steigen werden.

(Unruhe bei einzelnen Abgeordneten
der PDS – Glocke der Vizepräsidentin)

Liebe Kollegen von der eigenen Fraktion, es irritiert mich etwas, dass Sie so laut sprechen.

So ist eine Senkung des Beitragssatzes auf unter zehn Prozent möglich.

4. weil die Bürgerversicherung in volkswirtschaftlich vernünftiger Weise den Faktor Arbeit entlastet und
5. weil sie Generationengerechtigkeit sichert

Im Übrigen möchte ich darauf verweisen, dass Herr Blüm dieser Tage dem NDR-Info ein sehr interessantes Essay übergeben hat zur Frage der Generationengerechtigkeit.

Sehr geehrte Damen und Herren, die vorliegende Entschließung ist ein Signal an die Gesellschaft, dass es Alternativen zur Herzog- oder zur Rürup-Kommission gibt. Der Agenda 2010 gehört eine Agenda Sozial entgegengesetzt. – Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei Abgeordneten der PDS)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke, Herr Koplin.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Heydorn von der Fraktion der SPD.

Jörg Heydorn, SPD: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren Abgeordnete! Seit heute wissen wir – seit Herrn Renz –, dass Beamte scheinbar im versorgungsleeren Raum zu hängen scheinen. Erst mit In-Kraft-Treten der Bürgerversicherung erwerben Beamte Versorgungsansprüche. Bisher ist da nichts geregelt. Das sind wirklich Menschen, die arm dran sind.

Aber im Ernst, Herr Renz, Sie haben im Grunde genommen nach Zielen gefragt. Sie haben gefragt, welche Ziele mit diesem Antrag verfolgt werden. Ich will Ihnen ein paar Ziele aufzählen. Das erste Ziel ist Information, Information zu Alternativen. Das zweite Ziel für mich ist das Thema deutliche Herausarbeitung von Unterschieden. Ich finde es enorm wichtig, nachdem die Herzog-Kommission jetzt ihre Vorschläge auf den Tisch gelegt hat, dass man Unterschiede aufzeigt, dass man sagt, das ist unsere Position und das ist die Position der CDU, die sie im Bundesvorstand, in ihrem Parteibundesvorstand mit nur zwei Gegenstimmen beschlossen hat. Und nachdem das vorlag, kam ich schon ein bisschen ins Grübeln.

Ich will in diesem Zusammenhang an Oswald von Bräuning erinnern, Herr Renz,

(Dr. Ulrich Born, CDU: Sehr gut, Herr Heydorn.)

Oswald von Bräuning, einen der maßgeblichen Architekten der christlichen Soziallehre. Oswald von Bräuning hat zwei Grundsätze herausgearbeitet,

(Dr. Ulrich Born, CDU:
Übrigens sehr alt geworden.)

einmal den Grundsatz von Solidarität, und der zweite Grundsatz ist der Grundsatz von Subsidiarität. Und wenn man das im Einzelnen mal nachliest, dann hat das im Grunde bis heute guten Bestand gehabt. Vor allen Dingen, die Lehre von Oswald von Bräuning ist von der CDU in ihr Parteiprogramm bis heute eingearbeitet worden. Das sind im Grunde genommen Dinge, die als Grundsätze der Christlich-Demokratischen Union bis heute maßgeblich sind, aber davon scheint man sich ja zu verabschieden.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD)

Und dann muss man sich die Frage stellen: Wofür steht die CDU in Zukunft? CDU – wer das Kreuz hat, segnet sich zuerst, oder vielleicht auch: CDU – jeder für sich und Gott gegen alle. Das sind die Dinge, die man ja dann neu

definieren muss, wenn es hier zum Thema Kopfpauschalen kommt.

Ich will auf ein anderes Problem hinweisen. Das Problem, was Sie hier haben, liegt doch in der CDU, das Thema ist also die fehlende Heterogenität. Solche Berichte habe ich aus der Konsensverhandlung zur Gesundheitsreform gehört. Da sind Sie doch immer nur diejenigen gewesen, die wie ein Hühnerhaufen kaum zusammenzuhalten gewesen sind, auf der einen Seite also der Kreis um Seehofer, die an einem bestehenden System festhalten wollen, und auf der anderen Seite der Kreis um Angela Merkel, die hier deutlich zu radikalen Veränderungen kommen wollen.

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Renz?

Jörg Heydorn, SPD: Das machen wir zum Schluss, würde ich sagen, Herr Renz.

Jetzt wollen wir uns doch mal ansehen, zu welchen Veränderungen wir denn kommen. Wir kommen zu einer gigantischen Umverteilung, wenn das Thema Kopfpauschalen kommt, einer gigantischen Umverteilung von 30 Milliarden Euro, die Sie über die Steuer in Gang setzen wollen. Haben Sie sich schon mal darüber Gedanken gemacht, Herr Renz, was das für einen Verwaltungsaufwand bedeutet?

(Torsten Renz, CDU: Ich habe zur Bürgerversicherung gesprochen, weil das auf der Tagesordnung stand.)

Was das für einen Verwaltungsaufwand bedeutet, 30 Milliarden umzuverteilen bei einer demographischen Entwicklung, wo heute schon jeder weiß, dass diese 30 Milliarden Euro längst nicht das Ende der Fahnenstange sind! Dazu hätten Sie sich doch mal positionieren müssen, Herr Renz!

(Torsten Renz, CDU: Ich habe zur Kopfpauschale nicht gesprochen.)

Die einzigen Gewinner bei diesem System sind die privaten Krankenversicherungsunternehmen, die dabei richtig Kasse machen. Ansonsten gewinnt keiner. Und von diesen privaten Krankenversicherungsunternehmen haben wir ja auch einen Großteil in Hessen. Vielleicht ist das der Grund, warum Ihr Herr Koch so massiv für diese Lösung plädiert.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD)

So, Herr Renz, wenn Sie noch Interesse haben,

(Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der SPD)

sollten wir zu Ihren Fragen kommen. Aber Sie können sich auch gerne weiter mit Ihren Kollegen unterhalten.

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Also, meine Herren Abgeordnete, erst bin ich dran.

Sie gestatten jetzt die Anfrage des Abgeordneten Renz? (Zustimmung)

Bitte, Herr Renz, dann fragen Sie.

Torsten Renz, CDU: Ich habe zwei Fragen zur Klarstellung.

Herr Heydorn, Sie haben eben behauptet, dass der Herr Seehofer festhält an dem alten System. Ist Ihnen

nicht bekannt, dass Herr Seehofer für die Bürgerversicherung eintritt?

Jörg Heydorn, SPD: Herr Seehofer präferiert eine differenzierte Lösung, für die wir ja auch stehen. Seehofer ist jemand, der auf der einen Seite den Gesundheitskompromiss mitträgt, deutlich mitträgt, das hat er immer wieder getan, aber Herr Seehofer war beispielsweise auch jemand, der das Thema Positivliste – Herr Renz, Positivliste ist Ihnen ein Begriff, oder soll ich darauf auch noch kurz eingehen? – ...

(Beifall und Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der SPD)

Torsten Renz, CDU: Das war nicht meine Frage.

Jörg Heydorn, SPD: ... mitträgt, was vom Rest der CDU, aus welchen Gründen auch immer, letztendlich nicht gewollt ist. Und natürlich ist mir bekannt, dass Herr Seehofer als perspektivische Lösung das Thema Bürgerversicherung favorisiert. Ja, das ist mir bekannt.

Torsten Renz, CDU: Danke schön.

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Gestatten Sie jetzt eine weitere Frage des Abgeordneten? (Zustimmung)

Bitte, Herr Renz.

Torsten Renz, CDU: Ich habe eine zweite Frage. Sie haben gesagt, dass es die Zielstellung Ihres Antrages war, im Vergleich zur Herzog-Kommission hier etwas darzustellen. Meine Frage, da der Antrag am 24.09. von Ihnen eingebracht wurde: Ist Ihnen bekannt, wann der Bericht der Herzog-Kommission auf den Weg gebracht wurde? Ist Ihnen bekannt, dass das der 29. war, also fünf Tage, nachdem Sie diesen Antrag gestellt haben?

(Unruhe bei Abgeordneten der SPD)

Jörg Heydorn, SPD: Also ich weiß ja nicht, wie Sie Ihr politisches Geschäft betreiben, Herr Renz. Wir informieren uns rechtzeitig.

(Beifall und Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der SPD und PDS)

Ich würde Ihnen Folgendes empfehlen: Sie sollten sich einmal informieren, damit Sie dann auch den Kenntnisstand haben, wann denn die ersten Informationen dazu auf dem Tisch lagen, was die Herzog-Kommission so von sich geben will. Das war deutlich vor dem 25.09. Das war ja schon Monate vorher.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD)

Torsten Renz, CDU: Jahre! – Danke.

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke schön, Herr Heydorn.

Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der Fraktionen der SPD und PDS auf Drucksache 4/806. Wer diesem Antrag zustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke schön. Gegenstimmen? – Danke. Stimmenthaltungen? – Damit ist der Antrag der Fraktionen der SPD und PDS auf Drucksache 4/806 mit den Stimmen der Fraktionen der SPD und PDS bei Gegenstimmen der Fraktion der CDU angenommen.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 18** Beratung des Antrages der Fraktion der CDU – Landesverordnung über

die Höhe der durchschnittlichen Betriebskosten in der Kindertagesbetreuung für das Jahr 2004, Drucksache 4/804.

**Antrag der Fraktion der CDU:
Landesverordnung über die Höhe
der durchschnittlichen Betriebskosten
(Regelkosten) in der Kindertagesbetreuung
(Betriebskostenlandesverordnung –
BKLVO M-V) für das Jahr 2004
– Drucksache 4/804 –**

Das Wort zur Begründung hat der Abgeordnete Herr Glawe von der Fraktion der CDU.

Harry Glawe, CDU: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Die Verordnung über die durchschnittlichen Betriebskosten, sprich Regelkosten, steht auf der Tagesordnung, weil gestern ja das Kita-Gesetz, das in seinem Bildungsauftrag Erweiterung finden sollte, durch Sie, durch die Genossen dieses linken Hauses abgelehnt worden ist, unser Antrag. Und daher haben wir uns sozusagen dazu entschlossen,

(Andreas Bluhm, PDS: Vorausschauend!)

die Frage der Landesverordnung noch mal auf die Tagesordnung zu stellen, da Sie ja gestern angekündigt haben, dass Sie ein neues Kita-Gesetz jetzt nach zweijähriger Diskussion und nach einjährigem Durchs-Land-Fahren – Herr Koplin und Frau Linke sind da ja sehr aktiv – nun vorlegen wollen. Auf der anderen Seite wollen wir verhindern, dass es wie in den letzten Jahren läuft,

(Zurufe von Dr. Ulrich Born, CDU,
und Kerstin Fiedler, CDU)

dass die Kommunen finanziell unter Druck gesetzt werden, dass die Landesverordnung zu spät kommt,

(Zuruf von Dr. Ulrich Born, CDU)

dass die Kommunen keine Satzungen erlassen können und nicht wissen, woran sie sind. Und deswegen haben wir dieses Thema auf die Tagesordnung gesetzt.

Ich will mal daran erinnern, im vorigen Jahr hatten Sie es ja sozusagen 14 Tage vor Weihnachten noch nicht einmal geschafft, eine Betriebskostenlandesverordnung auf den Weg zu bringen,

(Beifall Dr. Ulrich Born, CDU: So ist es. –
Beifall Kerstin Fiedler, CDU)

und damit haben Sie Planungsunsicherheit bei freien Trägern, bei Landkreisen, bei den Gemeinden erzeugt.

(Dr. Ulrich Born, CDU:
Und bei den alten Menschen.)

Die Begründung ergibt sich auch daraus, dass Sie jetzt, nachdem wir gestern Bildung mit 7 Millionen Euro untersetzen wollten und den Rechtsanspruch für behinderte und nicht behinderte Kinder ab dem dritten Lebensjahr sozusagen festschreiben wollten, den Paragraphen 17 Absatz 6 (neu) dankenswerterweise abgelehnt haben.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Genau.)

Ich will Ihnen Folgendes sagen: Bildung ist eines der höchsten Güter und sozusagen Landessache, meine Damen und Herren.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU –
Dr. Ulrich Born, CDU: Richtig. –
Zuruf von Torsten Koplin, PDS)

Es ist schon erstaunlich, dass Sie dieses Problem abgeben wollen. Ich will es mit einem Vergleich versuchen, Ihnen das plastisch darzustellen: Sie spielen sozusagen als Hansa Rostock mit der Bundesliga, laufen auf als Mannschaft und Pampers-Liga und F-Jugend spielen gegen einen Bundesligisten.

(Heiterkeit bei Dr. Ulrich Born, CDU)

Die Landesregierung zieht sich auf die Tribüne zurück, erlässt ein Gesetz und versucht dann sozusagen die Tore zu treffen, in die sie hinein sollen.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Ja.)

Nun können Sie sich vorstellen, wer der Gewinner ist. Nämlich nicht die Landesregierung, denn sie gibt ja alle Kompetenzen runter an die Gemeinden. Dort soll es dann so laufen, dass erst mal Verhandlungen zwischen Trägern und Eltern stattfinden. Alle Träger sollen ihre Finanzen offen legen, sollen ihre Konzepte vorlegen und offen legen, die sie eigentlich heute schon nach dem geltenden Gesetz haben und machen können. Dann sollen die Gemeinden und Landkreise zusammen mit den Trägern agieren. Der Landkreis ist die Clearingstelle und soll dann noch dafür sorgen, dass die 77 Millionen Euro gerecht auf alle 1.100 Einrichtungen im Land verteilt werden. Meine Damen und Herren, das ist eine Sisyphusarbeit, die sozusagen ansteht.

Ein weiteres Problem, was Sie mit Ihrem neuen Gesetz schaffen wollen, ist die Wahlfreiheit der Eltern. Damit werden Sie die Kitas in der Fläche im ländlichen Raum beseitigen und damit verlassen nach der Schule auch die Kitas den ländlichen Raum. Das wird ein Ergebnis Ihres Gesetzes sein, meine Damen und Herren.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Richtig.)

Und im Übrigen müssen Sie letzten Endes auch in Ihrem Gesetz noch die Aussagen zu einer Schiedsstelle untermauern, denn das ist das Ende aller Debatten, die Sie dann führen. Es geht ja eigentlich nur darum, fiskalisch dafür zu sorgen, dass Sie bei den Betriebskosten oder Regelkosten nicht mehr in die Verantwortung genommen werden können, indem Ihnen beim Oberverwaltungsgericht bescheinigt worden ist, Frau Ministerin und der Regierung, dass diese immer weitestgehend fiskalisch nach dem jeweiligen Haushaltsansatz berechnet werden. Und dann machen Sie mal Benchmarking und machen Sie mal was anderes, aber jedenfalls wird es immer so sein, dass eigentlich die Regelkosten nicht auskömmlich sind und am Ende die Träger, die sozusagen keine Kommune im Rücken haben, die Dummen sind

(Dr. Ulrich Born, CDU: Richtig.)

oder die Kommunen selbst aus ihrem Haushalt Finanzen in die Kitas bringen müssen.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Und ist das vielleicht nicht gewollt?)

Meine Damen und Herren, und deswegen haben wir uns entschlossen, diese Debatte zu führen, auch wenn heute Herr Koplin angekündigt hat, dass sich erstmalig nach sehr, sehr langer Zeit der Beirat am 8. November, glaube ich, so steht es in der Presseerklärung, trifft. Das war gestern unsere Kritik. Vielen Dank, Herr Koplin, dass Sie so schnell darauf reagiert haben.

(Torsten Koplin, PDS: Ich weiß gar nicht, was Sie meinen.)

Das ist wunderbar. Und im Übrigen meine ich, dass man den Sachverstand des Städte- und Gemeindetages und des Landkreistages durchaus in dieser Frage weiter nutzen soll,

(Beifall Dr. Ulrich Born, CDU)

denn keiner im Land hat bisher das Gesetz kritisiert. Kritisiert wurde immer die Auslegung der Regelkostenverordnung,

(Torsten Koplin, PDS: Und die wollen Sie gerade weiterführen.)

und die ist ja im Paragraphen 16, glaube ich, des Kita-Gesetzes geregelt. – Vielen Dank. Nachher weiter.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Dr. Ulrich Born, CDU: Das ist doch ein einziges Chaos, was Sie da machen.)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke schön, Herr Glawe.

Im Ältestenrat wurde eine Aussprache mit einer Dauer von 30 Minuten vereinbart. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Das Wort hat die Sozialministerin Frau Dr. Linke.

Ministerin Dr. Marianne Linke: Verehrte Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren Abgeordnete! Mit diesem Antrag dokumentieren Sie, verehrte Damen und Herren von der CDU, vor allen Dingen eins: In Sachen Kita haben Sie gute Einsichten gewonnen, allerdings fehlen noch die einschlägigen Rezepte, um wirklich etwas zu bewegen.

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Also Einsicht Nummer 1 hat für mich nach den vielen Diskussionen aus dem letzten Jahr, aber sicher auch aus den Jahren zuvor, fast schon einen allgemeinen Platz. Das Kita-Gesetz – so schreiben Sie es – ist novellierungsbedürftig, wenn es langfristig und zukunftsfähig gestaltet werden soll. Also insofern haben wir jedenfalls Konsens und wir können durchaus als Fortschritt verbuchen,

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

dass Sie das jetzt mit Ihrem Antrag auch schriftlich anerkannt haben, Herr Glawe. So ist es.

Es sei allerdings die Frage erlaubt, warum Sie es dann bei der simplen Forderung nach 7 Millionen Euro für die Kitas im Lande belassen haben,

(Harry Glawe, CDU: Zusätzlich.)

wenn Sie andererseits eine grundlegende Novellierung des Kindertagesstättengesetzes verlangen.

(Harry Glawe, CDU: Zusätzlich.)

Es sei die Frage erlaubt, warum Sie nicht wirklich einmal inhaltliche Vorschläge für ein neues Kindertagesstättengesetz unterbreiten. Stattdessen halten Sie sich und uns mit Ihren Floskeln auf.

(Heiterkeit bei Harry Glawe, CDU)

Ich zitiere aus der Antragsbegründung: „Über das wirkliche Ausmaß und die Details einer Neuregelung ist im Rahmen eines geordneten Gesetzgebungsverfahrens zu entscheiden.“ Das, meine sehr verehrten Damen und Her-

ren, also das brauchen Sie uns nun wirklich nicht zu erklären.

(Harry Glawe, CDU: Nee, ne?!)

Sie haben mindestens genauso lange Zeit gehabt

(Heiterkeit bei Harry Glawe, CDU)

wie die Regierung, einen wirklich fundierten Entwurf diesem Hohen Hause vorzulegen.

(Harry Glawe, CDU: Sie sind nur überrascht, dass wir das vorgelegt haben.)

Gerade das aber haben Sie sicherlich aus gutem Grunde bis heute nicht getan.

(Zuruf von Lorenz Caffier, CDU)

Ich kann vor diesem Hintergrund auch nicht so recht folgen, wenn Sie dazu auffordern,

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

der Landtag möge feststellen, eine Kita-Novelle mit einer umfassenden Neufassung stehe vor dem 01.07.2004 nicht an. Wir als Landesregierung haben noch vor der Sommerpause den Referentenentwurf, wie Sie auch vorhin richtig sagten, Herr Glawe, für ein Kindertagesstättenförderungsgesetz erarbeitet. Wir haben allen Beteiligten Gelegenheit gegeben, sich dazu in einem geordneten Verfahren formal zu äußern.

(Zuruf von Kerstin Fiedler, CDU)

Darüber hinaus haben wir den Entwurf für ein novelliertes Gesetz mit allen Beteiligten umfassend, wie Sie auch richtig sagten, Herr Glawe, erörtert. Es gab einen runden Tisch Kita, es gab Gespräche mit Elterninitiativen, es gab Konferenzen mit Gewerkschaften,

(Dr. Ulrich Born, CDU: Jeder, der gewagt hat, was zu sagen, hat was auf den Deckel bekommen.)

mit Vertretern der Wohlfahrtsverbände, mit den Kirchen, Einwohnerversammlungen, und nicht zuletzt gab es eine ganze Reihe von Verhandlungsrunden mit den kommunalen Landesverbänden. Wir haben in der Folge dieser Gespräche umfangreiche Stellungnahmen erhalten, das ist richtig. Wir haben diese Stellungnahmen nicht einfach beiseite gewischt, sondern wir haben sie sehr ernst genommen.

(Zuruf von Dr. Ulrich Born, CDU)

Die Landesregierung wird deshalb zur nächsten Landtagssitzung einen im Vergleich zum Referentenentwurf in vielen und in sehr entscheidenden Punkten

(Harry Glawe, CDU: Der wievielte Entwurf ist denn das, darf ich mal fragen. Der wievielte Entwurf ist denn das?)

überarbeiteten Gesetzentwurf für ein Kindertagesstättenförderungsgesetz vorlegen. Es war nämlich ein Prozess der Anhörung im eigentlichen Sinne des Wortes.

(Tonstörung – Harry Glawe, CDU:
Selbst die Anlage fährt schon runter. –
Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Ja, das war jetzt die Untermuerung, dass es sich um eine Anhörung handelte.

Und zwar war es ein Anhören und Gehört-Werden. Also gerade diese beiden Aspekte, denke ich, haben hier wirk-

sam in dem Ihnen dann vorliegenden Gesetzentwurf ihren Niederschlag gefunden. Und ich bin sehr optimistisch, dass wir mit diesem Entwurf eine wirkliche Qualitätsoffensive in den Kindertagesstätten unseres Landes in Gang setzen können und die Finanzierung der Einrichtungen dann auch auf eine langfristige und tragfähige Basis stellen werden.

Es wird in den Händen des Landtages von Mecklenburg-Vorpommern, es wird also in Ihren Händen, verehrte Abgeordnete, liegen, welchen Zeitplan Sie dann für die Beratungen des Regierungsentwurfes wählen. Wir sollten dabei alle daran denken, welche Probleme und welches Maß an Kritik es bei der Finanzierung der Kindertagesstätten über die Regelkosten in der Vergangenheit gab. Je länger wir diese Finanzierung über Regelkosten betreiben, desto länger schleppen wir auch die damit einhergehenden Probleme mit uns herum. Jahrelang haben wir landauf und landab über die Ungerechtigkeiten der Kita-Finanzierung diskutiert und geklagt, geklagt in Gesprächen und vor Gericht. Es ist gerade der berühmte Durchschnitt, der das Netz von Einrichtungen und Diensten gefährdet. 1.100 Einrichtungen mit unterschiedlichen Bedingungen werden mit den geltenden gesetzlichen Bestimmungen einer einheitlichen Entgeltregelung hier unterworfen. Unberücksichtigt bleiben bei der Berücksichtigung der Finanzierung auf der Grundlage der Regelkosten Einhaltung von Tarifen, Grundstücksgebäudekosten, der Sanierungsstand, die betriebswirtschaftliche Größe und vieles andere mehr. Planungs- und Rechtssicherheit sind gerade mit dem Instrument der Betriebskostenlandesverordnung ganz offenbar nicht erreichbar.

Die Verordnung für das Jahr 2002 und 2003 und damit die Begründung der aktuellen Regelkosten, also das heißt auch die für das laufende Jahr, folgen haargenau den Vorgaben des OVG Greifswald in Bezug auf die seinerzeit beklagte Landesverordnung 1998. Trotz dieser Berücksichtigung des OVG-Urteils, Herr Glawe, ist nun auch die Betriebskostenlandesverordnung 2002 beklagt. Mein Fazit ist deshalb, die Finanzierung der Kitas über Regelkosten ist kein langfristig tragbarer und für die Zukunft sicherer Weg. Die Landesregierung wird die Kita-Novelle vorlegen mit einer neuen Finanzierungsregelung. Und wenn diese Beratungen über den Jahreswechsel andauern, dann haben wir die Finanzierung der Kitas für diesen Zeitraum über die Regelkosten abzusichern.

(Harry Glawe, CDU: Sie wissen ganz genau, dass man den Gerichten nicht vorschreiben kann, welche Ermittlungen sie vornehmen können.)

Nach dem Gesetz werden sie jährlich berechnet. Ich werde als Fachministerin die dafür notwendigen Schritte dann zeitnah einleiten.

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Die Festlegung eines Zeitpunktes für das In-Kraft-Treten einer Novelle bereits zum jetzigen Zeitpunkt halte ich deshalb, Herr Glawe, für nicht erforderlich und ich halte sie für geradezu falsch. – Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei Abgeordneten der PDS –
Unruhe bei einzelnen Abgeordneten der CDU –
Zuruf von Kerstin Fiedler, CDU)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke schön, Frau Ministerin.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Heydorn von der Fraktion der SPD.

Jörg Heydorn, SPD: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren Abgeordnete!

Herr Glawe, ich wollte mich eigentlich mit Ihnen über Regelkosten unterhalten und nicht über Fußball.

(Harry Glawe, CDU: Wir können beides machen.)

Fußball ist ja heute nicht der Tagesordnungspunkt, sondern Regelkosten. Und zum Thema Regelkosten haben wir ja gestern schon das eine oder andere gesagt, was heute auch nicht wiederholt werden muss.

(Zurufe von Dr. Ulrich Born, CDU,
und Harry Glawe, CDU)

Das Regelkostensystem – und da nehme ich gerne Bezug auf unsere Sozialministerin, die das Thema ausführlich, richtig und präzise dargelegt hat – ist ein sehr schwieriges System, was immer wieder über Rechtsmittel angefochten werden wird. Ich denke, wir sind jetzt aufgefordert, dieses System so zu verändern und rechtsfest zu machen. Und das werden wir tun, indem wir Ihnen einen entsprechenden Gesetzentwurf vorlegen, wo das Thema Regelkosten keine Rolle mehr spielen wird, sondern wo wir die Regelkosten ersetzen werden durch Festzuschüsse des Landes.

Wenn Sie vielleicht einmal Zeit haben und das SGB VIII aufschlagen und sich beim Thema, wer trägt welche Verantwortung, das Kinder- und Jugendhilfegesetz ansehen, dann werden Sie feststellen, dass nicht nur das Land dafür Verantwortung trägt, sondern auch die kommunalen Gebietskörperschaften in erheblichem Umfang dafür verantwortlich sind und natürlich die örtlichen Träger der Jugendhilfe hier deutlich mit im Boot sitzen. Deswegen kann ich nur noch mal Bezug nehmen auf die richtigen Ausführungen unserer Ministerin. Wir als SPD-Fraktion werden Ihren Antrag ablehnen. – Danke schön.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD
und einzelnen Abgeordneten der PDS)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke, Herr Heydorn.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Glawe von der Fraktion der CDU.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Na, dann
muss ich ja wieder nach vorn gehen.)

Harry Glawe, CDU: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Es ist ja schon ganz interessant zu hören, dass Sie die Landesverordnung über durchschnittliche Betriebskosten und Regelkosten ablehnen, obwohl sie im jetzigen geltenden Gesetz steht.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Richtig.)

Es ist ja erstaunlich, zu welchen Dingen Sie hier in diesem Hohen Haus fähig sind.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Die Regierung ist verpflichtet –

(Dr. Ulrich Born, CDU: Ja.)

das steht im Paragraphen 16 des Landes-Kita-Gesetzes –, in jedem Jahr neue Regel- oder Betriebskosten festzulegen und festzusetzen.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Richtig.)

Da kommt sie nicht heraus. Und wenn Sie jetzt im November ein neues Kita-Gesetz vorlegen wollen, dann kommen Sie doch frühestens im März oder, wenn Sie ganz gut sind, im Januar zu einem Gesetz, denn früher geht es gar nicht

(Dr. Ulrich Born, CDU: Richtig.)

allein nach den Geschäftsordnungsdingen, die im Landtag laufen. Wir müssen als Gesetzgeber in diesem Landtag eine Anhörung machen. Und ich habe von Herrn Koplin sogar vernommen, dass er zwei Anhörungen vorhat –

(Dr. Ulrich Born, CDU: So ist es.)

eine, glaube ich, am 3. Dezember und eine am 17. Dezember. Danach muss ausgewertet werden, danach muss das Gesetz bewertet werden, wie es sozusagen Frau Ministerin auch richtig vorgetragen hat. Sie ist ja sozusagen mit Pauken und Trompeten bei jeder Anhörung durchgefallen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU –
Dr. Ulrich Born, CDU: Richtig.)

Das ist nun mal so. Auch uns sind diese Protokolle oder Stellungnahmen der einzelnen Betroffenen und Träger, die Sie alle angehört haben, zugegangen.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Obwohl sie
die alle zusammen vorgetragen haben.)

Wir leben ja sozusagen in einem demokratischen Staat, wo die CDU auch an einige Informationen herankommt,

(Beifall Dr. Ulrich Born, CDU: Richtig.)

und die sind nun mal vernichtend. Und das Vernichtendste an dieser Geschichte war, wenn ich das mal so sagen darf, Sie hatten vor, Standards aufzulösen.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Richtig.)

Sie wollten sozusagen, dass Kinder ganz offen betreut werden und jeder Landkreis, jede Gemeinde und jeder Träger sagen kann, wie viel Betreuende in eine Gruppe dürfen, wie groß sie sein darf. Mitarbeiter sollen ja davon weg sein, dass sie diese Standards auflösen. Das wollen Sie ja wieder zurückbringen. Sie kommen also unserem geltenden Gesetz wieder etwas näher und damit kommen Sie der CDU-Position – diesem angeblich konservativen Gedanken – wieder etwas näher. Dafür kann ich Ihnen ja nur dankbar sein.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Aber
es dauert eben immer alles.)

Und die Frage, die wir hier auch zu beantworten haben, ist ja eine Frage, die sich danach ergibt: Wie geht es mit der Finanzsituation weiter? Denn die Kita-Träger brauchen auch im Januar Geld,

(Dr. Ulrich Born, CDU: Richtig.)

sie brauchen auch im Februar Geld, auch im März. Ich verstehe diese Diskussion, die Sie hier mit uns führen wollen, nicht,

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

denn Sie bekommen zum 1. Januar kein Gesetz hin und keinen öffentlich-rechtlichen Vertrag mit den Landkreisen und den Gemeinden. Sie bekommen keine Vergütungs-

vereinbarungen hin, denn diese Vergütungsvereinbarungen sind letzten Endes dann Grundlage für Satzungsänderungen auf kommunaler Ebene in den Städten, in den Gemeinden, in den Landkreisen. Was ist denn eigentlich mit dieser Regierung los hier in diesem Land?

(Beifall und Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Es kann doch nicht sein, dass Sie von A nach B reisen, von C nach D reisen und überall Ihr Kita-Gesetz vorstellen und nicht merken, dass Sie jeden Tag gegen die Wand laufen, dass eigentlich keiner dieses neue Kita-Gesetz so will, wie Sie es wollen, wie Sie es vortragen.

(Torsten Koplin, PDS: Das ist doch gar nicht wahr! Ach, Herr Glawe!)

Das ist so, meine Damen und Herren. 80 Prozent aller Stellungnahmen sind höchst negativ ausgefallen. Herr Koplin, das können Sie nicht abstreiten,

(Torsten Koplin, PDS: Differenzieren!)

das ist so. Ich könnte auch 90 Prozent sagen, aber ich sage 80.

(Zurufe von Dr. Ulrich Born, CDU, und Angelika Gramkow, PDS)

Und das Problem, über das wir hier reden, sind die Regelkostenausstattungen. Ich habe das schon mal gesagt – Benchmarking. Es müssen 1.100 Einrichtungen zweimal im Jahr Meldebögen schicken. Und dann ist die Frage – Frau Ministerin hat es ja auch gut vorgetragen – nach den Betriebskosten oder sanierten beziehungsweise unsanierten Einrichtungen, die Frage nach einem Hausmeister: Wann wird er anerkannt, wann wird er abgelehnt? Wann wird er bezahlt und wann wird er nicht bezahlt? Oder wie Frau Polzin gestern sagte, es würde keine Berater geben. Na selbstverständlich, Frau Polzin, gibt es die, und zwar auf 1.000 Kinder einen Fachberater. Das steht im Gesetz, Frau Kollegin, das darf ich Ihnen noch einmal mitteilen. Ich finde schon, dass diese Diskussion, die hier geführt wird, nicht zielführend ist, denn sie verunsichert. Sie bringt vor allen Dingen, auch mit Blick auf die Kommunalwahl, Unruhe in die Gemeinden, in die Parlamente und Eltern selbst, die nicht zu verantworten ist.

Im Übrigen können Sie ja im Einzelnen alles im Urteil vom Oberverwaltungsgericht nachlesen. Wenn Sie jetzt schon wieder eine Klage am Hals haben, dafür kann ich ja nichts, sondern da sind Sie ja dran Schuld. Sie sind sozusagen durch den Gesetzgeber verpflichtet worden, Regelkosten so zu gestalten, dass sie gerecht, auskömmlich und wirtschaftlich sind. Meine Damen und Herren und Frau Ministerin, dazu sind Sie in diesem Haus verpflichtet! Und der Landtag wird Sie daran messen, wie Sie das schaffen oder nicht schaffen.

Das Letzte, was ich zu diesem Thema sagen möchte, ist, dass es nicht so wie im vorigen Jahr sein kann, dass sozusagen alle in einem schwebenden Rechtszustand gehalten werden und dass die Regierung so tut, als wenn sie ein neues Gesetz hat, obwohl es das nicht gibt. Gleichzeitig müssen Sie auch – und das ist unsere tiefste Überzeugung, wir werden auch sehr darauf achten – Regelkosten und Betriebskosten sowie Verordnungen für das nächste Jahr in Kraft setzen und vorbereiten und sie bis zum 1. Januar veröffentlicht haben. So ist es. – Danke schön.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Zuruf von Angelika Gramkow, PDS)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke schön, Herr Glawe.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Koplin von der Fraktion der PDS.

Torsten Koplin, PDS: Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren!

Sehr energisch, nahezu wütend, Herr Glawe, haben Sie hier eben noch einmal betonen wollen, dass der in Rede stehende angehörte Gesetzentwurf hier mit Pauken und Trompeten durchgefallen wäre.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Ist er doch.)

Da muss ich Ihnen einfach widersprechen, denn es ist nicht so. Es ist nicht so. Malen Sie nicht schwarzweiß! Positiv wurde bewertet, auch wenn Sie das nicht machen, möchte ich das hier an dieser Stelle betonen,

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

dass die Bildungs- und Erziehungsziele ausgeformt wurden. Es war ein Wunsch der Erzieherinnen, ein Wunsch der Eltern, der Elterninitiative und der Träger, vergleichbare Bildungsstandards zu erhalten. Das wird positiv bewertet.

(Harry Glawe, CDU: Dafür dürfen die Eltern aber mehr bezahlen.)

Positiv bewertet wird die Ausweitung des Rechtsanspruches und insbesondere wird großer Wert darauf gelegt, dass der berufliche Status der Eltern nicht mehr ein Ausschlussgrund für die Inanspruchnahme des Rechtsanspruches in der frühkindlichen Bildung und Erziehung ist. Weitestgehend positiv bewertet wurde das Wahlrecht der Eltern, und zwar die Einrichtungen zu nutzen, die sie für ihr Kind am zweckmäßigsten und am besten halten. Positiv wurde bewertet, dass es erstmalig in dieser Art und Weise Gesundheitsziele in einem Gesetzentwurf gibt. Positiv bewertet wurden die Ausweitung und die Stärkung der Fachberatung und ebenfalls die Berücksichtigung der Vor- und Nachbereitungszeiten sowie die verpflichtende Weiterbildung für die Erziehung. Das sind alles Dinge, die Sie hier nicht unterschlagen sollten, Herr Glawe.

(Harry Glawe, CDU: Das ist doch heute schon alles möglich. Das ist doch schon in den Regelkosten erfasst. Lesen Sie das nicht? Haben Sie das nicht erkannt, Herr Koplin?)

Was ich aber gerne sagen möchte, ist, dass wir Ihren Antrag ablehnen. Sie beginnen Ihren Antrag – ich komme zu allen drei Punkten – mit einem Blick in die Glaskugel, indem Sie anfangen zu spekulieren, dass vom 01.07.2004 an dieses und jenes nicht möglich wäre, und wollen uns dafür gewinnen, diese Spekulation mit zu betreiben. Ein neues Gesetz ist aber in seiner Gesamtheit zu betrachten. Sie haben selbst gesagt, wir müssen es sorgfältig und seriös in den Ausschüssen beraten und erst wenn wir es beraten und alle Dinge bedacht haben, sind wir in der Lage, den Zeitpunkt des In-Kraft-Tretens des Gesetzes beziehungsweise einzelne seiner Bestandteile entscheiden zu können. Alles andere an dieser Stelle, Herr Glawe, wäre unseriös.

Zu Ihrem zweiten Antragspunkt. Der Antrag suggeriert den unverzüglichen Handlungsbedarf. Jetzt komme ich

auf diesen Kritikpunkt, Herr Glawe. Die Rechtslage ist eine andere als die, die Sie hier darstellen.

(Heiterkeit bei Harry Glawe, CDU)

Nach Paragraph 16 Absatz 1 des geltenden Gesetzes wird verlangt, dass jährlich die durchschnittlichen Regelkosten zu ermitteln sind. Jährlich heißt, einmal im Jahr und nicht kalendarisch alle zwölf Monate. Und nach der Erfassung von mehr als 150.000 Einzeldaten im vergangenen Jahr wurden die gültigen Regelkosten am 1. Februar 2003 erlassen. Das heißt, sie gelten auch über den Jahreswechsel hinaus. Da gibt es insofern nicht diesen akuten Handlungsbedarf,

(Heiterkeit bei Harry Glawe, CDU: Ja, ja, ja, ja.)

den Sie hier attestieren und geltend machen. Und dann kommt noch hinzu, Herr Glawe, Sie selber haben die Regelkosten auch, genauso wie Ihre Fraktion und wie viele in diesem Land, immer wieder kritisiert. Wir müssen weg von diesen Regelkosten. Die Frage ist: Wie kommen wir weg von diesen Regelkosten? Festbeträge sind eine Alternative. Regelkosten wurden als ungerecht empfunden und insofern ist es schon sehr, sehr widersprüchlich, wenn Sie sich jetzt sozusagen zu den Verfechtern der Regelkosten aufschwingen möchten. Sie haben gestern bereits bewiesen, dass Sie mit Ihren Erkenntnissen auf dem Stand der 90er Jahre stehen geblieben sind.

(Heiterkeit bei Harry Glawe, CDU)

Und noch ein letzter Punkt. Der dritte Punkt Ihres Antrages, und zwar die Landesregierung aufzufordern gelten des Recht einzuhalten, erübrigt sich an dieser Stelle.

(Harry Glawe, CDU: Ah ja, ah ja!
Kennen Sie dieses Schreiben?)

Artikel 20 Absatz 3 Grundgesetz besagt, dass jedes Verwaltungshandeln dazu verpflichtet,

(Harry Glawe, CDU: Kennen Sie dieses Schreiben?)

auf Rechtsgrundlagen zu arbeiten und zu wirken. Deshalb ist auch an dieser Stelle Ihr Antrag überflüssig. – Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke, Herr Koplin.

Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der Fraktion der CDU auf Drucksache 4/804. Wer diesem Antrag zustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke. Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Danke. Damit ist der Antrag der Fraktion der CDU auf Drucksache 4/804 mit den Stimmen der Fraktion der SPD, der Fraktion der PDS bei Zustimmung der Fraktion der CDU abgelehnt.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 19:** Beratung des Antrages der Fraktionen der PDS und SPD – Entschließung zur Gemeindefinanzreform, Drucksache 4/812(neu).

**Antrag der Fraktionen der PDS und SPD:
Entschließung zur Gemeindefinanzreform
– Drucksache 4/812(neu) –**

Das Wort zur Begründung hat die Fraktionsvorsitzende Frau Gramkow der Fraktion der PDS.

Angelika Gramkow, PDS: Meine Damen und Herren! Auf einer Veranstaltung im September dieses Jahres in Braunschweig erklärte Bundesfinanzminister Hans Eichel, ich zitiere: „Wir müssen die finanziellen Spielräume der Kommunen erhöhen, damit sie mehr Raum für Investitionen bekommen. Und zwar schnell und dauerhaft! Denn kommunale Investitionen sind ein Fundament für eine nachhaltige wirtschaftliche Erholung ...“ Zitatende. Das können wir, meine Damen und Herren, dick unterstreichen. Und wir werden die Bundesregierung hier beim Wort nehmen. Wir werden sie beim Wort nehmen müssen, denn die Situation ist bitterernst. Vor allem in der zweiten Hälfte des Jahres 2001 sind die Gewerbesteuereinnahmen abgestürzt. Das ging 2002 weiter und auch für dieses Jahr muss mit weiteren Gewerbesteuerrückgängen gerechnet werden. Das liegt auch daran, dass zwischen Unternehmen und Tochtergesellschaften Gewinne und Verluste verrechnet werden können. Es liegt ebenso daran, dass ab 2002 Gewerbesteuerfreiheit von Veräußerungserlösen eingeführt worden ist.

Die letzte Steuerschätzung zeigt, das Gewerbesteuer-aufkommen 2003 und in den Folgejahren wird um mehr als 30 Prozent, meine Damen und Herren, unter den Schätzungen vom Mai 2000 liegen. Auch in Mecklenburg-Vorpommern haben die Städte, Gemeinden und Landkreise mit dieser Situation umzugehen und das trifft insbesondere die kreisfreien Städte. Die Kassenstatistik der Kommunen vom Jahr 2003 verzeichnet erneut eine Mindereinnahme bei der Gewerbesteuer. In der gleichen Situation explodieren die kommunalen Sozialausgaben, vor allem die Sozialhilfe und die Jugendhilfe. Sie sind der sozialen Situation im Land geschuldet.

Der Fehlbetrag in den kommunalen Kassen wird in diesem Jahr einen Höchststand erreichen, deutschlandweit sage und schreibe 10 Milliarden Euro. Und nach den Aussagen des Innenministeriums hatten die kreisfreien Städte und Kreise unseres Landes im September dieses Jahres Fehlbeträge von 143 Millionen Euro in ihren Kassen zu beklagen. Das hat zur Folge, dass die Investitionstätigkeit der Kommunen drastisch zurückgeht. Auch in diesem Fall wird in diesem Jahr ein Rückgang von zehn Prozent erwartet. Städte und Gemeinden müssen deshalb auf eine Vielzahl von so genannten freiwilligen Aufgaben verzichten. Trotz aller Sparsbemühungen und dem Verkauf großer Teile ihres Tafelsilbers ist es vielen Kommunen kaum mehr möglich, ihre Haushaltspläne auszugleichen. Weil die Einnahmen nicht ausreichen, müssen sie immer mehr laufende Ausgaben etwa für Sozialhilfe und Personalkosten dauerhaft über Kassenkredite finanzieren. Die kommunalen Kassenkredite summieren sich weiter nach oben.

Die Fakten zeigen in aller Schärfe, dass die kommunale Ebene sich in einer schier aussichtslosen Situation befindet und deshalb dringend auf finanziell feste und sichere Füße gestellt werden muss. Nur bei einem stabilen kommunalen Steueraufkommen kann auch die Wirtschaft, vor allen Dingen die kleinen und mittelständischen Unternehmen des Landes, wieder mit langfristig gesicherten Aufträgen rechnen.

(Minister Dr. Gottfried Timm: Richtig.)

Und deshalb begrüßen wir es, dass diese Bundesregierung, die rot-grüne Bundesregierung, auf die Situation reagiert.

Ich darf noch einmal den Bundesfinanzminister zitieren: „Die Reform der Gemeindefinanzen hat für die Bundesre-

gierung höchste Priorität. Trotzdem braucht es entsprechende Vorarbeiten, um zu einer tragfähigen Konsenslösung zu kommen. Ich bin mir sicher, dass wir am Ende dieses Prozesses bei einer erneuerten, einer zukunftssicheren Gemeindefinanzierung landen werden.“ Auch diesem Zitat ist nichts hinzuzufügen.

Und deshalb hat die Bundesregierung im Mai 2002 eine Kommission zur Reform der Gemeindefinanzen einberufen, die einen einvernehmlichen Reformvorschlag erarbeiten sollte. Wie sich jedoch sehr schnell zeigte, liegen Welten zwischen dem Vorschlag der Industrie dieses Landes und dem Vorschlag der kommunalen Spitzenverbände. Eine einvernehmliche Lösung ist nicht zustande gekommen. Nahezu alle Finanzministerinnen und Finanzminister der Länder hatten sich zunächst auf das Kommunalmodell bei der Gewerbesteuer geeinigt. Sie hatten sich dafür ausgesprochen. Heftige Kritik hagelte es bei diesem Vorschlag, gewinnabhängige Besteuerungselemente einzubeziehen, und zwar insbesondere von Minister Clement und von den Vertretern der Wirtschaft, auch der Wirtschaftsverbände in unserem Land, und wie wir gestern in der Aktuellen Stunde ja auch drastisch von Herrn Rehberg gehört haben.

Die Bundesregierung hat daraufhin im August dieses Jahres einen eigenen Gesetzentwurf vorgelegt, aus ihrer Sicht ein Kompromiss zwischen den Interessen der Kommunen und der Wirtschaft. Aber dieser Kompromiss scheint nicht tragfähig. Der Entwurf befindet sich jetzt im Verfahren. Dabei hat die Anhörung im Finanzausschuss des Bundestages Ende September wenig Beifall auf Seiten der kommunalen Spitzenverbände gefunden. So sei es nicht zu akzeptieren, wenn die Wirtschaft nur noch zu einem Drittel und nicht mehr zur Hälfte zu den kommunalen Steuern beitragen würde. Die geplante Gemeindefinanzreform, die sich ausschließlich auf den Gewinn bezieht, würde nur zu instabilen und wenig verlässlichen Einnahmen für die Kommunen führen.

Wir haben inzwischen wohlwollend zur Kenntnis genommen, dass es bei den Regierungsfractionen des Bundes, bei SPD und Bündnis 90/Die Grünen die Absichten gibt, Änderungen zugunsten der kommunalen Ebene doch noch vorzunehmen. Wir würden uns freuen, wenn diese Bemühungen auch von Erfolg gekrönt sind.

Meine Damen und Herren, weil die Situation so brisant ist, haben die Koalitionsfractionen von SPD und PDS den Ihnen vorliegenden Antrag heute eingebracht, in dem wir uns klar für eine Gemeindefinanzreform aussprechen und wo wir formulieren, welche Ziele wir berücksichtigt sehen wollen. Erstens, mit dieser Gemeindefinanzreform müssen die Kommunalfinanzen stabilisiert und gesichert werden. Das ist das grundlegende Ziel. Wir unterstützen dabei weitgehend das Modell der kommunalen Spitzenverbände.

Für die Stärkung der Einnahmen ist die reformierte Gewerbesteuer unabdingbar. Wir sprechen uns klar dafür aus, dass der Kreis der Gewerbesteuerpflichtigen auf die Freiberuflerinnen und Freiberufler ausgeweitet wird. Alle ortsansässigen Wirtschaftseinheiten sollen entsprechend ihrer Leistungsfähigkeit einen Beitrag für die Finanzierung der Standortgemeinde leisten. Die Bemessungsgrundlage muss verbreitert werden, indem, und das hat ja besonders Herrn Rehberg gestern erregt, ertragsunabhängige Elemente wie Zinsen und Finanzierungsanteile, Pachten und Leasingraten zum Gewerbeertrag hinzugerechnet wer-

den. Dies stärkt und stabilisiert das Gewerbesteueraufkommen und sorgt für Finanzierungsneutralität.

Eine Verbreiterung und eine Verstetigung dieser Bemessungsgrundlage halten wir für gerechtfertigt, weil die Gewerbesteuer nicht wie bisher zu Lasten einzelner Unternehmen gehen darf, sondern die Belastung leistungsgerecht auf eine möglichst große Anzahl von Unternehmen verteilt werden muss, gerechtfertigt auch deshalb, weil es ermöglicht wird, größere Freibeträge für die Steuerpflichtigen zu verankern und somit die Belastungen des Einzelnen durch die Gewerbesteuer zu verringern.

Der Vorwurf, dass kleine und mittlere Unternehmen und Selbstständige übermäßig beziehungsweise sogar existenzbedrohend belastet würden, ist so pauschal nicht aufrechtzuerhalten, was unter anderem die Modellberechnungen zum vorliegenden Gesetzentwurf belegen. Dennoch ist genau zu prüfen, ob Existenzgründerinnen und Existenzgründer sowie kleine und mittlere Unternehmen nicht zusätzlich belastet würden, denn gerade in den neuen Ländern müssen sie vielfach mit einer großen Eigenkapitalschwäche umgehen. Das haben wir ja gestern angesichts der Debatte zur wirtschaftlichen Situation in Mecklenburg-Vorpommern festgestellt. Und auch diesen Hinweis, und zwar dieses genau zu prüfen, finden Sie in unserem Antrag.

Meine Damen und Herren, wir hoffen sehr, dass es auf der Bundesebene zu einer Gemeindefinanzreform kommt, die die wesentlichen Ziele, die ich formuliert habe, enthält. Das erklärte Ziel ist, möglichst die Einnahmen zu verbessern und Entlastungen für die Kommunen zu erreichen. Diese sind unabdingbar, weil wir aus eigener Kraft in Mecklenburg-Vorpommern nicht in der Lage sind, die gegenwärtige finanzielle Situation der Städte, Gemeinden und Landkreise zu heilen. Mit dem hier vorgelegten Entschließungsantrag möchten die Landtagsfractionen von SPD und PDS ihre Unterstützung für so eine Gemeindefinanzreform auf Bundesebene ausdrücklich bekräftigen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten
der SPD und Gabriele Schulz, PDS)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke schön, Frau Gramkow.

Im Ältestenrat wurde eine Aussprache mit einer Dauer von 45 Minuten vereinbart. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Das Wort hat der Innenminister Herr Dr. Timm.

Minister Dr. Gottfried Timm: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Finanzsituation der Kommunen in der gesamten Bundesrepublik hat sich seit dem Jahr 2001 dramatisch verschlechtert. In jenem Jahr trat das Steuersenkungsgesetz des Bundes in Kraft und spätestens seit dem 11. September 2001 befindet sich die Konjunktur weltweit auf Talfahrt. Steuersenkungen und konjunkturelle Schwächephasen sind nicht geeignet, die öffentlichen Haushalte zu konsolidieren. Außerdem sind eine Reihe von Leistungsgesetzen des Bundes in Kraft getreten, die die Kommunen zusätzlich belastet haben. Insbesondere die soziale Grundsicherung für Sozialhilfeempfänger beziehungsweise dauerhaft Erwerbsunfähige und die stufenweise Erhöhung des Kindergeldes haben die kommunalen Haushalte mit belastet.

Insofern war es aus meiner Sicht folgerichtig, dass das Bundesland Schleswig-Holstein einen Gesetzentwurf zur Konsolidierung der Gemeindefinanzen in den Bundesrat eingebracht hat. Dieser Gesetzentwurf basiert auf Ergebnissen der Gemeindefinanzreformkommission, die die Bundesregierung im Jahr 2002 eingesetzt hat. Gerade weil die Ergebnisse dieser Kommission bislang nur ungenügend in die vorgelegten Gesetzesvorschläge Eingang gefunden haben, hat sich Schleswig-Holstein zu diesem aus meiner Sicht kommunalfreundlichen Schritt entschieden. Ich muss sagen, dass ich es sehr bedauere, meine Damen und Herren, dass die CDU-geführten Länder im Bundesrat diesen Entwurf ablehnen wollen.

(Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

So sind die Äußerungen, Herr Dr. Jäger. Vielleicht stimmen Sie dem ja trotzdem zu.

Die Landesregierung hat diesen Entwurf von Schleswig-Holstein unterstützt. Und ich will hinzufügen, dass die Länder insgesamt, aus meiner Sicht jedenfalls, besser als der Bund einschätzen können, wie die konkrete Situation auf der untersten Ebene, nämlich bei Städten, Gemeinden und Kreisen, tatsächlich ist.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Deshalb wollen Sie uns 60 Millionen kürzen.)

Die Länder, meine Damen und Herren, sind nämlich dichter dran.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Deswegen kürzen Sie bei uns.)

Deshalb darf das Parteibuch bei dieser wichtigen Frage keine Rolle spielen. Ich sage das auch selbstkritisch, Herr Dr. Jäger.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja.)

Mir gefällt auch nicht gänzlich, was die Bundesregierung hierzu im Gesetzentwurf zur Reform der Gewerbesteuer vorgelegt hat.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Und die Landeskinder?)

Das gefällt mir nicht ganz. Aber ich habe selbst gelesen, und Sie auch, dass die SPD-Bundestagsfraktion diesen Gesetzesentwurf noch einmal im kommunalen Sinne verändern will. Ich bin mir sicher – auch angesichts der Erörterungen, die derzeit stattfinden –, dass die Koalitionsfraktionen des Bundestages den Gesetzentwurf in Richtung des Kommunalmodells aus der Reformkommission verbessern werden. Damit wird auch den Vorschlägen Rechnung getragen, die zum Beispiel Frau Roth, auch CDU-Mitglied, seit langem erhebt.

(Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Sorgen bereitet mir allerdings, das will ich einräumen, dass in den Reihen der CDU/CSU eine Reihe von verschiedenen Steuerreformmodellen kursieren. Das könnte auch dazu führen, dass es am Ende zu keiner Einigung kommt und damit die Kommunen auch im Jahre 2004 keine zusätzlichen Einnahmemöglichkeiten erhalten. Deswegen, und das meine ich jetzt tatsächlich so, wie ich es sage, müssen wir auch hier im Landtag, Herr Dr. Jäger, parteiübergreifend auf alle Bundespolitiker einwirken, damit eine kommunalfreundliche Regelung gefunden wird, und zwar ab dem 1. Januar 2004.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja.)

Meine Damen und Herren, die Ergebnisse der Gemeindefinanzreformkommission waren auch in der Bewertung der Betroffenen positiv. Es gab viel Verständnis für das so genannte NRW-Modell. Dieses Modell hat – anders als das BDI-Modell – das Ziel verfolgt, die Einnahmeseite der Kommunen zu stabilisieren, und zwar so, dass die Kommunen ihre Aufgaben erfüllen können, in guten wie in schlechten Zeiten. Die Reform der Gewerbesteuer beinhaltet demnach, Frau Gramkow hat ja schon darauf hingewiesen, folgende wesentliche Punkte:

1. Erweiterung des Kreises der Steuerpflichtigen
2. Verbreiterung der Bemessungsgrundlagen
3. Abschmelzung des Gewerbesteuerfreibetrages von 25.000 Euro bei Gewerbetägern bis zu 50.000 Euro
4. Einführung eines Freibetrages von 25.000 Euro zur Milderung der Steuerbelastung für Existenzgründer und kleinere Unternehmen
5. Kompensation durch Absenkung der Steuermesszahl der Gewerbesteuer und Einführung einer differenzierten Steuermesszahl für Personen und Kapitalgesellschaften

Diese Punkte wurden öffentlich begrüßt, zwar nicht vom BDI, aber von Seiten der Wirtschaft. Und ich sage auch, dass dieses Modell in der Gemeindefinanzreformkommission durchgerechnet wurde. Ich weiß es deswegen, weil auch die Innenministerkonferenz dort vertreten war und parteiübergreifend zugestimmt hat. Es führt zur deutlichen Stabilisierung bei den Kommunen, aber auch zur Verbesserung bei Bund und Ländern. Und die Belastung der Wirtschaft, die es gibt, meine Damen und Herren, ist vertretbar.

Herr Rehberg hat gestern gesagt, dass man sozusagen bei der Gemeindefinanzreformkommission erst einmal auf die Länder und den Bund zeigen muss, denn diese müssen die Haushaltslöcher der Kommunen stopfen.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Das ist so, das steht da.)

Herr Rehberg, ich bin sehr gespannt auf Ihren Beitrag. Auch dem Bund und den Ländern steht das Wasser bis zum Halse und dieser Fingerzeig auf andere führt doch zu keinem Ergebnis.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und PDS –
Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Jede Seite muss in die Lage versetzt werden, Politik machen zu können, und zwar gerade auch auf kommunaler Ebene, meine Damen und Herren.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Im Gegensatz zur Landesregierung machen die Kommunen das.)

Entscheidend ist, und das ist tatsächlich der wunde Punkt in der derzeitigen Debatte, dass durch Gestaltungsfreiheit im Hebesatzrecht und durch die steuerliche Verbindung von Kommunalpolitik und örtlicher Wirtschaft ein wirtschaftspolitischer Gestaltungsspielraum in den Kommunen erhalten bleibt, man kann auch sagen, wieder geschaffen werden muss.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja.)

Dieses Ziel verfolgt der jüngste Gesetzentwurf des Landes Schleswig-Holstein.

Meine verehrten Damen und Herren, ich meine, wir kommen hier tatsächlich nur parteiübergreifend weiter.

Das sage ich auch in Richtung des wirtschaftspolitischen Sprechers der CDU/CSU-Fraktion Herrn Merz, der die ganze Reform auf das Jahr 2005 verschieben will. Ich kann nur davor warnen.

So viel zum Geschehen auf der politischen Bühne in Berlin, die für uns existenziell wichtig ist. Ich will Ihnen aber auch sagen, und zwar aus Sicht des Kommunalministers des Landes Mecklenburg-Vorpommern, welche Rückwirkungen Berliner Entscheidungen auf die Kommunen in Mecklenburg-Vorpommern haben, sowohl hinsichtlich der Einnahmeentwicklung als auch hinsichtlich der Ausgabenbelastung. Zur Beschreibung der Ausgangslage muss man feststellen, dass es den Kommunen in Mecklenburg-Vorpommern in den Jahren 1995 bis 2000 gelungen ist, ihre Haushalte zu konsolidieren.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Richtig.)

Wiesen die Haushalte noch in 1995 einen negativen Finanzierungssaldo von 125 Millionen Euro auf, so wurde dieser im Jahr 2000 auf positive 46,8 Millionen Euro verbessert.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Richtig.)

Und das ist ein Erfolg.

(Beifall Siegfried Friese, SPD: Richtig. –
Dr. Armin Jäger, CDU: Richtig. Ja klar.)

Ab 2001, meine Damen und Herren, ich habe darauf hingewiesen, vollzogen auch die kommunalen Haushalte in Mecklenburg-Vorpommern eine finanzielle Kehrtwende zum Schlechteren.

(Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Hintergrund war, wie ich schon sagte, die Steuersenkung, der 11. September, mehr Aufgaben und steigende Ausgaben.

(Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Ende 2002 hatten die Kommunen einen negativen Saldo von 132 Millionen Euro

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja, richtig.)

und damit lagen die Kommunen wieder unterhalb der Marke des Jahres von 1995. Damals, 1995, waren es 125,6 Millionen Euro negativer Finanzierungssaldo.

(Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Wenn die Kommunen sich auch selbst um Konsolidierung bemühten, das muss der Ehrlichkeit halber gesagt werden, so sind hier noch nicht alle Ziele erreicht. So stehen unsere Kommunen im ostdeutschen Vergleich unter den Kommunen in der Investitionstätigkeit schlecht da.

(Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Die finanziellen Schwierigkeiten nahmen im Jahr 2003 weiter zu – Frau Gramkow hat schon darauf hingewiesen – und derzeit haben die Haushalte aller Kreise und kreisfreien Städte einen Fehlbetrag von 143 Millionen Euro. Der kreisangehörige Raum lässt sich derzeit noch nicht ganz erfassen, aber die Daten bekommen wir demnächst auch. Die Tendenz ist leider steigend. Und wie gesagt, wo wir am Ende des Jahres stehen, müssen wir abwarten, denn der kreisangehörige Raum kommt noch hinzu.

Wir sprechen über das Jahr 2003, meine Damen und Herren, also über das Jahr, in dem die Mindestfinanzaus-

stattung des kommunalen Finanzausgleiches in Höhe von 1,27 Milliarden Euro gilt. Trotz der Garantie für dieses Jahr ist diese negative Entwicklung eingetreten. Ich sage das deshalb, weil der Schlüssel für die Konsolidierung der Kommunalfinanzen in Berlin liegt. Ich weise noch mal darauf hin und wir müssen parteiübergreifend darauf hinwirken, dass in Berlin die richtigen Entscheidungen für die Konsolidierung der Kommunalfinanzen getroffen werden. Berlin ging von einem realen Wirtschaftswachstum für 2001 und 2002 von jeweils ungefähr zwei Prozent aus. Mit dieser Annahme wurden unter anderem die Erhöhung der Gewerbesteuerumlage und die Absenkung des Gemeindeanteils an der Einkommensteuer begründet. Heute wissen wir, dass die Wirtschaft diese Dynamik nicht entfaltet hat.

(Angelika Gramkow, PDS: Richtig.)

Die derzeitige Entwicklung führt außerdem auch dazu, dass für Investitionsvorhaben zunehmend auf Kreditverschuldung zurückgegriffen werden muss, das hat Frau Gramkow auch schon erwähnt, der Kreditrahmen ist jetzt weitgehend ausgeschöpft. Die Investitionstätigkeit nimmt spürbar und auch sichtbar für die Bürger ab, und zwar auch deshalb, weil die Verwaltungen für die Kommunen mehr Kosten verursachen als in anderen Ländern. Das müssen wir selber regeln.

Meine Damen und Herren, der Antrag der Koalitionsfraktionen wird von der Landesregierung voll und ganz unterstützt. Wir müssen alle Kraft daransetzen, dass die Reform in Berlin kommt, und zwar so, dass die Kommunen nachhaltig für lange Zeit, und zwar in guten wie in schlechten Zeiten, ihren Aufgaben nachgehen können, denn hier auf kommunaler Ebene spüren Bürgerinnen und Bürger zuerst, ob Demokratie vor Ort mit Leben erfüllt werden kann, auch gerade in den Vertretungen, oder nicht. Vor dieser Frage steht derzeit die Bundesgesetzgebung.

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Herr Minister, gestatten Sie eine Anfrage des Abgeordneten Dr. Jäger?

Minister Dr. Gottfried Timm: Selbstverständlich.

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Bitte, Herr Dr. Jäger, stellen Sie Ihre Frage.

Dr. Armin Jäger, CDU: Danke schön, Frau Präsidentin.

Herr Minister, Sie haben die Situation 2003 geschildert und gesagt, es wird noch schlimmer 2004 wegen der Absenkung der Mindestfinanzgarantie. Meine Frage lautet: Wären Sie bereit, mit mir zusammen den gesamten Haushalt, so, wie er jetzt vorliegt, zu durchflöhen, um festzustellen, ob wir 60 Millionen zustande bekommen und damit den Kommunen das geben, was Sie ihnen mal versprochen haben?

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Minister Dr. Gottfried Timm: Ich sage dazu zwei Sachen, Herr Dr. Jäger: Erstens habe ich gesagt, dass die Situation in 2004 schlimmer werden kann, wenn die Reformen auf Bundesebene stecken bleiben.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten
der SPD und PDS)

Darauf habe ich hingewiesen.

Und der zweite Punkt ist der: Der Haushalt liegt im Innenausschuss zur Beratung. Ich bin sehr gespannt auf Ihre Vorschläge. Wir werden sie konstruktiv beraten.

(Siegfried Friese, SPD: Richtig.)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Gestatten Sie noch eine Nachfrage? (Zustimmung)

Dr. Armin Jäger, CDU: Herr Minister, teilen Sie meine Auffassung, dass nicht allein der Innenausschuss über alle Einzelpläne hinweg solche Einsparungsvorschriften und Einsparungsmöglichkeiten des Gesamthaushaltes machen kann? Und wären Sie, um das noch einmal zu fragen, bereit, mit mir zusammen durch alle Haushalte zu gehen und zu gucken, wo wir das Geld zusammenbringen, um die Kommunen auszustatten?

(Angelika Gramkow, PDS: Herr Dr. Jäger, ich erwarte Sie gerne im Finanzausschuss. – Zuruf von Gabriele Schulz, PDS)

Minister Dr. Gottfried Timm: Ich bin bereit, Ihre Vorschläge ernsthaft zu prüfen, aber dazu müssen sie auf dem Tisch liegen. Sie liegen aber nicht auf dem Tisch.

Dr. Armin Jäger, CDU: Darf ich eine weitere Frage stellen?

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Gestatten Sie noch eine weitere Anfrage?

Minister Dr. Gottfried Timm: Ich gestatte.

Dr. Armin Jäger, CDU: Habe ich Sie jetzt richtig verstanden, dass Sie nur auf Vorschläge der Opposition warten, damit Sie den Kommunen das geben können, was ihnen zusteht?

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU – Heiterkeit bei Eckhardt Rehberg, CDU)

Minister Dr. Gottfried Timm: Nein, Herr Dr. Jäger. Aber ich habe auch schon an anderer Stelle gesagt, dass es Vorschläge der Opposition geben muss, damit man überhaupt etwas beraten kann.

Dr. Armin Jäger, CDU: Ah ja! Ich bedanke mich.

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke schön, Herr Minister.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Eine komplette Bankrotterklärung des Ministers.)

Das Wort hat jetzt der Fraktionsvorsitzende der CDU Herr Rehberg.

Eckhardt Rehberg, CDU: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren Abgeordneten! Getreu dem Motto „Erfolge in der Außenpolitik lenken vom eigenen Versagen in der Innenpolitik ab“ wird hier ein Entschließungsantrag von PDS und SPD zur Gemeindefinanzreform vorgelegt, der eigentlich – und die Beantwortung der Fragen vom Kollegen Dr. Jäger durch den Innenminister Herrn Timm hat das deutlich gemacht – vom eigenen Versagen bei der kommunalen Finanzausstattung im Lande Mecklenburg-Vorpommern ablenkt.

Meine Damen und Herren, Sie haben vor einem Jahr unter Ziffer 222 der Koalitionsvereinbarung als Koalitionspartner ausdrücklich ein Bekenntnis zur Fortgeltung der kommunalen Mindestfinanzausstattung vereinbart.

(Präsidentin Sylvia Bretschneider übernimmt den Vorsitz.)

Wir hatten bereits im April diesen Jahres ein Sofortprogramm – es hat einen bundespolitischen und einen lan-

despolitischen Teil – hier vorgelegt. Und damals meinte der Kollege Müller, das sei alles oberflächlich, das sei absolut plakativ.

Meine Damen und Herren, ich will nur noch einmal kurz in Erinnerung rufen, was wir hier am 10. April zur Abstimmung gestellt haben. Sie sind dagegen gewesen. Ich nehme nur den bundespolitischen Teil:

Erstens. Die Gewerbesteuerumlage muss umgehend auf das Niveau vor der Steuerreform 2000 zurückgenommen werden.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Richtig.)

Das heißt, eine Absenkung von 30 auf 20 Prozent. Das finde ich sehr konkret.

Zweitens. Den Kommunen müssen direkt die Investitionszuweisungen des Bundes zur Verfügung gestellt werden.

Drittens. Die Mehrbelastungen der Kommunen durch das Grundsicherungsgesetz müssen in voller Höhe erstattet werden.

Herr Minister Timm, wer hat denn diesem Gesetz im Bundesrat zugestimmt? Das sind Sie doch gewesen,

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

und zwar ohne auf die Belastungen der Kommunen zu gucken. Oder: Das Konnexitätsprinzip muss ins Grundgesetz aufgenommen werden. Alles unkonkret, Herr Minister Timm.

Aber noch dramatischer, muss ich Ihnen sagen, sehe ich Ihre Einlassung in Ihrer Rede vom 10. April diesen Jahres, Zitat: „Wir“ – Mecklenburg-Vorpommern – „sind das einzige Bundesland in Deutschland, ... das den Finanzausgleich hält und ihn nicht absenkt.“

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja.)

Und weiter: „Das heißt mit anderen Worten, wir haben 2003 gegenüber dem vereinbarten Gleichmäßigkeitsgrundsatz zusätzlich 122 Millionen Euro im Finanzausgleich und 2004 gegenüber dem vereinbarten Gleichmäßigkeitsgrundsatz 108 Millionen Euro im Finanzausgleich wegen der Mindestgarantie.“ Und jetzt kommt's: „Dazu stehen wir und das halten wir auch für richtig.“

(Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Herr Minister Timm, nach meiner Kenntnis nennt man wissenschaftliche Falschdarstellungen im Volksmund Lüge.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wer am 10. April als Mitglied einer Landesregierung – die Chefgespräche sind voll im Gange drei Monate später –

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja, genau.)

verkündet, den Kommunen werden in 2004, in 2005 fast 200 Millionen Euro aus der kommunalen Finanzausstattung und von der Investitionspauschale weggenommen,

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja, genau.)

obwohl sie mehr Einnahmen haben

(Dr. Armin Jäger, CDU: Richtig, ja.)

in 2004 als in 2003, und wer sich wirklich erdreistet, drei Monate später, Herr Minister Timm, eine Kürzung der Mindestfinanzgarantie im nächsten Jahr um 64,9 Mil-

lionen Euro, im Jahr 2005 um 60,1 Millionen Euro zu verkünden – das ist mehr als ein Skandal, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU)

Weitere hausgemachte Verschlechterungen der rot-roten Landesregierung sind die Reduzierung der Infrastrukturpauschale, die Beteiligung der Kommunen an den Mehraufwendungen des Landes nach dem Altschuldenregelungsgesetz in Höhe von 4,5 Millionen Euro und der Buchungstrick, damit Sie die Verfassungsmäßigkeit des Landeshaushaltes einhalten können, Kürzung der frei verwendbaren Schlüsselzuweisungen um jeweils 36 Millionen Euro aufgrund der investiven Zweckbindung.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Und, meine sehr verehrten Damen und Herren, Herr Minister Timm, von dieser Misere wollen Sie jetzt ablenken

(Zurufe von Dr. Armin Jäger, CDU,
und Angelika Gramkow, PDS)

und das alles auf die Bundesebene heben. Jetzt kommen Sie daher, jetzt kommen Sie wirklich daher und wollen uns suggerieren, dass an allem die Steuersenkung 2000 schuld ist. Herr Minister Timm, ich kann Ihnen meine Reden aus den Jahren 1999 und 2000 noch einmal vorlegen. Ich habe dringlich davor gewarnt, die Körperschaftsteuer so zu reformieren, wie Sie sie reformiert haben.

(Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Herr Minister Timm, wenn Sie sich wirklich einmal damit befassen: Die Körperschaftssteuer hat im Jahr 1999 24 Milliarden Euro betragen – das sind fast 50 Milliarden Deutsche Mark – und die ist heute noch nicht einmal auf 4 Milliarden Euro wieder angewachsen. Wir hatten teilweise Minusbeträge, das heißt, wir mussten aus dem Lohn- und Einkommensteuertopf Geld rüberschieben in den Körperschaftsteuertopf, damit die Rückzahlung erfolgen konnte. Wissen Sie – und dafür haben Sie Mitverantwortung, Sie als Innenminister dieser Landesregierung insgesamt –, was der Hauptgrund ist? Weil Sie Ja gesagt haben, dass Veräußerungsgewinne großer Kapitalgesellschaften, ob die in Amerika erfolgt sind, in Frankreich oder in Deutschland, steuerfrei gestellt worden sind.

(Dr. Ulrich Born, CDU: So ist es.)

Das ist die Hauptursache für diesen Rückgang!

(Beifall bei Abgeordneten der CDU –

Dr. Armin Jäger, CDU: Ja, genau so ist das! –
Zuruf von Angelika Gramkow, PDS)

Und wenn Sie jetzt den 11. September da mit hineinziehen oder dann noch sagen, wir haben ja nicht gewusst, dass das Wirtschaftswachstum deutlich an die Null herangehen wird in den Jahren 2001 und 2002,

(Angelika Gramkow, PDS: Die CDU hat
doch mitgespielt und Beifall geklatscht!)

kann ich nur entgegnen, wir haben Ihnen sehr deutlich gesagt, dass der Eichel-Haushalt immer auf tönernen Füßen steht. Meine sehr verehrten Damen und Herren, und dann noch dazu zu kommen, Mehrbelastungen des Bundes auf die Kommunen zu beklagen, wo Sie mit Ihren drei Stimmen im Bundesrat bei vielen Entscheidungen die entscheidenden drei Stimmen waren,

(Dr. Armin Jäger, CDU: Jawohl, so ist das!)

um der rot-grünen Bundesregierung zu mehr zu ver helfen – Sie sind mitverantwortlich für die Mehrbelastung der Kommunen in den letzten fünf Jahren!

(Beifall bei Abgeordneten der CDU –

Dr. Armin Jäger, CDU: Ja, so ist das! Ja,
so ist das! – Angelika Gramkow, PDS:

Die CDU hatte die große Koalition,
Herr Rehberg, vergessen Sie das nicht!)

Und sich jetzt hier hinzustellen unter dem Motto „Haltet den Dieb oder mach mir den Pelz nicht nass!“, das finde ich schon abenteuerlich, Herr Minister Timm. Sie sind Kommunalminister!

(Angelika Gramkow, PDS: Fassen Sie sich mal
an Ihre eigene Nase! – Gabriele Schulz, PDS:
Das praktizieren Sie ja wohl! –
Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Dann hätten Sie im Kabinett sagen müssen, dieses trage ich als Kommunalminister für meine Kommunen in Mecklenburg-Vorpommern nicht mit. Nein, Sie haben in jedem Fall Ja gesagt zu den Mehrbelastungen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU –
Dr. Armin Jäger, CDU: So ist das, ja, so ist das!)

Herr Minister Timm, den Kommunen geht es im Augenblick schlecht. Aber ich sage Ihnen, im nächsten und im übernächsten Jahr – entschuldigen Sie –, da wird es ihnen richtig dreckig gehen.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja.)

Wenn ein Landkreis wie Nordvorpommern – nach meiner Kenntnis der erste Landkreis, der den Kreishaushalt für das nächste Jahr in Erster Lesung behandelt hat – 1,5 Millionen Euro aus der Rücklage nehmen muss, damit er einen ausgeglichenen Haushalt hinkommt,

(Gabriele Schulz, PDS: Ach, guck mal an!)

dass der Landkreis für Kultur 60.000 Euro weniger ausgibt, dass er beim Sport runtergeht, dass er beim Denkmalschutz runtergehen muss, dass dann konstatiert wird, dass Nordvorpommern keinen freien Finanzspielraum mehr hat. Und eins muss ich sagen, das ist eine sehr faire Betrachtungsweise dieses Landkreises in dieser Situation, weil man nämlich an die Rücklage geht und nicht an die Kreisumlage, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU –
Dr. Armin Jäger, CDU: Richtig! Richtig!)

Das wäre der einfachste Weg gewesen für den Landkreis. „In dieser Situation sollte keiner auf Kosten anderer sparen“, meinte Nordvorpommerns Finanzchef“

(Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

„und setzte sarkastisch hinzu“, ich zitiere: „Wir sind ja nicht das Land.“ Oh, wie Recht hat er!

(Beifall Dr. Armin Jäger, CDU: Er hat so Recht.)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, aber noch eines, weil hier die Zwischenrufe kamen, ja, die haben ja noch eine Rücklage:

(Heiterkeit bei Dr. Armin Jäger, CDU)

Ja, meine sehr verehrten Damen und Herren, Nordvorpommern ist mit Bad Doberan der Landkreis, der die nied-

rigsten Personalkosten pro Einwohner in Mecklenburg-Vorpommern hat. Und sie machen eins im Gegensatz zur rot-roten Landesregierung,

(Dr. Armin Jäger, CDU: So macht man das.)

sie kürzen noch einmal 21 Stellen. Sie gehen von 363 noch einmal 21 Stellen runter. Und das sind noch einmal 270.000 Euro.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Das ist solide Politik, die hier gemacht wird, und die vermisse ich beim Land.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, jetzt zu Ihrem Antrag.

(Jörg Heydorn, SPD: Nun doch. –
Heinz Müller, SPD: Aha!)

Wissen Sie, Herr Kollege Müller, es gibt zwei Drucksachen, die Ursprungsdrucksache und eine Drucksache neu. Das mag ja eine Kleinigkeit sein, die man schnell überliest, aber in der Ursprungsdrucksache steht noch drin: „Die Landesregierung vertritt die Auffassung, dass im Rahmen der Gemeindefinanzreform auf Bundesebene eine umfassende Weiterentwicklung des Gemeindefinanzsystems in Anbetracht der gegenwärtigen Situation dringender geboten ist denn je. Notwendig sind die nachhaltige Verbesserung der Investitionskraft der Städte und Gemeinden und eine Verstärkung kommunaler Einnahmen. Ziel muss es sein, Städten und Gemeinden wieder verlässliche finanzielle Rahmenbedingungen und eine aufgabengerechte Finanzausstattung zu verschaffen.“ Das ist nebenbei plakativ und oberflächlich, nur das Interessante bei dem Antrag, der uns vorliegt, ist, da steht statt „Landesregierung“ „Landtag“.

(Angelika Gramkow, PDS: Ich habe mich verschrieben in diesem Antrag!)

Es ist ganz offenkundig so, dass sich die Landesregierung mit diesem Antrag gar nicht identifizieren konnte.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Das kann sie auch nicht. Hat sie auch nicht.)

Warum denn dieses Trauerspiel? Sie reichen am 24. September ein „Die Landesregierung vertritt die Auffassung“

(Angelika Gramkow, PDS: Ich kann nicht für die Landesregierung sprechen, Herr Rehberg! –
Zuruf von Reinhard Dankert, SPD)

und dann ändern Sie das in den 14 Tagen bis zu dieser Landtagssitzung in „Der Landtag vertritt die Auffassung“. Das heißt, es ist so,

(Angelika Gramkow, PDS: Natürlich! –
Zurufe von Dr. Armin Jäger, CDU,
und Gabriele Schulz, PDS)

dass offenkundig die beiden Koalitionsfraktionen die Landesregierung gar nicht hinter sich haben. Anders kann ich diese Änderung überhaupt nicht interpretieren.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU –
Reinhard Dankert, SPD: Das wollte sie auch gar nicht.)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wie sieht das denn überhaupt mit der SPD, mit Rot-Grün aus? Da bringen Sie einen Antrag ein der rot-grünen Bundesregierung

zur Ausweitung der Gewerbesteuerpflicht auf die freien Berufe und den weiteren Abbau ertragsunabhängiger Elemente, Stichwort „Substanzbesteuerung“, und eine Erhöhung des Anteils der Gemeinden an der Umsatzsteuer von 2,2 auf 3,6 Prozent. Die SPD-Fraktion verweigert die Unterstützung, zumindest in weiten Teilen. Und dann gehen Sie auf den Gesetzentwurf des Landes Schleswig-Holstein ein.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ach, ist ja niedlich.)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wer sich mit der Gewerbesteuer nur mal ansatzweise befasst hat, stellt fest, die hat in den letzten gut 30 Jahren eine ganz interessante Wendung genommen. Frau Gramkow, ich habe mich darüber nicht erregt, ich habe ganz einfach die Position der Wirtschaft, der IHKs dieses Landes und des Unternehmerverbandes gestern vorgetragen. Und ich wiederhole das gerne im Wortzitat noch einmal. Wenn Sie von einer kommunalfreundlichen Lösung sprechen, dann muss kommunalfreundlich aber mehr wirtschaftsfreundlich sein. Was nützt es Ihnen, wenn Sie Mieten, Leasing, Pachten mit einbeziehen in die Besteuerung, das heißt, eine Kostenbesteuerung vornehmen,

(Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

und nicht eine Gewinn- und Leistungsbesteuerung,

(Dr. Armin Jäger, CDU: Dann sind sie pleite.)

und wenn danach gerade viele kleine Unternehmen in die Pleite reingehen?

(Angelika Gramkow, PDS: Ach ja! –
Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Wissen Sie – entschuldigen Sie –, darüber kann ich doch nicht einfach hinweggehen. Die Wirtschaftsvertreter dieses Landes sprechen doch für ihre Mitgliedsunternehmen. Und wenn die ganz einfach sagen, ich darf zitieren: „Bekanntermaßen leiden die Unternehmen Mecklenburg-Vorpommerns immer noch unter einem akuten Mangel an Eigenkapital.“

(Angelika Gramkow, PDS: Auch das habe ich gesagt, Herr Rehberg.)

Und weiter: „Sie sind daher noch mehr als Unternehmen aus den alten Ländern genauso auf die Darlehensfinanzierung ihrer Investitionen“ –

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja.)

das bedingt Zinsen, wenn ich nicht Eigenkapital beibringen kann bei der Finanzierung – „angewiesen wie auf die Anmietung von Gewerberäumen und Gewerbegrundstücken beziehungsweise das Leasing von Gegenständen des Anlagevermögens.“ Es ist doch vernünftig, wenn ich als Existenzgründer mir nicht gleich einen Riesenkredit auf den Hals hole von 2,5 oder 3 Millionen Euro, sondern wenn ich mir erst eine Lagerhalle suche, die anmiete, die herrichte, damit ich erst einmal beginnen kann.

Und – das müssen Sie doch mal zur Kenntnis nehmen – auch nach den Feststellungen der Bundesregierung würde durch die Hinzurechnung sämtlicher Zinsen zum Gewinn und durch die hohe Zurechnung des Finanzierungsanteils von Mieten, Pachten, Leasingraten die Steuerbelastung der Kapitalgesellschaften teilweise über zwölf Prozent in die Höhe schnellen. Meine sehr verehrten Damen und Herren, das sind Durchschnittswerte. Die IHKs und der Unternehmerverband fügen weiter hinzu:

„Die Hinzurechnungen könnten in bestimmten Fällen ertragsschwacher Gewerbebetriebe krisenverschärfend wirken. Dies gilt insbesondere für Existenzgründer und expandierende Unternehmen in den neuen Bundesländern.“

Meine sehr verehrten Damen und Herren, was ist das denn für eine kommunalfreundliche Politik, wenn ich den Betrieben weiter Kosten aufbürde – letztendlich sind das Kosten, die sie dann tragen müssen –, und dann gehen sie zum Konkursrichter

(Angelika Gramkow, PDS: Ach, das ist ...! –
Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

oder müssen Insolvenz anmelden? Wissen Sie, wer sich da nur freut? Der Insolvenzverwalter oder die Schuldnerberatungsstellen.

(Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Die Kommunen in Mecklenburg-Vorpommern haben nur noch dann etwas davon, wenn sie wirklich gute Rahmenbedingungen für ihre Betriebe haben, damit die denn auch wirklich eine Gewerbesteuer zahlen. Noch wichtiger ist mir die Einkommensteuer der Beschäftigten, denn das ist eine relativ sichere Steuer, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU –
Dr. Armin Jäger, CDU: So ist das.)

Und wenn Sie wirklich den Weg gehen, den Schleswig-Holstein gehen will, dann sage ich Ihnen eins voraus: Sie werden viele Betriebe in erhebliche Probleme bringen. Und wenn Sie sich die Finanzierungsprobleme gerade der kleinen und mittleren Betriebe angucken, nicht nur bei Neugründung, sondern auch bei Erweiterungs- und Ergänzungsinvestitionen, dann werden die zunehmend darauf angewiesen sein, in den Pacht-, Miet- und Leasingbereich hineinzugehen, um ganz einfach die Kosten zu drücken. Und ich muss Ihnen ganz ehrlich sagen, Frau Gramkow, ich verstehe den Ansatz nicht.

(Heinz Müller, SPD: Das merke ich.)

Wenn ich eine Halle anmiete, um etwas zu produzieren, und die Maschinen, die da drin sind, lease, dann sind das doch Kosten, um die Produkte herzustellen. Das ist doch kein Gewinn. Das ist doch kein Ertrag. Und deswegen darf das ganz einfach nicht besteuert werden.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Das, was Sie wollen, ist wirtschafts- und kommunalfeindlich.

(Angelika Gramkow, PDS: Und wenn Sie noch so viel Schreien, es wird dadurch nicht besser, was Sie da erzählen, Herr Rehberg! Sie reden weder von Freibeträgen noch von Refinanzierung. Sie sagen immer nur die halbe Wahrheit hier!)

Ja, scheinbar, Frau Kollegin Gramkow, sind Sie absolut auf dem steuerpolitischen Holzweg. Der steuerpolitisch richtige Weg kann nur sein:

(Angelika Gramkow, PDS: Ja?)

Weg von der Gewerbesteuer,

(Heinz Müller, SPD: Aha! Aha!)

weg vom Herumdoktern an der Gewerbesteuer, sondern ...

(Rudolf Borchert, SPD: Abschaffung der Gewerbesteuer, Herr Rehberg? –
Angelika Gramkow, PDS: Ja, wunderbar!)

Herr Borchert, es wird nur einen Weg geben, da insbesondere die Gewerbesteuer in den letzten Jahren prozyklisch gewirkt hat, und zwar dass ich darauf gehe, Einkommensteuer

(Torsten Koplin, PDS: Bei der Einkommensteuer sind die Minijobs aber nicht dabei!)

und Umsatzsteuer mit Hebesatzrecht verbunden für die Kommunen als Ersatz für die Gewerbesteuer zu nehmen.

(Angelika Gramkow, PDS: Und wer zahlt das?)

Nur das kann der politische Weg in Deutschland sein!

(Beifall bei Abgeordneten der CDU –
Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Und das ist der richtige Weg für die Kommunen!

(Torsten Koplin, PDS: Und Sie? Sie dürfen dann ja nicht mehr für Minijobs sein!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, gehen Sie weg von Ihrem kommunalen steuer- und wirtschaftspolitischen Irrweg! Ich sage Ihnen eins voraus: Wer wirklich gute Rahmenbedingungen für die Wirtschaft setzen will, der setzt auch gute Rahmenbedingungen für die Kommunen. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Herr Rehberg.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete der SPD-Fraktion Herr Heinz Müller.

Heinz Müller, SPD: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Herr Rehberg, ich bin Ihnen sehr dankbar, dass Sie zumindest im zweiten Teil Ihrer Ausführungen – Sie haben ja gesagt, ich komme jetzt zum Antrag – etwas zum Antrag beziehungsweise zum eigentlichen Problem gesagt haben. Kommunalfinanzen sind ein großes Problem, Kommunalfinanzen sind ein umfassendes und ein facettenreiches Problem. Wir haben uns in der letzten Sitzungswoche des Landtages mit der Landesseite befasst, mit der ersten Beratung einer Novelle des Finanzausgleichsgesetzes, und wir werden uns natürlich bei der zweiten Beratung, bei der Zweiten Lesung, wieder mit diesem Thema befassen.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Mit namentlicher Abstimmung, Herr Müller!)

Aber selbstverständlich mit namentlicher Abstimmung. Das haben Sie ja angekündigt, Herr Jäger. Nur Sie müssen nicht denken, dass Sie damit jemandem Angst machen, mir jedenfalls nicht.

(Unruhe bei einzelnen Abgeordneten der CDU –
Dr. Ulrich Born, CDU: Dr. Körner. –
Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Wir werden dann auch über Vergleiche mit anderen Bundesländern reden, zum Beispiel über die 650 Millionen, die Sachsen seinen Kommunen wegnehmen will.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ich möchte gern die sächsischen Probleme haben. Die hätte ich gern, die sächsischen Probleme! – Kerstin Fiedler, CDU: Bleiben Sie doch mal in Mecklenburg-Vorpommern! Das ist ja furchtbar!)

Aber heute – und deswegen will ich das Thema Sachsen hier gar nicht vertiefen, das machen wir beim nächsten Mal – wollen wir über die Bundesseite des Themas reden. Und deswegen bin ich Herrn Rehberg dankbar, dass er hier klare Worte gesprochen hat und gesagt hat, was die CDU hier will, und dass er sich im vielstimmigen Chor der CDU eindeutig positioniert hat und gesagt hat: Abschaffung der Gewerbesteuer.

Also, meine Damen und Herren, die kommunale Finanzausstattung ist ein bundesweit diskutiertes Thema. Wir sehen, dass es innerhalb der kommunalen Familie – auch das muss man einfach konstatieren – unterschiedliche Positionen zu Einzelfragen gibt,

(Dr. Armin Jäger, CDU: Richtig, ja.)

dass es innerhalb der politischen Parteien unterschiedliche Positionen zu Einzelfragen gibt und dass wir im Moment nicht so genau wissen, was am Ende dieses Diskussionsprozesses auf der Bundesebene stehen wird. In dieser Situation ist es notwendig und sinnvoll, dass der Landtag Mecklenburg-Vorpommern hier seine Position zum Ausdruck bringt

(Beifall Gabriele Schulz, PDS: Richtig.)

und dass er deutlich macht, wie aus seiner Sicht den Kommunen geholfen werden kann. Dem dient unser Antrag.

(Egbert Liskow, CDU: Dann macht doch endlich mal was!)

Und dieser Antrag enthält zwei Punkte. Den einen möchte ich hier nachdrücklich hervorheben, weil meine Vorredner ihn – alle übrigens – etwas stiefmütterlich behandelt haben. Das ist der eine kleine, aber feine und wichtige Fakt: Zur Verankerung des Konnexitätsprinzips auf der Bundesebene.

(Dr. Armin Jäger, CDU: So ist es richtig.)

Ich denke, meine Damen und Herren, wir haben mit der Verankerung des Konnexitätsprinzips hier im Land Mecklenburg-Vorpommern ausgesprochen gute Erfahrungen gemacht,

(Heiterkeit bei Eckhardt Rehberg, CDU)

auch wenn es im Einzelfall über die Höhe oder das Verfahren von konnexitätsbedingten Mitteln unterschiedliche Auffassungen gibt. Aber die Einführung des Prinzips – da können Sie ruhig lachen, Herr Rehberg – war aus meiner Sicht etwas, was sehr gut war

(Eckhardt Rehberg, CDU: Nein, ich meinte die Umsetzung, die ist mehr als dürftig.)

und was sehr vernünftig gewirkt hat.

Ja, wir haben das registriert. Vielen Dank, wir haben das registriert.

Und ich glaube, es wäre auch auf der Bundesebene außerordentlich sinnvoll, wenn wir dieses Konnexitätsprinzip – also den Grundgedanken, wer bestellt, bezahlt – in das Grundgesetz hineinschreiben würden.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Es geht um den Antrag, den Sie abgelehnt haben!)

Und deswegen steht das in dem Antrag drin, Herr Kollege Jäger.

(Beifall Volker Schlotmann, SPD – Dr. Armin Jäger, CDU: Ja, und unseren Antrag haben Sie abgelehnt. Ist es nun gut, wenn Sie den stellen?)

Herr Jäger, wir haben damals Ihren Antrag abgelehnt, nicht diesen einen Satz.

Aber der zweite große Bereich, über den wir reden – darauf haben meine Vorredner auch ausgiebig Bezug genommen und ich will Ihnen aus meiner Sicht ein paar Argumente hinzuliefern –, ist die Frage der Gewerbesteuer. Und, meine Damen und Herren, gestatten Sie mir, dass ich einfach mal auf das Grundgesetz zurückgehe. Da heißt es im Artikel 28 Absatz 2 letzter Satz: „Die Gewährleistung der Selbstverwaltung umfaßt auch die Grundlagen der finanziellen Eigenverantwortung. Zu diesen Grundlagen gehört eine den Gemeinden mit Hebesatzrecht zustehende wirtschaftskraftbezogene Steuerquelle.“

(Dr. Armin Jäger, CDU: Richtig.)

Dieses, meine Damen und Herren, ist die Vorgabe des Grundgesetzes und an dieser Vorgabe möchten wir nicht rütteln. Wir brauchen eine wirtschaftskraftbezogene Steuerquelle für die Gemeinden und wir brauchen ein festes Band zwischen der kommunalen Politik und der kommunalen Wirtschaftsentwicklung, denn das ist eine wesentliche Voraussetzung, um ein Land wirtschaftlich nach vorn zu bringen, dass nämlich die Kommunen ein gut verstandenes Eigeninteresse an einer positiven wirtschaftlichen Entwicklung haben, indem sie davon steuerlich, also einnahmefähig, profitieren. An diesem Grundsatz, meine Damen und Herren, halten wir fest und wir sind fest davon überzeugt, dass jedes Wackeln an diesem Grundsatz der Entwicklung in unserem Lande massiv schaden und keinesfalls nutzen würde.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD und Angelika Gramkow, PDS)

Herr Rehberg, Sie haben sich hier zu einem Modell bekannt – und ich finde es gut, dass Sie das so offen getan haben –, das in der Reformkommission zunächst durch den Verband der Chemischen Industrie,

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja.)

dann über den Bundesverband der Deutschen Industrie in die Diskussion gebracht worden ist. Dieses Modell sieht vor, dass wir die Gewerbesteuer abschaffen und dass die Kommunen ein Zuschlagsrecht zur Einkommensteuer erhalten. Wie hoch dieser Zuschlag ist, soll dann durch Hebesatz der Kommunen geregelt werden.

(Eckhardt Rehberg, CDU: Das ist doch völlig daneben, was Sie da erzählen! Das ist doch völlig daneben! Sie vergessen die Umsatzsteuer dabei! – Dr. Armin Jäger, CDU: Sagen Sie doch mal was dazu!)

Über das Thema Umsatzsteuerbeteiligung können wir auch gern reden.

(Eckhardt Rehberg, CDU: Weil das die einzige Steuer ist, die linear wächst über die Jahre!)

Der Kerngedanke des BDI-Modells –

(Zuruf von Eckhardt Rehberg, CDU)

und Sie haben sich vorhin in Ihren Ausführungen sehr positiv zu diesem Kerngedanken geäußert, Herr Rehberg,

(Eckhardt Rehberg, CDU: Ja, Einkommensteuer plus Umsatzsteuer.)

und wir können doch mal ganz ...

(Eckhardt Rehberg, CDU: Nein, Sie sollen mir nicht das Wort im Mund umdrehen! – Zurufe von Angelika Gramkow, PDS, und Gabriele Schulz, PDS)

Nun bleiben Sie doch mal ruhig! Lassen Sie uns doch mal ...

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Müller von der SPD-Fraktion.

Heinz Müller, SPD: Meine Damen und Herren, ich habe den Kollegen Rehberg so verstanden, dass er diesen Grundgedanken eines kommunalen Zuschlags zur Einkommensteuer für einen sehr vernünftigen Bestandteil seiner Überlegungen zur kommunalen Finanzausstattung hält.

(Unruhe bei Eckhardt Rehberg, CDU)

Und Herr Jäger nickt. Ich nehme an, Sie stimmen dem auch zu.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Beides, Umsatzsteuer und Einkommensteuer.)

Ich habe ja gesagt, Bestandteil.

So, meine Damen und Herren, und dann schauen Sie sich bitte einmal an, wie dieses in einer kommunalen Praxis wie der eines Landes wie Mecklenburg-Vorpommern denn tatsächlich wirken würde. Überlegen Sie sich mal vor Ihrem geistigen Auge, wir hätten keine Gewerbesteuer und wir hätten dieses kommunale Zuschlagsrecht zur Einkommensteuer. Wie würden Städte wie etwa Rostock oder Schwerin dann dastehen? Wir alle wissen, wie die Finanzsituation dieser Städte derzeit aussieht. Die Fehlbeträge, allein die jahresbezogenen Fehlbeträge für das Jahr 2003, überschreiten in Rostock die 50 Millionen und kommen in Schwerin an die 30 Millionen heran. Solche Städte – und denen müssen wir verflucht noch mal helfen –

(Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

wären gezwungen, einen relativ hohen Hebesatz für diesen kommunalen Zuschlag zur Einkommensteuer zu erheben.

Und die Umlandgemeinden – ich will Elmenhorst und Stralendorf, und wie sie alle heißen mögen, hier nicht verzeufeln, um Himmels Willen nein, und schon gar nicht die Menschen, die dort wohnen –

(Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

wären aufgrund ihrer Struktur und aufgrund ihrer Einnahmesituation natürlich viel leichter in der Lage, einen relativ bescheidenen Zuschlag zur Einkommensteuer zu erheben. Das heißt, wir würden dem Problem, unter dem unsere kreisfreien Städte massiv leiden, nämlich der Abwanderung in den Speckgürtel, nicht etwa entgegenwirken, sondern

(Rudolf Borchert, SPD: Fördern.)

wir würden eine solche Abwanderung in den Speckgürtel zusätzlich finanziell prämiieren, und das kann doch

wohl nicht im Sinne einer vernünftigen Entwicklung unseres Landes sein.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Zurufe von Dr. Armin Jäger, CDU, und Egbert Liskow, CDU)

Im Übrigen, meine Damen und Herren, wenn ich mir so den vielstimmigen Chor aus der CDU anschau, dann gibt es nur in einem Punkt dort Konsens, und dieser Punkt heißt: Wir wissen es noch nicht so genau.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der SPD)

Deswegen heißt der Vorschlag: Wir machen jetzt mal eine Übergangslösung für das Jahr 2005, haben dann Zeit zu diskutieren ...

(Dr. Armin Jäger, CDU: 2004!)

Für 2004, Entschuldigung!

Wir machen eine Übergangslösung für das Jahr 2004, haben dann Zeit zu diskutieren und ab 2005 stricken wir es neu. Aber was kommt denn nach 2005? Herr Stoiber sagt, wir senken die Gewerbesteuerumlage, damit den Städten und Gemeinden von der Gewerbesteuer mehr übrig bleibt.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU – Dr. Armin Jäger, CDU: Richtig, prima! – Eckhardt Rehberg, CDU: Richtig.)

Das bedeutet aber doch, dass die Gewerbesteuer erhalten bleibt, denn sonst hätten wir ja nichts von der Absenkung der Umlage.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Eckhardt Rehberg, CDU: Das ist kurzfristig! – Zuruf von Rudolf Borchert, SPD)

Herr Merz stellt sich hingegen hin und sagt, und auch ein Herr Rehberg, die stellen sich hin und sagen: Ja, die Gewerbesteuer schaffen wir aber ab. Ja, was denn nun? Bleibt sie bei den Gemeinden, und zwar mit weniger Umlage, oder schaffen wir sie ab, meine Damen und Herren? Welche Linie gilt denn nun?

(Beifall Dr. Margret Seemann, SPD)

Und können Sie verstehen, dass die Kommunen sagen, nein danke, ungedeckte Schecks wollen wir nicht, sondern wir wollen eine klare Linie?

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja, das kennen sie ja von Frau Keler. – Zuruf von Beate Schlupp, CDU)

Und dann sagen die einen, so wie Herr Rehberg eben, also diese ertragsunabhängigen Bestandteile in der Gewerbesteuer, das ist alles Teufelszeug. Ich komme darauf, warum ich das gar nicht für Teufelszeug halte. Ich sage Ihnen nur, es gibt auch andere. Es gibt auch einen Ministerpräsidenten namens Koch in Hessen, der das für absolut notwendig hält.

(Rudolf Borchert, SPD: Ja, richtig. – Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Also, Übergangsregelungen für ein Jahr und nachdenken, das klingt ja ganz vernünftig, nur was käme nach diesem Jahr? Auf solche ungedeckten Schecks kann sich niemand Vernünftiges verlassen und die kommunale Ebene tut es nicht.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Warum reden die mit dem Bundesfinanzminister nicht mal?!)

Der Deutsche Städtetag hat vor wenigen Tagen eine außerordentliche Hauptversammlung in Berlin abgehalten. Und während dieser außerordentlichen Hauptversammlung haben sie sich mit den verschiedenen Plänen auseinander gesetzt. Im Bericht der „Süddeutschen Zeitung“ vom 25.09. heißt es: „Heftige Kritik erteilte der Vorschlag der CDU,“

(Dr. Armin Jäger, CDU: Richtig.)

„die Reform der Gemeindefinanzen auf das Jahr 2005 zu verschieben und bis dahin den Kommunen und Städten mit einem Nothilfeprogramm unter die Arme zu greifen. Statt ‚für eine dauerhafte Finanzausstattung zu kämpfen‘, schlage die Union lediglich kurzfristige ‚Übergangslösungen‘ vor, kritisierte Präsidentin Roth.“,

(Rudolf Borchert, SPD: CDU.)

bekanntlich Mitglied der CDU und Oberbürgermeisterin der Stadt Frankfurt. Recht hat die Frau!

(Beifall Rudolf Borchert, SPD,
und Dr. Margret Seemann, SPD)

Wir brauchen keine kurzfristigen Übergangslösungen,

(Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

sondern wir brauchen solide Grundlagen für die kommunale Finanzausstattung und keine ungedeckten Schecks und irgendwelche kurzfristigen Flickschustereien. Damit ist den Kommunen nicht geholfen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD
und Angelika Gramkow, PDS)

Und jetzt zu dem, was wir in Sachen Gewerbesteuer vorschlagen. Es sind mehrere Punkte, die hier angesprochen worden sind. Zunächst das Thema „Ertragsunabhängige Bestandteile“. Ja, meine Damen und Herren, vielleicht sollten wir einmal darüber nachdenken, ob das, was bei Herrn Rehberg durchklang, ohne dass er es expressis verbis gesagt hat, dass wir immer nur Gewinn besteuern, eigentlich richtig ist.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Finde ich schon.)

Finden Sie schon? Dann sind Sie für die Abschaffung der Mehrwertsteuer oder wird da Gewinn besteuert?

(Heiterkeit bei Angelika Gramkow, PDS)

Dann sind Sie für die Abschaffung der Mineralölsteuer oder wird da Gewinn besteuert?

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und PDS)

Und dann sind Sie für die Abschaffung der Tabaksteuer oder wird da Gewinn besteuert?

(Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Und, lieber kommunalpolitischer Kollege, dann sind Sie für die Abschaffung der Grundsteuern, denn da wird ja auch kein Gewinn besteuert. Also, was nun, Herr Dr. Jäger?

(Dr. Armin Jäger, CDU: Sie haben doch keine Ahnung! Sie haben doch keine Ahnung!)

Sind Sie dafür, dass ausschließlich Gewinne besteuert werden,

(Beate Schlupp, CDU: Sie reißen alles aus den wirtschaftlichen Zusammenhängen, weil Sie noch nie in der Wirtschaft waren, Herr Müller! – Unruhe bei den Abgeordneten – Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der SPD und PDS)

oder halten Sie es für denkbar, dass auch andere Dinge besteuert werden?

Also, meine Damen und Herren, ich halte fest, wir haben in unserem Steuersystem – und außer Herrn Dr. Jäger habe ich eigentlich noch niemanden gefunden, der das für grundsätzlich schädlich hält – eine Reihe von Steuern,

(Dr. Armin Jäger, CDU: Bei der Gewerbesteuer, Sie müssen mal nachlesen!)

in denen eben nicht am Gewinn oder am Ertrag angesetzt wird,

(Dr. Armin Jäger, CDU: Bei der Gewerbesteuer!)

sondern an anderen Dingen.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Sie sind doch hier wohl auf dem Holzweg.)

Beispielsweise die zahlreichen Verbrauchssteuern, die wir haben,

(Dr. Armin Jäger, CDU: Eben!)

beispielsweise die Umsatzsteuer,

(Dr. Armin Jäger, CDU: Eben!)

den meisten als Mehrwertsteuer geläufig, und, für mich im kommunalen Bereich natürlich wichtig, die Grundsteuer.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Realsteuer.)

Es fragt den Landwirt niemand, Frau Schlupp, es fragt den Landwirt auch im Uecker-Randow-Kreis niemand, ob er denn mit seinem Hof Erträge erwirtschaftet in einem Jahr der Dürre wie diesem oder ob er keine Erträge erwirtschaftet. Er zahlt seine Grundsteuer A.

(Angelika Gramkow, PDS: Sehr richtig!)

So ist das nämlich.

(Egbert Liskow, CDU: Andere Unternehmer, aber andere Unternehmer! Was soll denn dieser Quatsch?)

Also, meine Damen und Herren, dass wir auch Steuern erheben, die nicht an Gewinne anknüpfen, ...

(Dr. Armin Jäger, CDU: Andere Unternehmer? Was reden Sie denn da? Sie haben wirklich keine Ahnung! Heute verlieren Sie richtig bei mir an Hochachtung, Herr Müller, das ist schade! – Unruhe bei einzelnen Abgeordneten der SPD)

Auweia, auweia!

(Dr. Gerhard Bartels, PDS: Armer Herr Müller! – Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der PDS)

Dann frage ich mich, was ich in der Vergangenheit gemacht habe.

Also, ich halte fest:

Erstens. Wir haben in unserem Steuersystem eine Reihe von Steuern, an denen nicht ausschließlich oder gar nicht am Gewinn oder Ertrag angeknüpft wird.

(Kerstin Fiedler, CDU: Wer austeilte, muss auch einstecken können.)

Zweitens. Die Einbeziehung solcher ertragsunabhängiger Bestandteile bei der Steuerberechnung ist etwas, was

für die Kommunen von erheblicher Bedeutung ist, Herr Jäger,

(Dr. Armin Jäger, CDU: Jaja.)

weil wir nämlich auf diese Art und Weise die Konjunkturabhängigkeit unserer Steuereinnahmen massiv verringern, es zu einer Verstärkung kommt.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD
und einzelnen Abgeordneten der PDS –
Dr. Armin Jäger, CDU: Denken Sie doch
mal an die Erfahrungen der letzten Jahre!)

Und ich darf Ihnen noch einmal – vielleicht steige ich dann in Ihrer Achtung wieder – aus dem Deutschen Städtetag zitieren: „Streit gibt es auch darum,“ das merken wir gerade,

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja.)

„ob die Ausgaben für Mieten, Pachten und Zinsen in die Gewerbesteuer einzubeziehen sind. Der Deutsche Städtetag hält dies für unerlässlich“,

(Dr. Armin Jäger, CDU: Das
ist doch sein gutes Recht, ja.)

so die schon zitierte „Süddeutsche Zeitung“ vom 25.09. Sie können das in den Beschlüssen des Deutschen Städtetags nachlesen. Die sehen das allerdings ganz anders, aber vielleicht sinken die dann in Ihrer Achtung auch.

Und ein letztes Argument lassen Sie mich zum Thema „Ertragsunabhängige Bestandteile“ hinzufügen. Hier gibt es auch, und auch das ist ja ein Thema, das man ansprechen muss, die Möglichkeit für international operierende Konzerne, zumindest gibt es diese Möglichkeit bisher, bestimmte Erträge, bestimmte Gewinne in Regionen zu verschieben, die steuerlich günstiger aussehen,

(Dr. Armin Jäger, CDU: Richtig, richtig.)

innerhalb Deutschlands oder ins Ausland. Ich habe zum Beispiel eine Fabrikationshalle und die veräußere ich an eine andere Konzerntochter oder -schwester oder -großmutter oder wie auch immer, zahle an diese Miete, verringere damit meinen Gewinn und dieser Vermieter, der natürlich zum Konzern gehört, ist in Liechtenstein und wir erzielen bei uns auf der kommunalen Ebene eine erhebliche Mindereinnahme.

(Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Und ich glaube schon, dass es auch im Interesse von CDU-geführten Kommunen liegen müsste,

(Zuruf von Dr. Till Backhaus, SPD)

dass wir solche Schlupflöcher stopfen, liebe Kolleginnen und Kollegen,

(Beifall bei Abgeordneten der SPD –
Dr. Armin Jäger, CDU: Das geht doch gar nicht!)

und dass wir ein Stück Steuerehrlichkeit und damit Steuergerechtigkeit hier weiter voranbringen. Das halte ich allerdings für zentral.

Ein weiterer Punkt: Herr Rehberg, Sie haben hier ausgeführt, das sei gegen die Kleinunternehmen, das sei damit existenzgründerfeindlich und damit wirtschaftsfeindlich. Sie haben mit keinem Wort erwähnt, wie es denn bei der Gewerbesteuer mit Freibeträgen aussieht.

(Angelika Gramkow, PDS: Richtig. –
Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Sie haben mit keinem Wort erwähnt, dass die Freibeträge für die Gewerbesteuer dank der Gesetzesentwicklung in den achtziger Jahren unter der schwarz-gelben Koalition im Bund – es war übrigens gar nicht so sehr die CDU, das war vielmehr die FDP – schon in dieser Zeit mehrfach angehoben worden sind. Und jeder, der in der Kommune sich bei seinem Kämmerer erkundigt, Sie können das ja mal tun, Herr Dr. Jäger,

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja, ich mache
das jeden Tag, lieber Herr Müller.)

der weiß, dass die ganz überwiegende Mehrzahl unserer Unternehmen überhaupt keine Gewerbesteuer zahlt,

(Zurufe von Dr. Armin Jäger, CDU,
und Egbert Liskow, CDU)

weil sie bereits heute durch diese Freibeträge verschont werden und gar nicht steuerpflichtig sind.

(Unruhe bei Eckhardt Rehberg, CDU –
Dr. Armin Jäger, CDU: Der Innenminister hat gesagt, seit wann, durch die Steuerreform. Da haben Sie zugestimmt.)

Wir wollen diese Freibeträge weiter erhöhen, so dass Ihr Argument, dieses sei gegen Kleinunternehmen und gegen Existenzgründer gerichtet, bei Betrachtung der Tatsachen vollkommen in sich zusammenfällt. Das ist nichts anderes als Angstmache und Panikmache und keine sachliche Auseinandersetzung.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD
und einzelnen Abgeordneten der PDS)

Und dann das Thema Freiberufler. Freiberufler werden traditionell von der Gewerbesteuerpflicht ausgenommen. Ich sage Ihnen ganz ehrlich, ich habe das noch nie verstanden.

(Rudolf Borchert, SPD: Das
kann man auch nicht verstehen.)

Denn wenn jemand Autos repariert und macht einen bestimmten Umsatz und erwirtschaftet bestimmte Erträge, er nimmt natürlich auch kommunale Infrastruktur in Anspruch, die Kunden kommen zu ihm und so weiter und so fort, dann zahlt er Gewerbesteuer. Das finden wir alle richtig – na, alle nicht, Sie ja nicht –

(Heiterkeit bei Abgeordneten der PDS
und einzelnen Abgeordneten der SPD)

und daran wollen wir jedenfalls festhalten. Und wenn jemand Zähne repariert und macht den gleichen Umsatz, erzielt den gleichen Gewinn und auch seine Kundschaft nimmt kommunale Infrastruktur, er selbst nimmt kommunale Infrastruktur in Anspruch, dann ist er nicht gewerbesteuerpflichtig und wird nicht herangezogen,

(Eckhardt Rehberg, CDU: Falsch!)

auf seine Weise die kommunalen Lasten mit zu tragen.

(Eckhardt Rehberg, CDU: Natürlich,
der 15-prozentige Eigenanteil! Der
bezahlt doch Einkommensteuer!)

Ja, Herr Rehberg, der bezahlt Einkommensteuer, darauf komme ich gleich noch,

(Eckhardt Rehberg, CDU: Jaja!)

keine Sorge, komme ich gleich darauf.

Dieses habe ich noch nicht verstanden und dieses halte ich für eine Ungleichbehandlung und da bin ich sehr dafür, dass wir dieses ändern.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD,
Angelika Gramkow, PDS, und
Gabriele Schulz, PDS)

Und was die Einkommensteuer angeht, mein Autoreparierer, der zahlt seine Gewerbesteuer und von dem, was ihm bleibt, zahlt er Einkommensteuer. Und genau das wird bei unserem Zahnarzt, bei unserem Arzt, bei unserem Rechtsanwalt, bei unserem Architekten ganz genauso passieren.

(Angelika Gramkow, PDS: Genau so! Richtig!)

Auch bei denen wird sich die Gewerbesteuer einkommensteuermindernd auswirken

(Dr. Armin Jäger, CDU: Richtig.)

und auch das gehört zur Wahrheit.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD
und einzelnen Abgeordneten der PDS)

Und auch das ist ein Argument dafür, warum die Gewerbesteuer keineswegs den Existenzgründer, den kleinen Gewerbetreibenden, auch den kleinen Freiberufler benachteiligt, sondern dieses Argument, das Sie hier gebracht haben, Herr Rehberg, löst sich genauso in Luft und in nichts auf wie alle anderen auch.

Schlussstrich. Das, was beispielsweise – der Innenminister hat darauf hingewiesen – auch der Gesetzentwurf des Landes Schleswig-Holstein enthält, ist richtig. Und ich lese noch einmal aus der „Süddeutschen Zeitung“ vor: „Petra Roth appellierte an die Länder, einem vom Bundesland Schleswig-Holstein vorgelegten Gesetzentwurf zuzustimmen, der den Forderungen des Städtetags nahe komme.“ Dem, meine Damen und Herren, habe ich eigentlich wenig hinzuzufügen. Wir brauchen solide Kommunalfinanzen, wir brauchen handlungsfähige und investitionsfähige Städte, Gemeinden und Kreise und dafür brauchen wir eine modernisierte Gewerbesteuer und nicht Geschwätz. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und PDS)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Herr Müller.

Das Wort hat jetzt die Abgeordnete der PDS-Fraktion Frau Schulz.

Gabriele Schulz, PDS: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Die Kommunen befinden sich im Dauerzustand einer Finanzkrise. Das ist weder eine neue Erkenntnis

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja.)

noch wird der vorliegende Entschließungsantrag diese Situation radikal ändern.

Der Landtag von Mecklenburg-Vorpommern bezieht heute mit diesem Antrag in der gegenwärtigen Grundsatzdiskussion zur Zukunft der Gewerbesteuer im Rahmen der Gemeindefinanzform ausdrücklich Stellung. Das ist das Primäre, Herr Rehberg, und nicht eine Wortspielelei, ob jetzt in unserem Antrag „Landesregierung“ oder „Landtag“ steht.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten
der SPD und PDS – Heinz Müller, SPD:
Wir können doch gar nicht beschließen,
was die Landesregierung denkt.)

Meine Damen und Herren, in den Kommunen erfahren und erleben die Bürgerinnen und Bürger den Staat konkret und unmittelbar. Hier sind Europa-, Bundes-, Landes- und örtliches Recht um- und durchzusetzen und hier erweist sich schließlich, ob diese Leistungen des Staates und seiner Verwaltung akzeptiert werden oder aber auf Widerstand oder gar Ablehnung stoßen.

Meine Damen und Herren, trotz seit Jahren anhaltender Haushaltskonsolidierung befindet sich die kommunale Ebene in einer schier aussichtslosen Situation. Die Finanzsituation ist hier angespannt wie noch nie in der Geschichte unseres Landes. Das Einzige, was man ohne Geld machen kann, sind Schulden. Diese Lebensweisheit mutiert allmählich zu trauriger Lebensmaxime. Das schwächt die kommunale Selbstverwaltung, das demotiviert ehrenamtliche Gemeindevertreter und das schadet der lokalen Demokratie als Basis des demokratischen Rechtsstaates.

(Zuruf von Angelika Gramkow, PDS)

Unabhängig vom vorliegenden Entschließungsantrag zur Gemeindefinanzreform auf Bundesebene muss daher folgerichtig unsere laufende Haushaltsdebatte für uns Anlass sein, bei notwendigen Entscheidungen und auch bei Abwägungen nicht einseitig die Finanzsituation des Landes zu sehen und die kommunale mehr oder weniger auszuklinken.

(Beifall Dr. Armin Jäger, CDU: Richtig.)

Und ich denke, auch angekündigte Klageverfahren sind kein Ausdruck von Vertrauen zwischen der Landesebene und der dritten Säule unserer Demokratie, der kommunalen Selbstverwaltung.

(Eckhardt Rehberg, CDU: Ja, wer
hat die denn rauskatapultiert?)

Die Kommunen brauchen uns als verlässlichen Partner.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja, wo
sie Recht hat, hat sie Recht.)

Die Lage der kommunalen Kassen ist gekennzeichnet:

erstens, durch den spektakulären Absturz der Gewerbesteuererinnahmen – Herr Thomalla vom Städte- und Gemeindetag spricht gar vom freien Fall –,

zweitens, durch die Explosion der kommunalen Sozialhilfeausgaben,

drittens, durch den Verfall der kommunalen Investitionstätigkeit und

viertens, den faktischen Verzicht auf eine Vielzahl freiwilliger Selbstverwaltungsaufgaben.

Die wichtigsten Gründe für die sich verschlechternde finanzpolitische Lage vieler Kommunen sind zum überwiegenden Teil nicht selbst verschuldet, sondern sie sind die Konsequenz von Bundes- und Landesgesetzen und zunehmend von Entscheidungen der Europäischen Union. Außerdem verschlechtern konjunkturelle und bevölkerungspolitische Entwicklungen ebenfalls die kommunale Finanzkraft.

Meine Damen und Herren, ich möchte wie mein Vordr. Herr Müller ebenfalls den Artikel 28 Absatz 2 des

Grundgesetzes noch einmal hervorheben. Hier ist die institutionelle Garantie der Selbstverwaltung dargelegt und hier wird deutlich, dass wir es gegenwärtig mit einer schleichenden Aushöhlung des kommunalen Finanzsystems zu tun haben. Ein gewichtiger Grund hierfür ist die finanzielle Abhängigkeit der Gemeinden von den Ländern, in Ostdeutschland noch mehr als in den westlichen.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Richtig.)

Insbesondere in Zeiten knapper Kassen ist die landespolitische Versuchung manchmal groß, sich zu Lasten der Kommunen selbst zu entlasten.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja.)

Ein weiterer Grund ist aber, und das möchte ich ausdrücklich unterstreichen, die fehlende Konnexität auf Bundesebene. Herr Müller hat darauf verwiesen. Hinzu kommen aber auch unscharfe Regelungen im Grundgesetz zum kommunalen Steueranteil.

(Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Wenn dort von einem grundsätzlichen Anspruch, der grundsätzlichen Beteiligung der Kommunen oder dem möglichen Ausgleich gesprochen wird, muss dies für die Kommunen einfach unbefriedigend sein.

Meine Damen und Herren, diese Situation kann deshalb auch nicht mehr allein durch einschneidendes Sparen verändert werden, was ja flächendeckend stattfindet. Es bedarf vielmehr einer umfassenden Reform der Kommunalfinanzen. Die strukturelle Schieflage der kommunalen Finanzausstattung im föderalen System muss dauerhaft und nachhaltig überwunden werden. Dabei geht es nach meiner Auffassung primär um mehr Stabilität und Planungssicherheit in den Kommunen und erst sekundär um höhere gemeindliche Einnahmen sowie Ausgabenentlastungen. Hier ist der Bund in der Pflicht. Und wenn ein altes Sprichwort meint, dem Geld dürfe man nicht nachlaufen, man müsse ihm entgegengehen, dann will die Koalition mit dem heute vorliegenden Entschließungsantrag genau diesen Weg gehen. Wir wollen die Bundesregierung ermutigen, sich zu einer modernisierten Gewerbesteuer zu bekennen, und dies dann gesetzlich umsetzen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD und PDS)

Parteipolitische Fingerzeige, wie sie Herr Rehberg in seiner Rede immer wieder hervorgehoben hat, sind hier einfach wenig angebracht. Und die Angriffe auf den Innenminister, denke ich, waren hier an dieser Stelle auch nicht angebracht. Ich kann das von ihm Gesagte nur ausdrücklich unterstreichen, denn er hat das in seiner Rede auch deutlich gemacht.

Durch gesetzgeberische Eingriffe bei der Gewerbesteuer wurden seit 1980 unter wechselnder politischer Couleur zunehmend die Einnahmen demontiert. Einschränkungen beim Kreis der Steuerzahler beispielsweise oder die nicht berechenbaren unstetigen Einnahmen durch eine starke Gewinnabhängigkeit haben zu Fehlentwicklungen geführt und das muss geändert werden.

(Beifall Angelika Gramkow, PDS)

Und deshalb werbe ich bei allen Landtagsabgeordneten dieses Hauses um Zustimmung zu unserem Entschließungsantrag.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS –
Der Abgeordnete Dr. Armin Jäger
bittet um das Wort für eine Anfrage.)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Frau Schulz.

Sie müssen ans Mikro treten, Herr Abgeordneter.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Das tu ich, das tu ich, Frau Präsidentin. Ich habe nur gewartet, bis Sie mich sehen. Hier bin ich.)

Gestatten Sie eine Frage des Abgeordneten Herrn Dr. Jäger?

Gabriele Schulz, PDS: Ja.

Dr. Armin Jäger, CDU: Frau Kollegin, ich habe eine Bitte, die ich auch an den Innenminister gerichtet habe, ich kleide sie in eine Frage. Sind Sie mit mir zusammen bereit, über den Innenausschuss hinweg in allen Einzelplänen des Haushaltes nach Einsparungsmöglichkeiten zu suchen, damit wir den Kommunen die Garantie wieder zurückgeben können?

(Heinz Müller, SPD: Auf die Frage habe ich auch gewartet.)

Gabriele Schulz, PDS: Ich habe vorhin schon durch einen Zwischenruf deutlich gemacht, Herr Dr. Jäger, dass Sie nicht alleiniger Abgeordneter dieses Hohen Hauses sind.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD)

Dr. Armin Jäger, CDU: Danke.

Gabriele Schulz, PDS: Ich weiß hier viele Kollegen mit mir, denen bewusst ist, dass wir eine Verantwortung haben in der Haushaltsdebatte, und die nehmen wir wahr.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD und PDS)

Dr. Armin Jäger, CDU: Danke schön.

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Frau Schulz.

Ums Wort gebeten hat jetzt die Finanzministerin des Landes Frau Keler.

Ministerin Sigrid Keler: Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen! Meine Herren! Bevor ich zur Gewerbesteuer komme, will ich vorweg noch auf ein paar Punkte besonders von Herrn Jäger reagieren. Er hat es ja jetzt zweimal gemacht. Herr Jäger, das war eine richtige Steilvorlage für mich.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Prima!)

Ich habe noch eine gute Erinnerung an die gestrige Diskussion zum Sondervermögen

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja.)

und daran, wie Sie sich hier für Ihre Fraktion hingestellt haben und eine populistische Rede gehalten haben,

(Dr. Armin Jäger, CDU: Habe ich doch gar nicht gemacht! Ich habe doch gar nichts gesagt!)

die eigentlich den Realitäten nicht entspricht.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Ich weiß nicht, wie mein Kollege in Hessen, Herr Weimar, und wie meine Kollegin in Thüringen, Frau Diezel, von

ihrer Opposition dazu befeuert worden sind, aber das, was Sie gestern gemacht haben, das war von der feinsten Art und Weise, nämlich dass Sie sich um die Solidität von Finanzen überhaupt nicht scheren, sondern dass es Ihnen nur rein um populistische Anwürfe geht.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD
und einzelnen Abgeordneten der PDS)

Das will ich Ihnen mal vorweg sagen.

Dann stellen Sie sich heute hin und sagen, Sie sind bereit,

(Dr. Armin Jäger, CDU: Natürlich. Ja, natürlich.)

mit mir gemeinsam Einsparungen zu suchen. Gestern hatten Sie nicht mal das Kreuz zu sagen, das ist notwendig, das müssen wir machen, weil der Haushalt es anders nicht hergibt.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der PDS)

So ist Ihre Art!

Zum Zweiten, zur Mindestgarantie und zu Ihrem Einwurf, was Sachsen betrifft.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja.)

Wollen wir es doch einmal so machen, dass wir den kommunalen Finanzausgleich bezogen auf die Einwohner von Sachsen nehmen und das auf Mecklenburg-Vorpommern umrechnen.

(Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Dann sehen wir doch mal, wie wir dann dastehen würden.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Nö, nein.)

Ich sage Ihnen, wir haben hier in Deutschland die höchsten Ausgaben im kommunalen Finanzausgleich auf die Einwohner bezogen. Also reden Sie uns hier nicht nach wie vor schlecht. Die Mindestgarantie ist ein Punkt,

(Dr. Armin Jäger, CDU: Die
haben Sie doch weggenommen.)

um überhaupt hier noch weiterzukommen.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Nein.)

Seien Sie wenigstens hier im Haus ehrlich! Was Sie draußen machen, das ist Ihre Sache.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD –
Dr. Armin Jäger, CDU: Frau Keler, ich bin sehr
ehrlich. Sie haben die Kommunen betrogen!)

Das Nächste ist, es ist richtig, die Kommunen haben seit mehr als 20 Jahren in der Bundesrepublik Deutschland unter erodierenden Steuereinnahmen zu leiden

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja, stimmt.)

und zusätzliche Ausgaben zu verkraften. Deshalb hat sich diese Bundesregierung entschlossen, eine Gemeindefinanzreform zu machen. Die besteht aus zwei Teilen, einmal aus der Gewerbesteuerproblematik und zum anderen aus der Zusammenlegung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe. Wir werden heute über die Gewerbesteuer reden. Die anderen Themen, Zusammenlegung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe, Hartz IV oder Hessen, werden wir hier auch noch im Landtag diskutieren müssen. Ich kann Ihnen schon vorweg sagen, wir sollten höl-

lich aufpassen, dass wir uns hier nicht zu sehr auseinander dividieren lassen, denn hier geht es um eine ganz wichtige Entscheidung. Ich habe es Ihnen neulich schon gesagt. Es wird eine finanzpolitische Entscheidung werden in erster Linie, und zwar wie die Transferleistungen in Zukunft gestaltet werden. Da sollten wir wirklich versuchen zusammenzuarbeiten.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD –
Dr. Armin Jäger, CDU: Das wäre schön.)

So und jetzt komme ich gern noch einmal ganz kurz auf die Gewerbesteuer. Mein Kollege Heinz Müller hat das eigentlich schon bestens getan, aber ich fürchte, Frau Roth werden heute die Ohren klingen, denn ich will sie auch noch einmal zitieren, weil sie sich dafür so schön eignet.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja.)

Es ist ja nicht nur eine charmante Frau,

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja. Das finde ich gut.)

sondern offensichtlich auch eine Frau, die ein Stück Kreuz hat.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja, richtig.)

Ich werde Ihnen einmal etwas vorlesen, was sie gesagt hat in einem Interview in der „Welt“, wo sie gefragt wurde, was sie eigentlich von der Position „Abschaffung Gewerbesteuer“ Ihres Fraktionsvizes Friedrich Merz hält. Roth original: „Ich widerspreche entschieden dem Vorschlag von Herrn Merz, die Gewerbesteuer müsse abgeschafft werden. Keiner, der für die Abschaffung der Gewerbesteuer plädiert, hat bisher eine überzeugende Antwort darauf gegeben, wie ein qualitativ und quantitativ angemessener Ersatz dafür aussehen soll.“ Und genau das ist der Punkt.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD
und einzelnen Abgeordneten der PDS)

Meine Damen und Herren, hier werden Versprechungen gemacht von einem Herrn Kirchhoff, einem Herrn Merz, einem Herrn Stoiber. Ich hoffe, dass die Vorschläge so konkret sind, dass wir im Vermittlungsausschuss darüber auch reden können. Wir müssen darüber reden, damit deutlich wird, wohin die Reise eigentlich in Zukunft gehen soll. Meine Damen und Herren, das, was ich bisher kenne, sieht nicht danach aus, dass dadurch die Kommunen einerseits besser entlastet werden von den hohen Ausgaben und andererseits mehr Einnahmen bekommen.

Nun will ich Ihnen auch noch einmal sagen, wie die Landesregierung zu der Gewerbesteuer steht, weil das hier so in den Raum kam, dass wir vielleicht gar keine Position dazu haben. Ich war mit in der Gemeindefinanzreformkommission und dort ist das Kommunalmodell mehrheitlich abgestimmt worden, übrigens auch mit den Stimmen des bayrischen Kollegen

(Dr. Armin Jäger, CDU: Stimmt, ja.)

und auch mit anderen CDU-Kollegen.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja.)

Der Kollege aus Hamburg hat sehr wohl dem Kommunalmodell zugestimmt.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Richtig, ja.)

Ich sage Ihnen jetzt noch einmal, wie es eigentlich augenblicklich aussieht, wie es wahrscheinlich zu einer

Verständigung zwischen Bundestagsfraktion und Bundesregierung kommen soll. Es wird eine einheitliche Steuermesszahl geben für Personen- und Kapitalgesellschaften, die wird zwischen drei und vier Prozent liegen. Auf die Abschmelzung des Freibetrages wird verzichtet. Das ist eine ganz wichtige Position für die neuen Bundesländer.

(Rudolf Borchert, SPD: Richtig.)

Der Staffeltarif soll teilweise erhalten bleiben, auch das ist ganz wichtig für die neuen Bundesländer. Die Zinsen sollen voll einbezogen werden. Mieten, Pachten, Leasingraten sollen anteilig einbezogen werden, und zwar für die verbundenen Gesellschaften. Herr Müller hat das schon sehr schön dargestellt, ich brauche Ihnen das nicht noch einmal zu erläutern. Wir wollen also hier versuchen, dahin zu kommen, dass Gestaltungsspielräume eingeschränkt werden,

(Rudolf Borchert, SPD: Insgesamt wird das 3 Milliarden Euro bringen.)

denn Sie wissen, dass Mecklenburg-Vorpommern nicht nur durch eigene Gewerbesteueraufkommen profitiert, sondern eben auch durch die Zerlegungen,

(Dr. Armin Jäger, CDU: Jaja.)

und deshalb ist es für uns ganz besonders wichtig, dass gerade die Großkonzerne wieder Gewerbesteuern zahlen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und einzelnen Abgeordneten der PDS)

Die Dauerschuldzinsen bleiben wie bisher.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Und wer ist denn daran schuld? – Zuruf von Wolf-Dieter Ringguth, CDU)

Die Einbeziehung der Freiberufler, denke ich, ist wunderbar erklärt. Und es kommt etwas Neues dazu: Die Gewerbesteuerumlage soll abgesenkt werden.

Diese Punkte können wir als ein ostdeutsches Bundesland voll mit vertreten. Wir werden sehen, was dann im Vermittlungsausschuss dabei herauskommt, meine Damen und Herren, denn da müssen Sie dann nun einmal springen. Von uns liegt dann ein Modell vor und bei Ihnen gibt es zwei, drei oder vielleicht auch vier, wir werden abwarten müssen. Darum, sage ich, sollten gerade wir als ein ostdeutsches Land mit keinen so hohen originären Steuereinnahmen aufpassen, dass wir da nicht abgehängt werden von irgendwelchen Ländern, die ganz andere Interessen haben. Und wer sich gestern die Presse ganz aufmerksam angesehen hat, der hat vielleicht mitbekommen, wie mein Kollege aus Hessen, Herr Weimar,

(Dr. Armin Jäger, CDU: Der ist sehr erfolgreich.)

sich geäußert hat zu seinem Haushalt und zu seiner Nettokreditaufnahme. Und dann steht ein schöner Satz unten drin: „Ja, wenn wir nicht in den Länderfinanzausgleich einzahlen müssten, dann bräuchten wir keine zusätzlichen Kredite aufzunehmen und dann könnten wir noch weitere Ausgaben machen. Dann bräuchten wir nicht einzuschneiden.“ So sieht die Wirklichkeit aus und deshalb sollten wir hier aufpassen, dass wir nicht in diese Falle laufen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und einzelnen Abgeordneten der PDS)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Frau Finanzministerin.

Nach Paragraph 4 Absatz 3 unserer Geschäftsordnung benenne ich für die heutige Sitzung die Abgeordnete Frau Schwebs zur stellvertretenden Schriftführerin.

Gemäß Paragraph 85 Absatz 2 unserer Geschäftsordnung erhält jetzt noch einmal das Wort der Fraktionsvorsitzende der CDU-Fraktion Herr Rehberg.

Eckhardt Rehberg, CDU: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Frau Keler, natürlich muss man aufpassen. Aber das, was Sie zu Herrn Weimar gesagt haben, das können Sie auch zu Peer Steinbrück sagen. Die Gefechtsfelder laufen quer durch alle Parteien. Und wissen Sie, ich finde es schon ein bisschen dreist, Frau Keler, dass Sie sich hier hinstellen und sagen, wir sind doch alle dafür, dass die Großkonzerne wieder Gewerbesteuer zahlen.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja, wer ist denn daran schuld? – Torsten Koplin, PDS: Sie sollten noch tiefer gehen. Sie sollten noch tiefer gehen. – Zuruf von Wolf-Dieter Ringguth, CDU)

Frau Keler, es muss doch Ihre verantwortungsvolle Politik im Jahr 1999/2000 gewesen sein zu erkennen –

(Dr. Armin Jäger, CDU: Das hat sie nicht kapiert.)

wozu haben Sie denn Ihren Apparat im Finanzministerium –

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja, richtig.)

wo die Reform der Körperschaftssteuer denn hinführt. Die Ergebnisse Ihres Tuns haben wir doch heute.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Ich finde das wirklich politisch dreist, was Sie hier machen.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Wir haben rechtzeitig gewarnt, Frau Keler.)

Wissen Sie, wenn Ihr Erkenntnisprozess bei jedem Fehler über drei Jahre dauert, na dann gnade uns Gott in diesem Land!

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Wissen Sie, wir haben uns in Eggesin sehr sachlich und ausführlich auch über das Thema „Zusammenlegung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe“ unterhalten. Wir haben vereinbart, dass wir Informationen austauschen, und dazu stehen wir auch als CDU-Fraktion. Und wir werden sehr genau prüfen, welche Position wir hier einnehmen. Sie sind ja offensichtlich auch noch nicht endgültig mit der Positionierung fertig. Aber vieles deutet darauf hin, dass für uns das Hessen-Modell günstiger sein könnte.

Nächste Bemerkung: ganze Steuersysteme. Frau Keler, wenn ich mich recht entsinne, hatte Ministerpräsident Teufel vor 14 Tagen in der Runde der Ministerpräsidenten Herrn Kirchhoff eingeladen und er kam zu Wort. Und ich sage Ihnen eins voraus: Ob bei der SPD oder in der Union, das ganze Thema, wie das Steuersystem morgen und übermorgen aussehen wird, auch unter dem Stichwort Steuervereinfachung, fängt die Diskussion gerade mal an. Ich bin wahrlich nicht auf der Kirchhoff-Linie, aber er hat einen Ansatz, der höchst interessant ist, wenn ich mir angucke, dass allein in der letzten Legislaturperiode 110 steuergesetzliche Änderungen auf den Weg gebracht worden sind,

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja.)

110 Änderungen in vier Jahren. Es gibt morgen eine Fachtagung der Steuerberater und wenn Sie sich noch weiter die Zahlen angucken, wie viele Gesetze und Verordnungen und Vorschriften es gibt, dann muss neben dem fiskalischen Aspekt bei einer Steuerrechtsreform auch der Bürokratie-, der Deregulierungsaspekt eine ungeheure Rolle spielen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Denn was in den letzten Jahren passiert ist, ist für mich ein Arbeitsbeschaffungsprogramm für die Gilde der Steuerberater – ich will sie überhaupt nicht negativ sehen –, aber es ist natürlich auch ein Arbeitsbeschaffungsprogramm für die Finanzämter gewesen und das kann doch wahrlich so nicht weitergehen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Herr Müller, die Rechtsform ist entscheidend, ob ich Einkommensteuer oder Gewerbesteuer bezahle, nicht der Beruf.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja. –
Zuruf von Heinz Müller, SPD)

Der Tischlermeister, der eine GbR oder eine ORG hat, der bezahlt die Einkommensteuer, das ist der zentrale Punkt. Es hängt nicht vom Beruf ab, es hängt von der Rechtsform ab, welcher Steuerart ich unterliege,

(Beifall bei Abgeordneten der CDU –
Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

und das haben Sie hier vergessen zu sagen. Wissen Sie, Sie tun immer so, als ob Sie die Kompetenz ganz für sich alleine gepachtet hätten.

(Heinz Müller, SPD: Ich heiße doch nicht Jäger. –
Heiterkeit bei Gabriele Schulz, PDS)

Ich habe leider nicht genug Zeit, ich hätte Ihnen noch andere fachliche Fehler in Ihrer Rede nachweisen können, das ist aber der gravierendste, den Sie hier vorgetragen haben.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Letzte Bemerkung, meine sehr verehrten Damen und Herren: Wenn ich das Thema Kommunalfinanzen in diesem Land sehe und wenn dann wirklich ein Minister am 10. April diesen Jahres noch sagt, es bleibt alles beim Alten, dazu stehen wir, und drei Monate später wird das alles auf den Kopf gestellt – ich bin sofort fertig, Frau Präsidentin –, dann muss es doch wirklich möglich sein, und bisher haben Sie nicht den kleinsten Ansatz in irgendeinem Ausschuss erkennen lassen, dass man bereit ist, entweder die Absenkung der Infrastrukturpauschale auszugleichen oder, wenn das erreicht ist, gegebenenfalls noch etwas Positives für die kommunale Finanzausstattung zu tun.

Und ich kann mich an die Rede vom Kollegen Schlotmann gut erinnern zur Haushaltseinbringung. Herr Schlotmann, wir werden Sie beim Wort nehmen. Wir werden unsere konstruktiven Vorschläge auf den Tisch packen und dann werden wir spätestens im Finanzausschuss sehen, ob wir etwas für die Kommunen erreichen oder nicht.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Richtig.)

Sie sind zu unserem Tun eingeladen. – Danke.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Herr Rehberg.

Ums Wort gebeten hat jetzt noch einmal die Fraktionsvorsitzende der PDS Frau Gramkow.

Angelika Gramkow, PDS: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich denke, wenn sich die Debatte, die sich eben ausgebreitet hat zu einem der wichtigsten Themen für die Entwicklung auch unseres Landes, so gestaltet, dann wird mir angst und bange,

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja.)

wie ein Bundesrat, wie ein Vermittlungsausschuss sachdienlich im Interesse der Kommunen, die ja nachweislich über alle Parteigrenzen hinweg eine besondere Bedeutung genießen

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja.)

und die wir unterstützen müssen, sich realisieren lassen. Dieses Abwägen, die Rechtsform entscheidet, natürlich entscheidet sie.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Es geht um
Steuerrecht. Das steht auch so im Gesetz. –
Heiterkeit bei Eckhardt Rehberg, CDU)

Aber wie viele Rechtsformen gibt es denn in welchen Berufen und warum werden sie benutzt?

(Beifall Ute Schildt, SPD)

Und was ist die Frage, wenn man hier darüber nachdenkt, Herr Rehberg, wir machen Steuervereinfachung?

(Dr. Armin Jäger, CDU:
Dann müssen Sie das ändern.)

Ich frage mich die ganze Zeit, wer den Steuerwust in den letzten 20, 30 Jahren eigentlich auf den Weg gebracht hat.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD
und einzelnen Abgeordneten der PDS –
Zuruf von Wolfgang Riemann, CDU)

Und dann muss ich Ihnen doch auch die Frage stellen,

(Dr. Armin Jäger, CDU:
Sie haben doch zugestimmt!)

wir hätten doch im letzten und in diesem Jahr über den Bundesrat Steuerveränderungen durchbringen können:

(Dr. Armin Jäger, CDU:
Sie haben doch zugestimmt!)

Wer hat denn verhindert, dass die Steuerentlastung wirklich durchgreifend realisiert werden konnte?

(Heiterkeit bei Eckhardt Rehberg, CDU –
Kerstin Fiedler, CDU: Das hätten Sie 1997 auch
schon können! – Eckhardt Rehberg, CDU:
Das gibt es so nicht!)

Das ist doch am Ende mit der Mehrheit der CDU im Bundesrat gescheitert. Und deshalb sind bestimmte Äußerungen,

(Dr. Armin Jäger, CDU: Sie haben dieser
Steuerreform zugestimmt. – Heiterkeit
bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

die Sie hier gemacht haben, wo Sie nämlich von Ihrer bundespolitischen Verantwortung ablenken,

(Dr. Armin Jäger, CDU:
Wieso unsere? Wieso denn das?)

weil Sie da eben nicht Opposition spielen können,

(Dr. Armin Jäger, CDU: Wir sind doch
Landtagsabgeordnete, oder was?)

weil die großen CDU-beteiligten Regierungsoptionen genauso der Unternehmenssteuerreform zugestimmt haben und damit die Verantwortung in diesem Land mittragen sollten in dieser Entscheidung, ...

(Eckhardt Rehberg, CDU: Was?)

Auch das ist nachweisbar, Herr Rehberg.

(Eckhardt Rehberg, CDU: Also über
Erpressung in der Politik können wir
uns noch einmal extra unterhalten.)

Das können wir zumindest auch noch lesen.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Wie ist denn die
Steuerreform zustande gekommen? –
Eckhardt Rehberg, CDU: Ja! –
Heiterkeit bei Andreas Bluhm, PDS:
Ah, die jungfräuliche CDU!)

Und deshalb, glaube ich, ist dieses Thema ein dankbares gewesen, um den vielen Kommunalpolitikerinnen und -politikern in diesem Land zu zeigen, dass wir es ernst meinen, gemeinsam über Reformansätze zu diskutieren und sie auch zu entscheiden, die zur Entlastungswirkung führen, denn eins ist auch klar: Auch die Mindestgarantie in Mecklenburg-Vorpommern löst die fatalen Probleme der kommunalen Ebene nicht!

(Beifall bei Abgeordneten der PDS –
Eckhardt Rehberg, CDU: Das kann doch nicht
wahr sein! – Zurufe von Dr. Armin Jäger, CDU,
und Wolf-Dieter Ringguth, CDU)

Und genau aus diesem Grunde werden wir uns in den Haushaltsberatungen – und das haben wir genau so angekündigt – um die Frage der finanziellen Ausstattung kümmern.

Und weil Sie hier so schön hineinrufen: Kommen Sie mal mit und sagen Sie das den Bürgermeistern!

(Wolfgang Riemann, CDU: Draußen versprechen
Sie es und hier drin enthalten Sie sich der
Stimme. So sieht doch die Praxis aus! –
Dr. Armin Jäger, CDU: Ja.)

Zumindest, Herr Riemann, kann ich darauf verweisen, dass jeder Brief, jedes Gespräch und jede Antwort, egal von welchem Bürgermeister, von welchem Amtsvorsteher, von welchem Landrat und von welchem Oberbürgermeister, durch die PDS-Fraktion im letzten halben Jahr originalgetreu und schriftlich beantwortet ist.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja, das stimmt.)

Ich weiß nicht, ob Sie Gleiches sagen können.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der
SPD und PDS – Wolfgang Riemann, CDU:
Geben Sie wieder eine Garantiekarte aus! –
Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Frau Gramkow.

Ums Wort hat jetzt noch einmal gebeten der Abgeordnete der SPD-Fraktion Herr Heinz Müller.

Heinz Müller, SPD: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Da Herr Rehberg sich in seiner Replik auf mich in einem Punkt beschränkt hat – zu anderen hatte er wohl nichts mehr zu sagen –,

(Kerstin Fiedler, CDU: Weil keine
Zeit mehr ist, etwas zu sagen!)

möchte ich mich auf diesen einen begrenzen und zwei Dinge zitieren. Zum einen, es tut mir ja schrecklich Leid, aber die „Süddeutsche Zeitung“ vom 25.09. ist richtig Klasse.

(Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der SPD
und PDS – Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Da heißt es sehr deutlich, dass Hans Eichel bestimmte Vorstellungen hat und so weiter und so fort, das wollen wir jetzt nicht mehr zitieren.

(Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

„Stattdessen sieht Eichel vor, die Gewerbesteuer auf Freiberufler auszudehnen, was der Städtetag ausdrücklich begrüßte.“ Das ist der Städtetag.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD –
Dr. Armin Jäger, CDU: Ja, sicher.)

Und zweitens habe ich hier, wenn wir den Regierungsentwurf nehmen, der mir in vielen Punkten nicht gefällt, darüber brauchen wir nicht zu reden,

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ach ja? Ich
glaube, da muss man schon drüber reden!)

aber der offizielle Entwurf der Bundesregierung für ein Gesetz zur Reform der Gewerbesteuer sagt im Vorblatt unter „B. Lösung“: „Die personelle Verbreiterung der Bemessungsgrundlage besteht in der Einbeziehung der selbständig Tätigen im Sinne des § 18 des Einkommensteuergesetzes in die Steuerpflicht.“ Herr Rehberg, was das mit der Rechtsform zu tun hat, können Sie mir dann noch einmal erklären,

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja, mache ich gerne.)

ich habe gerne Zeit für Sie. – Danke.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und
einzelnen Abgeordneten der PDS –
Zuruf von Kerstin Fiedler, CDU)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Herr Müller.

Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der Fraktionen der PDS und SPD auf Drucksache 4/812(neu). Wer dem zustimmen wünscht, den bitte ich jetzt um ein Handzeichen. – Wer stimmt dagegen? – Stimmenthaltungen? – Damit ist der Antrag der Fraktionen der PDS und SPD auf Drucksache 4/812(neu) mit den Stimmen der SPD- und PDS-Fraktion gegen die Stimmen der CDU-Fraktion mehrheitlich angenommen.

Meine Damen und Herren, bevor wir jetzt in die Mittagspause eintreten und die Sitzung um 13.10 Uhr fortsetzen, mache ich noch darauf aufmerksam, dass sich unmittelbar jetzt im Anschluss der Ältestenrat im Ältestenratsszimmer trifft. Ich schließe damit erst einmal die Sitzung.

Unterbrechung: 12.07 Uhr

Wiederbeginn: 13.12 Uhr

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Meine Damen und Herren Abgeordnete, die unterbrochene Sitzung ist wieder eröffnet.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 20:** Beratung des Antrages der Fraktion der CDU – Entwicklungschancen für Vorpommern und das östliche Mecklenburg geben – strukturschwache Räume brauchen Unterstützung, Drucksache 4/802.

**Antrag der Fraktion der CDU:
Entwicklungschancen für Vorpommern und
das östliche Mecklenburg geben – struktur-
schwache Räume brauchen Unterstützung
– Drucksache 4/802 –**

Das Wort zur Begründung hat der Abgeordnete Herr Dr. Born von der Fraktion der CDU.

(Ute Schildt, SPD: Oh, ein Mecklenburger!)

Dr. Ulrich Born, CDU: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! „Entwicklungschancen für Vorpommern und das östliche Mecklenburg geben – strukturschwache Räume brauchen Unterstützung“, ich denke, darüber sind wir uns einig im Hohen Hause: Dieser Antrag, das werden Sie unschwer feststellen können, liegt auf der Linie dessen, was der Landtag gestern und heute debattiert hat, nämlich im Wesentlichen, dass es um die Verbesserung von Rahmenbedingungen geht.

Ich will gerne eine Frage aufgreifen und ich werde ansonsten selbstverständlich nicht aus persönlichen Gesprächen zitieren, aber die Frage liegt ja auf der Hand, die mir eben der Wirtschaftsminister gestellt hat, wie es kommt, dass ich diesen Antrag begründe. Es ist ganz einfach damit zu erklären, dass wir für das Land Mecklenburg-Vorpommern nur dann eine wirkliche Zukunft haben, wenn es keinen Landesteil gibt, der zurückbleibt.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten
der SPD und CDU)

Deshalb muss es das Anliegen aller sein, egal, wo sie persönlich politisch ihren Schwerpunkt haben, dass wir solche Benachteiligungen bekämpfen, und deshalb freue ich mich, dass ich das als derjenige aus dem westlichsten Wahlkreis meiner Fraktion hier für die Fraktion tun darf, diesen Antrag einzubringen.

(Beifall Egbert Liskow, CDU)

Die ökonomischen Kennzahlen in den östlichen Landesteilen zeigen, dass sich trotz positiver Ansätze gerade hier noch keine ausreichende wirtschaftliche Basis mit entsprechender Auswirkung auf den Arbeitsmarkt entwickelt hat. In weiten Teilen Vorpommerns und auch des östlichen Mecklenburgs ist ein dramatischer Rückgang der das Gemeinwesen tragenden Strukturen, vor allem Familien, das ehrenamtliche Engagement, aber auch der Wirtschaft insgesamt, festzustellen. Die gesamtstaatliche Verantwortung gebietet es, dass das Land und der Bund dieser Entwicklung nicht tatenlos zusehen. Es geht heute nicht mehr nur um Strukturwandel, sondern um den Aufbau neuer Strukturen.

Mit dem Beitritt der osteuropäischen Nachbarn, insbesondere Polen, aber auch der baltischen Staaten, kommen auf diese Region, die sich bisher dadurch auszeichnet, dass sie eine Randlage bildet, enorme Chancen zu. Wenn sich Unternehmen, kommunale Verwaltungen, unterstützt von Land und Bund, jetzt zügig auf die verän-

derte Situation einstellen und alles nur Mögliche in Gang setzen, dann kann die Erweiterung der Europäischen Union einen Wachstums- und Motivationsschub gerade für diese Region mit sich bringen. Und ich sage auch, wir müssen alles tun, dass dies geschieht,

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

denn diese Chance besteht nur jetzt, sie kommt nicht noch mal.

Wir müssen deshalb Rahmenbedingungen schaffen, die langfristig ein eigenständiges Überleben dieser schwächeren Regionen in unserem Land ermöglichen. Dazu müssen neben den gesamtstaatlich notwendigen Reformen, die ja heute schon öfter Gegenstand der Debatte waren, die regionalen Wettbewerbsbedingungen verbessert werden. Neben der Stärkung bestehender Unternehmen ist die Ansiedlung neuer Unternehmen unabdingbare Voraussetzung. Dies kann aber nur durch einen erfolgreichen Mix aus einer generellen Verbesserung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen in Deutschland und einer regional bezogenen Wirtschaftspolitik geschehen. Ziel müssen regionalspezifische Impulse sein, die spezielle Entwicklungsdefizite berücksichtigen und deren Potentiale zur Entwicklung optimal fördern.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wenn Sie den vorliegenden Antrag aufmerksam lesen, dann werden Sie feststellen, dass wir Ihnen konkrete Vorschläge unterbreiten, die aus unserer Sicht dem Ziel dienen, die strukturschwachen Regionen zu stärken. Diese Vorschläge sind selbstverständlich – und es wäre anmaßend, wollte man etwas anderes behaupten – kein Patentrezept. Das betone ich ausdrücklich. Aber sie sind Teil eines Netzwerks einer erfolgreichen Wirtschaftspolitik, eines Netzwerks von Vorschlägen, die auf der europäischen Ebene anfangen, die über bundesstaatliche Maßnahmen gehen, bis hin zu dem, was das Land Mecklenburg-Vorpommern tun kann. Und wenn Sie das mit den 17 Vorschlägen verknüpfen, die ich Ihnen gestern in der Aktuellen Stunde vorgelegt habe – und ich betone noch einmal, es handelt sich hier um Vorschläge, die das Land nicht mit Kosten belasten, sondern deutlich entlasten, die aber in der Lage sind, den Mehltau, der gerade über den schwachen Regionen dieses Landes liegt, zu beseitigen –, dann, glaube ich, haben wir eine ganze Menge getan, um die wirtschaftliche Situation unseres Landes zu verbessern.

Es ist erforderlich, die Ansiedlungspolitik neu auszurichten. Hilfreich für die Schaffung neuer Arbeitsplätze sind – und das ist der erste größere Unterpunkt unseres Antrages – Beratungsnetzwerke, die Existenzgründern einen Expertenpool zur Verfügung stellen, der durch seine Kompetenz Fördermöglichkeiten bündelt und, das ist ganz entscheidend aus unserer Sicht, an die Hochschulen unseres Landes angebunden ist. Wie ein solches Beratungsnetzwerk in vier Etappen potentielle Existenzgründer begleiten kann, ist im Antrag im Einzelnen dargestellt.

(Dr. Gerhard Bartels, PDS: Das
meinen Sie doch nicht im Ernst.)

Die Vorteile liegen auf der Hand, denn der Expertenpool steht den Existenzgründern auch nach der Gründung zur Verfügung. Die Einbindung der Hochschulen in Greifswald, Stralsund und Neubrandenburg kann dazu beitragen, dass auch außerhalb dieser Region potentielle Gründer von der gründerfreundlichen Beratungsstruktur erfahren. Und was ich im Ernst meine, Kollege Dr. Bartels, dass

Sie mit Wirtschaftsförderung Ihre Probleme haben, das will ich Ihnen gern konstatieren.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU –
Dr. Gerhard Bartels, PDS: Ach, lassen Sie
doch die ollen Kamellen! Geben Sie dem An-
trag doch die Substanz, die jetzt nicht da ist!)

Aber ich habe mich vor Jahren – und dazu stehe ich
auch nach wie vor – gegen das Beraterunwesen in unse-
rem Land ausgesprochen. Meine sehr verehrten Damen
und Herren, das ist nämlich genau der Punkt, wir brau-
chen qualifizierte Beratung.

(Dr. Gerhard Bartels, PDS:
Ich sag nachher was dazu.)

Es macht überhaupt keinen Sinn, wenn wir einem
schwächelnden Unternehmen oder jemandem, der ein
Unternehmen gründen will, einen Berater an die Seite stel-
len, der vor allen Dingen darauf bedacht ist, dass seine
Gebühren rechtzeitig eingehen, aber ansonsten nicht
qualifiziert ist für die Beratung. Deshalb ist auch der Vor-
schlag, dass wir die damit betrauen, die von Berufs wegen
etwas davon verstehen, und das sind die Kammern, das
sind die Industrie- und Handelskammern, das sind die
Handwerkskammern. Diese sollten in der Tat Zertifikate
für diese Berater ausstellen und dann müssen sie auch
den Unternehmen zur Verfügung gestellt werden, die
jeweils für das entsprechende Vorhaben qualifiziert sind
und nicht nur irgendeine Beratung anbieten.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir kommen
zwangsläufig immer wieder auf den entscheidenden
Punkt in diesem Land, das ist die Deregulierung.

(Zuruf von Heinz Müller, SPD)

Es muss ein stringenter Abbau von Vorschriften statt-
finden,

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

um ein unternehmerfreundliches Klima gerade in struk-
turschwachen Regionen zu erzeugen.

(Zuruf von Wolfgang Riemann, CDU)

Durch die mit einem wirklichen Bürokratieabbau er-
reichten Entlastungen bei den Kommunen, die für die
Umsetzung von Verwaltungsvorschriften im übertragenen
Wirkungskreis zuständig sind, erhalten die kommunalen
Verwaltungen Freiräume. Diese gilt es zu nutzen, um
Ansiedlungspolitik wirksam zu unterstützen und die Kom-
munalverwaltungen zu Serviceunternehmen zu etablieren.
Jeder Abbau von Verwaltungsvorschriften, jede Ent-
schlackung und Überprüfung von Gesetzen hilft deshalb
Kommunen, Unternehmen, Bürgern und damit den
schwachen Regionen gleichermaßen. Das Land muss
darauf dringen, dass in strukturschwachen Gebieten
betriebliche Bündnisse für Arbeit grundsätzlich Vorrang
vor starren tariflichen Regelungen erhalten.

(Beifall Kerstin Fiedler, CDU,
und Andreas Petters, CDU)

Und, meine sehr verehrten Damen und Herren, es ist
erforderlich, die Infrastrukturlücke zu schließen, und zwar
muss das jetzt mit Nachdruck geschehen, denn wenn wir
es jetzt nicht hinbekommen, unsere östlichen Nachbarn
schlafen nicht. Da entwickelt sich eine unglaubliche Dyna-
mik und dann wird die Infrastruktur dort vorgehalten, die
wir dringend in unserem Land brauchen. Deshalb muss

hier alles geschehen, damit die Infrastrukturlücke so
schnell wie möglich geschlossen wird. Einer leistungsfähi-
gen Verkehrsanbindung der Stadt Pasewalk an die A 20
kommt dabei ebenso wie dem durchgängigen vierspurigen
Ausbau der B 96 eine zentrale Bedeutung zu.

(Heinz Müller, SPD: Was?!)

Ebenso muss dem Ausbau einer leistungsfähigen grenz-
überschreitenden Infrastruktur nach Polen vor dem Hin-
tergrund der bevorstehenden EU-Osterweiterung Vor-
schub geleistet werden.

Und, meine sehr verehrten Damen und Herren, wir kön-
nen es drehen und wenden, wie wir wollen, unsere gebeu-
telten Kommunen brauchen gerade in den strukturschwa-
chen Gebieten unsere Unterstützung.

(Beifall Karin Strenz, CDU)

Durch die seitens der Landesregierung geplante
Absenkung der Infrastrukturpauschale sowie der Min-
destgarantie um insgesamt 193,2 Millionen Euro in den
Jahren 2004/2005 werden die Kommunen nicht nur in den
Regionen des östlichen Landesteils finanziell handlungs-
unfähig.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU –
Wolfgang Riemann, CDU: So ist es.)

Sie können sich Investitionen nicht mehr leisten und
wenn sie sich keine Investitionen mehr erlauben können,
dann werden diese Regionen sich nicht erholen können.
Es braucht stattdessen Finanzierungsmodelle, die die
kommunale Investitionsfähigkeit langfristig sichern. Auch
ein generelles Absenken des kommunalen Eigenanteils
bei Mischfinanzierung ist in Betracht zu ziehen.

Und, meine sehr verehrten Damen und Herren, wir
müssen die Änderung des Paragraphen 8 Absatz 3 Finanz-
ausgleichsgesetz in Angriff nehmen.

(Beifall Egbert Liskow, CDU)

Aufgrund einer Änderung dieses Gesetzes aus dem
Jahre 2000 werden die Schlüsselzuweisungen an die
Landkreise zu 73 Prozent auf Grundlage der Einwohner-
zahl und zu 27 Prozent aufgrund der Gebietsfläche ver-
teilt. Damit sind großflächige, aber einwohnerarme Land-
kreise gegenüber anderen Landkreisen benachteiligt.

(Kerstin Fiedler, CDU: Genau. –
Dr. Gerhard Bartels, PDS: Sagen
Sie das mal in Ihrem Kreistag!)

Ja, sehen Sie, Herr Dr. Bartels, das unterscheidet uns
eben. Ich vertrete das genau in meinem Kreistag auch,
auch wenn ich dort als Kommunalpolitiker tätig bin. Hier
habe ich Verantwortung für das ganze Land

(Dr. Gerhard Bartels, PDS: Jawohl, so ist es.)

und der kann ich nur gerecht werden, wenn ich nicht so
eine Kirchturmpolitik betreibe, wie Sie es – obwohl Sie mit
Kirche sonst nicht viel am Hut haben – hier gerade eben
vorgeführt haben.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU –
Gabriele Schulz, PDS: Na, na, na, na! Keine Be-
wertung! – Zuruf von Angelika Gramkow, PDS)

Denn inzwischen ist unstreitig, dass die Wahrnehmung
von gleich gearteten Aufgaben in dünn besiedelten Räu-
men nur mit einem höheren Kostenaufwand zu bewerk-
stelligen ist. Deshalb ist eine Rückkehr zum Flächenanteil

von 30 Prozent bei der Berechnung der Schlüsselzuweisungen an die Landkreise unverzichtbar.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich will Ihnen das gerne belegen. Ich habe gerade, Herr Abgeordneter Dr. Backhaus –

(Kerstin Fiedler, CDU: Hören Sie überhaupt zu? – Dr. Till Backhaus, SPD: Ich höre Ihnen wirklich zu.)

ja, ich will das nur belegen –, meine Fraktion im Kreistag dazu gebracht, sich dafür einzusetzen, sich aktiv an den Kosten des Staatstheaters Schwerin zu beteiligen, nicht nur dadurch, dass sie sich an ihrer Gesellschaft beteiligt, sondern auch mit einem jährlichen Betrag.

(Zuruf von Angelika Gramkow, PDS – Dr. Till Backhaus, SPD: Ist das auch ein nennenswerter Betrag?)

Und da können Sie sehen, dass man über den Tellerand hinausgucken muss. Das ist ein sehr nennenswerter Betrag.

(Torsten Koplin, PDS: Sie können ihn auch nennen.)

Ich hoffe, dass Ihre Kollegen – es ist bisher leider nur einer, der sich offen dazu bekennt, wir brauchen noch fünf, damit wir eine Mehrheit haben –

(Ute Schildt, SPD: Worüber sprechen wir denn?! Worüber sprechen wir denn?!)

dabei helfen. Da wäre ich Ihnen sehr, sehr dankbar.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU – Heiterkeit bei Abgeordneten der SPD)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich möchte noch auf ein Problem bei der Einbringung hier besonders hinweisen,

(Zuruf von Volker Schlotmann, SPD)

denn ansonsten leuchtet zu Recht, Herr Kollege Schlotmann, die rote Laterne. Die Landesregierung muss alles tun, wirklich alles – und ich hoffe, dass wir in diesem Punkt auch übereinstimmen in dem Hohen Hause –, dass wir als Land Mecklenburg-Vorpommern Ziel-1-Gebiet bei der Förderung durch die Europäische Union bleiben.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU – Dr. Gerhard Bartels, PDS: Das steht im Antrag aber anders.)

Es darf nicht dazu kommen, dass wir aufgrund eines statistischen Effekts dieses für uns absolut notwendige Förderinstrumentarium in der bisherigen Qualität einbüßen.

(Zuruf von Kerstin Fiedler, CDU)

Das wäre ein schlimmer Schlag für das Land insgesamt, insbesondere aber für die strukturschwachen Regionen Vorpommern und östliches Mecklenburg.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, diese Anstrengungen, das sage ich aber auch gleich, dürfen nicht so missverstanden werden, dass der Wirtschaftsminister sagt, ich mache jetzt noch weniger in der Wirtschaftspolitik, damit wir das 75-Prozent-Kriterium erfüllen. Das wäre fatal!

(Beifall Andreas Petters, CDU – Heiterkeit bei Kerstin Fiedler, CDU)

Ich sehe, Sie wollen das auch nicht. Also alle Anstrengungen, die wirtschaftliche Entwicklung des Landes voranzutreiben – aber wir müssen Ziel-1-Gebiet bleiben –, sind unbedingt erforderlich.

(Beifall Kerstin Fiedler, CDU, und Andreas Petters, CDU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir werden in der Debatte ja noch über die anderen Punkte sprechen können. Da geht es unter anderem auch darum, dass die Lebensqualität insgesamt in den östlichen Regionen verbessert werden muss. Das hat sehr viel mit Kulturförderung zu tun. Ich hoffe, dass wir auch darin übereinstimmen.

(Unruhe bei einzelnen Abgeordneten der SPD und PDS)

Schließlich müssen wir das Ehrenamt stärken, denn das Ehrenamt ist ein ganz wesentliches Element unseres Gemeinwesens. Nur wenn die Bürgerinnen und Bürger, die sich wirklich für unseren Staat einsetzen, sich für das Gemeinwesen engagieren, auch die Unterstützung seitens der Politik des Landes haben, können sie ihre Aufgaben auch so wahrnehmen, wie sie es bisher getan haben. Aber sie verdienen wesentlich mehr Anerkennung, als es bisher seitens der Politik der Fall gewesen ist. Ich glaube, hier sind wir alle gefordert. – Danke schön.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke schön, Herr Dr. Born.

Im Ältestenrat wurde eine Aussprache mit einer Dauer von 90 Minuten vereinbart. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist es so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Das Wort hat der Ministerpräsident Herr Dr. Ringstorff.

Ministerpräsident Dr. Harald Ringstorff: Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich bin dankbar für diesen Antrag der Opposition,

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

gibt er doch der Regierung Gelegenheit, einmal mit der Vorstellung aufzuräumen, die in vielen ihrer Köpfe immer noch vorhanden ist,

(Heiterkeit bei Angelika Gramkow, PDS)

dass die Regierung nicht genug für den Landesteil Vorpommern und für das östliche Mecklenburg tut.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und Angelika Gramkow, PDS)

Herr Born, Sie haben gesagt, es müsste ja das Anliegen aller sein, alle Landesteile voranzubringen, und da kann ich Ihnen ausdrücklich zustimmen, denn gemeinsam kommt man weiter. Das zeigt sich beispielsweise auch im Sport immer wieder. Manchester United gilt als einer der reichsten Fußballclubs der Welt. Die Mannschaft besteht nur aus Stars und könnte genauso gut auch als Weltauswahl antreten und trotzdem hat der VfB Stuttgart am letzten Mittwoch diese Weltauswahl mit 2:1 besiegt.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Andreas Petters, CDU: Oho!)

Und warum hat er sie besiegt?

(Zuruf von Dr. Ulrich Born, CDU)

Weil die Stuttgarter als Mannschaft zusammengehalten und gekämpft haben,

(Beifall Dr. Ulrich Born, CDU)

weil sie aufgrund ihres Teamgeistes den Respekt vor dem Starensemble abgelegt und stattdessen an ihre eigene Stärke geglaubt haben.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und einzelnen Abgeordneten der CDU und PDS – Dr. Ulrich Born, CDU: Jawohl, richtig.)

Ich glaube, Teamgeist und der Glaube an die eigene Stärke sind es auch,

(Dr. Till Backhaus, SPD: Wir haben Trainerqualitäten. – Heiterkeit bei Dr. Ulrich Born, CDU)

die in Vorpommern und im östlichen Mecklenburg künftig das Handeln der ganzen Region bestimmen sollten. Zusammenarbeit zwischen Kommunen und Kreisen, Kooperationen über Parteigrenzen hinweg, das muss, glaube ich, im Vordergrund stehen, denn das Ziel kann doch nur sein, Vorpommern und das östliche Mecklenburg entschlossen und gemeinsam weiter voranzubringen.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Sehr richtig.)

So weit haben wir die gleichen Intentionen, Herr Kollege Born.

Sicherlich ist es so, dass zum Zeitpunkt der Deutschen Einheit die Chancen nicht gleich verteilt waren. Die Infrastrukturausstattung verschiedener Regionen des Landes zum Zeitpunkt der Deutschen Einheit war sehr unterschiedlich. Westmecklenburg, wo Sie agieren, hatte sicherlich Vorteile und deshalb ging es darum, infrastrukturelle Nachteile abzubauen. Wir sind mit Hochdruck dabei

(Wolfgang Riemann, CDU: Wie bei der Anklamer Umgehungsstraße.)

und es gibt schon jetzt beachtliche Erfolge bei der Verbesserung der Infrastruktur in diesem Landesteil. Ich nehme an, der Wirtschaftsminister wird dazu noch etwas sagen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und einzelnen Abgeordneten der PDS – Zuruf von Kerstin Fiedler, CDU)

Aber, meine Damen und Herren, gerade wenn es um ehrenamtliche Dinge geht und um Positionen, die Sie auch angesprochen haben, Herr Dr. Born, kommt es auch darauf an, welche Entscheidungen auf kommunaler oder auf kreislicher Ebene gefällt werden. Ich weiß, dass diese Entscheidungen nicht immer einfach sind, besonders dann nicht, wenn angesichts knapper Kassen Haushalte ausgewogen werden müssen und wenn es um Entscheidungen mit finanziellen Auswirkungen für die Bürger geht. Ob aber das Votum im Kreistag Ostvorpommern, die Kreisumlage nicht zu erhöhen, nun so gefeiert werden muss und ob dieses Votum verantwortungsbewusst war, das sei dahingestellt. Darüber müssen die Wählerinnen und Wähler bei der Kommunalwahl entscheiden.

(Wolfgang Riemann, CDU: Das haben Ihre Kollegen von der SPD mitbeschlossen, Herr Ministerpräsident.)

Tatsache ist aber, Herr Schreihals dort hinten,

(Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der SPD und PDS – Kerstin Fiedler, CDU: Das war unparlamentarisch.)

hätte sich Ostvorpommern wie der Landkreis Uecker-Randow verhalten,

(Wolfgang Riemann, CDU: Ist das kennzeichnend für einen Ministerpräsidenten, dass er Abgeordnete beleidigt?)

wären rund 11 Millionen Euro mehr in den Anklamer Kassen, und keiner wird behaupten,

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und einzelnen Abgeordneten der PDS – Zurufe von Dr. Ulrich Born, CDU, und Kerstin Fiedler, CDU)

dass der Landkreis Uecker-Randow finanziell auf Rosen gebettet ist.

(Heinz Müller, SPD: Weiß Gott!)

Ich glaube, wenn man dort so gehandelt hätte wie in Uecker-Randow, dann wäre auch noch Geld für einige freiwillige Leistungen da.

Meine Damen und Herren, der Vergleich der Landkreise Uecker-Randow und Ostvorpommern macht deutlich,

(Wolfgang Riemann, CDU: Erst kürzt uns Rot-Rot die Mittel und dann kritisieren Sie uns noch!)

man kann die Situation in den einzelnen Kreisen und Orten im Osten des Landes nicht über einen Kamm scheeren. Genauso wenig sollte man überhaupt Pauschalaussagen über die Region Vorpommern und das östliche Mecklenburg treffen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und einzelnen Abgeordneten der PDS – Holger Friedrich, SPD: Jawohl, genau so.)

Denn wenn man beispielsweise in Vorpommern genauer hinsieht, dann stellt sich so manches nicht nur anders, sondern auch viel positiver dar, als es manchmal behauptet wird.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Das ist richtig.)

Aber von dem, was die Landesregierung in den letzten Jahren gemeinsam mit den leistungswilligen Menschen vor Ort, den positiv gestimmten und motivierten Betrieben in der Region und den Verbänden, wie beispielsweise dem Unternehmerverband Vorpommern, auf die Beine gestellt hat, davon haben Teile der CDU im Land offensichtlich noch nichts mitbekommen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD und Angelika Gramkow, PDS – Dr. Ulrich Born, CDU: Das wäre doch sehr bedauerlich, wenn das so wäre.)

Anfänglich hatten wir auch seitens einiger Lokalpolitiker nicht die notwendige Unterstützung, die die Region noch schneller vorangebracht hätte.

(Beifall Jörg Heydorn, SPD, und Ute Schildt, SPD)

Oder passt es manchen in der CDU vielleicht aus parteitaktischen Gründen nicht, dass wir dort so aktiv sind? Ich kann nur an Sie appellieren:

(Wolfgang Riemann, CDU: Wo erhalten Sie die Unterstützung nicht? Herr Ministerpräsident, werden Sie doch konkret!)

Arbeiten Sie konstruktiv mit zum Wohle Vorpommerns und der östlichen Landesteile! Bringen Sie sich mit Ideen ein!

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und einzelnen Abgeordneten der PDS)

Meine Damen und Herren, Lubmin liegt bekanntlich in Vorpommern und da herrscht eine regelrechte Aufbruchstimmung. Die Menschen und Unternehmen in Lubmin glauben an sich und ihre Stärken. Schon heute gibt es im Gewerbegebiet Lubminer Heide fast 700 Arbeitsplätze in mehr als 30 mittelständischen Unternehmen. Zu ihnen zählen maritime Zulieferbetriebe, deren Know-how mit dem von der Landesregierung geförderten Bau des Kompetenz- und Entwicklungszentrums für Schiffsmanövrieranlagen am Greifswalder Bodden zusammengeführt und gestärkt wurde.

Mitte September wurde der erste Hafenbauabschnitt in Lubmin eröffnet. Durch den Bau des Industriehafens wird Lubmin für Investoren noch interessanter. Mit dem geplanten Bau eines GuD-Kraftwerkes und der Gaspipeline wird sich Lubmin, davon bin ich felsenfest überzeugt, auch wieder zu einem Energiestandort entwickeln.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Sehr schön. – Zuruf von Andreas Petters, CDU)

Sie sehen, es tut sich etwas in Lubmin.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Zuruf von Dr. Ulrich Born, CDU)

Genauso tut sich auch etwas auf Rügen, denn da wurde am Wochenende das neue Fischverarbeitungszentrum Saßnitz – Neu Mukran eingeweiht.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Werden Sie doch nicht so unruhig über die Investitionen in Vorpommern! Was stört Sie denn daran? Ich weiß, dass jeder wirtschaftliche Erfolg, den die Landesregierung in dieser Region hat, Ihnen wahrscheinlich so ein kleiner Stich ins Fleisch ist.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD)

Wenigstens 150 neue Arbeitsplätze entstehen dort und zahlreiche Betriebe ...

(Unruhe bei einzelnen Abgeordneten der CDU – Kerstin Fiedler, CDU: Vergessen Sie das auf Usedom nicht! Sie haben noch nicht gelernt! – Zuruf von Wolfgang Riemann, CDU)

Werden Sie doch nicht so unruhig über die Investitionen in Vorpommern! Was stört Sie denn daran? Ich weiß, jeder wirtschaftliche Erfolg in dieser Region, den diese Landesregierung hat, der ist Ihnen wahrscheinlich so ein kleiner Stich ins Fleisch.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und einzelnen Abgeordneten der PDS – Zuruf von Kerstin Fiedler, CDU)

Meine Damen und Herren, ich wiederhole, wenigstens 150 neue Arbeitsplätze entstehen dort und zahlreiche Betriebe auf der Insel, aber auch im ganzen Land, können davon profitieren. 79 Millionen Euro haben die Investoren Parlevliet & van der Plas und die Stadt Saßnitz, unterstützt

durch die EU, den Bund und das Land, investiert. Ich glaube, das kann sich sehen lassen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und einzelnen Abgeordneten der PDS)

Es tut sich auch was in der Region Torgelow, Pasewalk und Strasburg. Dank des intensiven Einsatzes des Unternehmerverbandes Vorpommern

(Kerstin Fiedler, CDU: Fünf Unternehmenspleiten im letzten Monat.)

und der entschlossenen parteiübergreifenden Zusammenarbeit vor Ort ist es dort gelungen, den österreichischen Flugzeugproduzenten Diamond Aircraft Industries in die Region zu holen. Weitere mittelständische Unternehmen sind an einer Ansiedlung im Umfeld des Flughafens in Franzfelde interessiert. Es tut sich auch was in Greifswald. In der Hansestadt werden bis 2010/11 266 Millionen Euro in das Klinikum investiert.

(Wolfgang Riemann, CDU: ITER.)

Damit ist der Bau das größte öffentliche Investitionsvorhaben im Land Mecklenburg-Vorpommern.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und einzelnen Abgeordneten der PDS)

Meine Damen und Herren, das waren eben vier Beispiele, die deutlich zeigen, in Vorpommern tut sich was.

Wie die östlichen Teile Mecklenburgs hat Vorpommern, allein schon wegen der Randlage und seiner daraus resultierenden schlechteren Erreichbarkeit, mit infrastrukturellen oder strukturellen Nachteilen zu kämpfen. Herr Born wies darauf hin. Die Landesregierung engagiert sich deshalb dort noch mehr als in anderen Landesteilen, um diese Nachteile möglichst rasch auszugleichen. Unternehmer aus der Region bestätigen mir immer häufiger, dass das Engagement der Landesregierung Früchte trägt. Sie profitieren von den Vorteilen, die die zügige Entwicklung von konkurrenzfähigen Industrie- und Gewerbegebieten und einer immer besser werdenden Verkehrsinfrastruktur mit sich bringt. Neben Saßnitz, Mukran und Lubmin gehören auch das Pommerndreieck am Kreuzungsbereich A 20 und der B 194 bei Grimmen und das Großgewerbegebiet in Pasewalk zu den Standorten in der Region, die ein großes Potential bieten.

Mit dem fortschreitenden Ausbau der A 20 rückt Vorpommern nicht nur geographisch, sondern auch verkehrstechnisch immer mehr ins Zentrum der erweiterten Europäischen Union und des Ostseeraums.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD)

Auch im Hinblick auf die EU-Osterweiterung am 1. Mai nächsten Jahres unterstützt das Land die Region Vorpommern und das östliche Mecklenburg in vielfältiger Hinsicht. Wir tun alles, und da sind wir uns einig, Herr Dr. Born, damit wir auch in der neuen Förderperiode Ziel-1-Gebiet sind. Wir sind uns völlig einig, nicht allein durch den statistischen Effekt dürfen diese Regionen, darf Mecklenburg-Vorpommern aus der Ziel-1-Gebiet-Förderung herausfallen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und einzelnen Abgeordneten der PDS)

Dazu arbeiten wir hart mit den Verantwortlichen in Brüssel.

Immer mehr Unternehmen aus Vorpommern suchen und nutzen bereits mit Erfolg die Chancen internationaler Märkte und grenzüberschreitender Kooperation. Dabei ist insbesondere unser Nachbar Polen von großer Bedeutung. Die vielen Gespräche, Recherchen und Vermittlungen im Haus der Wirtschaft in Stettin machen das, glaube ich, sehr deutlich.

Die zentrale Lage Vorpommerns im Ostseeraum fördert auch die weitere Entwicklung der Biotechnologie im Land. So ist unser erfolgreiches BioCon Valley nicht nur mit der dänisch-schwedischen MediCon-Valley-Akademie verbunden, sondern auch in die Scan-Balt-Initiative eingebunden. Dieser ostseeweite Verbund hat sich das ehrgeizige Ziel gesetzt, den Ostseeraum zu einer der führenden Biotechnologieregionen Europas zu entwickeln. Vorpommern ist mit der Universität Greifswald, dem Riemser Arzneimittelwerk und anderen Firmen nicht nur mit dabei, sondern aufgrund seiner geographischen Lage auch mitdrin.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD)

Meine Damen und Herren, keine Landesregierung hat sich so intensiv und konzentriert um Vorpommern gekümmert wie diese.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und einzelnen Abgeordneten der PDS – Unruhe und Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der CDU –
Wolfgang Riemann, CDU: Das wird man an den Wahlergebnissen sehen, Herr Ringstorff. –
Zuruf von Kerstin Fiedler, CDU –
Glocke der Vizepräsidentin)

Gleich zu Beginn der ersten Legislaturperiode dieser Koalition wurde eine interministerielle Arbeitsgruppe mit der Aufgabe eingesetzt festzustellen, wo es Disparitäten gibt, und Vorschläge zu erarbeiten, wie diese beseitigt werden können. Das Ergebnis ist eine umfangreiche Liste von Projekten, die in Zusammenarbeit mit den Verantwortlichen in der Region erarbeitet wurde und die diesem Hause auch vorliegt. Im Mittelpunkt stehen dabei die Handlungsfelder Ausbildung, Qualifizierung und Forschung, Entwicklung regionaler Wachstumspole, Erweiterung und Intensivierung der Zusammenarbeit im Ostseeraum, touristische Infrastruktur und Entwicklung ländlicher Räume, Initiierung und Koordinierung regionaler Aktivitäten und die Verkehrsinfrastruktur. Der Stand der Umsetzung wird ständig kontrolliert und, wo nötig, nachgebessert.

Dass der wirtschaftliche Fortschritt in den östlichen Landesteilen, speziell in Vorpommern, ein ganz besonderes Anliegen der Landesregierung ist, zeigt auch das Bündnis für Arbeit. Eine eigenständige Arbeitsgruppe „Regionale Entwicklung Vorpommern“ befasst sich unter der Federführung der Staatskanzlei ausschließlich mit diesen Themen. In enger Zusammenarbeit mit regionalen Vertretern von Unternehmensverbänden, Gewerkschaften, Kammern, Hochschulen und Technologiezentren wurden schon verschiedene Maßnahmen zur Entwicklung der Region erarbeitet und umgesetzt. Dazu gehört der Betrieb der Vorpommern-Regionalbahn, ich glaube, das ist eine Erfolgsgeschichte,

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

sowie die Entwicklung des Regionalmarketings in Vorpommern, der weitere Ausbau der touristischen Infrastruktur in der Region und die Verbesserung der Zusammen-

arbeit zwischen Hochschulen und Wirtschaft. Inzwischen ist es auch in Vorpommern gelungen, funktionierende Netzwerke zu etablieren. Der Erfolg kann sich, glaube ich, sehen lassen. Zahlreiche Ideen wurden bereits entwickelt und präsentiert und für die Fortentwicklung der Vorhaben wurden Bundes- und EU-Mittel eingeworben.

Zu den aktuellen Projektschwerpunkten gehören die Felder Technologie, Standortentwicklung und Bestandspflege für kleinere und mittlere Unternehmen, aber auch weitere Existenzgründungen. Im Schwerpunktfeld Technologie sind der Entwicklungsverbund Arzneimittel- und Medizinprodukte aus Vorpommern, die Telemedizin und Projekte zur Nutzung nachwachsender Rohstoffe hervorzuheben. Das sind genau die Bereiche, in denen hochqualifizierte Arbeitsplätze mit Zukunft entstehen.

Meine Damen und Herren, wir sind unter anderem inzwischen das beliebteste Urlaubsland in Deutschland

(Beifall bei Abgeordneten der SPD –
Zuruf von Wolfgang Riemann, CDU)

und dazu haben die schönen Sonneninseln, und zwar Usedom und Rügen,

(Unruhe bei einzelnen Abgeordneten der SPD –
Wolfgang Riemann, CDU: Harald lässt die Sonne scheinen über Usedom!)

aber auch die anderen schönen Urlaubsziele in Vorpommern und im östlichen Mecklenburg maßgeblich beigetragen. Es ist eben unverkennbar, in Vorpommern und in den östlichen Landesteilen von Mecklenburg-Vorpommern tut sich was! Wer Augen hat, um zu sehen, der sieht auch was, Herr Riemann.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und einzelnen Abgeordneten der PDS –
Jörg Heydorn, SPD: Der redet mehr, als dass er guckt. – Lorenz Caffier, CDU:
Der weiß doch gar nicht, wo Usedom ist. –
Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Man könnte auch noch sagen, wer Ohren hat, zu hören, der kann Sie, Herr Riemann, auch nicht in diesem Landtag überhören.

Meine Damen und Herren, ich würde mich freuen, wenn sich auch alle in der CDU über die Erfolge der Menschen in Vorpommern freuen könnten,

(Dr. Ulrich Born, CDU: Das tun wir! –
Reinhard Dankert, SPD: Herr Riemann besonders lustig.)

denn um Investoren zu gewinnen, müssen wir unsere Begeisterung auf sie übertragen und auch sie für unsere Regionen begeistern,

(Dr. Ulrich Born, CDU: Richtig.)

und zwar so, wie uns das beim Tourismus schon erfolgreich gelungen ist.

(Kerstin Fiedler, CDU: Ja, und bei der Bundeswehr und bei der Bereitschaftspolizei.)

Wir müssen selbstbewusst und optimistisch zu unserem Land und zu Vorpommern stehen, und nicht wie gestern die Tradition fortsetzen, die leider die Opposition in diesem Land entwickelt hat,

(Kerstin Fiedler, CDU: Ja, genau.)

das Land schlechtzureden und Investoren abzuschrecken.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD – Kerstin Fiedler, CDU: Wenn Sie es öfter wiederholen, wird es dadurch nicht wahr!)

Meine Damen und Herren, wir müssen auf unsere Stärken ...

Warum sind Sie so unruhig? Sind Sie nicht einig mit mir, Herr Dr. Born, dass wir auf unsere Stärken wie erschlossene günstige Großflächen hinweisen sollten,

(Dr. Ulrich Born, CDU: Jawohl. – Zuruf von Dr. Till Backhaus, SPD)

auf Hafenstandorte und auf die hohe Förderung aufmerksam machen?!

(Andreas Petters, CDU: Dann tun Sie es! – Dr. Ulrich Born, CDU: Ja.)

Die Ansiedlung zahlreicher Unternehmen in Vorpommern und im östlichen Mecklenburg zeigt, dass das auch funktioniert. Bei der erfolgreichen Realisierung von Großprojekten wie dem Ozeaneum in Stralsund zeigt sich auch, dass es sich lohnt, gemeinsam und selbstbewusst für Ziele zu kämpfen. Es lohnt sich, vor Ort Ideen zu entwickeln und Vorschläge in Richtung Schwerin zu machen, die dann von der Landesregierung gefördert werden können. So ist man erfolgreich, meine Damen und Herren.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und Angelika Gramkow, PDS – Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

Ich bin überzeugt, wenn in Vorpommern und im östlichen Mecklenburg alle Verantwortlichen nicht nur an einem Strang, sondern vor allem auch in die gleiche Richtung ziehen, Herr Dr. Born, dann geht es auch dort weiter voran. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und einzelnen Abgeordneten der PDS)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke schön, Herr Ministerpräsident.

Meine Damen und Herren Abgeordnete, ich bitte doch um eine sachliche Diskussion. Ich habe nichts gegen humorvolle Zwischenrufe, aber persönliche Betroffenheiten sollten hier vermieden werden.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Sellering von der Fraktion der SPD.

(Unruhe bei Abgeordneten der SPD, CDU und PDS – Dr. Till Backhaus, SPD: Jetzt geht es los! – Zuruf von Peter Ritter, PDS)

Erwin Sellering, SPD: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Manchmal entdeckt die CDU ein wichtiges Handlungsfeld der Regierung auch für sich und dann stellt sie solche Anträge wie heute.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD)

In der Sache muss das ja nicht schädlich sein, denn das bedeutet ja, dass wir etwas gemeinsam machen wollen. Bei diesem Antrag geht es um Vorpommern, um das östliche Mecklenburg, um die Entwicklungschancen dort, und zwar in einer Region, die schon in den 40 Jahren DDR regionale Strukturschwächen hatte, die auch nach der Wende nicht wie das westliche Mecklenburg ohne weite-

res die alte Metropolanbindung wiederherstellen konnte. Stettin ist nicht Hamburg! Wir brauchen also in Vorpommern und im östlichen Mecklenburg besondere Anstrengungen und darüber sind wir uns einig.

Die rot-rote Landesregierung hat hier seit 1998 sehr gute Arbeit geleistet.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Das ist eben im Einzelnen klar und überzeugend dargestellt worden. Ich will das nicht wiederholen. Ich möchte diesen Antrag zum Anlass nehmen, dass wir uns hier im Landtag, als für dieses Land verantwortliche Abgeordnete unsere gemeinsame Verantwortung vor Augen führen. Dazu gehört für mich dreierlei:

Erstens. Wir müssen ehrlich miteinander sein, denn Osten ist nicht gleich Osten und Vorpommern ist nicht gleich Vorpommern. In manchen Gegenden haben wir in der Tat sehr ernste Strukturprobleme, aber in den attraktiven Zentren und im weiteren Einzugsbereich dieser Zentren, in den Hochburgen des Tourismus liegt Vorpommern nicht hinter dem westlichen Mecklenburg. Es liegt nicht einmal hinter Schleswig-Holstein oder dem Saarland. Das gilt im Wesentlichen übrigens auch für die demographische Entwicklung. Schauen Sie sich das mal im Einzelnen an! Die Wahrheit ist auch, der Osten wird nicht von Schwerin benachteiligt und vergessen und er bekommt nicht weniger Geld.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Und es ist sehr viel Positives entstanden, das haben wir eben in gedrängter Kürze gehört. Sehr positiv ist auch, wir haben nicht nur Abwanderung, die immer wieder gerne hervorgehoben wird, sondern es kommen auch sehr viele auf Dauer zu uns,

(Heiterkeit und Zuruf von Wolfgang Riemann, CDU)

weil wir genau das bieten, was sie besonders attraktiv finden und für ihr Leben suchen. Ich wünsche manchmal, dass sie nicht alle Vorpommern kennen lernen, dann bleiben sie leichter da.

(Heiterkeit und Beifall bei Abgeordneten der SPD und einzelnen Abgeordneten der PDS)

Die Wahrheit ist vor allem auch, dass wir nur dann weiter vorwärts kommen, wenn wir ernsthaft an uns glauben und nicht aus kleinlicher Berechnung immer nur das Negative hervorheben und uns als Benachteiligte selbst bemitleiden.

Zweitens. Es kommt auf die einzelnen Menschen in einem dünn besiedelten weiten Flächenland an. Denken Sie doch nur daran, wenn Sie eine Schule oder einen Jugendklub besuchen, da bekommen Sie schon nach wenigen Minuten einen klaren Eindruck davon, ob es gut läuft oder nicht, ob gute Arbeit geleistet wird oder nicht. Das gilt auch für Bürgermeister und Landräte. Es ist nicht nur Zufall, es ist nicht nur eine Frage von Ost oder West unseres Bundeslandes, wenn es dem einen gelingt, Investoren zu interessieren und anzusiedeln, und dem anderen eben nicht.

(Zuruf von der CDU: Wie wahr!)

Da hilft dann auch nicht ein weiteres Beratungsnetzwerk oder ein weiterer Expertenpool, wie Sie das mit Ihrem Antrag vorschlagen. Die Vernetzung mit der Vernet-

zung und der Vernetzung ist Selbstbeschäftigung, das bringt uns nicht weiter, sondern einzelne Menschen müssen beherzt etwas tun, etwas unternehmen, Verantwortung übernehmen, und wir als Landtagsabgeordnete, manchmal gleichzeitig als Kreisvorsitzende, als Kommunalabgeordnete, müssen solche Menschen unterstützen, müssen mithelfen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD und Dr. Gerhard Bartels, PDS)

Wir müssen mithelfen, dass sie an die richtige Stelle kommen, auch unabhängig vom Parteibuch, dass sie ihre Ideen verwirklichen können. Wenn wir uns danach richten, dann werden wir auch weniger häufig in die Gefahr geraten, aus parteipolitischem Kalkül zum Beispiel diese alte Geschichte vom Kampf Ochs gegen Greif zu schwafeln oder aber auch mit einer absoluten Kreistagsmehrheit Blockadepolitik zu betreiben und den Haushalt durch zu niedrige Kreisumlagen gezielt an die Wand zu fahren.

(Wolfgang Riemann, CDU: Fragen Sie mal Herrn Kanehl, der gehört Ihrer Partei an!)

Das hört sich jetzt sehr getroffen an, Herr Riemann.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und einzelnen Abgeordneten der PDS – Wolfgang Riemann, CDU: Ja.)

Drittens. Wir brauchen Strukturen für Verantwortung vor Ort. Die Chancen, die sich zum Beispiel auf Usedom oder auf der Grenzregion zu Polen bieten, die werden am wirksamsten von kompetenten und engagierten Menschen vor Ort wahrgenommen. Vor Ort bedeutet, dass wir in einem dünn besiedelten Land wie zum Beispiel in Skandinavien große Kreise, aber auch große Gemeinden brauchen.

(Kerstin Fiedler, CDU: Was hat denn das mit Leistungskompetenz zu tun?)

Ich bitte deshalb alle Kolleginnen und Kollegen dieses Hauses:

Verweigern Sie sich nicht der dringend notwendigen Funktionalreform und verweigern Sie sich nicht der notwendigen Gebietsreform der Kreise und Gemeinden!

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD und Angelika Gramkow, PDS)

Ich spreche hier die Gemeinden auch deshalb so ausdrücklich an, weil die Einsicht in die Notwendigkeit der Schaffung angemessener Gemeindegrößen möglicherweise in den Kommunen ausgeprägter ist als hier im Landtag.

(Siegfried Friese, SPD: Das trifft zu.)

Nehmen Sie nur die beeindruckende Initiative auf der Insel Usedom, die aus den 27 Gemeinden dort eine einzige oder maximal zwei machen will. Diese Idee kommt aus den Bedürfnissen vor Ort. Diese Initiative ist wirtschaftlich motiviert, sie wird wissenschaftlich beraten und von vielen Akteuren vor Ort unterstützt. Ich meine deshalb, wir sollten so etwas positiv begleiten. Ich bin sicher, dass wir etwas für den Reformprozess, den wir begonnen haben und den wir ohne die Menschen vor Ort nicht erfolgreich zu Ende bringen können, lernen können.

Meine Damen und Herren von der CDU, Vorpommern und das östliche Mecklenburg brauchen die Fortsetzung der guten Regierungspolitik.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und einzelnen Abgeordneten der PDS)

Gebraucht wird aber auch der verantwortungsvolle Einsatz des Landtages und seiner Abgeordneten. Bitte helfen Sie mit,

(Kerstin Fiedler, CDU: Da ist die Abwanderung noch größer. – Zuruf von Lorenz Caffier, CDU)

dann haben wir gute Chancen! – Vielen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und einzelnen Abgeordneten der PDS)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke schön, Herr Selling.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Dr. Bartels von der Fraktion der PDS.

Dr. Gerhard Bartels, PDS: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren!

Eine Vorbemerkung möchte ich machen, und das mit einem Nachdruck. Herr Dr. Born, ich spreche Ihnen das Recht ab, abfällige Bemerkungen über meine Beziehungen zur Kirche zu machen. Das will ich mit allem Nachdruck gesagt haben, denn Sie haben nicht das Recht dazu, über die Dinge zu reden, von denen Sie gar nichts wissen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD und PDS – Zuruf von Reinhardt Thomas, CDU)

Lassen Sie mich zur Sache kommen! Als zwar nicht gebürtiger, aber bekennender Vorpommer

(Holger Friedrich, SPD: Oh schön!)

weiß ich um die Notwendigkeit, immer mal wieder über die Probleme strukturschwacher Regionen des Landes zu reden. Ich will das an einem Beispiel deutlich machen: Wir waren vor einiger Zeit mit dem Ausschuss dieses Landtages in Greifswald und haben uns das Max-Planck-Institut, das Krupp-Kolleg und das Köppenhaus angesehen. Ein Kollege aus dem westlichen Teil unseres Landes sagte dann, so etwas Schönes haben wir bei uns nicht. Was redet ihr immer von Benachteiligungen dieser Region. Ich sage das nicht, um mich über diesen Kollegen zu mokieren oder ihn gar zu beschimpfen, sondern – Herr Kollege Selling hat das ja eben schon angedeutet und der Ministerpräsident hat es auch gesagt – es gibt natürlich nach 13 Jahren eine Menge Vorzeigbares, was es manchmal auf den ersten Blick tatsächlich schwerer macht, die Probleme dieser Region zu erkennen. Und ich habe dieses Beispiel nur deshalb gesagt, um deutlich zu machen, wir müssen darüber reden, damit wir uns dieser Dinge bewusst werden.

Natürlich ist es so, dass es für die Opposition immer besonders anregend ist, in solche Regionen zu fahren. Das ist auch gut so. Ich sage das ganz bewusst, weil auch die PDS, als sie in der Opposition war, dieses 1995/1996 getan hat

(Ute Schildt, SPD: Ja, da weiß man, wovon man spricht.)

und weil natürlich die Opposition eigentlich an diesen Punkten immer viele Anregungspunkte für ihre Arbeit finden sollte.

(Beifall Ute Schildt, SPD)

Ich möchte Sie vielleicht einmal, und zwar nur so zur Erinnerung für diejenigen, die damals noch nicht hier waren, zum Selbststudium an einen Antrag auf der Drucksache 2/1637 aus der zweiten Legislaturperiode erinnern. Dieser Antrag ist nämlich nach einer sehr langen, halbjährigen Beschäftigung der damaligen Oppositionsfraktion der PDS mit dem Gebiet Uecker-Randow entstanden und hat unter anderem auch die Grundlage einer Studie, die in dieser Zeit über den Uecker-Randow-Kreis entstanden ist. Der Antrag war so substantiell, dass dieser Antrag, trotz des damals sehr restriktiven Umgangs mit Oppositionsanträgen, in die Ausschüsse überwiesen wurde. Ich empfehle Ihnen, gucken Sie sich das mal an und dann wagen Sie mal den Vergleich mit Ihrem eigenen Antrag! Denn auch die CDU-Fraktion war ja im Uecker-Randow-Kreis und daraus ist auch ein Antrag entstanden. Wenn ich das miteinander vergleiche, dann kann ich nur sagen, wenn es nicht so traurig wäre, würde ich lachen.

Ich will mich aber jetzt, da auch schon einiges zu den Realitäten und tatsächlichen Bemühungen der Landesregierung gesagt worden ist, zu einigen Punkten dieses Antrages äußern. Ich habe ihn – im Unterschied zu Herrn Renz, der ja heute Morgen beim ersten Tagesordnungspunkt eingestanden hat, dass er den Antrag nicht zu Ende gelesen und ihn schon gar nicht verstanden habe, das will ich doch deutlich machen – zu Ende gelesen und will auch zeigen, was ich glaube verstanden zu haben.

(Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der SPD und PDS)

Ganz einfach war es nicht, das gebe ich zu.

Ich möchte zum ersten Punkt etwas sagen. Bitte gestatten Sie mir die etwas polemische Äußerung. Wenn ich ein privater Unternehmer wäre und ich wollte in einer strukturschwachen Region aktiv werden und es käme ein privater Wirtschaftsberater mit einem solchen Floskelprogramm in vier Punkten zu mir,

(Heiterkeit bei Dr. Ulrich Born, CDU:
Das arme Unternehmen!)

wie es hier in diesem Antrag unter den Punkten 1.1 bis 1.4 steht, dann würde ich nur eines tun, und zwar sehr höflich, aber auch sehr bestimmt die Zusammenarbeit mit diesem Wirtschaftsberater sofort einstellen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD und PDS – Heiterkeit bei Dr. Ulrich Born, CDU:
Ihnen könnte auch keiner helfen.)

Ach, Herr Dr. Born, wissen Sie, manchmal haben Sie sich schon qualifizierter geäußert, das will ich Ihnen doch gerne attestieren. Scheint Ihnen aber abhanden gekommen zu sein.

(Unruhe bei einzelnen Abgeordneten der SPD und CDU)

Und dann will ich zu diesem ersten Punkt nur darauf hinweisen, Kollege Selling hat es auch angesprochen, dass es ein Beratungsnetz des Bundesverbandes der mittelständischen Wirtschaft gibt. Wir brauchen es also nicht neu zu erfinden, denn seit Jahr und Tag gibt es ein Landesförderinstitut, das beratend tätig ist. Und dann will ich auch einmal sagen: Die CDU kritisiert das Existenzgründerprogramm aus dem Arbeitsministerium und möchte am liebsten das Geld dafür für fünf verschiedene Sachen ausgeben, wenn ich die Haushaltsdebatten richtig verfolge, und hier fängt sie jetzt an, ähnliche Dinge zu fordern.

(Beifall Dr. Martina Bunge, PDS)

Das müssen Sie mir einmal bei Gelegenheit erklären.

Ich möchte noch auf ein weiteres Problem hinweisen. Der Antrag suggeriert natürlich, die Landesregierung wird ja aufgefordert, das zu tun, das heißt, das Land wird aufgefordert, das Land soll ein neues Netzwerk aufbauen und natürlich auch bezahlen. Auf einen entsprechenden Antrag der CDU und die dazugehörigen Deckungsvorschläge für die Kosten bin ich schon sehr gespannt. Wir sind mitten in der Haushaltsdebatte und ich kann Ihnen eine Empfehlung geben, um an Ihre bewährte Tradition anzuknüpfen: Wie wäre es denn mal wieder mit einer Kürzung beim Arbeitsminister? Das machen Sie doch am liebsten mit Ihren Vorschlägen.

(Beifall Karin Strenz, CDU)

Vielleicht beim Existenzgründerprogramm, das wäre doch passend. Fangen Sie doch einfach an!

(Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der SPD)

Zum zweiten Punkt Ihres Antrages: Der Abgeordnete Selling hat eben gesprochen. Somit kann ich Sie fragen, ob Sie schon einmal etwas von der Deregulierungskommission unter der Verantwortung des Justizministers Selling gehört haben

(Zuruf von Wolfgang Riemann, CDU)

und ob Sie den ersten Zwischenbericht der Arbeit dieser Kommission zur Kenntnis genommen haben. Ich kann Sie nur auffordern, wenn Sie weitere Vorschläge haben, wir werden im Sonderausschuss sehr gerne mit Ihnen darüber diskutieren. Ich denke, da kann ich auch im Namen von Herrn Selling sprechen. Wir sind über jede Anregung, die uns an diesem Punkt weiterbringt, dankbar und werden sie auch, so sie realistisch ist, aufgreifen.

Das eigentliche Anliegen des zweiten Punktes ist natürlich etwas anderes, ein bisschen versteckt und in einem kleinen Absatz von zwei Zeilen. Das ist die alte Mär von der Schädlichkeit des Flächentarifvertrages und, damit verbunden, vom Standortvorteil des Billiglohnes. Da frage ich Sie dann: Warum haben wir denn die blühenden Landschaften nicht schon längst? Billiglohn haben wir schon länger, als es überhaupt gut sein kann.

Zum Punkt 3. Sie beklagen die Infrastrukturlücke im Osten unseres Landes. Ja, Sie haben Recht. Es war aber schon vor zehn Jahren klar, dass der Osten unseres Landes nicht in erster Linie eine Ost-West-Anbindung braucht, sondern eine Nord-Süd-Anbindung. Und wenn Sie dem Ausbau der B 96 damals die notwendige Priorität eingeräumt hätten, bräuchten Sie heute nicht zu jammern.

(Beifall Dr. Martina Bunge, PDS)

Aber eine Entscheidung treffen für die superteure Autobahn A 20 und heute noch mehr Geld zu fordern, weil Sie in der Opposition sind, das ist unredliche Oppositionsarbeit.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD und PDS)

Und wenn Sie es heute erst gemerkt haben, dass für uns im Osten gerade diese Nord-Süd-Anbindung wichtig ist, sollten Sie aber wenigstens redlich mit den Dingen umgehen.

Zum Punkt 4 ist manches schon gesagt worden, auch zu anderen Tagesordnungspunkten heute. Herr Rehberg

hat angekündigt, dass die Vorschläge zur Verbesserung der kommunalen Finanzsituation kommen. Ich bin sehr gespannt darauf und bin bereit, mit Ihnen darüber zu reden, weil, das wissen Sie, uns allen dieses Problem natürlich im Magen liegt und wir auch sehr intensiv nach Lösungen suchen.

Falls Sie es noch nicht gemerkt haben – zu Ihrem Punkt 5 –, auch die Novellierung des Finanzausgleichgesetzes ist bereits im parlamentarischen Geschäftsgang. Bringen Sie doch Ihre Anträge dort konkret ein, wenn Sie denn die prozentuale Verteilung verändern wollen!

Dabei fiel mir auf: Welche Partei stellt denn die meisten Landräte in unseren schwach besiedelten Landkreisen im Osten?

(Beifall Ute Schildt, SPD)

Und welche Partei stellt denn die meisten Landräte in den etwas stärker oder dichter besiedelten Kreisen im Westen?

(Ute Schildt, SPD: Na?)

Warum greifen Sie denn dann die Diskussion des Landkreistages nicht auf, die sich gegen die – aus Ihrer Sicht – überproportionale Finanzierung der kreisfreien Städte wendet, und zwar mit der massiven Forderung, dass das endlich verhindert werden soll? Welche Partei stellt denn vier Oberbürgermeister in unseren kreisfreien Städten? – Ein Schelm, wer Arges dabei denkt!

(Beifall Beate Mahr, SPD,
und Angelika Gramkow, PDS)

Zu Punkt 6. Dieser Punkt 6 hat mir das größte Problem gemacht, weil ich in meiner Arbeit hier im Landtag natürlich schon sehr oft von LEADER, von INTERREG und anderem gehört habe. Wenn ich das richtig verstehe, sollte noch ein weiteres Landesprogramm aufgelegt werden, oder wie ist das gemeint? Oder schreiben Sie hier nur wieder Selbstverständlichkeiten auf? Das ist mir, das gebe ich zu, nicht ganz klar geworden. Deshalb belasse ich es bei dieser Anmerkung.

Zu Punkt 7. Auch das ist so eine Geschichte, ich kann mir nicht so richtig helfen. Wir haben hier in den Ausschüssen und im Plenum schon sehr oft über unsere Bemühungen für die Beibehaltung der Ziel-1-Fördergebiete für Mecklenburg-Vorpommern geredet. Und wenn ich es richtig in Erinnerung habe, hat der eine oder andere CDU-Politiker immer mal gesagt, es hat sowieso keinen Zweck, wir brauchen das bloß für Vorpommern. Die Regierung hat immer gesagt – und darin unterstützen sie die Koalitionsfraktionen nachdrücklich –, sie kämpft für das Ziel-1-Gebiet für das ganze Land Mecklenburg-Vorpommern. Und sie hat hier sehr oft über ihre Bemühungen in diese Richtung berichtet. Ich vermute, dass der Wirtschaftsminister dazu noch etwas sagen wird. Dieser Punkt 7 läuft also auch ins Leere.

Zum Punkt 8 gestatten Sie mir eine Frage: Wie ist das mit diesen Schulinternaten? Das ist einer der wenigen konkreten Punkte in diesem Antrag. Wollen Sie Landesinternate in den Kreisen einrichten? Dann sagen Sie es bitte laut und deutlich und dann machen Sie Finanzierungsvorschläge! Oder wollen Sie entsprechende Kosten auf die Kreise delegieren? Dann seien Sie so ehrlich und sagen Sie auch das bitte laut und deutlich!

(Wolfgang Riemann, CDU: Und dann greift wieder das Konnexitätsprinzip!)

Denn dass Schulinternate nicht einfach so mal schnell eingerichtet werden können, sollten Sie eigentlich auch wissen.

Natürlich ist es so, dass Konnexität dann greifen würde, wenn wir es verordnen würden, Herr Riemann.

(Wolfgang Riemann, CDU: Richtig.)

Dann machen Sie aber Finanzierungsvorschläge! Das sollten Sie als Vorsitzender des Finanzausschusses doch wissen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und PDS –
Wolfgang Riemann, CDU: Wenn Sie
sie nicht immer ablehnen würden.)

Ich möchte mir die Mühe machen, einen ganzen Satz aus dem Antrag zu zitieren. Dort steht unter 8.: „Im Übrigen kommt den Fachhochschulen in Stralsund und Neubrandenburg sowie der Universität Greifswald die Aufgabe zu, wissenschaftliche und ökonomische Kompetenz für die Region zu entwickeln.“ Sie wissen ja nun, dass ich von Hochschulen nicht so sehr viel Ahnung habe, und wahrscheinlich liegt es daran, dass mir der hohe Innovationsgehalt dieses Satzes nicht erschließbar ist. Vielleicht erklären Sie es mir bei Gelegenheit.

Zu 9. will ich nur fragen: Hat das Ehrenamt jetzt nur noch in unterentwickelten Regionen Bedeutung, dass es hier auftaucht

(Ute Schildt, SPD: Wir sind
doch nicht unterentwickelt.)

und damit suggeriert, dass das etwas Spezifisches ist? Oder die Betonung auf das Ehrenamt ersetzt vielleicht die fehlenden Finanzierungsvorschläge für die anderen Punkte. Das wäre natürlich auch eine Variante, die ich allerdings für nicht so furchtbar innovativ halten würde.

Lassen Sie mich zum Schluss kommen und sagen, dieser Antrag ist so überflüssig wie ein Kropf. Ich sage für die PDS-Fraktion: Sinnvolle Anträge aus der CDU werden wir, siehe gestern Altenpflegegesetz, überweisen und mit Ihnen diskutieren, sinnlose wie diesen werden wir ablehnen. – Danke.

(Beifall bei Abgeordneten der PDS
und einzelnen Abgeordneten der SPD)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke schön, Herr Dr. Bartels.

Das Wort hat jetzt die Abgeordnete Frau Schlupp von der Fraktion der CDU.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Beate Schlupp, CDU: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Unser Antrag „Entwicklungschancen für Vorpommern und das östliche Mecklenburg geben – strukturschwache Räume brauchen Unterstützung“ hat durch die Presse eine unerwartete Unterstützung erfahren, mit der keiner, am allerwenigsten wir als CDU-Fraktion, rechnen konnten,

(Heiterkeit bei Ute Schildt, SPD –
Torsten Koplin, PDS: Oh!)

zum einen, weil man der Presse im Allgemeinen wohl keine übermäßige CDU-Nähe nachsagen kann,

(Heiterkeit bei Abgeordneten der SPD
und einzelnen Abgeordneten der PDS –
Zuruf von Torsten Koplin, PDS)

zum anderen aber auch, weil der diesem Antrag vorausgehende Besuch des Landkreises Uecker-Randow langfristig geplant war. Umso mehr sehen wir die Dringlichkeit unseres Antrages bestätigt, wenn zum Beispiel die „Ostsee-Zeitung“

(Dr. Gerhard Bartels, PDS:
Die ist ganz CDU-fern.)

vom 20. September dieses Jahres schreibt: „Vorpommern droht Dörfersterben Experten warnen vor Landflucht in strukturschwachen Regionen.“

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU –
Zuruf von Heinz Müller, SPD)

Negativer Höhepunkt der Veröffentlichungen war sicherlich der „Stern“-Artikel vom 2. Oktober 2003 mit dem markanten Titel „Wir sind die armen Schweine der Nation“.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU –
Ute Schildt, SPD: Diese Losung greifen wir
auf und dann begreifen die Leute das.)

Im ersten Abschnitt steht: „Wir fahren an die Ostsee. Fahren durch verlorene, verlassene Orte. Von Pasewalk bis Anklam – kein Mensch auf der Straße. ... Nur Beton und geschlossene Fenster. Keine Kneipe, kein Geschäft, keine Post und keine Bank. Trostlos.“

(Dr. Gerhard Bartels, PDS: Dass Sie sich diesen niveaulosen Artikel herausgreifen, das ist doch typisch! Ich habe selten einen so niveaulosen Artikel gelesen. – Zuruf von Heinz Müller, SPD)

Und ganz sicher übertrieben, denn in den fast zehn Jahren, die ich jetzt im Uecker-Randow-Kreis wohne, habe ich etwas gefunden, was Presseleute, die einen kurzen Blick auf Land und Leute werfen, nicht sehen können, nämlich eine Heimat.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU –
Heinz Müller, SPD: Gleich brauche ich
ein Taschentuch für meine Tränen.)

Aber auch mich treibt die Sorge um unser Gemeinwesen. Und ich bin heute angetreten, um eindringlich für die notwendige Unterstützung bei der Schaffung von Rahmenbedingungen, die langfristig ein eigenständiges Überleben Vorpommerns und des östlichen Mecklenburgs ermöglichen sollen, zu werben.

Anlässlich eines Besuches des Wirtschaftsministers Herrn Ebnet in Pasewalk durfte ich lernen, dass man statt „strukturschwach“ doch das Wort „entwicklungsfähig“ für unsere Region oder für Regionen wie den Uecker-Randow-Kreis verwenden sollte.

(Angelika Gramkow, PDS: Recht hat er.)

Zugegeben, dieses Wort hat den Scharm des Positiven. Aber ich befürchte auch, dass es den Ernst der Lage verschleiern, denn die Fähigkeit, sich aus sich selbst heraus zu entwickeln, ist in vielen Regionen unseres Landes nicht mehr gegeben

(Angelika Gramkow, PDS: Aber der Uecker-Randow-Kreis hat hervorragende Ergebnisse.)

und es bedarf großer Anstrengung von außen, damit Entwicklung stattfinden kann.

Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete, damit will ich nicht negieren, dass es Unterstützung von Seiten des Landes gab und gibt.

(Ute Schildt, SPD: Das ist aber schon was wert.)

Verschiedene Projekte wurden angeschoben und ich selbst war sehr überrascht, wie viel Unterstützung ich erfahren habe, wenn ich in verschiedenen Ministerien um Lösungen für Probleme in meinem Landkreis nachgesehen habe.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU –
Torsten Koplin, PDS: Sehen Sie!)

Allerdings vermisse ich, wenn ich die Problematik als Ganzes betrachte, ein schlüssiges Gesamtkonzept. Es fehlt mir – und jetzt möchte ich ein im Parlament viel strapaziertes Wort nutzen – die Nachhaltigkeit.

(Heiterkeit bei Angelika Gramkow, PDS,
und Regine Lück, PDS)

Viele langfristig angelegte und vom Land finanzierte Projekte werden durch andere Entscheidungen der Landesregierung – beispielhaft seien hier nur die geplante Absenkung der Infrastrukturpauschale und der Mindestgarantie genannt – bereits im Ansatz wieder in Frage gestellt.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU –
Egbert Liskow, CDU: Genau! So ist es.)

Sehr geehrte Abgeordnete, ich will jetzt unseren Antrag nicht erneut generell aufgreifen, sondern an einigen ausgewählten Beispielen aus meinem Landkreis belegen, wie ich zu dieser Einschätzung gelange. Beginnen möchte ich mit den Kürzungen der Finanzzuweisungen an die Kommunen. Die Auswirkungen auf die einheimischen Unternehmen sind bekannt, aber auch der Ansatz der Neuan siedlung von Unternehmen zur Stärkung der Wirtschaftskraft einer Region wird damit ad absurdum geführt. Allein in meinem Wahlkreis gibt es drei Gewerbestandorte, darunter den Großgewerbestandort Pasewalk. Ich habe in der Vergangenheit verschiedene Gespräche mit potentiellen Investoren geführt. Die Aussagen aller, aber insbesondere von am Markt etablierten Unternehmen waren eindeutig: Jeder einigermaßen kapitalkräftige potentielle Investor wird überall, wo er hinkommt, umworben und die Entscheidung für einen Standort, wenn er nicht durch eine besondere Lage prädestiniert ist, fällt über die Art und die Höhe der Förderung der Ansiedlung und über die so genannten weichen Standortfaktoren.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten
der CDU – Ute Schildt, SPD: Und über
die Grundstimmung, die dort herrscht.)

Was also soll ich einem potentiellen Investor zum Thema „Lebensqualität im Uecker-Randow-Kreis“ erzählen, wo ich doch weiß, dass die meisten Städte und Gemeinden in unserem Landkreis nicht wissen, wie sie ihre Pflichtaufgaben finanzieren sollen?

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Kultur-, Sport- und Freizeiteinrichtungen fallen doch zuerst dem Rotstift zum Opfer. Und das trifft auch auf Pasewalk zu. Was nützt es, für ein Gewerbegebiet mit der Anbindung an die A 20 zu werben, wenn auf dem Weg vom Gewerbegebiet zur Autobahn und zurück jedem Fahrzeug ein Achsenbruch droht? Ich spreche hier konkret vom Autobahnzubringer zum Gewerbegebiet Stralsburg,

(Bodo Krumbholz, SPD: Aber
so schlimm ist das auch nicht.)

wo mit der Sanierung des in Rede stehenden Straßenteilstückes wahrscheinlich im Jahr 2005 begonnen wird. Diese Aussage ist die Aussage eines Unternehmers, der ständig die Autobahnzubringerstraße nutzt.

Und was kostet in einem wirklich dünn besiedelten Gebiet die Unterhaltung von Straßen, von denen manche über viele Kilometer hinweg von einem Ort mit nur drei Häusern zu einem Ort mit atemberaubenden sieben Häusern führt? Was kostet hier die Müllentsorgung, die Wasservers- und die Abwasserentsorgung?

(Wolfgang Riemann, CDU: So ist es.)

Und wer möchte sich bei diesen Ver- und Entsorgungspreisen ansiedeln, egal, ob privat oder unternehmerisch?

In Anbetracht dieser Fragen erscheint die von uns im Antrag geforderte Änderung des Paragraphen 8 Absatz 3 des Finanzausgleichsgesetzes zugunsten dünn besiedelter Gebiete dringend geboten.

(Beifall Eckhardt Rehberg, CDU: Richtig.)

Genauso wichtig ist die Standortwahl für staatliche Einrichtungen. Auch hier fällt mir spontan wieder Strasburg ein, wo wir um den Erhalt der Berufsschule kämpfen. Ungeachtet der Tatsache, dass unsere Region stark landwirtschaftlich geprägt ist und sich viele landwirtschaftliche Betriebe stabil entwickeln und hervorragend ausbilden, wird der Standort in Strasburg in Frage gestellt. Wie ernsthaft die Bemühungen der Landesregierung zur Entwicklung von strukturschwachen Regionen sind, wird sich für mich auch an dieser Standortentscheidung ablesen lassen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete, was nun die Verbesserung der Lebensqualität und die Stärkung des Ehrenamtes angeht, möchte ich wieder auf mein persönliches Erleben zurückgreifen. Als ich 1994 aus einer Großstadt in meinen jetzigen Heimatort Jatznick zog, hatte ich große Bedenken, wie meine Kinder den Umzug verkraften. Insbesondere um meinen Sohn, der ein großer Einzelgänger war, machte ich mir Sorgen. Völlig umsonst: Nach kurzer Zeit war er im örtlichen Fußballverein integriert und hatte so viele Freunde, dass ich nur schwer den Überblick behalten konnte.

(Wolfgang Riemann, CDU: Bei Freunden geht das ja noch. Bei Freundinnen wäre das schwieriger.)

Dadurch und auch durch die individuelle Betreuung meiner Tochter im Jugendclub habe ich ehrenamtliche Arbeit zutiefst schätzen gelernt und bemühe mich durch eigene ehrenamtliche Tätigkeit, etwas davon zurückzugeben.

(Vizepräsident Andreas Bluhm übernimmt den Vorsitz.)

Zu meiner Lebensqualität gehört auch das nachbarschaftliche Miteinander in der Gemeinde. Und entgegen der Gerüchte, dass man in Vorpommern auch nach zehn Jahren immer noch der „Dazugezogene“ ist, wurden wir schnell ins Dorfleben integriert. Allerdings kann ich nicht die Augen davor verschließen, dass sich etwas ändert, und nicht zum Guten. Viele Bekannte haben sich resigniert zurückgezogen, man trifft sie einfach nicht mehr. Meine Kinder haben viele Freunde wegziehen sehen, weil deren Eltern hier keine Perspektive mehr sahen. Und mein Sohn, der seinem Hobby Fußball treu geblieben ist, kann

dieses Jahr nicht spielen, weil der Verein trotz vieler Zusammenschlüsse mit Nachbargemeinden keine Mannschaft in seiner Altersklasse zusammenbekommt, denn viele absolvieren bereits ihre Ausbildung in anderen Bundesländern. Ich fürchte den Verlust dessen, was für mich seit 1994 Heimat ist. Damit es nicht so weit kommt, bitte ich um Ihre Zustimmung zu unserem Antrag.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Danke schön, Frau Schlupp.

Es hat jetzt um das Wort gebeten der Wirtschaftsminister des Landes Herr Dr. Ebnet. Bitte, Herr Minister, Sie haben das Wort.

Minister Dr. Otto Ebnet: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der Antrag der CDU ist merkwürdig. Der CDU ist zu Vorpommern nicht viel eingefallen, sie hat aber trotzdem einen Antrag gestellt. Das ist mutig, aber, ich glaube, Mut allein ist es auch nicht, was hier eine Rolle spielen kann. Ich sage Ihnen, Ihr Antrag kommt auf jeden Fall zu spät. Den hätten Sie stellen müssen, als Sie noch an der Regierung waren bis 1998.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD –
Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Da wäre die Aufforderung noch richtig gewesen, die Landesregierung aufzufordern.

(Wolfgang Riemann, CDU: Zu Zeiten von
Harald Ringstorff als Wirtschaftsminister! –
Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Aber inzwischen sind fünf Jahre vergangen und Sie sind 1998 mit Ihrer Sicht der Dinge stehen geblieben. Sie haben nicht zur Kenntnis genommen, dass das, was Sie hier fordern, bereits von der Landesregierung

(Andreas Petters, CDU: Umgesetzt ist.)

entweder weitgehend abgearbeitet worden ist, abgearbeitet wird, auf jeden Fall auf der Agenda steht. Ich bitte Sie, dies einfach einmal zur Kenntnis zu nehmen.

Ich weiß natürlich auch, das ist einer Ihrer typischen Anträge.

(Harry Glawe, CDU: Ja.)

Wir fordern die Landesregierung auf, das zu tun,

(Harry Glawe, CDU: Das
haben wir noch beschlossen.)

was sie sowieso schon tut,

(Dr. Ulrich Born, CDU: Ich denke, wir
brauchen kein Beratungsnetzwerk?)

was zur Folge hat, Herr Dr. Born, dass wir in der Sache gar nicht so weit auseinander sind.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Er hat auch
gesagt, wir brauchen das gar nicht.)

Wir sind in der Sache gar nicht so weit auseinander. Wir sind nur schon viel weiter, als Sie das wahrhaben wollen.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Nein! –
Harry Glawe, CDU: Nun gut.)

Ich will nur einzelne Punkte herausgreifen:

Erstens. Zu dem Beratungsnetz, das ist eine herausgehobene Ziffer Ihres Antrages, kann man nur sagen, was

die Landesregierung tut. Sie sagen, die Landesregierung soll ein Beratungsnetzwerk schaffen, um Existenzgründern einen Expertenpool zur Verfügung zu stellen. Der Vorschlag ist aber nicht neu. Das geschieht bereits und es geschieht bereits seit 1996. Da ist nämlich begonnen worden mit dem Projekt „Start“, das in Vorpommern durchgeführt wird. Da geht es um innovative Unternehmensgründungen aus dem Hochschulbereich, die gefördert werden sollten. Das geschieht. Seit 2002 wird dieses Projekt als Verbundvorhaben der drei Technologiezentren in Vorpommern weitergeführt, um die Existenzgründerberatung zu bündeln und qualitativ zu verbessern.

(Beifall Ute Schildt, SPD: Stimmt.)

Jetzt wissen Sie es. Und Sie wissen auch, dass damit ein Gründungsnetzwerk in der Region entstehen soll. Wesentlich sind bei diesem Projekt die Vernetzung der regionalen Akteure, die Schaffung eines regionalen Anlaufpunktes für Existenzgründer und die langfristige Unterstützung von der Idee über die Erstellung eines Businessplanes bis hin zur Gründung eines Unternehmens. Das muss man doch alles nicht mehr fordern, wenn es eh schon geschieht. Die Zusammenarbeit mit Kammern, Kreditinstituten, Anwälten, Unternehmensberatern sowie den Hochschulen und den außeruniversitären Forschungseinrichtungen wird hier bereits praktiziert. Das müssen Sie nicht mehr fordern. Das müssen Sie nur zur Kenntnis nehmen.

(Beifall Ute Schildt, SPD)

Nach Aussagen der Projektträger werden derzeit circa 50 neue Ideen beziehungsweise Themen betreut – es ist keine Idee von Ihnen dabei – und es ist davon auszugehen, dass ein Teil davon zu neuen Existenzgründungen führen wird. Weitere Unterstützung gibt es durch die Technologie- und Innovationsförderung, wie Sie wissen, das vom Land initiierte Modellprojekt Gründungshilfe für technologieorientierte Unternehmen und dem Patent-Lizenz-Fonds.

Ja, meine Damen und Herren, damit ist doch Ihre Ziffer 9 schon abgearbeitet. Sie müssten eigentlich jetzt sagen, ich gratuliere der Landesregierung und begrüße das, was sie tut, aber Sie können sie nicht mehr auffordern.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Das geht doch nicht. Nein, das funktioniert doch nicht!)

Einen zweiten Punkt will ich herausgreifen. Sie fordern die Schließung der Infrastrukturlücke. Jetzt sehen Sie, was an Infrastruktur alles gebaut wird in Vorpommern und was da geschieht. Da ist Ihnen nichts mehr eingefallen. Sie wissen, die A 20 kann man nicht mehr beschleunigen, die letzte Baustelle ist schon eröffnet.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Aber der Dr. Bartels ist doch dagegen, das haben wir doch gerade gehört. – Dr. Gerhard Bartels, PDS: Dann müssen Sie richtig zuhören!)

Sie wissen, der Rügenschellweg ist im Bau. Sie wissen, die Ortsumgehungen werden gebaut. Es ist doch schon das abgearbeitet, was Sie fordern.

(Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

Wir sind doch schon voll dabei. Ich fasse Ihre Aufforderung auf als Unterstützung dessen, was die Landesregierung tut. Aber dann sagen Sie doch auch einmal, dass Sie die Landesregierung unterstützen!

(Beifall Ute Schildt, SPD: Genau.)

Meine Damen und Herren! Wir kommen dann zu dem allgemeinen Eindruck, den Sie mit Ihrem Antrag erwecken wollen. Sie wollen den Eindruck erwecken, die Landesregierung würde Vorpommern benachteiligen. Jetzt lege ich einfach als Wirtschaftsminister – Dr. Born, hören Sie sich die Zahlen bitte mal ganz genau an – die Zahlen vor. Was die GA-Förderanträge, die für die gewerbliche Wirtschaft bewilligt worden sind seit 1999, betrifft, will ich das Land einmal in zwei Teile einteilen, in die beiden westlichen Planungsregionen und die beiden östlichen Planungsregionen. Die haben Sie auch mit Ihrem Antrag gemeint. Und da wurden seit 1999 knapp 900 GA-Förderanträge der gewerblichen Wirtschaft im westlichen Landesteil bewilligt. Im östlichen waren es über 1.000 –

(Zuruf von Andreas Petters, CDU)

über 1.000 im Vergleich zu 900. Wo ist denn da die Benachteiligung?

(Andreas Petters, CDU: Sagen Sie mal die Fördersumme! – Zuruf von Dr. Ulrich Born, CDU)

Wenn, dann müsste man sagen, der westliche Landesteil ist benachteiligt worden.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Jetzt nehme ich mal ...

Herr Glawe, jetzt sind wir gerade bei Zahlen und nicht beim Glauben.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Wie ist das mit den Arbeitsplätzen und den Fördermitteln? – Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Das korrespondiert etwa mit den Arbeitsplätzen.

Vizepräsident Andreas Bluhm: Herr Minister, einen kleinen Moment bitte.

Meine Damen und Herren Abgeordnete, wenn Sie Fragen an den Minister haben, stellen Sie sich ans Pult und fragen Sie entsprechend der Geschäftsordnung oder im Anschluss, aber lassen Sie den Redner hier die zusammenhängenden Darstellungen wirklich vollziehen.

(Beifall Erwin Sellering, SPD)

Minister Dr. Otto Ebnet: Danke, Herr Präsident.

Jetzt komme ich zu den GA-Infrastrukturanträgen. Da gab es im westlichen Teil seit 1999 225 Anträge, die bewilligt worden sind, im östlichen Teil 265 Anträge. Wo liegt denn da die Benachteiligung des östlichen Landesteils?

(Beifall Siegfried Friese, SPD)

Wenn Sie sich ansehen, was an Förderanträgen vorliegt, dann sieht man auch, im Osten tut sich schon etwas. Da gibt es Menschen, die etwas bewegen wollen, auch in den östlichen Landesteilen. Wir schauen uns die aktuellen GA-Förderanträge für die gewerbliche Wirtschaft an. Da habe ich auf dem Tisch 541 aus dem westlichen Landesteil, 580 aus dem östlichen Landesteil. Also auch da geschieht etwas. Und bei der Infrastrukturförderung sieht es genauso aus: 152 Anträge aus der westlichen Landeshälfte, 174 aus der östlichen Landeshälfte. Sie sehen also, die Menschen in Vorpommern, im östlichen Landesteil, sind schon viel weiter, als die CDU glaubt, und sie sind viel weiter als die CDU.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD –
Zuruf von Reinhard Dankert, SPD)

Meine Damen und Herren, jetzt müssen wir aber – der Kollege SELLERING hat schon darauf hingewiesen – aufpassen,

(Dr. Ulrich Born, CDU: Der
Ministerpräsident war viel besser.)

dass wir nicht alles in einen Topf werfen.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Doch.
Das war konkreter und das ist Mist.)

Vorpommern ist nicht gleich Vorpommern. Es gibt dort ganz unterschiedliche Regionen mit unterschiedlichen Strukturen und einem unterschiedlichen wirtschaftlichen Entwicklungsstand.

(Harry Glawe, CDU: Ja, richtig.)

Wir haben auf der einen Seite Usedom, Rügen, Fischland, Darß. Das ist hoch entwickelter Tourismus.

(Eckhardt Rehberg, CDU: Fischland
ist nicht Vorpommern, Herr Ebnet!)

Herr Rehberg, ich bedanke mich für diese Belehrung.

(Zuruf von Wolfgang Riemann, CDU)

Also wir haben Usedom, Rügen, den Darß. Und das sind höchst entwickelte Tourismusregionen. Das ist europäischer Spitzenstandard.

(Beifall Ute Schildt, SPD)

Natürlich, Herr Glawe, jetzt komme ich zu Ihrem Thema, wo geht die Förderung hin? Sie geht in Vorpommern zum großen Teil in diese Regionen

(Dr. Ulrich Born, CDU: So ist es.)

und zum großen Teil in den Tourismus. Aber ich sage Ihnen, auch das ist Vorpommern und Tourismus ist auch Wirtschaft.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD –
Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Und wir haben auf der anderen Seite im östlichen Landesteil Regionen, die in der Tat nicht vom Tourismus begünstigt sind, die sich aufgrund ihrer geographischen Lage auch wirklich schwer tun, wirtschaftliche Entwicklung zustande zu bringen. Das kann man nicht leugnen. Man kann nur nicht alles in einen Topf werfen. Wir müssen uns deshalb – und ich bin wirklich dabei – verstärkt bemühen, in den Nicht-Tourismus-Regionen in Vorpommern gewerbliche Wirtschaft, nicht touristische Wirtschaft, anzusiedeln, Industrie anzusiedeln. Es wurden schon einige Beispiele genannt, zum Beispiel im Uecker-Randow-Kreis die Flugzeugwerke. Auch in Heringsdorf entsteht ein neues Flugzeugwerk am Flughafen. Aber ich gebe zu, es ist schwer, Investoren zu begeistern für Regionen, die etwas weiter weg liegen, die eine periphere Lage haben. Und ein Investor hat natürlich immer die Entscheidung zu treffen, gehe ich hierhin oder gehe ich dorthin. Da erfordert es in der Tat für Vorpommern viel mehr Anstrengung, Investitionen zustande zu bringen und Investoren zu finden als für andere Landesteile. Aber das heißt nur, man muss sich in Vorpommern und man muss sich auch für Vorpommern mehr anstrengen. Und genau das tut die Landesregierung und genau das wird sie auch in Zukunft tun. – Danke sehr.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD
und einzelnen Abgeordneten der PDS)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Danke schön, Herr Minister.

Es hat jetzt das Wort für die Fraktion der CDU der Abgeordnete Herr Riemann. Bitte schön, Herr Riemann.

(Hans-Heinrich Jarchow, SPD:
Jetzt sind wir aber gespannt!)

Wolfgang Riemann, CDU: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wenn der Antrag so wäre, wie Sie ihn hier beschreiben, warum bemühen sich dann drei Minister der Landesregierung um unseren Antrag?

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Zuruf
von Ministerpräsident Dr. Harald Ringstorff)

Warum versuchen Sie, diesen Antrag klein zu reden, ihn schlecht zu machen? Warum versuchen Sie, ihn herunterzuspielen als Minister dieser Landesregierung, wo Sie doch so gut sind?

Herr Ministerpräsident, Sie haben mich schon als „Investitionsschreck“ in Vorpommern bezeichnet. Sie haben mich heute als „Schreihals“ bezeichnet. Das kennzeichnet für mich eigentlich nur die Qualität Ihrer politischen Aussagen in der Auseinandersetzung mit Sachverhalten.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD
und PDS – Dr. Gerd Zielenkiewitz, SPD:
Aber ganz falsch ist die Aussage nicht.)

Herr Ministerpräsident, Sie haben in Ihrer Rede gesagt, Kommunalpolitiker blockieren die Initiativen unserer hervorragenden Landesregion. Dann nennen Sie bitte Ross und Reiter, wo Kommunalpolitiker in Vorpommern, im östlichen Mecklenburg die Initiativen der Landesregierung für mehr Arbeit und Beschäftigung blockiert haben!

Herr Ministerpräsident und Herr Wirtschaftsminister Ebnet, Sie haben heute suggeriert, die Erde ist eine Scheibe

(Zuruf von Ute Schildt, SPD)

und die Sonne dreht sich um Mecklenburg-Vorpommern. Vorpommern und östliches Mecklenburg sind nach Ihrer Auffassung das biblische Paradies dank Ihrer göttlichen Landesregierung.

(Reinhard Dankert, SPD: Das ist aber
eine sehr gewagte Interpretation ihrerseits.)

Herr Ministerpräsident und Herr Justizminister, Sie haben den Kreistag von Ostvorpommern angegriffen, ein Gremium, in dem SPD und CDU festgestellt haben, dass die Decke weder für die Kommunen noch für den Landkreis reicht, die Decke, die Sie nämlich seit 1999 den Kommunen und den Landkreisen in diesem Land hier zubilligen. Ich sage es deutlich: Mehr als 6 Millionen Euro weniger Schlüsselzuweisungen für den Landkreis und etwa das Gleiche noch einmal für die Kommunen. Und wenn wir die Decke bei den Kommunen zugunsten des Landkreises wegziehen, Herr Dr. Bartels, dann wird es eben keinen Sportverein dort mehr geben, dann wird es dort auch keinen Jugendklub mehr geben. Deshalb, meine Damen und Herren, gehört die gesamte kommunale Finanzausstattung hier auf den Tisch und deshalb muss es eine Lösung geben und die Lösung muss anders aussehen, als Rot-Rot hier in Schwerin das seit Jahren für die Kommunen und die Landkreise durchsetzt,

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

denn wir sind im Landkreis Ostvorpommern noch eine kommunale Familie und das Land, denke ich, gehört auch dazu. Es muss die kommunale Familie auch unterstützen und sie nicht nach unten drücken und sagen, die Kommunalpolitiker sind unfähig und die Landkreise können ihre Aufgaben nicht erfüllen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU –
Ute Schildt, SPD: Das ist nicht wahr.)

Sie haben heute hier eine Bilanz vorgelegt, die nur so von Erfolgen für Vorpommern und für das östliche Mecklenburg strotzt. Aber Sie vergessen in Ihrer Bilanz immer, dass es Probleme gibt, die Sie seit Jahren nicht gelöst haben oder an deren Lösung Sie überhaupt nicht herangegangen sind. Sie reden von Investitionen in Millionenhöhe, aber Sie vergessen, dass Vorpommern beispielsweise mit ITER eine Investition von 10 Milliarden Euro hätte bekommen können.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Und wenn diese Landesregierung sich bei der Bundesregierung dafür eingesetzt hätte und die Bundesregierung sich im Weiteren bei der EU dafür eingesetzt hätte,

(Zuruf von Kerstin Fiedler, CDU)

dann wäre das eine Chance für Vorpommern gewesen für zukunftssichere Arbeitsplätze, für einen Investitionsbrocken, den dieses Land, diese Region gebraucht hätte.

Herr Minister Ebnet, Sie haben Ihre Erfolge dargestellt. Das tun Sie immer, auch wenn Sie vor Ort sind. 1999 – es war gerade Kommunalwahl – haben Sie versprochen, 2001 wird die Umgehungsstraße in Wolgast gebaut, dafür stehen 39 Millionen Euro zur Verfügung. Wir werden warten müssen bis 2006/2007. Aber vor der Wahl kann man ja so etwas versprechen und sagen, wir tun was für Vorpommern.

(Minister Dr. Otto Ebnet: Sagen Sie doch mal die Wahrheit, die Wahrheit!)

Die Umgehungsstraße Anklam versinkt ...

Das ist die Wahrheit, das ist die Wahrheit. Ich bringe Ihnen den Zeitungsartikel, wo Sie vor der Kommunalwahl öffentlich versprochen haben: Umgehungsstraße Wolgast, Baubeginn 2001, 39 Millionen.

Die Umgehungsstraße Anklam kann nicht weitergebaut werden, wird möglicherweise eine Sackgasse, die wieder durch die Stadt Anklam geführt wird, weil sich Umwelt- und Wirtschaftsministerium nicht einig werden können, weil man dort sicherlich mit Recht die Umwelt beachtet. Aber die Menschen, die Menschen in der Stadt im Abgas, im Stau, die spielen nicht die Rolle.

Der Staatssekretär Braune hatte vor der Wahl 2002 in Zecherin versprochen: Jawohl, die Eisenbahnanbindung kommt in den Bundesverkehrswegeplan. Da ist sie jetzt auch gelandet, allerdings im Text als möglicher Prüfauftrag mit keiner Konkretisierung. Weder im vordringlichen Bedarf noch im sonstigen Bedarf, als Prüfauftrag steht sie dort drin. Geprüft wird dort schon sehr lange bei der Zecheriner Eisenbahnbrücke. Nur, das Resultat lässt sehr lange auf sich warten.

Herr Ministerpräsident, Sie sagen immer, wir reden dieses Land schlecht,

(Ute Schildt, SPD: Das haben Sie schon immer gemacht.)

wenn wir Beispiele nennen, wo es eben mit der Beweihräucherung der Landesregierung aufhört. Nein, Herr Dr. Ringstorff, dieses Land ist zu schön für Rot-Rot.

(Heiterkeit bei Minister Dr. Wolfgang Methling)

Die Menschen sind gut ausgebildet, fleißig und willig, aber Rot-Grün in Berlin entdeckt diese Menschen nur vor den Wahlen und Rot-Rot in Schwerin blendet die Wirklichkeit aus. – Danke.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Es hat jetzt das Wort der Abgeordnete Herr Walther für die Fraktion der PDS. Bitte schön, Herr Abgeordneter.

(Wolfgang Riemann, CDU: Die Landesregierung in ihrem Lauf, ihrem Vorpommernlauf, hält weder Ochs noch Esel auf!)

Gerd Walther, PDS: Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Ursprünglich hatte ich nicht vor, mich zum Tagesordnungspunkt zu melden. Ich will es trotzdem ganz kurz aus dem Stand tun. Ich möchte auf drei Punkte eingehen und auch auf das Gesagte. Herr Born hat ja heute noch einmal eine Verbindung zum Antrag von gestern hergestellt. Auf drei Fakten möchte ich also eingehen.

Zum Ersten: Im Punkt 3 des CDU-Antrages benennen Sie die so genannte Infrastrukturlücke, die geschlossen werden soll, und ich bedauere ein bisschen, dass dann unter diesem Stichpunkt „Infrastruktur“ letztendlich nur die ganz großen Achsen des Landes benannt werden, die zurzeit als Verkehrsprojekte benannt werden.

(Wolfgang Riemann, CDU: Ich hab auch ein paar Beispiele genannt.)

Ich rede jetzt von Ihrem Antrag, Herr Riemann, und nicht von dem von Ihnen Gesagten.

Und da muss ich schon sagen, ich glaube nicht, dass die A 20 beispielsweise unbedingt diesen Positiveffekt mit sich bringen wird, der hier immer wieder bei uns im Land propagiert wird.

(Kerstin Fiedler, CDU: Das wollten Sie auch nicht. – Zuruf von Lorenz Caffier, CDU)

Warum? Die A 20 ...

Sehen Sie, Frau Fiedler, das ist ein Irrtum. Ich war nie gegen die A 20. Ich war dagegen, dass man die Gelder vorrangig für die A 20 einsetzt und Nebenstraßen wie beispielsweise die von Ueckermünde nach Pasewalk vernachlässigt.

(Zurufe von Dr. Ulrich Born, CDU,
und Kerstin Fiedler, CDU)

Dementsprechend habe ich auch bereits 1998 bei einer kleinen Straßensperrung beispielsweise darauf hingewiesen, dass ich es als ungerecht empfinde, dass Geld in eine A 20 gesteckt wird ...

(Dr. Ulrich Born, CDU: Ja, sollen wir die dichtmachen?!)

Lassen Sie mich ausreden! Den Halbsatz müssen Sie sich schon mit anhören, Herr Born.

... und dass für die Zufahrtsstraßen wie beispielsweise die Straße, die jetzt renoviert wird, von Ueckermünde über Eggesin über Torgelow nach Pasewalk, dass damals nicht ausreichend viel Geld dafür da war. Frau Fiedler weiß das selbst sehr gut. Wir haben jahrelang bei uns im Kreis dafür gekämpft, dass jetzt endlich diese Straße gebaut wird. Ich habe damals gesagt, diese kleinen Nebenstraßen sind genauso wichtig wie die großen Trassen, und damals war die Verzögerung bei den kleinen Strecken meine Motivation, andere Aktivitäten einzuleiten. Ich habe mich, das können Sie nachlesen, an keiner Stelle gegen die A 20 ausgesprochen. Das ist hier, sage ich mal so, eine kleine Verunglimpfung.

(Zuruf von Lorenz Caffier, CDU)

Aber unabhängig davon, das Problem der A 20 ist folgendes, dass sie heute schon, das ist doch nachweislich, 20 Kilometer länger ist, wenn sie denn fertig ist, auf dem Weg von Hamburg nach Stettin als die bestehende Autobahn von Hamburg über Berlin nach Stettin und dass damit dieser Transitspruch, dieser Transitcharakter, den man ihr nachsagt, automatisch verpufft.

(Eckhardt Rehberg, CDU: Das ist nicht wahr.)

Logischerweise hat sie viele andere positive Nebeneffekte. Sie hat viele positive andere Nebeneffekte. Aber diesen Transitspruch, der hier suggeriert wird, den wird sie nicht erreichen.

(Unruhe bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Nein, das ist nicht schlecht.

(Zuruf von der CDU: Die Autobahn verläuft zwischen Stettin und Hamburg!)

Gucken Sie sich mal die Trassierungspläne der A 20 an!

(Zurufe von Dr. Ulrich Born, CDU, und Kerstin Fiedler, CDU)

Die Krügerkurve, die Krügerkurve der A 20 hat diese Autobahn so lang gemacht, wie sie hätte nicht sein müssen.

(Unruhe bei Abgeordneten der CDU)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Meine Damen und Herren der Fraktion der CDU, lassen Sie hier den Redner bitte vernünftig ausreden.

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Gerd Walther, PDS: Es gibt viele gute Ansätze in Ihrem Antrag. – Sie müssen mir auch zuhören, wenn ich Sie mal lobe. – Es gibt viele gute Ansätze in Ihrem Antrag, beispielsweise bei der verbesserten Vernetzung der Beratung der Kommunen für LEADER+ und INTERREG-Programme.

(Zuruf von Eckhardt Rehberg, CDU)

Da möchte ich darauf hinweisen, dass oft aus der Situation heraus vor Ort eine sehr gute Beratung der einzelnen Kommunen und Akteure bereits besteht und dass dementsprechend einige Kommunen schon viel, viel weiter sind, als wir glauben. Ich habe gerade vor wenigen Wochen einen Workshop besucht, wo übrigens auch ein CDU-Vertreter mit dabei war, wo beispielsweise die Kommunen sehr gut beraten werden und auch sehr flexibel beraten werden, wenn es darum geht, Förderprojekte für Jugend, Arbeit und für andere grenzüberschreitende Arbeit zu beantragen. Da, glaube ich, sind die Landkreise oft schon weiter, als hier dargestellt wird.

(Beifall Angelika Gramkow, PDS)

Und ich habe einen letzten Punkt. Herr Born, Sie hatten gestern in Ihrem Punkt 17 der Liste, die Sie aufgelegt haben, benannt, dass Sie dafür wären, die zurzeit kommunalen Kataster- und Vermessungsämter in die Hoheit der privaten Vermessungsbetriebe zu geben. Da möchte ich mich ganz, ganz strikt vor verwahren, dass hier ein Bild gezeichnet wird, dass öffentliche Verwaltung und damit auch Kataster- und Vermessungsämter nicht in der Lage sind, die Leistungen, die die heutige Arbeit für Vermesser darstellt, dass sie die nicht leisten können.

(Lorenz Caffier, CDU: Das hat er auch nie behauptet.)

Also ich glaube, gerade aus meiner Erfahrung bis vor einem Jahr in dieser Sparte weiß ich sehr genau, dass in den letzten Jahren unwahrscheinlich viel in dieser Sparte bewegt wurde, dass sie mit moderner Technik ausgestattet wurden, dass moderne Produktleistungen dort angeboten werden, die wirklich top sind.

(Zuruf von Lorenz Caffier, CDU)

Und interessant ist für mich eins, interessant ist für mich eins, der Blick geht ja sehr oft nach Bayern, auch gerade seitens der CDU, ich weiß nicht, ob Ihnen schon mal aufgefallen ist, im Bundesland Bayern gibt es nur kommunale Vermesser, die die Urkundsvermessung durchführen.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Dort gibt es auch nur staatliche Notariate. – Zuruf von Angelika Gramkow, PDS)

Und dementsprechend würde ich an der Stelle sagen, von Bayern lernen, das heißt in diesem Falle auch, den Vermesser ehren. – Danke.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD und PDS – Zurufe von Dr. Ulrich Born, CDU, und Lorenz Caffier, CDU)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Danke schön.

Jetzt hat das Wort für die Fraktion der CDU die Abgeordnete Frau Fiedler. Bitte schön, Frau Abgeordnete.

(Heinz Müller, SPD: Uecker-Randow-Schaulaufen, oder was?!)

Kerstin Fiedler, CDU: Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Schaulaufen, Herr Müller, vielleicht würde es Ihnen als Abgeordneter des Uecker-Randow-Kreises gut anstehen, auch hier vorne zu stehen, ein bisschen für Ihre Region zu werben.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU – Eckhardt Rehberg, CDU: Richtig.)

Danke.

(Zuruf von Beate Mahr, SPD)

Meine Damen und Herren, auch ich hatte wie mein Vorredner nicht die Absicht, hier vorne zu sprechen. Aber zwei Dinge haben mir dann doch irgendwo die Wut ins Gesicht getrieben und auf zwei möchte ich eingehen: Herr Justizminister, ich finde es schon ein bisschen merkwürdig, wenn Sie eine Debatte um strukturschwache Regionen und wie man sie vielleicht wieder ein bisschen in Schwung bringen könnte, dazu benutzen, für Kreisgebietsreformen zu werben und für größere Kreisgrenzen,

(Ute Schildt, SPD: Das ist ja auch berechtigt.)

und das dann auch noch damit begründen, dass Sie meinen, die Kompetenz liegt sowieso im Westen, wir geben das mal in den Osten rüber und dann ist alles in Ordnung. Also wer so reagiert oder so agiert und so was sagt, der spaltet dieses Land, nämlich in Ost und West und in Mecklenburg und Vorpommern.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Zum Zweiten, und damit höre ich dann auch auf, ich mache es wirklich kurz: Wirtschaftspolitik, wurde gestern hier an dieser Stelle auch von SPD-Abgeordneten zitiert, ist auch Psychologie.

(Torsten Koplin, PDS: Da gebe ich Ihnen Recht.)

50 Prozent davon ist Psychologie. Da gebe ich Ihnen total Recht, Herr Minister Ebnet. Wir erkennen Ihre Bemühungen an und wir sind gerade mit dem Straßenbauamt ja in Verhandlungen, für Eggesin Erleichterung zu bringen. Das ist ja gar nicht das Thema. Aber ich spreche jetzt mal den Ministerpräsidenten an. Wenn es wirklich Psychologie ist, Wirtschaftspolitik, dann frage ich mich, warum das Land sich so sehr dabei zurückgehalten hat, vielleicht den Bundeswehrstandort Eggesin/Carpin doch in dieser jetzigen Form beizubehalten. Es hat nämlich nichts dazu getan.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Da war es besser, im Wahlkreis Dabel diesen Standort zu erhalten. Bereitschaftspolizei, 35 Leute aus Anklam weg. Meine Damen und Herren, was nützen uns Straßen, wenn die Leute weg sind, die darauf fahren sollen? – Vielen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU –
Lorenz Caffier, CDU: So ist es.)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Danke schön, Frau Fiedler.

Es hat sich jetzt zu Wort gemeldet der Abgeordnete Herr Müller für die Fraktion der SPD. Bitte schön, Herr Abgeordneter.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der SPD, CDU
und PDS – Torsten Koplin, PDS: Schaulaufen!)

Heinz Müller, SPD: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Auch ich wollte nicht zu diesem Antrag reden, aber der charmannten Einladung von Frau Fiedler kann ich selbstverständlich nicht widerstehen.

Zunächst – auch ich will mich sehr kurz fassen, Frau Fiedler, und nur zwei Punkte ansprechen – würde ich gerne auf Frau Schlupp Bezug nehmen, weil Frau Schlupp hier ja auch ihre persönliche und lokale Betroffenheit dargestellt hat. Und sie hat von Investoren gesprochen, die dann sagen, ja, sie kommen nicht, wenn die Gemeinden ihre Pflichtaufgaben nicht mehr erfüllen können und Ähnliches.

Meine Damen und Herren, auch ich rede mit Unternehmen und mit Unternehmern, die sich irgendwo ansiedeln wollen, die nach einem vernünftigen Standort suchen, und mir ist mehrfach begegnet, dass Unternehmen und Unternehmer vor allen Dingen sagen, was soll ich denn in einer Region, wo der eigene Landrat sagt, da wohnen ja nur noch Alte und Debile.

(Heiterkeit bei Beate Mahr, SPD)

Und das, meine Damen und Herren, ist genau das, was eine ungeheuerere Gefahr ist, in der wir stecken und der Sie, glaube ich, sehr häufig erliegen,

(Ute Schildt, SPD: Sie schaffen das eigene Image. – Zurufe von Dr. Ulrich Born, CDU, und Lorenz Caffier, CDU)

vielleicht, jetzt bin ich mal sehr gutwillig zu Ihnen, vielleicht aus dem berechtigten Interesse, auf Probleme aufmerksam zu machen. Vielleicht, und jetzt bin ich etwas bössartiger, aus parteipolitischen Erwägungen heraus haben Sie nichts anderes zu tun, als die Probleme, als die Schwierigkeiten von Regionen und unseres Landes immer wieder in den Vordergrund zu stellen. Und das Problem dabei ist, dass das so eine Art sich selbst erfüllende Prophezeiung wird. Denn je mehr man sagt, das ist ja furchtbar, da sind ja alle Fachkräfte weg, da ist doch kein vernünftiger Mensch mehr, wer kann, geht da weg, sagt jeder Arbeitgeber und jeder Unternehmer, warum soll ich da eigentlich noch hingehen, da habe ich doch gar keine Arbeitskräfte mehr.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und PDS –
Beate Mahr, SPD: So ist es.)

Und damit werden die, die eine schlimme Situation – und die Arbeitslosigkeit, die wir in Uecker-Randow und anderswo im Osten haben, die ist schlimm –, die eine schlimme Situation auf diese Art und Weise beklagen, zu denjenigen, die diese Situation noch verschärfen. Das ist Punkt eins.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD
und PDS – Zuruf von Kerstin Fiedler, CDU)

Das war Punkt eins, den ich Ihnen sagen wollte, Frau Fiedler.

Und Punkt zwei. Ich habe gerade schon mit einem Ihrer Kollegen gesprochen, dass ich das eigentlich hier gar nicht sagen wollte. Aber wenn Sie mich so nett einladen, dann tue ich es. Wenn Sie Anträge zum Thema Vorpommern oder östliches Mecklenburg und Vorpommern machen, dann sollten Sie sich ein bisschen mehr um Differenzierungen bemühen. Wenn Frau Schlupp zum Beispiel beklagt, dass die Anbindung von Strasburg an die Autobahn von der Beschaffenheit der Straße her sehr schlecht ist, dann hat sie Recht. Da stimme ich ihr vollkommen zu, sehe ich Handlungsbedarf. Aber da wird gehandelt, das haben wir hier schon gehört.

(Zuruf von Wolfgang Riemann, CDU)

Wenn Herr Dr. Born – und, Herr Dr. Born, da haben Sie offenbar nicht gewusst, über welche Straße Sie fahren – die Anbindung der A 20 an die Stadt Pasewalk beklagt, Herr Dr. Born, dann frage ich Sie: In welchem Film waren Sie eigentlich? Diese Straße ist so ausgebaut, dass ich da gelegentlich geblitzt werde. Sie ist nämlich so wunderschön, da kann man fahren wie Gott in Frankreich. Man fährt zwar noch durch ein Dorf, aber wer beklagt, das sei schlecht angebunden, der hat wirklich von der Region überhaupt keine Ahnung.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten
der SPD und PDS)

Und ein Letztes, was das Thema Differenzierung angeht. Sie haben in einem Ihrer Punkte das Finanzausgleichsgesetz Paragraph 8 Absatz 3 angesprochen. Meine Damen und Herren, ich bekenne mich schuldig. Ich

habe damals diese Änderung des Paragraphen 8 Absatz 3 in meiner eigenen Fraktion, dann in der Koalition und dann hier in diesem Landtag mit betrieben.

(Angelika Gramkow, PDS: Ich auch.)

Frau Gramkow bekennt sich ebenfalls schuldig.

Wir haben die Verteilung der Mittel, die die Landkreise bekommen, etwas weniger nach der Fläche und etwas mehr nach den Einwohnern vorgenommen. Und jeder, der hier die kommunale Szene, Herr Dr. Jäger ist jetzt leider nicht da, kennt, aber Herr Dr. Jäger könnte das bestätigen, der weiß, dass Landkreise wie etwa der Landkreis Bad Doberan daran ein massives Interesse haben und dass die das vorangetrieben haben. Fakt.

(Harry Glawe, CDU: Und Rügen!)

Aber, meine Damen und Herren, wenn Sie sich die Zahlen angucken, und wir haben uns das bei der Novelle des Finanzausgleichsgesetzes 2000 vorlegen lassen durch das Innenministerium, werden Sie feststellen, dass durch diese Veränderung, die wir vorgenommen haben als Koalition, der Landkreis Uecker-Randow zusätzliches Geld bekommen hat

(Angelika Gramkow, PDS: Sehr richtig.)

und dass die Forderung, die die CDU hier und heute als Förderung von Vorpommern präsentiert, dazu führen würde, dass der Landkreis Uecker-Randow weniger Geld bekommen würde. Meine Damen und Herren, wenn Sie Anträge machen, dann versuchen Sie, nicht nur auf den 13. Juni zu gucken

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

und die Startlöcher für die Kommunalwahlen zu graben, dann versuchen Sie, sich wenigstens sachkundig zu machen. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD
und einzelnen Abgeordneten der PDS)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Dann schließe ich damit die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung über den vorliegenden Antrag der Fraktion der CDU auf Drucksache 4/802. Wer diesem Antrag zustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke schön. Die Gegenprobe. – Danke schön. Stimmenthaltungen? – Damit ist der Antrag bei Zustimmung der Fraktion der CDU und Gegenstimmen der Fraktionen der SPD und PDS abgelehnt.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 21:** Beratung des Antrages der Fraktionen der SPD und PDS – Jugendhilfestrukturen, auf der Drucksache 4/808.

Antrag der Fraktionen der SPD und PDS: Jugendhilfestrukturen – Drucksache 4/808 –

Das Wort zur Begründung hat der Abgeordnete Herr Brodkorb von der Fraktion der SPD. Bitte schön, Herr Abgeordneter.

Mathias Brodkorb, SPD: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! So wie zahlreiche andere Politikbereiche steht auch die Kinder- und Jugendhilfe vor großen gesellschaftlichen Herausforderungen. Die Koalitionsfraktionen legen Ihnen daher einen Antrag vor, mit dem die Regierung beauftragt wird, die bisherige Effektivität der

Kinder- und Jugendhilfe zeitnah zu überprüfen und anschließend ein Landesprogramm zur Entwicklung der Kinder- und Jugendhilfe vorzulegen. Dieser Antrag geht insoweit auch deutlich über den Koalitionsvertrag beider Fraktionen hinaus, als dass langfristige Entwicklungen und gesellschaftliche Megatrends in die Grundlagen des zu entwickelnden Landesprogramms einbezogen werden sollten. Aus meiner Sicht müssen hierbei insbesondere fünf Punkte Berücksichtigung finden:

Zunächst ist Mecklenburg-Vorpommern wie viele andere Länder mit der Situation konfrontiert, durch den massiven Abbau arbeitsmarktpolitischer Instrumente auch personelle Kapazitäten in der Kinder- und Jugendhilfe einzubüßen. Während im Jahr 1998 noch etwa 45.000 ABM- und SAM-Stellen zur Verfügung standen, waren es bereits im Jahr 2002 nur noch rund 20.000. Diese im Grundsatz bedauerliche Entwicklung ist allerdings mit der Chance verknüpft, Fachlichkeit und Qualität in der Kinder- und Jugendhilfe in Zukunft wieder zu erhöhen. Natürlich ist niemand in der Lage, alle Stellen in allen Jugendklubs des Landes zu finanzieren. Aber könnten wir nicht über ein Programm nachdenken, in dem das Land Stellen zur Betreuung ehrenamtlich geführter Jugendklubs kofinanziert?

Zweitens stellt sich die Frage, wie bei rückläufigen materiellen Ressourcen im am dünnsten besiedelten Land Deutschlands überhaupt noch effektive Strukturen der Kinder- und Jugendhilfe vorgehalten werden können. Hierbei könnte der Ausbau der Ganztagschulen in Mecklenburg-Vorpommern neue Perspektiven bieten. Warum sollen in Zukunft die Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe nicht ganz gezielt organisatorisch mit Ganztagschulen zu regionalen Bildungszentren verknüpft werden? Auf diese Weise wäre nicht nur der künstliche Gegensatz zwischen Kinder- und Jugendhilfe auf der einen und der Bildungs- und Schulpolitik auf der anderen Seite relativiert, sondern eine effektive Auslastung der Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe auch in einem dünn besiedelten Land gewährleistet.

Drittens steht uns ein demographischer Wandel bevor, der das Problem der Dünnbesiedlung noch einmal deutlich verschärfen wird. Bis 2020 wird das Land Mecklenburg-Vorpommern vermutlich 14 Prozent seiner Bevölkerung verlieren. Gleichzeitig sinkt der Anteil der jungen Bevölkerung unter 20 Jahren von dem Jahr 1990 mit 30 Prozent auf 16 Prozent der Gesamtbevölkerung.

Viertens sind alle mitteleuropäischen Gesellschaften mit dem Megatrend der Individualisierung und Pluralisierung konfrontiert. Die Sozialisation der Kinder und Jugendlichen, dies bestätigt auch der 11. Kinder- und Jugendbericht der Bundesregierung, findet immer mehr im öffentlichen Raum statt. Dabei ist allerdings auch festzustellen, dass nicht mehr oder weniger öffentliche Institutionen wie die Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe, sondern die Peergroups der Gleichaltrigen als Ersatzsozialisationsräume fungieren. Die Inanspruchnahme von Leistungen der Kinder- und Jugendhilfe, insbesondere von Angeboten, die sich im klassischen Spektrum der Verbandsarbeit bewegen, ist rückläufig.

Fünftens sind wir auch aufgrund des Prozesses der Individualisierung, vor allem aber aufgrund anhaltend hoher Arbeitslosigkeit mit massiven Prozessen der sozialen Segregation und Spaltung konfrontiert. Als Folge hiervon nehmen sozialräumliche Disparitäten zu. Diese

Entwicklungen bedrohen nicht nur den sozialen Frieden in unserer Gesellschaft, sondern bergen langfristig die Gefahr in sich, sich zu multiplizieren und soziale Abstiegs- und Schließungsprozesse für die Betroffenen und die Regionen zu produzieren.

Angesichts derartig tief greifender Veränderungen und drohender Probleme können auch die bisherigen Strukturen der Kinder- und Jugendhilfe nicht unverändert bleiben. Es gilt, zukunftsfähige Antworten zu finden, um auf die bereits bestehenden und drohenden Probleme angemessen zu reagieren. Am Beginn einer Neuordnung steht allerdings die Überprüfung der bisher geleisteten Arbeit. Ich gehe dabei davon aus, dass das Sozialministerium dies selbstverständlich unter Hinzuziehung von Sachverständigen aus Theorie und Praxis der Kinder- und Jugendhilfe Mecklenburg-Vorpommerns leisten wird. Im Namen der Koalitionsfraktionen bitte ich daher um Zustimmung zum vorliegenden Antrag.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten
der SPD und PDS)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Danke schön, Herr Brodtkorb.

Im Ältestenrat wurde eine Aussprache mit einer Dauer von bis zu 45 Minuten vereinbart. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen.

Als Erste hat sich zu Wort gemeldet die Sozialministerin des Landes Frau Dr. Linke. Bitte schön, Frau Ministerin, Sie haben das Wort.

Ministerin Dr. Marianne Linke: Sehr geehrter Herr Präsident! Meine verehrten Damen und Herren Abgeordnete! Eine kritische Bestandsaufnahme der Jugendhilfestrukturen im Lande durchzuführen ist ein grundsätzlich begrüßenswertes Anliegen. Die Vorgabe, bis zum Mai 2004 darüber im Landtag zu berichten, wird dazu beitragen, hier zügig und konzentriert vorzugehen. Dem Wunsch der Regierungsfractionen werde ich deshalb gern nachkommen.

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Schon heute möchte ich auf einige Rahmenbedingungen für die Strukturen in der Jugendhilfe aufmerksam machen. Die Strukturen der Jugendhilfe sind durch das Kinder- und Jugendhilfegesetz des Bundes zum ganz überwiegenden Teil konkret und verbindlich vorgegeben. Das gilt insbesondere für die Trägerstrukturen, die Jugendhilfeausschüsse des Landes und auf örtlicher Ebene sowie die gesetzlichen Leistungs- beziehungsweise Aufgabenerfüllungsverpflichtungen. Das Land hat die Ermächtigungen des Bundesrechts dazu genutzt, um mit dem Bundesrecht kompatible Strukturen aufzubauen und festzuschreiben.

Das ist in einer ganzen Reihe von Gesetzen geschehen. Es sei beispielsweise nur auf das Organisationsgesetz zum Kinder- und Jugendhilfegesetz, auf das Kindertagesstättengesetz und auf das Kinder- und Jugendförderungsgesetz verwiesen. Derartigen Entscheidungen folgen beispielsweise die Besetzung des Landesjugendhilfeausschusses, die Besetzung der örtlichen Jugendhilfeausschüsse und die Festlegung der überörtlichen Trägerschaft. Eine bundesrechtliche Änderung dieser im nationalen Konsens erarbeiteten Festlegungen ist nicht zu erwarten. Also auf eine Lex Mecklenburg-Vorpommern brauchen wir nicht zu hoffen.

Die landesrechtlichen Strukturvorgaben der Jugendhilfe wurden jedoch in den letzten Wochen und Monaten gerade im Rahmen der umfangreichen Verwaltungsstrukturdebatte durch Gremien der Landesregierung auch auf ihre Notwendigkeit und Effizienz hin geprüft und im Wesentlichen bestätigt. Gleichwohl gibt es eine Reihe von Vorhaben, mit denen wir die vorhandenen und die bewährten Strukturen weiterentwickeln wollen. Das Ausführungsgesetz zum Kinder- und Jugendhilfegesetz soll mit dem Ziel einer breiteren Beteiligung der Jugend und der Verbandslandschaft überarbeitet werden. Dabei wird auch über die zukünftige Zusammensetzung der Jugendhilfeausschüsse nachzudenken sein. Mit der Novellierung soll noch in diesem Jahr begonnen werden.

Die Leistungen beziehungsweise Förderinstrumente des Landes werden gemeinsam mit den Beteiligten noch einmal überprüft und zur Diskussion gestellt werden. Dazu werden wir noch einmal in einen Dialog mit der Landesarbeitsgemeinschaft Jugendförderung, der Landesarbeitsgemeinschaft Jugendgerichtshilfe und dem Landesjugendhilfeausschuss eintreten. Wie bereits in der Vergangenheit, so werden wir auch jetzt darüber zu befinden haben, ob das gesamte Instrumentarium noch den neuen, sich ständig ändernden gesellschaftlichen Anforderungen entspricht. Und ich denke, das ist auch das, was letztendlich zu diesem gemeinsamen Antrag der Koalitionsparteien geführt hat.

Unter Federführung meines Hauses wird es also ein ressortübergreifendes Kinder- und Jugendprogramm der Landesregierung geben. Damit wollen wir die vielen Einzelaktivitäten der Landesregierung bündeln. Kindern und Jugendlichen, aber auch den Eltern, Erzieherinnen und Lehrern soll ein Kompendium an die Hand gegeben werden, mit dem sie sich auch durch den bisweilen manchmal unübersichtlichen Dschungel von Vorschriften, Förderungen und Angeboten durchfinden können. Aber das kann natürlich nur ein Anliegen sein. Denn Ziel eines solchen Programms darf es natürlich nicht sein, über schon Getanes einfach zu berichten, sondern Ziel muss es vor allem sein, mehr für die Arbeit zugunsten von Kindern und Jugendlichen zu erreichen, als das eben gegenwärtig schon der Fall ist. Und ich denke, die fünf Schwerpunkte, die Herr Brodtkorb hier in seiner Einbringungsrede darlegte, sind ein ausdrücklich aufzugreifender Ansatz, dem wir uns dann stellen werden mit dem Programm.

Mit der Arbeit an diesem Programm sind also alle Ressorts aufgefordert, auch zusätzliche oder neue Angebote zur Unterstützung junger Menschen in unserem Lande zu entwickeln. Ganz bewusst wollen wir uns auf den Blickwinkel der Jugendlichen hier konzentrieren. Selbstverständlich werden wir den Landesjugendhilfeausschuss und den Landesjugendring an der Erarbeitung des Programms beteiligen. Durch den Landesjugendhilfeausschuss sind wesentliche Teile der freien Trägerschaft sowie die kommunalen Landesverbände einbezogen. Der Landesjugendring vertritt seinerseits kompetent 20 Landesjugendverbände mit über 200.000 Mitgliedern, also junge Menschen, die damit an der Erarbeitung dieses Programms – jedenfalls mittelbar und, soweit praktisch möglich, auch unmittelbar – mitwirken können.

Der Antrag der Regierungsfractionen ist als Chance, Bewährtes als solches zu erkennen in der Kinder- und Jugendpolitik und fortzusetzen, aber auch Überholtes durch zeitgemäßes und zukunftsorientiertes Handeln zu ersetzen. Der Bericht an den Landtag im Frühjahr nächs-

ten Jahres kann damit ein guter Ausgangspunkt für dieses Anliegen sein. – Danke schön.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Danke schön, Frau Ministerin.

Es hat jetzt das Wort für die Fraktion der CDU der Abgeordnete Herr Glawe. Bitte schön, Herr Abgeordneter.

(Beate Mahr, SPD: For ever young. –
Heiterkeit bei Angelika Gramkow, PDS)

Harry Glawe, CDU: Was war das eben?!

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der Antrag der SPD und PDS, Jugendhilfestrukturen in Mecklenburg-Vorpommern, wieder mal ein Auftrag zum Arbeiten für die Landesregierung – das ist ja schon erstaunlich. Das ist der dritte innerhalb von vier Wochen.

(Peter Ritter, PDS: Was, so wenig?!)

Das spricht ja also in besonderer Weise für Sie, die Sie uns gerade einen Doppelhaushalt vorgelegt haben, in dem all die Dinge, die Sie hier beklagen oder einfordern oder überarbeiten wollen, auf Effizienz überprüfen wollen, Strukturen ändern wollen, die Frage, wie gut arbeitet der Landesjugendhilfeausschuss, oder auch die Frage, wie gestalten wir sozusagen die Finanzen für die Kommunen aus. Sie machen Streichorgien über Streichorgien und schreiben dann hier rein, insbesondere „im Zusammenwirken mit der kommunalen Ebene“. Meine Damen und Herren, wissen Sie, das ist ja langsam hier so wie das potemkinsche Dorf. Sie kommen ja von einer Ohnmacht in die andere.

Herr Brodkorb, Sie sprechen hier von SAM-Stellen und in besonderer Weise von der Arbeit mit der Jugend. Es heißt „Bundesanstalt für Arbeit“. So heißt es ja eigentlich, aber es heißt nicht „Bundesanstalt für Alles“, meine Damen und Herren, denn die Aufgaben sind nun mal von den Kommunen und vom Land – denn viele Dinge sind durch Bundesgesetze geregelt – auszuführen und umzusetzen. Und deswegen kann man jetzt nicht, wo die Bundesanstalt für Arbeit sozusagen sich auf ihre Kernpunkte zurückzieht, den Bund verantwortlich machen und sagen: Tja, also das ist ja so, wie das hier so ist, von der Bushaltestelle bis zum Jugendclub kriegen wir ja alles hin und Bushaltestellen sind ja auch Jugendarbeit. So ist ja Ihre Bilanz. Man kann ja durchs Land fahren, überall sitzen Jugendliche in den Bushaltestellen und machen Jugendarbeit. Das, denke ich, kann ja nicht Ihr Ziel sein. Aber da Sie uns wieder so einen Antrag untergejubelt haben, der sozusagen die Regierung zur Arbeit tragen soll, sage ich mal, ist es ja schon ganz in Ordnung. Wir sagen, es ist eine verdammt Pflicht der Regierung, diese Dinge vorzulegen.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Richtig.)

Es ist Regierungshandeln und nicht Sache des Parlaments. – Vielen Dank.

(Beifall Dr. Ulrich Born, CDU,
und Renate Holznagel, CDU)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Danke schön, Herr Abgeordneter.

Es hat jetzt das Wort für die Fraktion der PDS der Abgeordnete Herr Walther. Bitte schön.

Gerd Walther, PDS: Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Gemäß dem Ihnen vorliegenden Antrag sehen wir die Notwendigkeit der Überprüfung der Jugendhilfestrukturen in unserem Land. Hintergrund ist wie bei vielen anderen Themen leider wiederum, dass die Finanzmasse auch für die Förderung der Jugendhilfe vor Ort abnimmt, nicht so sehr, was die Landesförderung angeht, die Mittel des Landes für die Pro-Kopf-Förderung der 10- bis 26-Jährigen stehen fest, aber wir wissen alle, dass die öffentlichen Träger der Jugendhilfe ihre Kofinanzierung in den letzten Jahren immer mehr zurückgefahren haben und sich oft nur noch an der Mindestgrenze dessen, was sie leisten müssen, aufhalten.

Anhand der Überprüfungsergebnisse wollen wir Hindernisse bei der Jugendhilfe vor Ort aufzeigen, um sie abbauen zu können. Wir wollen Mitbestimmungsrechte der Jugendlichen stärken und wir wollen die Fachlichkeit, man kann sie auch Professionalisierung nennen, als Maßstab für die künftige Vergabe festziehen. Und auch über eines müssen wir uns verständigen, nämlich wie sich die demographische Entwicklung auf die Angebote der Jugendhilfe auswirkt. Dass Demographie allein kein umfassendes Bild der Bedingungen vor Ort zeichnet, das wissen wir auch aus anderen Bereichen der Sozialpolitik. Das Schlagwort Flächenfaktor als Anerkennung schwieriger Bedingungen in dünn besiedelten ländlichen Gebieten sei hier als ein Punkt für strukturelles Nachdenken genannt.

Tabus soll es bei den Überlegungen nicht geben und so steht auch die Rolle des Landesjugendamtes auf dem Prüfstein. Eine teilweise Herauslösung von Aufgaben ist durchaus denkbar mit der Maßgabe der Kommunalisierung dieser Teilbereiche.

Sie können dem Antrag entnehmen, dass wir ein ressortübergreifendes Kinder- und Jugendprogramm zur Verbesserung der Qualität der Kinder- und Jugendarbeit befürworten. Für uns, die Vertreter der PDS-Fraktion, kann ich sagen, dass wir an dieser Stelle weitergehende Vorstellungen hatten und daher erhoffen, dass die Analyse der vorhandenen Jugendhilfestrukturen aufzeigt, was auch in dieser Hinsicht nötig ist und möglich sein kann. Als Vorsitzender eines Trägers der freien Jugendarbeit würde ich mich beispielsweise sehr darüber freuen, wenn am Ende dieser Analyse geschrieben steht, dass wir ein Feststellenprogramm für die freie Jugendarbeit favorisieren. Ich weiß allerdings auch, dass die dafür nötigen finanziellen Voraussetzungen alles andere als günstig sind. Deshalb sind wir aufgerufen, gerade den ressortübergreifenden Ansatz verstärkt zu betrachten.

(Beifall Angelika Gramkow, PDS)

Es wäre beispielsweise die Ausdehnung des bestehenden Programms für Jugend- und Schulsozialarbeit auf die freie Kinder- und Jugendarbeit möglich. Hier müssten wir uns gegebenenfalls im Sinne einer Modifizierung der Landesinitiative engagieren. Aber auch da gebe ich Herrn Glawe in dem Punkt gerne Recht. Ich setze dabei nicht automatisch auf den zweiten Arbeitsmarkt. Ich bin mir schon sicher, dass wir, gerade was die Qualität und auch die Professionalisierung der Jugendarbeit angeht,

(Harry Glawe, CDU: Die anderen
Ressorts werden Ihnen kein Geld geben.)

andere Formen finden können, und auch deshalb die erwähnte Modifizierung der Landesinitiative, die das mög-

lich machen könnte. „Könnte“ wohlgermerkt – da müssten dann alle an einem Strang ziehen.

Viel mehr könnte man heute des Weiteren benennen, aber ich glaube, das Grundanliegen des Antrages ist verständlich und wir sollten uns auf die inhaltliche Debatte,

(Harry Glawe, CDU: Es sei denn,
Sie schließen eine der Universitäten.)

die Feinarbeit nach Vorliegen der Prüfungsergebnisse konzentrieren. Die PDS-Fraktion stimmt dem vorliegenden Antrag einstimmig zu. – Danke.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Danke schön, Herr Abgeordneter.

Es hat jetzt noch einmal das Wort der Abgeordnete Herr Brodkorb für die Fraktion der SPD. Bitte schön, Herr Abgeordneter.

Mathias Brodkorb, SPD: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Für gewöhnlich wird in diesen Tagen der Mangel an öffentlichen Geldern beklagt, so auch in der Kinder- und Jugendpolitik. So bedauerlich unser enger finanzieller Spielraum auch sein mag, er bedeutet aus meiner Sicht eine große Chance, denn in Zeiten knapper Kassen stehen Politik und Verwaltung viel stärker als sonst unter dem Druck, die Verausgabung öffentlicher Mittel anhand fachlicher und qualitativer Anforderungen zu vollziehen. So merkwürdig es also vielleicht auf den ersten Blick klingen mag, Finanznot kann auch zu einer Steigerung der Qualität der Arbeit führen. Einen zwingenden Zusammenhang gibt es hier natürlich dennoch nicht.

Um aber zur Finanzausstattung der Kinder- und Jugendpolitik doch noch etwas zu sagen: Im bundesweiten Vergleich muss sich Mecklenburg-Vorpommern keinesfalls verstecken. Das Land verausgabte im Jahr 2003 nach Haushaltsansätzen 3,03 Euro je Einwohner, während der Durchschnitt aller Länder bei 3,09 Euro und der Durchschnitt der westlichen Bundesländer bei 2,86 Euro liegt. Wir erreichen also im Länderdurchschnitt 98 Prozent und im Vergleich mit den westdeutschen Bundesländern 106 Prozent der jeweiligen Durchschnittsausgaben. Rechnet man außerdem hinzu, dass Mecklenburg-Vorpommern im Bereich der Versorgung mit Kindertageseinrichtungen bundesweit im Spitzenfeld liegt, verbessert sich diese Bilanz noch einmal deutlich.

Meine Damen und Herren, es kann sicher nicht schaden, in diesem Hohen Hause auch einmal aus der Bibel zu zitieren. Und zwar geht es mir um Matthäus 13, Vers 12, in dem Jesus sagt: „Denn wer da hat, dem wird gegeben, daß er die Fülle habe; wer aber nicht hat, dem wird auch das genommen, was er hat.“ Diese als Matthäus-Effekt weithin bekannte Logik spielt in zahlreichen politischen Bereichen eine zentrale Rolle,

(Heiterkeit bei Sigrid Keler, SPD: Da gibt es aber auch andere merkwürdige Sprüche.)

so auch im Bereich der Sozialpolitik. Dabei ist gar nicht überraschend, dass es hierzu gekommen ist. Die freie Jugendarbeit unterliegt eben nicht dem staatlichen Dirigismus und ist freiwillig. Nur dann, wenn sich private Träger bereit finden, im Auftrage des Staates eine gewisse Aufgabe zu erledigen, können Angebote der freien Jugendarbeit entstehen. Das Ergebnis hiervon ist, dass in starken und gesicherten Sozialräumen mehr Initiativen

entstehen als in solchen, die es eigentlich nötiger hätten. Arbeitslosigkeit und soziale Schieflagen verursachen also einen höheren Bedarf an Sozialpolitik, deren Rahmen freiwilliger Angebote aufgrund des Matthäus-Effekts meist aber gerade nicht gedeckt wird.

Nun gibt es mindestens zwei unterschiedliche Auffassungen darüber, was die Aufgabe der Landesebene im Bereich der Sozialpolitik, aber auch in anderen Politikbereichen sein sollte. Es gibt einerseits die traditionelle Auffassung, dass die Landesebene dafür zuständig sei, Einrichtungen von überregionaler oder Landesbedeutung zu fördern. Diese Auffassung führt aufgrund der beschriebenen sozialräumlichen Disparitäten allerdings dazu, dass der Matthäus-Effekt verstärkt oder zumindest nichts gegen ihn getan wird. Ich möchte dem daher eine andere Auffassung darüber entgegenstellen, wofür die Landesebene im Bereich der Kinder- und Jugendpolitik hauptsächlich zuständig sein sollte.

Wie Sie wissen, geht unser Grundgesetz von dem Grundsatz vergleichbarer Lebensverhältnisse aus. Als eine Konsequenz hiervon ist im Artikel 107 der Finanzausgleich der Länder geregelt. Überträgt man diesen Grundsatz auch auf die Landespolitik, dann steht nicht so sehr die Förderung von Einrichtungen mit landesweiter Bedeutung, also zum Beispiel die Förderung von Landesverbänden im Vordergrund, sondern möglichst die Beseitigung sozialräumlicher Ungleichgewichte. Dieses bedeutet vor allem, dass der Matthäus-Effekt durch geeignete Instrumente umgekehrt werden muss. Wer wenig hat und daher vieler Dinge bedarf, muss auch mehr erhalten. Wer hingegen weitgehend aus eigener Kraft sein Leben meistert, bedarf auch einer geringeren Unterstützung.

„Die Wahrheit ist konkret“, habe ich in diesen Tagen von der CDU-Vorsitzenden Merkel gelernt.

(Zuruf von Torsten Koplin, PDS –
Siegfried Friese, SPD: Das hat Lenin schon gesagt. – Heiterkeit bei Dr. Margret Seemann, SPD)

Deshalb möchte ich meine Überlegungen an einem konkreten Beispiel veranschaulichen.

Wenn man die einzelnen Maßnahmen der freien Jugendarbeit im Bereich des Sozialministeriums im Jahr 2003 einmal regional hochrechnet, ergibt sich folgendes Bild: Greifswald erhält etwa 2,6 Prozent aller Leistungen, Demmin 0,2 Prozent und Nordwestmecklenburg 5,4 Prozent. Nach Schwerin hingegen fließen knapp 45 Prozent aller Gelder. Natürlich darf man aus diesen Zahlen keine vorschnellen Schlüsse ziehen. Sie sind vor allem verursacht aufgrund der Tatsache, dass das Land bisher Projekte von Landesbedeutung, also vor allem auch Landesverbände fördert. Aber diese Praxis führt eindeutig zu diesem beschriebenen Matthäus-Effekt.

Wie könnte eine sozial gerechtere Kinder- und Jugendpolitik aussehen, die das Geld auch dorthin gibt, wo es am nötigsten gebraucht wird? Aus meiner Sicht sollte das Land die Einführung so genannter Sozialraumbudgets für die freie und öffentliche Kinder- und Jugendarbeit prüfen. Beispielsweise könnten die derzeit zur Verfügung stehenden Gelder folgendermaßen verteilt werden: Zunächst sollten etwa 30 Prozent der Mittel auch weiterhin für Projekte und Einrichtungen mit überregionaler oder landesweiter Bedeutung reserviert werden. Es lässt sich nicht bestreiten, dass hier ein gewisser sinnvoller Bedarf besteht. 50 Prozent aller Mittel könnten dann anhand der

Kinder- und Jugendlichenzahlen in den einzelnen regionalen Sozialraumbudgets verteilt werden. Jeder Landkreis und jede kreisfreie Stadt würde dann beim Land über ein eigenes Sozialraumbudget verfügen, über das anhand der aktuellen Richtlinien und Förderprogramme weiterhin auf Basis der Freiwilligkeit verfügt werden könnte. Die restlichen 20 Prozent aller Mittel hingegen sollten strikt nach sozialräumlichen Kriterien verteilt und zur Aufstockung der Sozialraumbudgets verwendet werden. So könnten beispielsweise diese 20 Prozent der Mittel anhand der Arbeitslosenquote in den Landkreisen und kreisfreien Städten verteilt werden. Ich würde vorschlagen, dass die 20 Prozent ausschließlich unter denjenigen Landkreisen und kreisfreien Städten verteilt werden, deren Arbeitslosenquote über dem Durchschnitt des Landes liegt. Regionen mit unterdurchschnittlicher Arbeitslosigkeit würden an diesen zusätzlichen Mitteln also nicht partizipieren.

Dieses Modell des Sozialraumbudgets wäre aus meiner Sicht ein sozial gerechtes und für die Landesentwicklung daher zuträglicheres Instrument der Kinder- und Jugendpolitik als die derzeitige Realisierung des Matthäus-Prinzips. Natürlich wäre ein solcher Umbau mit deutlichen Veränderungen verbunden. Dies scheint mir aber notwendig, wenn die Sozialpolitik im Land ihrem Anspruch auf soziale Gerechtigkeit, auf Ausgleich sozialer Ungleichgewichte und auf Erhalt des gesellschaftlichen Zusammenhalts gerecht werden möchte.

Dieser Vorschlag wird vermutlich eine Hauptkritik nach sich ziehen. Die Einführung regionaler Sozialraumbudgets könnte mit dem Prinzip der Freiwilligkeit kollidieren. Es mag ja sozialpolitisch wünschenswert sein, mehr Geld zum Beispiel nach Demmin zu geben, aber wenn die Gelder niemand abrufen, wäre nicht viel gewonnen.

Gerade deshalb, meine Damen und Herren, finden Sie in unserem Antrag auch den deutlichen Hinweis auf eine stärkere Kooperation zwischen der Landes- und der kommunalen Ebene. Natürlich käme es beim Modell der Sozialraumbudgets ganz entscheidend darauf an, dass das Sozialministerium eng mit den kommunalen Jugendamtsleitern kooperiert und die Jugendamtsleiter eine Leitfunktion für die Verausgabung der Sozialraumbudgets in ihrer Region übernehmen. Wenn dieses richtig organisiert wird, könnten daher aus meiner Sicht die möglichen Bedenken ausgeräumt werden.

Die Konzeption der Sozialraumbudgets hat eine weitere wesentliche Konsequenz. Die Kinder- und Jugendhilfe hatte von Anfang an einen ambivalenten Charakter. Sie konnte sich nie so richtig entscheiden, ob sie vorwiegend Anlaufstelle für Problemkinder oder Angebot für alle Kinder und Jugendlichen sein sollte und wollte. Sie beanspruchte daher stets, beides zu sein – Hilfestation für besonders bedürftige Kinder und Jugendliche, aber auch selbstverständliche Begleiteinrichtung in den Sozialisationsprozessen der Kinder und Jugendlichen. Dieser ambivalenten Zielstellung wurde die Kinder- und Jugendhilfe aber wahrscheinlich nie so richtig gerecht. Eine Studie der Universität Rostock aus dem Jahr 1998 hat für die Hansestadt Rostock gezeigt, dass die Kinder und Jugendlichen selbst die regionalen Angebote der Kinder- und Jugendhilfe zu 75 bis 95 Prozent nie in Anspruch nehmen.

Auch der 11. Kinder- und Jugendbericht der Bundesregierung bestätigt, dass eine absolute Mehrheit der Kinder

und Jugendlichen keine Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe, insbesondere der freien Jugendarbeit, besucht. Die Einführung von Sozialraumbudgets würde auch in dieser Frage zu einer gewissen Akzentuierung führen. Zwar würde der universalistische Anspruch der Kinder- und Jugendhilfe nicht grundsätzlich in Frage gestellt, aber es würde wohl doch zu einer stärkeren Hinwendung zu Kindern aus benachteiligten Familien – aus sozialen oder aus anderen Gründen – führen. Angesichts der vor uns stehenden gesellschaftlichen Entwicklung, angesichts der zunehmenden sozialen Spaltung unserer Gesellschaft und angesichts der knapper werdenden öffentlichen Mittel halte ich persönlich eine solche Akzentuierung allerdings für sinnvoll und gerechtfertigt. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Danke schön, Herr Abgeordneter.

Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich schließe damit die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der Fraktionen der SPD und PDS auf der Drucksache 4/808. Wer diesem Antrag zustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke schön. Die Gegenprobe. – Danke schön. Stimmenthaltungen? – Damit ist der Antrag der Fraktionen der SPD und PDS auf Drucksache 4/808 mit Zustimmung der Fraktionen der SPD und PDS bei Gegenstimmen der Fraktion der CDU angenommen.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 22:** Beratung des Antrages der Fraktionen der PDS und SPD – Entschließung zur Einrichtung eines Zentrums zur Sicherung der Qualität in der Medizin der Bundesrepublik Deutschland in Mecklenburg-Vorpommern, Drucksache 4/811. Hierzu liegt Ihnen ein Änderungsantrag der Fraktion der CDU auf der Drucksache 4/843 vor.

**Antrag der Fraktionen der PDS und SPD:
Entschließung zur Einrichtung eines Zentrums
zur Sicherung der Qualität in der Medizin
der Bundesrepublik Deutschland
in Mecklenburg-Vorpommern
– Drucksache 4/811 –**

**Änderungsantrag der Fraktion der CDU
– Drucksache 4/843 –**

Das Wort zur Begründung des Antrages hat der Abgeordnete Herr Koplin von der Fraktion der PDS. Bitte schön, Herr Koplin.

Torsten Koplin, PDS: Danke schön, Herr Präsident.

Sehr geehrte Damen und Herren, um eine Brücke zwischen der Entschließung zu einem zukunftsfähigen Gesundheitswesen von heute Morgen und dem jetzt zur Debatte anstehenden Antrag zu bauen, will ich so beginnen: Eine Diskussion, die sich bislang nur mit Beitragssätzen, Vorsorgezwang und Renteneintrittsalter, also letztlich nur mit der Veränderung von Geldflüssen zwischen und innerhalb der Generationen beschäftigt, eine Diskussion, die den Wert einer Gesundheitsreform nur an Beitragszehntelprozenten misst, ist schon jetzt nicht mehr auf der Höhe der Zeit.

All diese und zumal ideologisch geprägten Diskussionen von „überbordenden sozialen Leistungen“, von Unbezahlbarkeit „lieb gewordener Annehmlichkeiten“, von ausufernden Subventionen et cetera unterschlagen einen

Tatbestand, nämlich den, dass all das ökonomisch selbstverständlich leistbar ist, denn die ständig steigende Arbeitsproduktivität macht wachsenden Ertrag bei geringerem Einsatz sehr wahrscheinlich. Die Frage besteht allerdings, wohin die Gewinne fließen und wozu sie dienen. Und ich denke schon, dass eine richtige Entscheidung sein kann, nicht unerhebliche Mittel für ein Institut für Qualität und Wirtschaftlichkeit in der Medizin einzusetzen. Vom geplanten Institut sollen, so die Bundesgesundheitsministerin, eine der ersten Verlautbarungen dazu ihrerseits, Bürgerinnen und Bürger verständliche Auskünfte über Ärzte, Behandlungsmethoden oder Medikamente bekommen.

Es ist wohl keinem unbekannt, dass jeder Kranke auf der Suche nach Heilung ein Lied davon singen kann, dass es nicht immer einfach ist, den richtigen Arzt und die beste Therapie zu finden. Doch liegen die Gründe nicht auch darin, dass ein unübersichtliches System viel besser geeignet ist, mit allen möglichen Methoden Geld zu verdienen, auch mit denen, die unwissenschaftlich und unwirtschaftlich sind? Wäre es anders, hätten wir längst Tausende von Medikamenten weniger und es gäbe vielleicht sogar Ärzte- und Therapieempfehlungen der Standesorganisationen der Medizinerinnen und Mediziner.

(Harry Glawe, CDU: Gibt es.)

Sieht man sich all die Internetportale, die zufälligen Empfehlungen in Zeitschriften oder die angeblichen Fachgesellschaften an, so macht ein Qualitätsinstitut durchaus Sinn. Angedacht war bekanntlich, dass die Partnerinnen und Partner der Selbstverwaltung eine vom Staat unabhängige Stiftung für Qualität und Wirtschaftlichkeit gründen mit einem unabhängigen wissenschaftlichen Institut. Dieses soll den Wissensstand zu diagnostischen und therapeutischen Verfahren bei ausgewählten Krankheiten bewerten, Gutachten erstellen und Leitlinien für die wichtigsten Erkrankungen, auch für die so genannten Volkskrankheiten bewerten. Das sind Leistungen, meine Damen und Herren, für die es in Mecklenburg-Vorpommern sehr gute Voraussetzungen gibt mit seinen Hochschulen und Persönlichkeiten, die aufgrund ihrer Kenntnisse und Fähigkeiten hierzu prädestiniert sind. Mein Kollege Herr Dr. Bartels wird zu diesen Aspekten nachher noch nähere Ausführungen machen.

Als PDS-Fraktion sehen wir die Möglichkeit, mit Hilfe eines solchen Instituts die Versorgung qualitativ zu verbessern. Wir reden nicht einer falsch zu verstehenden Effizienz das Wort, sondern, wie im Entschließungstext nachzulesen, einer erhöhten Wirksamkeit, wovon Patientinnen und Patienten profitieren sollen. Wenn von Qualität in der Gesundheitsversorgung die Rede ist, dann meinen wir auch zuverlässiges Qualitätsmanagement, praxisbezogene Leitlinien und Standards der Krankenbehandlung, überprüfbare ärztliche Weiterbildung und die Verbindung von ambulanter und stationärer Versorgung.

Wir denken an dieser Stelle auch an den Moloch Arzneimittelmarkt, sehr geehrte Damen und Herren, wie Norbert Blüm ihn jüngst bezeichnete. Nach wie vor werden zu viele neue Medikamente verschrieben, die teurer, aber nicht wirksamer als herkömmliche Mittel sind. Das verdeutlicht der Arzneiverordnungs-Report des Jahres 2003, der vor etwa zehn Tagen in Berlin vorgestellt wurde. Danach sind Arzneimittel inzwischen der zweitgrößte Kostenblock in der mit einem Milliardendefizit kämpfenden Gesetzlichen Krankenversicherung. Zum Anstieg hät-

ten vor allem teure Analogpräparate ohne therapeutischen Zusatznutzen beigetragen. Die Autorinnen und Autoren betonen, dass ohne Qualitätsverluste in der medizinischen Behandlung rechnerisch 4,1 Milliarden Euro eingespart werden könnten.

Wäre die dringend benötigte Positivliste auf den Weg gebracht, wäre sehr vieles zu gewinnen gewesen, wenn auch nicht für die Pharmakonzerne, das gebe ich zu, jedoch für die Patientinnen und Patienten allemal. Die finanzielle Bürde, die Versicherte und Kranke übergeholfen bekommen sollen, wäre nicht notwendig. Ich nenne in diesem Zusammenhang nur einige Prozentzahlen: 80 Prozent aller Arzneimittel haben keinen Heilnachweis. Mit einem Plus von 13 Prozent im Jahre 2002 schreibt keine Branche so hohe Gewinne wie die Pharmaindustrie. 44 Prozent der Ausgaben im Gesundheitswesen verschwinden in der Pharmaindustrie, die ja auch so weit geht, neue Krankheiten zu erfinden. Ich muss aber eine Einschränkung machen aus einem Anlass, dass sich zum Beispiel das Riemser Arzneimittelwerk an mich gewandt und darauf hingewiesen hat, dass in der Pharmabranche – selbstverständlich gehört das zu einer seriösen Einbringung dazu, darauf hinzuweisen, dass Pharmakonzern nicht gleich Pharmakonzern ist – durchaus Unternehmen, kleine mittelständische Unternehmen am Markt zu kämpfen haben.

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Aber auch grundsätzlich aus dieser Sicht heraus sollte das Institut eine wichtige Aufgabe darin sehen, eine tatsächliche Nutzenbewertung der Medikamente vorzunehmen. Damit entstünde für die Kassen, die Ärzte sowie Patientinnen und Patienten eine wichtige und verlässliche Orientierungsgröße und man käme der Forderung nach mehr Transparenz und nach industrieunabhängigen Informationen entgegen.

Ich betone nochmals: Im Mittelpunkt sollte nicht die Kostenfrage stehen, sondern auf jeden Fall ein solidarisches Gesundheitssystem, denn jede und jeder Einzelne kann in eine Situation geraten, in der sie und er von der Solidarität der anderen abhängig wird. Damit, so meine ich, sollte sich eine der neuen Leitlinien befassen, denn außer den Kosten-Nutzen-Analysen für Medikamente gehört zum Beispiel auch dazu das Erstellen von Therapieleitlinien für die großen Volkskrankheiten, von denen ja etliche gesellschaftliche soziale Ursachen haben, zumindest, was ihre zunehmende Häufigkeit betrifft.

Um einige Beispiele zu nennen: Da ist die Volkskrankheit Nummer eins Depression – eine schwere, oft lebensbedrohliche Krankheit. Allein in Deutschland leiden etwa vier Millionen Menschen daran. 15 Prozent aller Menschen mit schweren Depressionen begehen Selbstmord, so einige Expertengutachten. Das sind rund 12.000 Suizide. Bei Verkehrsunfällen kommen 8.000 Menschen ums Leben. Das zeigt einmal die Dimension, die hier zu verzeichnen ist.

Oder nehmen wir die neue Volkskrankheit Allergie. Vor 70 oder 80 Jahren litten lediglich ein bis zwei Prozent zum Beispiel an Heuschnupfen. Heute sind es bereits zwölf Prozent der Bürgerinnen und Bürger. Immer häufiger sind Kleinkinder und sogar Säuglinge betroffen. Ein Viertel der Bevölkerung reagiert inzwischen allergisch, sei es auf Pollen, Hausstaub, Milch, Gewürze, Wespen, Bienen, Penicillin, Haare oder Metalle.

Als Drittes nenne ich den Diabetes. Neben dem Diabetes Typ I mit einem Anteil von etwa fünf Prozent, was circa 20.000 Erkrankte ausmacht, sind etwa vier Millionen Deutsche vom Diabetes Typ II betroffen. Bei vermutlich 800.000 weiteren Bürgerinnen und Bürgern ist dies noch nicht erkannt, sagen ernst zu nehmende Expertinnen und Experten, weil anfangs kaum Beschwerden auftreten.

(Harry Glawe, CDU: Diabetes mellitus.)

Trotzdem können bereits Blutgefäße, Augen, Nieren und Nerven geschädigt sein. Was diese Zuckerkrankheit auch so gefährlich macht, sind mögliche Folgekrankheiten, die einen Herzinfarkt oder einen so genannten Brand im Fuß oder Bein verursachen oder aber zu Erblindung und Nervenschäden führen.

Weitere Volkskrankheiten wären zu nennen, wie die Osteoporose, von der sieben Millionen Menschen in Deutschland betroffen sind, oder die Schuppenflechte, der Rückenschmerz oder Asthma.

In eine der vorstellbaren Leitlinien müssten Präventions- und Reha-Maßnahmen durch Sport aufgenommen werden. Schätzungen zufolge bewegen sich zwischen 66 bis 75 Prozent der Bürgerinnen und Bürger zu wenig. Rückenschmerzen oder Herzkrankheiten sind die Folge. Bewegungsmangel führt zu den häufigsten und teuersten Zivilisationskrankheiten.

Eine weitere Leitlinie sollte sich mit dem Gesundheitszustand besonders gefährdeter Menschen befassen. Ich denke zum Beispiel an die medizinische Versorgung von Obdachlosen, für die die Gesundheitsreform eine Verschlechterung hervorrufen könnte, wenn ich da nur an die Einführung von Fallpauschalen denke. Wir haben ja dazu auch einige Ausführungen im Sozialausschuss in der Anhörungsreihe seit Januar dieses Jahres gehört.

(Harry Glawe, CDU: Was soll denn das?)

Wohnungslose und sozial ausgegrenzte Menschen hätten kaum die Möglichkeit, eine tatsächliche Ausheilung nach einem Krankenhausaufenthalt zu erreichen. Hinzu kommt, dass Obdachlose häufig an mehreren Erkrankungen gleichzeitig leiden. Das künftige Institut sollte seine Aufgaben auch in diesem Sinne als soziale Entwicklung diagnostizierend verstehen.

Es darf also in der Tat nicht primär um Fiskalisches gehen. Im Gesundheitswesen muss der Patient zählen, nicht nur noch die gesunde Bilanz der Unternehmungen. – Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Danke schön, Herr Koplin.

Im Ältestenrat wurde eine Aussprache mit einer Dauer von bis zu 45 Minuten vereinbart. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen.

Als Erste hat um das Wort gebeten die Sozialministerin des Landes Frau Dr. Linke. Bitte schön, Frau Ministerin, Sie haben wieder das Wort.

Ministerin Dr. Marianne Linke: Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren Abgeordnete! Die Gesundheitsreform in Gestalt des GKV-Modernisierungsgesetzes hat am 26. September den Bundestag in Erster Lesung passiert und ich gehe davon aus, dass es nun wahrscheinlich doch wesentliche Ände-

rungen nicht mehr geben wird, so dass ich sagen kann, dass der Ihnen vorliegende Entschließungsantrag eine im Gesetzentwurf formulierte Absicht beinhaltet, die die Landesregierung und die sie tragenden Parteien sehr begrüßen.

Es handelt sich um das im Paragraphen 139 a fixierte Institut für Qualität und Wirtschaftlichkeit im Gesundheitswesen. Diese Einrichtung soll als ein fachlich unabhängiges rechtsfähiges wissenschaftliches Institut errichtet werden, dessen Träger der gemeinsame Bundesausschuss der Ärzte- und Krankenkassen sein soll. Hierzu kann eine Stiftung des privaten Rechts errichtet werden. Finanziert werden soll das Institut durch die Vertreter der Leistungserbringer, also der Ärzte und der Spitzenverbände der Krankenkassen je zur Hälfte.

Die Begründung des Gesetzentwurfes hebt insbesondere auf die Gewährleistung des dynamischen Prozesses der Fortentwicklung der medizinischen und der pflegerischen Leistungen ab. Ein Beteiligungsrecht des Bundesministeriums für Gesundheit und soziale Sicherung wird eingeräumt. Im Übrigen soll aber die Unabhängigkeit des Instituts gewährleistet bleiben.

(Harry Glawe, CDU: Sehr richtig.)

Ja, das habe ich gerade deshalb gesagt. Es ist also ein unabhängiges Institut.

(Harry Glawe, CDU: Jawohl.)

Ein solches Institut, das sowohl, Herr Glawe, dem Qualitäts- als auch dem Wirtschaftlichkeitsgebot verpflichtet ist, stellt ein Novum für das deutsche Gesundheitswesen dar.

Bezüglich des Erfordernisses eines derartigen Institutes beziehe ich mich ausdrücklich auf die hier von Herrn Koplin in der Einbringungsrede ausgeführten Erörterungen. Die Einrichtung und Ausgestaltung der Arbeitsweise des Instituts erfordern gemeinsame Bemühungen der Leistungserbringer und der Kostenträger. Sie in diesen Bemühungen zu unterstützen ist Anliegen der Landesregierung von Mecklenburg-Vorpommern.

Wir empfehlen den Einrichtungsbeteiligten, das Institut in unserem Bundesland, und zwar am Standort Greifswald zu gründen. Dieser Empfehlung liegen folgende Gesichtspunkte zugrunde. Greifswald bietet mit seiner Universität ausgewiesene wissenschaftliche Disziplinen, vor allem in der Medizin, aber auch in den Wirtschaftswissenschaften, die mit dem künftigen Institut kooperieren sollten. Insbesondere die langjährigen Erfahrungen in der evidenzbasierten Community Medicine bieten ein breites Feld von Anknüpfungspunkten zum Auftrag des Institutes. Die wechselseitige Beeinflussung medizinischen Fortschritts und ökonomischer Effizienz kann zu neuen interessanten universitären Forschungsansätzen führen. Da die Beurteilung des Fortschritts neben den medizinischen Wirkungen und Nebenwirkungen auch nicht medizinische Risiken während des Fortschrittsprozesses einbeziehen muss, sind die hierfür angewandten Verfahren ständig zu evaluieren, und hier ist auch eine Kooperation mit der Universität außerordentlich vorteilhaft.

Mir scheint, dass bei derartigen Prozessen insbesondere auch der Präventionsaspekt stärker berücksichtigt werden sollte. Die Wissenschaftsfelder Kuration, Rehabilitation, aber auch Palliation werden ständig bearbeitet. Wenn es gelänge, dem wissenschaftlichen Anspruch an

Prävention in der Zukunft stärkeres Gewicht zu verleihen, würde das mittel- und langfristig mit Sicherheit die Folge-sektoren der Heilung und der Nachsorge medizinisch und damit natürlich auch finanziell die gesetzlichen Krankenkassen entlasten.

Beiträge dazu erwarte ich auch von dem neu zu gründenden Institut für Qualität und Wirtschaftlichkeit im Gesundheitswesen. Die Ansiedlung einer solchen wissenschaftlichen Institution wäre geeignet, den Forschungsstandort Greifswald, das Land Mecklenburg-Vorpommern, aber natürlich auch die Forschungsleistungen der neuen Länder zu würdigen und zu stärken. Lassen Sie uns deshalb gemeinsam weiterhin initiativ werden, um den Bundesausschuss für Ärzte und Krankenkassen sowie das Bundesministerium für Gesundheit und soziale Sicherung von der Eignung des Standortes Greifswald zu überzeugen. – Vielen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der PDS
und einzelnen Abgeordneten der SPD)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Danke schön, Frau Dr. Linke.

Es hat jetzt um das Wort gebeten der Minister für Bildung, Wissenschaft und Kultur des Landes Professor Dr. Metelmann. Bitte schön, Herr Minister, Sie haben das Wort.

Minister Dr. Dr. Hans-Robert Metelmann: Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordnete! Die Einrichtung eines derartigen Institutes für Qualitätssicherung in der Medizin entspricht ja einer viele Jahre alten Forderung, nicht nur des Medizinischen Fakultätentages der Hochschulen, sondern auch der Bundesärztekammer, des Hartmannbundes und des Marburger Bundes. Der Grundgedanke der Einrichtung ist also nur mitzutragen, ein wunderbares Instrument, was wir wirklich in der Medizin brauchen.

Es ist auch gar keine Frage – und Frau Dr. Linke hat es mit vielen Details ausgeführt –, dass unser Land und insbesondere die Universität Greifswald dafür ein ausgezeichneter Standort wären. Ich denke nicht nur an das Stichwort Community Medicine. Ich denke auch an die große Gesundheitsstudie „Gesundheit in Mecklenburg-Vorpommern“,

(Harry Glawe, CDU: Vorpommern!)

Pardon, Vorpommern, genau. Stichprobenartig bei 15.000 Menschen die Gesundheitsdaten erfasst, gut verteilt: Männer, Frauen, Junge, Alte aller möglichen Berufe. Eine derartige Studie gibt es in ganz Europa nicht noch einmal. Die Lehrstühle sind angesprochen worden, die Kooperationen, das ist alles wunderbar.

Trotzdem, wenn wir das wirklich erfolgreich machen wollen – und ich gehe davon aus, dass wir das wirklich alle wollen –, dann müssen wir auch sehen, dass das kein Selbstläufer ist. Es gibt vier Problempunkte, die wir ansprechen müssen.

Erster Problempunkt: In dem Augenblick, wo wir aus den theoretischen Erarbeitungen zur Qualitätssicherung den nächsten Schritt machen wollen in Richtung klinische Studien, Fallstudien, Erprobungen einzelner Empfehlungen, werden wir in Greifswald mit dem Mangel an Patienten und dem Mangel an Hochschulbetten konfrontiert werden. Wir sind nicht geeignet für eine eigenständige Studie, die die Aussagen des ersten Schrittes in der Qua-

litätskontrollinstitution untersetzen könnte. Wir müssen also frühzeitig versuchen, wie man das bei klinischen Studien immer macht, wenn es multizentrische Studien sind, die Leitstrukturen dafür in Greifswald anzubieten. Zu dem Antrag gehört also auch, dass wir deutlich machen, es wird ohne eine Multicenterstudie nicht gehen. In der zweiten Phase der Erarbeitung müssen wir in unserem Antrag dann auch die Kompetenzen der Hochschule, was klinische Studien angeht, einbinden.

Zweites Problem, das wir lösen müssen: Wir haben das sehr auf Community Medicine basiert. Das ist auch völlig richtig, aber wir haben eine Lücke im Bereich Public Health. Public Health betrachtet die allgemeine Gesundheitssituation nicht wie Community Medicine aus der ärztlichen Perspektive, sondern aus der sozialwissenschaftlichen Perspektive. Das kommt gelegentlich zu anderen Ansätzen. Wir haben im Lande keinen Lehrstuhl, kein Institut für Public Health. Wir sind also angewiesen auf die Kooperation. Wir müssten in unseren Antrag unbedingt mit hineinbringen die Kooperation mit der Universität Lund und mit Malmö – beides ausgewiesene Zentren für den Bereich Public Health und Community Medicine, dort zusammengefasst unter dem Begriff Gesamtmedizin.

Dritter Punkt: Wir müssen davon ausgehen, dass die Ärzteverbände, die Sie ja genannt hatten, Frau Dr. Linke, in der Entscheidungssituation den Standort Mecklenburg-Vorpommern nicht präferieren. Das ist in einem ersten Kamingespräch deutlich geworden, einem Kamingespräch mit der Wissenschaftsministerin. Es gibt bestimmte Vorbehalte, die man nicht alle ganz rational ergründen kann. An dieser Stelle wäre es sicherlich hilfreich, wenn wir dann auch die guten Leistungen der beiden medizinischen Fakultäten in diesem Lande in der Ausbildung deutlich machen. Da hilft uns im Augenblick ausgesprochen, dass wir gerade wieder die frischen Ergebnisse der zentralen Prüfung der Mediziner auf dem Tisch haben. Das Institut für medizinische Prüfungsfragen in Mainz gibt immer, wenn ein Prüfungsturnus dieses, wenn man so will, Zentralprüfungssystems vorbei ist, die ersten Ergebnisse heraus. Diese sehen für uns ausgesprochen günstig aus. In der ersten ärztlichen Prüfung gehören unsere beiden medizinischen Fakultäten im Lande unter 66 Kontrahenten bundesweit zu den führenden fünf. Das müssen wir präsentieren. Das ist ein wichtiges Argument, denn wenn Qualitätskontrolle und Qualitätsentwicklung sinnvoll sein sollen, dann müssen sie frühzeitig in die Ausbildung hineingehen, da haben sie einen Multiplikatoreffekt. Junge Ärztinnen und Ärzte müssen ausgebildet werden mit dem Bewusstsein für Qualität in der Medizin.

Und der vierte Punkt ist eine Hürde, die wir überwinden müssen, und das sind schlicht und einfach die Krankenkassen. Hier gibt es erhebliche Vorbehalte gegen den derzeitigen Zustand der Universitätsklinik in unserem Lande. Man versucht kräftig, die beiden Hochschulkliniken einzudampfen. Es gibt Vorstellungen davon, dass man gut die Hälfte der Betten einsparen könnte. Das würde den Standort dann restlos ungeeignet machen für ein Qualitätsentwicklungszentrum.

Ich glaube, an dieser Stelle kann man nur argumentieren mit dem Hinweis, gerade die Krankenkassen brauchen Evidence Base Medicine – Herr Kollege, Sie haben das angesprochen –, eine Grundlage für Qualitätsentwicklung. Wir sollten die Hochschulsituation in diesem Lande und die Wissenschaftszentren, die dazugehören, nutzen, damit wir etwas beitragen können zur Qualitäts-

entwicklung in der Medizin. Und das kann nur im Interesse der Krankenkassen sein. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der PDS
und einzelnen Abgeordneten der SPD)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Danke schön, Herr Minister.

Es hat jetzt das Wort für die Fraktion der CDU der Abgeordnete Herr Glawe. Bitte schön, Herr Abgeordneter.

Harry Glawe, CDU: Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Sehr geehrte Kollegen! Der Antrag, den die PDS und die SPD auf den Weg gebracht haben, ist zumindest rechtsförmlich nicht ganz korrekt. Deswegen haben wir uns erlaubt, Änderungsanträge zu stellen. Ich möchte sie jetzt im Einzelnen nicht vortragen, Sie können sie nachlesen.

(Dr. Gerhard Bartels, PDS:
Haben wir auch schon.)

Einmal geht es darum, dass Sie den Begriff „Behörde“ darin haben. Ich denke, das kann man so nicht machen.

Die Ministerin hat vorgetragen, worum es sich handelt. Auch diese Frage ist entschieden, und zwar am 26. September im Deutschen Bundestag. Alle Parteien haben parteiübergreifend die Eckpunkte festgelegt, wie das Modernisierungsgesetz auszusehen hat, und haben dabei auf eine Schaffung einer Stiftung sowie eines Institutes für Qualität und Wirtschaftlichkeit im Gesundheitswesen hingewiesen und es festgeschrieben. Und das haben wir uns erlaubt, in Ihrem Antrag korrekt zu ändern. Ich hoffe, dass Sie damit auch umgehen können.

(Volker Schlotmann, SPD: Das können wir. –
Heiterkeit bei Dr. Gerhard Bartels, PDS:
Wir werden es mal versuchen.)

Es geht darum, obwohl die Chancen nicht groß sind – das wissen wir alle hier –, trotzdem zumindest auf der einen Seite eine gewisse Aufmerksamkeit für beide medizinische Fakultäten im Land zu schaffen. Und das, was der Minister vorgetragen hat, ist richtig, aber die entscheidende Frage ist letzten Endes so zu stellen: Wie kommen wir mit den Fallpauschalen, mit Benchmarking und mit der Gesundheitsreform, die ja vor gut einem Jahr verabschiedet worden ist, klar?

Ich hatte in der letzten Aktuellen Stunde Herrn Minister schon einmal darauf hingewiesen, dass es in besonderer Weise bei den Universitäten, also bei der Grundversorgung und damit auch bei Forschung und Lehre zu Problemen kommen kann und wird, und zwar deswegen – ich hatte damals die Zahl genannt –, weil in Rostock und in Greifswald die Fallzahldurchschnitte etwa zwischen 3.100 und 3.400 Euro pro Fall liegen. Das, was im Lande durch die Krankenkassen passieren wird, ist die Zahl, die wir ab 2006 wahrscheinlich haben werden mit Blick auf die Umsetzung, einen Durchschnittsfallwert von etwa 2.500 Euro. Das heißt, wir haben hier an den Universitäten nachher ein Finanzierungsproblem und damit auch ein Beschäftigungsproblem und, wenn man so will, in gewisser Weise ein Qualitätsproblem, weil man dann wahrscheinlich Abstriche in der medizinischen Versorgung machen muss. Man muss auch über die Zusammenlegung von einzelnen Abteilungen nachdenken. Das ist dann wieder verbunden mit der Frage nach Forschung und Lehre und wie ich mit den Studenten in der medizinischen Ausbildung umgehe. Da wir sozusagen

einen hohen Standard haben, der auch bundesweit anerkannt ist, wäre es also äußerst bedenklich, wenn wir in dieser Frage ein Problem bekommen würden.

Insgesamt will ich nur sagen: Bei den Antragstellern hätte ich mir etwas mehr Sachlichkeit und vor allen Dingen beim Umgang mit dem Gesetz, beim Abschreiben von Gesetzen –

(Dr. Ulrich Born, CDU: Sorgfalt.)

Sorgfalt, genau, danke, Herr Kollege – etwas mehr Sorgfalt bei der Formulierung des Antrages gewünscht. Wir haben deswegen den Änderungsantrag gestellt. Wenn Sie unserem Änderungsantrag zustimmen können, werden wir auch dem Antrag zustimmen.

(Heiterkeit bei Dr. Gerhard Bartels, PDS:
Das ist aber Erpressung, Herr Kollege!)

Ich denke, das, was wir machen können, haben wir dargelegt. Frau Ministerin hat ja auch den Lapsus, den Sie sozusagen begangen haben, vor etwa zwei Stunden in einer Presseerklärung richtig gestellt. So viel, Herr Koplin, zu Ihrem Antrag. – Vielen Dank.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der
CDU, PDS und Volker Schlotmann, SPD)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Danke schön, Herr Glawe.

Es hat jetzt das Wort für die Fraktion der SPD der Abgeordnete Herr Dr. Nieszery. Bitte schön, Herr Abgeordneter.

Dr. Norbert Nieszery, SPD: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Nach so viel geballter ministerieller Kompetenz bleibt einem als normaler Abgeordneter nur noch wenig zu sagen zu dem Thema, ob wir das Institut hier in Mecklenburg-Vorpommern ansiedeln oder nicht. Die klare Aussage der SPD-Fraktion ist: Wir unterstützen jede Maßnahme, die dazu führen wird, dieses Institut in Mecklenburg-Vorpommern anzusiedeln. Besonders sympathisch ist Ihr Vorschlag, Frau Ministerin, es in Greifswald anzusiedeln. Auch in Anbetracht des heutigen Debattenverlaufes kann jetzt wohl niemand mehr sagen, für Vorpommern werde von Seiten der Landesregierung nichts mehr getan. Wir werden diesem Antrag und auch dem Änderungsantrag zustimmen. – Vielen Dank.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten
der SPD und Harry Glawe, CDU)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Danke schön.

Jetzt hat das Wort für die Fraktion der PDS der Abgeordnete Herr Dr. Bartels. Bitte schön, Herr Abgeordneter.

Dr. Gerhard Bartels, PDS: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich denke mal, dass im Wesentlichen alles gesagt ist. Deshalb gestatten Sie mir, nur noch zu zwei Punkten etwas zu sagen.

Zuerst muss ich auf die Bitte von Herrn Glawe reagieren und mich ausdrücklich bedanken. Sie hätten es ruhig deutlich sagen können. Der Antrag lag schon eine Weile vorbereitet vor und wir haben es verpasst, die Aktualisierung mitzukriegen. Wir sind der CDU ausdrücklich dankbar, dass sie das für uns erledigt hat, und wir werden diesem Änderungsantrag auch zustimmen, weil er sachgerecht ist.

(Heiterkeit bei Harry Glawe, CDU –
Egbert Liskow, CDU: Jawohl.)

Ich habe es vorhin schon mal gesagt: Sachgerechten und ordentlichen Anträgen stimmen wir gerne zu.

(Heiterkeit bei Torsten Koplin, PDS)

Eine zweite Sache, die ich sagen möchte – auch dazu ist schon einiges gesagt worden, gestatten Sie mir aber trotzdem, dass ich mal ein bisschen Lobbyarbeit als Hochschulpolitiker und als Greifswalder mache –, ist, ich möchte in diesem Zusammenhang einfach ein paar Punkte zitieren aus einem Brief der Medizinischen Fakultät der Universität Greifswald, unterschrieben vom damaligen ärztlichen Direktor Professor Greinacher und vom Dekan Professor Kroemer, an den Staatssekretär im Bundesministerium für Verkehr, Bau und Wohnungswesen, weil sich daraus einige detaillierte Gründe ergeben, warum Greifswald besonders geeignet sein kann und ist für die Ansiedlung dieses Instituts.

Im Punkt 1 schreiben die beiden Professoren: „Ein Institut für Qualitätssicherung in der Medizin nutzt Synergieeffekte und benötigt geringe Ressourcen, wenn eine enge universitäre Anbindung gewährleistet ist. Wichtig ist bei der universitären Anbindung allerdings, dass sich die Qualitätssicherung nicht nur an den Maßstäben des Maximalversorgers orientiert, sondern auch die besonderen Belange der allgemeinen Patientenversorgung erfasst. Unter dieser Prämisse hat Greifswald ein Alleinstellungsmerkmal unter den medizinischen Fakultäten. Durch den Forschungsschwerpunkt Community Medicine steht in Greifswald die größte epidemiologische Datenbasis zur Gesundheitsstruktur der Bevölkerung zur Verfügung und durch die Professuren für Methoden in der Community Medicine und Versorgungsforschung die entsprechende wissenschaftliche Expertise. Durch die enge Kooperation mit anderen nationalen Projekten zur Gesundheitsforschung und vor allem durch die wissenschaftliche Kooperation mit Community-Medicine-Projekten in Skandinavien – der Minister hat darauf hingewiesen – „sowie der Mc Master Universität in Kanada sind nationale und internationale Perspektiven gewährleistet.“

Im Punkt 3 ihres Schreibens weisen die Autoren auf folgenden Zusammenhang hin: „Qualitätssicherungsmaßnahmen in Verbindung mit einer Versorgungsforschung sollten hinsichtlich ihrer Effekte auf die Patientenströme überprüft werden. Wir bauen in Greifswald bereits jetzt ein Informationssystem auf, um die Patientenströme zwischen Universitätsklinikum, Krankenhäusern, der Grundversorgung und dem ambulanten Bereich nachvollziehen zu können. Seit einem Jahr bestehen intensive Gespräche mit verschiedenen Versorgern, um die Grundlagen für eine gemeinsame Datenbasis zu erarbeiten, auf der ein Lifetime medical record aufgebaut werden kann.“

Ich will dann noch auf den Punkt 6 hinweisen: „In Greifswald befindet sich derzeit ein neues Universitätsklinikum im Bau, das von seiner Struktur her einzigartig für Universitätskliniken ist. Bereits jetzt werden die Klinikstrukturen aufgelöst und Diagnostik- und Therapieeinheiten für eine interdisziplinäre Nutzung zentralisiert. Die Grundstruktur erlaubt die Einbindung von Fachärzten für die ambulante Versorgung in den Poliklinikbereich des Klinikums.“ So weit die Zitate aus diesem Brief.

Ich denke, dass wir in unserer Arbeit auf diese Dinge zurückgreifen können, um die Hürden, von denen Professor Metelmann gesprochen hat, dann auch in gemeinsamen Aktivitäten und Aktionen zu überwinden. – Danke.

(Beifall bei Abgeordneten der PDS)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Danke schön, Herr Abgeordneter.

Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich schließe damit die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung.

Ich lasse zunächst abstimmen über den Änderungsantrag der Fraktion der CDU auf Drucksache 4/843. Wer diesem Änderungsantrag zustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke schön. Die Gegenprobe. – Stimmenthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Damit ist der Änderungsantrag der Fraktion der CDU auf der Drucksache 4/843 einstimmig angenommen.

Wir kommen damit zum soeben geänderten Antrag der Fraktionen der PDS und SPD auf Drucksache 4/811. Wer diesem so geänderten Antrag jetzt zustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke schön. Die Gegenprobe. – Stimmenthaltungen? – Damit ist der Antrag der Fraktionen der PDS und SPD auf Drucksache 4/811 mit den soeben beschlossenen Änderungen einstimmig angenommen.

Ich hoffe, dass dieses einstimmige Votum des Landtages eine gute Ausgangsvoraussetzung für die Entscheidung auf Bundesebene ist.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS)

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 23:** Beratung des Antrages der Fraktionen der SPD und PDS – Erarbeitung einer neuen Förderrichtlinie „Kultur“, Drucksache 4/807.

**Antrag der Fraktionen der SPD und PDS:
Erarbeitung einer neuen
Förderrichtlinie „Kultur“
– Drucksache 4/807 –**

Das Wort zur Begründung hat die Abgeordnete Frau Voland von der Fraktion der SPD.

(Unruhe bei einzelnen Abgeordneten der SPD)

Hat denn die Fraktion der SPD zurzeit Beratungsbedarf für fünf Minuten?

(Reinhard Dankert, SPD: Wir haben Suchbedarf. – Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der SPD, CDU und PDS)

Ich unterbreche die Sitzung für zwei Minuten.

Unterbrechung: 15.44 Uhr

Wiederbeginn: 15.45 Uhr

Vizepräsident Andreas Bluhm: Meine Damen und Herren, es hat keine zwei Minuten gedauert. Die Sitzung ist wieder eröffnet und ich rufe erneut auf den Tagesordnungspunkt 23: Beratung des Antrages der Fraktionen der SPD und PDS – Erarbeitung einer neuen Förderrichtlinie „Kultur“, auf der Drucksache 4/807.

Das Wort zur Begründung hat die Abgeordnete Frau Voland. Bitte schön, Frau Abgeordnete.

Angelika Voland, SPD: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich muss mich entschuldigen, aber auch Frauen kann so etwas passieren. Der Kaffee war zu heiß, vielleicht eine Erklärung dafür.

Wenn Sie den Antrag von uns gelesen haben, dann werden einige Abgeordnete, die in der vorherigen Legislaturperiode hier gesessen haben, gesagt haben, irgendwie kommt mir dieser Antrag bekannt vor. Und ich gebe Ihnen Recht, dieser Antrag ist bekannt, denn es ist eine unendliche Geschichte. Zu dieser unendlichen Geschichte nur ganz kurz ein paar Daten als Information:

Der Antrag auf Drucksache 3/2121, am 28.06.2001 als Antrag der PDS und SPD gestellt, um die Bearbeitung oder Überarbeitung der Förderrichtlinien in Angriff zu nehmen. Nach fast einem Jahr, am 18.04.2002, lag der Bericht vor. Am 19.06.2002 ging dieser Bericht in die Beratung des Kultur- und Bildungsausschusses. So lange, meine Damen und Herren, die unendliche Geschichte. Da aber Kultur auch Kommunikation heißt und zur Kommunikation mindestens zwei Leute gehören – denn ich habe öfter mal probiert, mit meinem Computer zu reden, das funktioniert nicht –,

(Heiterkeit bei Gabriele Schulz, PDS)

würde ich ganz einfach sagen, um in irgendeiner Form diese unendliche Geschichte zu Ende zu führen, sollten wir miteinander reden. Diesen Versuch, miteinander ins Gespräch zu kommen, haben wir durch unseren Antrag am 17.06. hier in diesem Landtag wieder neu gestellt und wollten versuchen, aus anderen Ressorts übergreifend Geld für den Kulturbereich zu bekommen, weil wir gesagt haben, mit knapp einem Prozent könnten wir mal den Versuch wagen, da ja Kultur übergreifend zu fördern ist. Sie kennen den Antrag, ich brauche dazu nicht noch mal zu reden.

(Reinhard Dankert, SPD: Doch.)

Leider ist wieder Funkstille. Und ich erinnere mich sehr genau an die Ablehnung der CDU, die hier gesagt hat: Was soll dieser Antrag? Es wird nichts kommen! Deswegen, meine Damen und Herren, soll das nun keine unendliche Geschichte werden.

(Kerstin Fiedler, CDU: Richtig.)

Ich warte auf eine Antwort. Vielleicht bin ich da ein bisschen penetrant, aber ich werde immer und immer wieder nachhaken, denn ich habe gehört, als wir nachgehakt haben, die ersten Ansätze sollen im November dieses Jahres vorliegen. Das heißt, wir haben unsere Haushaltsberatung abgeschlossen und wir finden wieder keinen Pfennig mehr für Kulturarbeit in diesem Land. Wir werden einen anderen Trick machen. Vielleicht werden wir es schaffen, aus dem Wirtschaftsministerium ein bisschen Geld rauszuholen,

(Heiterkeit bei Jochen Schulte, SPD: Nee.)

weil ja Tourismus und Wirtschaft auch Kultur sind. So kann ich aber sagen, dass wir leider ein ganz konkret ...

(Reinhard Dankert, SPD:
Versprich mal nicht zu viel!)

Ich verspreche nicht zu viel, aber ich versuche es.

Ich muss dann ganz konkret sagen, dass wir dieses eben leider im Haushalt nicht berücksichtigen können. Und das heißt, nicht nur im Haushalt 2004. Wir beschließen jetzt einen Doppelhaushalt, das heißt also, für zwei Jahre werden wir kaum eine Chance haben, eine überarbeitete Förderrichtlinie auf den Tisch zu bekommen, und wir werden auch keine Chance haben, einen Pfennig mehr Geld zu bekommen durch unseren Antrag.

(Peter Ritter, PDS: Ach, seien Sie doch nicht so mutlos!)

Deshalb ist heute noch mal der Antrag drin. Und ich brauche Ihnen die zwei Zeilen, die unseren Antrag betreffen, nicht mehr vorzulesen. Wir wollen einfach bitten, dass noch mal Rechenschaft gegeben wird, dass ein Bericht rauskommt, dass der Zeitraum festgelegt wird und ich hinterher sagen kann: So, das und das müsste geändert werden, und dann werden wir das in Angriff nehmen und werden es ändern. Denn ich habe aus dieser unendlichen Geschichte einen Bericht rausgenommen, da hat Minister Kauffold am Ende 2003 gesagt:

(Ministerin Sigrid Keler: 2002.)

„Die Verbesserung der Richtlinie zur Kulturförderung in ihren Einzelaspekten wird innerhalb der Landesregierung weiter forciert und auf der Basis der Erfahrungen der Träger der Kulturarbeit in Zusammenarbeit mit der Auswertung von Verwendungsnachweisprüfungen umgesetzt. Mit Rücksicht auf den Doppelhaushalt können einige haushaltstechnische Veränderungen erst im Jahre 2004 vorgenommen werden.“ Das war die Aussage des Ministers Kauffold in der vorherigen Legislaturperiode. Man kann das Ding ja auf Eis legen und kann dann sagen: Na, vielleicht vergessen sie es.

(Zuruf von Kerstin Fiedler, CDU)

Dann hätten Sie uns nicht wählen müssen. Ich habe es nicht vergessen, ich habe nur mal in der Schatzkiste ein bisschen gekramt. Und ich hoffe, dass nicht nur ich heute, sondern die anderen, die vielleicht zu dieser Frage auch sprechen werden, mit Nachdruck erwarten, dass wir für Kultur die entsprechenden Richtlinien bekommen, damit die Leute, die Träger, die es angeht, draußen dann auch endlich damit arbeiten können und uns nicht fragen: Sagt mal, was macht ihr da eigentlich schon seit vier Jahren? Ich möchte am Ende meiner Legislaturperiode nicht den gleichen Satz von unserem Minister lesen. – Danke.

(Beifall Siegfried Frieze, SPD)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Danke schön, Frau Volland.

Im Ältestenrat ist eine Aussprache mit einer Dauer von bis zu 45 Minuten vereinbart worden. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen.

Als Erster hat ums Wort gebeten der Minister für Bildung, Wissenschaft und Kultur Professor Dr. Metelmann. Bitte schön, Herr Minister.

Minister Dr. Dr. Hans-Robert Metelmann: Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Liebe Frau Volland, herzlichen Dank für die kräftige Anregung, die Sie gegeben haben, jetzt was zu tun. Und ich bin ja heilfroh, dass wir doch eine kleine Bilanz vorlegen können von dem, was sich inzwischen getan hat. Immerhin ist diese Kulturförderrichtlinie auch noch nicht eingestaubt. Sie ist vom 12. Juli 2002 und es war zugesagt worden, dass sie turnusgemäß immer mal wieder überarbeitet wird.

Was hat sich in letzter Zeit getan? Funkstille ist ganz bestimmt nicht richtig. Nur mal im September aufgelistet: Wir hatten zu dem Thema eine ganztägige Kulturbeirats-sitzung am 15. September in Greifswald. Da ging es darum, wie die Förderrichtlinien aussehen könnten. Wir hatten die Konferenz der Theaterintendanten und Orches-

terchefs in Schwerin am 19. September. Wir hatten die Landeskulturkonferenz am 27. September in Parchim. Herausgekommen sind Thesen zur Kulturpolitik, die inzwischen diskutiert werden. Herausgekommen ist ein Grundsatzpapier, das bei uns im Netz steht. Herausgekommen ist, dass das Kulturportal weiter ausgebaut wird, und herausgekommen ist, dass jetzt Analysen zusammengestellt werden.

Eine turnusmäßige Überarbeitung jederzeit natürlich, die Frage der institutionellen Förderung, die Sie angesprochen haben, ist etwas, was wir ganz bestimmt nicht aus dem Ärmel schütteln werden und auch nicht können. Denn da ist die Frage: Wer bekommt die? Und dann ist die Frage: Wer bekommt sie dann nicht? Wo streichen wir das weg? Das ist eine Frage, die der Fachausschuss klären sollte. Frau Abgeordnete, Sie sitzen in dem Fachausschuss.

Erlauben Sie mir aber bitte, diese schwierige Frage der Förderrichtlinie Kulturprogramme einmal dazu zu nutzen, um zu fragen: Wo wollen wir eigentlich hin? Was ist eigentlich anders, wenn diese ganzen Kulturprogramme richtig funktionieren, wenn das ganze Geld fließt, wenn die richtigen Kulturförderrichtlinien da sind, wenn das alles so stimmt? Was ist anders? Was ist besser in Mecklenburg-Vorpommern? Die Frage ist: Was erwarten wir von Kultur, wenn sie denn losgelöst von allen irdischen Zwängen tatsächlich erfolgreich ist?

(Kerstin Fiedler, CDU: Die Frage ist berechtigt.)

Und an dieser Stelle möchte ich einmal einhaken, ich muss zugeben noch unter dem ganz frischen Eindruck der 32. Generalversammlung der UNESCO in Paris, wo das ein ganz wichtiges Hauptthema war: Was erwarten wir von Kultur? In Deutschland verbinden wir Kultur sehr schnell – assoziativ sogar schon – mit den Begriffen Theater, Museum, Musikfestivals und zunehmend auch mit solchen Begriffen wie Szenekino oder Kneipengalerien.

In Frankreich – wichtiges Thema bei der UNESCO-Generalversammlung – verbinden wir mit dem Begriff Kultur so etwas wie kultiviertes Leben, Zivilisation. Und dann tauchen solche Begriffe schlagwortartig auf, wie wir sie kennen, wie Savoir-vivre, Lebenskunst, oder Grande Cuisine, große Küche, oder Haute Couture, Mode, oder einfach Esprit, gepflegtes Gespräch auf hohem Niveau. In Italien ist der Kulturbegriff ganz ähnlich, aber noch mehr menschlich orientiert, mehr auf Schönheit orientiert. Da gehören zum Kulturbegriff Michelangelo oder Enrico Caruso oder Sophia Loren.

(Heiterkeit bei Norbert Baunach, SPD:
Eros Ramazzotti.)

Bei uns in Deutschland, wenn wir von Kultur reden, reden wir von Gebäuden und Organisationen, von Plänen und Strukturen, in denen sich doch bitte Kulturleben abspielen soll. In anderen europäischen Ländern reden wir vom Leben an sich, was wir mit Kultur meinen – Savoir-vivre. Und das heißt, Frankreich, Italien und einige andere Länder „verkaufen“, wenn sie Kultur meinen, ein Lebensgefühl. Sie verkaufen ein Modell des Zusammenlebens. Das steht für einen Gesellschaftstraum, der sehr attraktiv, sehr charakteristisch, sehr identisch ist. Kultur ist dann kein teurer Zeitvertreib, für den es schwierig ist, die richtigen Gelder zur Verfügung zu stellen, keine Freizeitaktivität, kein purer Luxus, sondern, wenn wir auf das Beispiel Frankreich sehen, ein Stück Identität,

(Reinhard Dankert, SPD: Richtig.)

ein Stück Unverwechselbarkeit in Europa allenthalben. Wer verwechselt Paris mit irgendeiner anderen Stadt auf der Welt?

Und dann hat Kultur eine politische Funktion. Und ein zweiter Punkt, wenn wir Kultur so begreifen, dann hat sie auch eine ökonomische Funktion. Dieses Savoir-vivre kann man nicht verkaufen, aber es hilft natürlich erheblich beim Verkaufen, beim Verkaufen von Brot und Obst und Joghurt und Gänseleberpastete und schlichtem Quellwasser. Ich nenne diese Produkte alle, weil wir die auch verkaufen, weil wir die auch anbieten, aber wir bieten sie ohne Savoir-vivre an. Und vielleicht liegt es daran, dass ein Wasser Sanpelegrino aus Italien oder ein Eau de Vichy aus Frankreich einfach erfolgreicher ist als die Jarmener Wendenquelle.

(Heiterkeit bei Holger Friedrich, SPD,
und Siegfried Frieze, SPD)

Worauf wollen wir hinaus? Kultur. Wenn wir auf den Kulturbegriff schauen, und er ist mehr als nur die Gebäude, in denen Leben stattfinden kann, dann müssen wir uns fragen: Was haben wir eigentlich? Wie sieht unser Kulturbegriff aus? Ich glaube nicht, dass wir hier für Savoir-vivre sitzen.

(Kerstin Fiedler, CDU: Nee.)

Leider. Wenn es uns gelingt, einen Kulturbegriff zu besetzen, dann haben wir damit ein Persönlichkeitsmerkmal, so, wie das den Franzosen, den Italienern, vielen anderen exzellent gelingt. Daraus ziehen wir Selbstbewusstsein, mehr als unsere allenthalben greifbare Orientierungslosigkeit, die so leicht in eine gewisse Miesepetrigkeit abgeleitet, weil wir ja irgendwie keinen richtigen Platz gefunden haben. Die Franzosen haben da keine Schwierigkeiten.

Zweitens. Mit dem Kulturbegriff schaffen wir ein Markenzeichen, mit dem wir das, was wir herstellen, auch verkaufen können. Und wenn man diese Produkte von uns kauft, dann hofft man auch, dass man ein Stück von dieser Lebensqualität, von dieser Kultur mit erwerben kann, damit man sie zu Hause auf den Tisch stellen und essen und trinken kann.

Und natürlich haben wir mit so einem Kulturgriff ein Lebensmodell, ein Gesellschaftsmodell, das auch für viele andere Menschen attraktiv ist, das uns zusammenführt oder vielleicht sogar viele Menschen zum Leben bei uns gewinnen könnte. Und deshalb möchte ich diesen Beitrag mit einer ganz offenen Frage stehen lassen. Wir haben den französischen Kulturbegriff Savoir-vivre, wir haben einen italienischen, bei uns ein bisschen in Missgunst geraten, aber warum nicht, Dolce Vita, wir haben einen englischen Begriff, Tradition and Style. Welchen Kulturbegriff haben wir eigentlich? Und ich würde lieber darüber reden im Kulturbeirat als darüber, wann wir die Förderrichtlinien verabschieden. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Danke schön, Herr Minister.

Es hat jetzt das Wort für die Fraktion der CDU die Abgeordnete Frau Fiedler. Bitte schön, Frau Abgeordnete.

Kerstin Fiedler, CDU: Herr Präsident! Liebe Kollegen! Sehr geehrter Herr Minister! Der vor uns liegende Antrag

der Koalitionsfraktionen fordert die Erarbeitung einer neuen Förderrichtlinie Kultur. Herr Minister, ich habe erwartet, dass Sie auch diesen Antrag wieder begrüßen. Ich bin Ihnen für Ihre Ausführungen eigentlich sehr dankbar, denn Sie haben an einer Stelle Ausführungen gemacht, auf die ich im Verlauf meiner Rede auch noch einmal eingehen möchte. Sie haben hinterfragt, wohin wir eigentlich wollen. Und genau diese Frage stelle ich mir auch.

Frau Volland, Ihre kritischen Bemerkungen haben mich sehr überrascht, aber sie sind völlig richtig. Ich habe mir, als ich Ihnen zuhörte, allerdings folgende Frage gestellt: Haben wir es hier mit einem Haushaltsantrag zu tun oder geht es um eine neue Kulturförderrichtlinie? Sicherlich kann man beides nicht losgelöst voneinander betrachten. Sie haben deutlich gesagt, dass Sie für Kultur mehr Geld wollen.

Vom Minister haben wir gehört, dass wir uns über den Kulturbegriff in Mecklenburg-Vorpommern und in Deutschland einmal einigen müssen. Herr Minister, eine ganz kleine Episode vielleicht zwischendurch: Der Kulturbegriff in den USA, was Deutschland betrifft, der besteht aus Sauerkraut, Oktoberfest und Lederhosen. Also irgendwie haben es die Bayern da geschafft.

(Heiterkeit bei Frank Ronald Lohse, SPD)

Meine Damen und Herren, Sie sorgen mit Ihrem Antrag ...

(Dr. Gerhard Bartels, PDS: Das spricht vielleicht gegen die USA.)

Nein, das ist so. Ich war ein Jahr da. Es ist schon so.

(Dr. Gerhard Bartels, PDS: Ja, das glaube ich, das es so ist, aber das spricht vielleicht gegen die USA.)

Was machen die anders? Da sollten wir vielleicht einmal hingucken, Herr Bartels.

(Zuruf von Norbert Baunach, SPD)

Meine Damen und Herren, Sie sorgen mit Ihrem eigenen Antrag für eine recht kurze Lebensdauer

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

der gerade im letzten Jahr auf Ihren Antrag hin überarbeiteten Richtlinie. Frau Volland hat das ja vorhin ausgeführt. Umgesetzt wurde Ihr Anliegen mit der Richtlinie vom 12. Juni 2002. Die Richtlinie ist damit jetzt 16 Monate alt. Liest man nur den Antragstext, könnte man eigentlich auf die Idee kommen, dass es konzeptionelle Überlegungen im Kulturministerium gibt, über die Sie als Parlamentarier natürlich unterrichtet werden wollen. Das ist Ihr gutes Recht und das kann Ihnen niemand verwehren. Das ist auch richtig so.

Der Herr Minister führte ja aus, dass es bereits einige Ansätze von konzeptionellen Überlegungen gibt. Die Begründung lässt jedoch relativ schnell Ernüchterung eintreten, denn der bereits erwähnte Antrag vom Juni 2001 und dieser hier sind nahezu identisch. Sieht man einmal von der Forderung nach einer zeitnahen Ausreichung der Fördermittel ab – die laut Landtagsprotokoll vom 28. Juni 2003 auch unstrittig war, und zwar über die Fraktionsgrenzen hinweg, obwohl dies eigentlich weniger mit der Förderrichtlinie als vielmehr mit der Ausreichungspraxis zu tun hatte –, so läuft auch dieser Antrag wie sein Vorgänger auf eine Ausweitung der Kulturförderung in der Breite hinaus.

Angesichts der äußerst angespannten Lage in unserem Haushalt, auch im Haushalt der Kommunen, frage ich mich doch, ob so eine Forderung noch zeitgemäß sein kann. Mit immer weniger Mitteln, so steht es in der Begründung Ihres Antrages, soll immer mehr gefördert werden. Es werden immer mehr Begehrlichkeiten geweckt, für deren Erfüllung die Finanzkraft des Landes nicht ausreichen wird.

Am Beispiel der Musikschulen sehen wir, wohin diese Förderpraxis führt. Konnten im Zuge der Verhandlungen zum Nachtragshaushalt 2003 die ursprünglich vorgesehenen Reduzierungen der Zuwendungen nämlich noch halbiert werden, so finden wir die andere Hälfte dieser Reduzierung, wir sprechen hier über 150.000 Euro, schon wieder im nächsten Haushalt. Der Kulturfördertopf des Landes wird von Jahr zu Jahr kleiner, Frau Volland, Sie haben das ausgeführt, aber nicht nur der. Das Bundesprogramm „Kulturförderung in den neuen Ländern“ und das „Dach und Fach“-Programm werden eingestellt. Die Förderung soll sich auf die im so genannten Blaubuch beschriebenen Leuchttürme der Kultur mit landesweiter Bedeutung konzentrieren. Der Topf schmilzt also zusammen. Wie viel dem Land ab dem nächsten Jahr zufließt, ist noch nicht klar. Der Doppelhaushalt 2004/05 enthält zwar noch die Mittel für das „Dach und Fach“-Programm, aber sie sollen ja in das neue Programm von Frau Weiss integriert werden. Wie viel das ist, das ist im Haushalt noch nicht ersichtlich.

In der Landeskulturförderung verfahren wir indes weiter nach einem Gießkannenprinzip. Und mit Ihrem Antrag wollen Sie diesen Strahl – so lese ich ihn jedenfalls in der Begründung – noch erweitern, um eine größere Fläche bei einer geringer werdenden Menge an Wasser zu gießen. Damit wird es wohl zwangsläufig zu Unterversorgungen kommen.

Herr Kollege Friese, sind Sie hier? Ja. Wenn ich Sie aus Ihrer Rede zitieren darf, Sie sagten vor zwei Jahren: „Die Förderrichtlinie kann auch dazu dienen, kulturelle Schwerpunkte durch das Land zu unterstützen. Die Förderrichtlinie sollte künftig mit den Schwerpunktsetzungen des in Vorbereitung befindlichen Landeskulturentwicklungsplanes gemeinsam gesehen werden.“ Ein paar Zeilen zuvor haben Sie sich sehr zuversichtlich gezeigt, was den Landeskulturentwicklungsplan betraf. Da haben Sie gesagt: „Den Plan hat der Minister und den wird er fertig stellen.“ Jetzt haben wir einen neuen Minister. Es war damals 2002 – die Diskussion um den Landeskulturentwicklungsplan reicht bis mindestens in die zweite Legislaturperiode zurück – und wir haben ihn immer noch nicht. Jeder der SPD-Kulturminister gab bisher nur Ankündigungen von sich und wurde dabei auch tatkräftig von der eigenen Fraktion unterstützt.

Ich vermute, solange der Landeskulturentwicklungsplan – wo solche Dinge drinstehen, wie, was für uns eigentlich Kultur ist, wie wir den Kulturbegriff für unser Land definieren und wo wir eigentlich hin wollen und wie wir Identifikation schaffen – nicht auf den Tisch kommt,

(Dr. Ulrich Born, CDU: Richtig.)

davon bin ich überzeugt, denn nichts anderes verbirgt sich wahrscheinlich hinter der Formulierung „konzeptionelle Überlegung“, die Sie im Antrag formuliert haben, werden wir uns sicher noch sehr, sehr oft mit Anträgen zu Förderrichtlinien zu beschäftigen haben und damit immer wieder originäres Regierungshandeln einfordern.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Richtig.)

Die Richtung für die Förderrichtlinie, die meines Erachtens auch die richtige ist, hat die heutige Landtagspräsidentin Frau Bretschneider in der vergangenen Wahlperiode in einem der letzten Bildungsausschüsse dem Vernehmen nach bereits formuliert. Sinngemäß mahnte sie nämlich an, nicht mehr, wie es Ihr Antrag suggeriert, sondern eher weniger, dann aber richtig zu fördern. Die Begründung gibt Ihrem Antrag allerdings eine ganz andere Intention.

(Andreas Petters, CDU: So ist es.)

Und eine konzeptionelle Ausrichtung Ihres Antrages ist nicht erkennbar.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Richtig.)

Der Minister selbst wird natürlich mit Ihrem Antrag auch nicht allzu viel anfangen können, denn er hat ja selber gefragt: In welche Richtung wollen Sie denn? Wenn Sie sagen, eine neue Förderrichtlinie, dann müssen Sie auch sagen, wohin es Ihrer Meinung nach gehen soll.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Aber jetzt haben Sie doch gelernt, wie wir Glashäuser besser verkaufen können.)

Ich kann keine neue Förderrichtlinie fordern und nicht dazusagen, wo ich am Ziel ankommen möchte, wo es hingehen soll. Damit ist für mich dieser Antrag substanzlos. Wir haben schon viel von Substanzlosigkeit gesprochen und dieser Antrag ist vom Prinzip ein sehr gutes Beispiel dafür. Wir werden diesen Antrag ablehnen. – Danke schön.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Danke schön, Frau Abgeordnete.

Es hat jetzt das Wort für die Fraktion der PDS die Abgeordnete Frau Schmidt. Bitte schön, Frau Abgeordnete.

Karin Schmidt, PDS: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich sehe es als Miteinbringerin dieses Antrages natürlich ein klein wenig anders als Sie, Frau Fiedler, da Sie ja von Substanzlosigkeit sprachen. Das ist eigentlich ein Widerspruch zu dem, was Sie vorher erkennen ließen, denn Sie sagten, dass, wenn Sie es richtig verstehen, der Inhalt konzeptionelle Überlegungen sind, so, wie er hier gemeint sein könnte. Und zu Ihren Darlegungen, da kann ich Ihnen nur folgen. Genau so, in diesem Sinne war es ja auch gemeint.

(Kerstin Fiedler, CDU: Einfach mehr fordern, das ist aber kein Konzept. – Vizepräsidentin Renate Holznagel übernimmt den Vorsitz.)

Ich denke, und da muss ich leider dem Herrn Minister widersprechen, die Unterschiedlichkeit, die Sie in den Darstellungen getroffen haben,

(Dr. Ulrich Born, CDU: Das machen Sie? Das ist nicht schlimm.)

zum einen die Richtlinie und zum anderen die inhaltliche Diskussion zu dem, was man unter Kultur auch bei uns im Land meinen könnte, verstehen sollte, sehen wir schon als Einheit. Und deshalb auch dieser Antrag.

Wenn wir hier die Abfolge der Diskussion zu dieser Thematik sehen, wie sie Frau Volland ja inhaltlich begon-

nen hatte darzustellen, dann ist es ja ein seit Jahren verfolgtes Thema. Die Förderrichtlinie Kultur scheint leider ein Endlosthema zu sein. Erlassen im November 1994 erregt und beschäftigt sie seitdem die Gemüter derer, die jährlich aufs Neue auf Projektförderung durch das Land angewiesen sind. Zahlreich sind die Papiere, auf denen Kulturverbände, -vereine, -initiativen und -gruppen Unzulänglichkeiten der Richtlinie nachwiesen und Vorschläge für Veränderungen begründeten. Selbst ein eigens für die grundlegende Überarbeitung der Richtlinie durch die damalige Kultusministerin Frau Marquardt schon berufenes Gremium konnte kein wirkliches Resultat erzielen.

Deshalb wurde im Jahr 2001 wiederholt ein Antrag durch den Landtag verabschiedet, der die Landesregierung aufforderte, eine Förderrichtlinie zu überarbeiten, um insbesondere eine Erweiterung der Fördermöglichkeiten und ein zur Antragstellung zeitnahes Ausreichen der Fördermittel zu erreichen.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Und jetzt sind wir zwei Jahre weiter und es ist noch nichts passiert. Geht denn das?)

Im März 2002 wurde durch das Ministerium ein Papier vorgelegt, welches Schwachstellen der bis dahin gültigen Förderrichtlinie benannte. Es enthielt sogar eventuelle Lösungsmöglichkeiten für grundsätzliche Probleme. In der Landtagssitzung im Juni 2002 wurde dann wiederholt, und zwar auch durch unsere Fraktion, eine endgültige Überarbeitung mit strukturell neuen Ansätzen gefordert. Und siehe da, wie heute hier schon dargestellt, am 12. Juli 2002 kommt es zur Veröffentlichung der neuen Richtlinie. Aber was war da neu? Und das ist genau das Problem.

Der Termin für Antragsstellungen wurde für kulturelle Projekte, wie von allen gefordert, auf den November vorgezogen. Und im Einzelplan 07 im Kapitel 0718 wurden die Schwerpunkte für die Bewilligung von Projekten um die besonderen, ich zitiere: „innovativen Projekte“ erweitert, die sich nicht den anderen Schwerpunkten zuordnen lassen. Damit sind die grundsätzlichen Probleme der inhaltlichen Diskussion der Förderrichtlinie aber nicht geklärt, denn diese Änderungen berücksichtigten kaum den seit Jahren beklagten Zustand.

(Der Abgeordnete Dr. Ulrich Born bittet um das Wort für eine Anfrage.)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Gestatten Sie eine Anfrage?

Karin Schmidt, PDS: Wenn das nachher möglich wäre?

Die Hauptkritikpunkte benenne ich noch einmal stichpunktartig:

1. die ausschließliche Möglichkeit der Projektförderung, wo selbst nach Kirchstein „Leitfaden – Das Haushalts-, Kassen- und Rechnungswesen in Mecklenburg-Vorpommern“ ebenso institutionelle Förderung als Zuwendungsart benannt wird, aus der sich herausgewunden wird
2. das Problem, dass nur noch nicht begonnene Vorhaben Zuwendungen erhalten dürfen
3. bei den Zuwendungsvoraussetzungen, wo die Betonung immer noch auf Projekte von insbesondere landesweiter Bedeutung liegt

4. die finanziellen Eigenbeteiligungen, die selbst für kleine Vereine Probleme bereiten
5. die vorwiegende Anwendung der Drittelfinanzierung und das Festhalten an einer Mindestsumme für zwendungsfähige Ausgaben
6. dass der Anteil der Personal- und Sachkosten an den förderfähigen Gesamtausgaben auch dann überwiegen muss, wenn momentan Investitionen getätigt werden müssen

Es geht also nicht nur um das Ausreichen von Finanzen an sich, die durch eine solche Richtlinie gestellt werden sollen, sondern es geht um inhaltliche Punkte,

(Zuruf von Kerstin Fiedler, CDU)

die in eine solche Richtlinie hineingehören, so, wie sie auch momentan enthalten sind.

(Kerstin Fiedler, CDU: Uns werfen Sie das ständig vor.)

In diesen Fällen wäre ein Fördermodell notwendig,

(Kerstin Fiedler, CDU: Das ist doch keine Art!)

das gemeinsam zwischen Ministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur und Wirtschaftsministerium zum Beispiel zu entwickeln wäre und dieser komplizierten Situation Rechnung trägt. Dass mit dieser Zielrichtung unbedingt Handlungsbedarf besteht, betone ich auch nochmals, und zwar mit Blick auf das Vorhaben der Bundesregierung, das Programm „Kultur in den neuen Ländern“ und das „Dach und Fach“-Programm zum Jahresende einzustellen. Sicher hat auch deshalb die Staatsministerin Frau Weiss im Zusammenhang mit dem Urteil des OVG Berlin zum Vermögen der Ostberliner Außenhandelsfirma Novum vorgeschlagen, das Vermögen von etwa 25,5 Millionen Euro zur Weiterentwicklung der kulturellen Infrastruktur in den ostdeutschen Ländern einzusetzen. Eine Stiftung soll dafür gegründet werden und diese Idee begrüßt die PDS-Fraktion ausdrücklich, denn die Situation in der Kultur und auch um die Kultur im engeren und weiteren Sinne ist dramatisch.

(Zuruf von Kerstin Fiedler, CDU)

Der Geschäftsführer des Deutschen Kulturrates, Olaf Zimmermann, erklärte am 26. September in Berlin zu den Ergebnissen der Sprecherratssitzung: „Die Kulturhaushalte der Kommunen und Länder stehen vor dem Kollaps. Uns erreichen immer dramatischere Berichte über die Situation von Bibliotheken, Musikschulen, Museen, Jugendkunstschulen, Theatern und Opernhäusern. Alle Verantwortlichen besonders die Kommunen, die Länder und der Bund aber auch wir Kulturverbände, müssen jetzt alle Anstrengungen unternehmen, um zu verhindern, dass die kulturelle Infrastruktur einen irreparablen Schaden nimmt. Wir laden die Kommunen, die Länder und den Bund ein, mit uns gemeinsam darüber nachzudenken, wie die kulturelle Grundversorgung besonders in den Städten und Gemeinden aufrecht erhalten werden kann.“ In diesen gemeinsam notwendigen Denkprozess gehört auch die Erarbeitung einer sinnvollen Förderrichtlinie, die wir hier wiederholt einfordern.

Kultur, wie das immer mehr unter Verweis auf freiwillige Leistungen geschieht, unter Legitimationsdruck zu stellen, verkehrt ihren lebensnotwendigen Charakter und erkennt, dass sie ein Lebensmittel ist. Kultur ist, wie Professor Wernicke auf der Landeskulturkonferenz in Parchim

richtig betonte, ein Schlüsselement der Landesentwicklung und dem muss sich auch die Kulturförderung stellen. Dabei darf sie nicht mehr als alleinige oder vorwiegende Aufgabe des Ministeriums, das auch die Bezeichnung Kultur in seinem Namen trägt, angesehen und gehandhabt werden, sondern durch alle gemeinsam. Sie ist eine Querschnittsaufgabe, zu deren Gelingen alle Ressorts gefordert sind. Jedes Ressort muss endlich seinen Anteil erkennen und tatsächlich zu leisten bereit sein. Als Untermauerungsbaustein für diese Auffassung möchte ich mich noch einmal auf den Deutschen Kulturrat beziehen. Dieser hat in seiner Positionierung zum Grünbuch der Europäischen Kommission formuliert: „Schutz der kulturellen Vielfalt muss im Vordergrund der Überlegungen stehen!“

Unter anderem wurde dabei folgende Argumentation dargestellt: „Die Wahrung der kulturellen Vielfalt ist nicht nur ein wesentlicher Bestandteil der Verfassungen der Bundesländer, sondern auch als Ziel der Europäischen Union in Artikel 3 des Verfassungsvertrags verankert. Im Sinne der sowohl in Deutschland als auch in Europa geforderten Kulturverträglichkeit aller Politikbereiche muss auch die Diskussion um Dienstleistungen von allgemeinem Interesse in diesem Lichte geführt werden. ... Die Überschneidung zwischen wirtschaftlichen und nichtwirtschaftlichen Dienstleistungen im Kulturbereich erschwert eine klare Abgrenzung der Sektoren und deren jeweilige Behandlung.“

(Kerstin Fiedler, CDU: Alles ist aber aus dem Antrag nicht herauszulesen.)

„Die Entwicklung der öffentlichen Finanzen hat in den vergangenen Jahren in vielen Fällen dazu geführt, dass Kultureinrichtungen dazu angehalten wurden, privatwirtschaftliche Rechtsformen anzunehmen und wirtschaftlich tätig zu werden. Erlöse aus dieser wirtschaftlichen Aktivität dienen jedoch fast ausschließlich dazu, den laufenden Betrieb und die Erbringung der eigentlichen kulturellen Dienstleistung sicherzustellen.“

Von einer neuen Förderrichtlinie Kultur erwarten wir, dass sie auch dieser ressortübergreifenden Aufgabe gerecht wird, dass sie die Spielräume für Kunst und für Kultur erweitert, statt sie auf so genannte Effizienz und Sparnotwendigkeiten einzuengen.

(Kerstin Fiedler, CDU: Das steht aber nicht drin!)

Es geht hier nicht um eine finanztechnische Positionierung, sondern um politische Schwerpunktsetzung des kulturellen Lebens in unserem Lande. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD und PDS)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Frau Abgeordnete, gestatten Sie jetzt noch die Anfrage des Abgeordneten Dr. Born?

Karin Schmidt, PDS: Ja.

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Herr Dr. Born, stellen Sie bitte Ihre Frage.

Dr. Ulrich Born, CDU: Frau Kollegin Schmidt, Ihre sehr detaillierte ausführliche Schilderung der bisherigen Anträge haben mich geradezu rat- und fassungslos gemacht

(Peter Ritter, PDS: Alle Achtung!)

und deshalb stelle ich die Frage: Worauf führen Sie das zurück, dass die Regierung sich so hartnäckig und unbot-

mäßig verhält und Ihnen nicht die erbetenen Informationen zukommen lässt und insbesondere nicht die Richtlinien so erlässt, wie Sie das als Koalitionsfraktionen offensichtlich erwarten?

(Peter Ritter, PDS: Die Kultur ist ein weites Feld.)

Karin Schmidt, PDS: Von fehlenden Informationen habe ich jetzt an dieser Stelle nicht gesprochen, sondern davon, dass das, was wir hier wiederholt in diesem Landtag und auch mit Stimmen der CDU eingefordert haben – Frau Schnoor hat sich damals in dieser besagten Landtagssitzung auch sehr dafür ausgesprochen –, die Umsetzung bis heute aus welchen Gründen auch immer ausgeblieben ist, und zwar in der Form, wie wir sie hier eingefordert haben, weil die Sichtweise, und das ist ja hier durch das Ministerium auch noch einmal bestätigt worden oder vorhin dargelegt worden, vielleicht eine zu einseitige Sichtweise auf eine finanztechnische Reduzierung des Problems Förderrichtlinie besteht.

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Gestatten Sie noch eine Frage des Abgeordneten Dr. Born?

Karin Schmidt, PDS: Ja.

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Bitte, Herr Dr. Born.

Dr. Ulrich Born, CDU: Frau Kollegin Schmidt, können Sie meinen Eindruck teilen, dass der Kultusminister des Landes möglicherweise einen vollständig anderen Kulturbegriff hat, als Sie ihn eben dargelegt haben?

(Der Abgeordnete Dr. Gerhard Bartels bittet um das Wort für eine Anfrage.)

Karin Schmidt, PDS: Nein, das glaube ich nicht. Es muss dieser Diskurs, wie er ihn begonnen hat, den ich gerne weiterführen würde, miteinander ausgetrieben werden, damit die Richtlinie eben genau das auch umfassend darstellen kann.

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Gestatten Sie noch eine Frage des Abgeordneten Dr. Born?

Karin Schmidt, PDS: Gut.

Dr. Ulrich Born, CDU: Frau Kollegin Schmidt, sind Sie nach den Darlegungen des Ministers der Meinung, dass die Richtlinie demnächst in Ihrem Sinne zu erwarten sein wird, und können Sie mir sagen, wann Sie mit der Vorlage einer entsprechenden Richtlinie rechnen?

(Peter Ritter, PDS: Frau Schmidt ist froher Hoffnung. – Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der SPD, CDU und PDS)

Karin Schmidt, PDS: Wenn Sie den Antrag heute richtig gelesen haben, soll die Landesregierung aufgefordert werden, genau dieses hier uns zu unterbreiten, so dass ich diesem Ergebnis ja nicht vorweggreifen kann.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD)

Dr. Ulrich Born, CDU: Bis wann?

(Peter Ritter, PDS: Lassen Sie sich überraschen! – Zuruf von Gabriele Schulz, PDS)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Gestatten Sie jetzt noch eine Zusatzfrage?

Karin Schmidt, PDS: Bitte.

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Bitte, Herr Dr. Born.

Dr. Ulrich Born, CDU: Könnten Sie noch etwas zum zeitlichen Horizont sagen,

(Gabriele Schulz, PDS: Ja, das steht doch drin! Verdammt noch mal!)

bis wann Sie damit rechnen, dass die Richtlinie nun so vorgelegt wird, wie Sie sie erwarten?

Karin Schmidt, PDS: Sicher nicht mit Tag und Monat ganz genau.

(Peter Ritter, PDS: In Bälde.)

Im Zusammenhang, dass das, genau wie Ihre Kollegin es dargestellt hat, mit der weiteren Fortschreibung der Kulturkonzeption des Landes und der inhaltlich notwendigen dazu zu führenden Diskussion schnellstmöglich passiert.

Dr. Ulrich Born, CDU: Danke schön.

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Gestatten Sie jetzt die Anfrage des Abgeordneten Dr. Bartels? (Zustimmung)

Bitte, Herr Dr. Bartels.

Dr. Gerhard Bartels, PDS: Danke schön, Frau Schmidt.

Würden Sie mir zustimmen, dass nach der Geschäftsordnung des Landtages Beschlüsse einer Legislaturperiode an ihrem Ende der Diskontinuität anheim fallen und dass es dann manchmal sinnvoll sein kann, wenn eine Aufgabe noch nicht erfüllt ist, in der neuen Legislaturperiode durch einen weiteren Antrag die Fortsetzung dieser Aufgabe zu organisieren?

(Zuruf von Harry Glawe, CDU – Die Abgeordnete Kerstin Fiedler bittet um das Wort für eine Anfrage.)

Karin Schmidt, PDS: Dem stimme ich zu. Insbesondere darum, weil sich die dargestellten Daten ja auf das Ende der letzten Legislaturperiode bezogen haben, und zwar Juni und Juli.

Dr. Gerhard Bartels, PDS: Danke schön, Frau Kollegin.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Gestatten Sie jetzt noch eine Anfrage der Abgeordneten Frau Fiedler?

Karin Schmidt, PDS: Aller guten Dinge sind drei.

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Bitte, Frau Fiedler, fragen Sie.

Kerstin Fiedler, CDU: Frau Kollegin Schmidt, stimmen Sie mit mir darin überein, dass ein Antrag, der im Jahre 2001 gestellt wurde und der im Jahre 2002 mit einer Förderrichtlinie vom Ministerium erfüllt wurde, nicht der Diskontinuität anheim fallen kann?

(Dr. Gerhard Bartels, PDS: Der Antrag kann trotzdem der Diskontinuität anheim fallen. Gucken Sie mal in die Geschäftsordnung!)

Karin Schmidt, PDS: Der Antrag entspricht in dieser Form ja nicht den Vorstellungen, wie es hier in diesem Hause eigentlich dargelegt oder besprochen worden ist.

Kerstin Fiedler, CDU: Dann geht es ja darum – Sie stimmen mir sicherlich zu –, dass es in dem Antrag nicht um die Förderrichtlinie geht, da stimmen Sie mir sicherlich zu?

(Gabriele Schulz, PDS: He, he, he! Die Präsidentin hat das Regime. – Zuruf von Peter Ritter, PDS)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Frau Abgeordnete, einen Moment bitte.

Kerstin Fiedler, CDU: Was?

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Gestatten Sie eine zweite Frage der Abgeordneten Frau Fiedler?

Karin Schmidt, PDS: Ja, bitte.

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Bitte, Frau Abgeordnete.

Kerstin Fiedler, CDU: Es reicht mir! – Danke.

(Beifall und Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke schön, Frau Schmidt.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS)

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Lohse von der Fraktion der SPD.

(Beifall und Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der SPD)

Frank Ronald Lohse, SPD: Werte Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich möchte eigentlich unserem Minister vielleicht einmal auf Französisch zurufen: Oh, ne dis pas si vite, c'est ma première conversation en français pour longtemps.

(Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der SPD, CDU und PDS – Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS)

Ganz einfach. Der Witz ist der, bitte sprich nicht so schnell, das ist mein erstes Gespräch auf Französisch seit langem. So sieht es dann aus. Frankreich ist ein wunderbares Land

(Andreas Bluhm, PDS: Meck-Pomm auch. – Heinz Müller, SPD: Das stimmt. – Zuruf von Kerstin Fiedler, CDU)

und Italien auch. Die Welt ist schön und alle haben ihre Kulturen und wir suchen hier verzweifelt nach einem Kulturbegriff. Und so alt wie die Menschheit ist, wird nach diesem Kulturbegriff gesucht. Und trotzdem gibt es sie noch, die Musikschulen. Es gibt die vielen ehrenamtlich Tätigen und es gibt die, die bürgerschaftliches Engagement zeigen in der Kultur und der Kunst. So heiter, wie ich das hier erlebe, empfinde ich es übrigens nicht. Bleiben wir doch einmal beim Punkt. Wenn ich das gewusst hätte, Frau Schmidt, was Sie hier in der Rede zur Begründung dieses Antrages sagen, dann hätte ich mir vielleicht gesagt: Oh Gott, wir hätten länger reden müssen.

(Torsten Koplin, PDS: Begründet ist er von Frau Volland.)

Frau Fiedler, Ihnen gebe ich dieses Mal ausdrücklich Recht.

(Gabriele Schulz, PDS: Begründet ist er von Frau Volland.)

Jawohl es ist Regierungshandeln, was hier passieren soll. Und wenn schon eine Förderrichtlinie modifiziert, verändert oder angepasst werden soll, das kann ein Ministe-

rium, und zwar kann es das richtig, auch ohne dass der Landtag unbedingt Aufträge dazu erteilt.

Wir haben im Koalitionsvertrag stehen, dass wir diesen öffentlichen Diskussionsprozess auch öffentlich führen wollen. Und was gibt es Öffentlicheres und Besseres als dieses demokratisch gewählte Parlament? Mehr Öffentlichkeit und höher gestellt geht es ja gar nicht, wenn man das hier diskutiert. Warum nicht? Das ist die eine Geschichte.

Was steht nun eigentlich drin? Sie soll überarbeitet werden, na gut, aber man müsste noch fragen, wofür und warum. Das kann ich Ihnen sagen. Sie haben es vielleicht alle gehört, manchmal auch zu so einer späten Stunde, wenn Kultur wieder einmal dran war, dass wir über EU-Förderrichtlinien durchdiskutiert und Anträge gestellt haben, wie sie in Regierungshandeln einzubringen sind, zum Beispiel der Paragraph 151 – das wissen wir noch – der EU-Förderrichtlinie. Wir haben eine Situation seit dem 15.09., verbessern Sie mich bitte, Herr Minister, wenn das Datum nicht stimmt, dass sich der Kulturberrat dieses Landes Gedanken gemacht hat, übrigens dann aber auch über einen Kulturbegriff, der mir ziemlich weit gefasst scheint. Nicht weil er weitschweifig sein soll, sondern weil er eben die ganze Breite, und das ist nicht so viel wie möglich, und Vielfalt möglich werden lässt. Diesen Kulturbegriff können Sie bitte schön im Internet nachlesen, das finden Sie alle. Ich werde Ihnen das alles ersparen.

(Torsten Renz, CDU: Nein! Nein!)

Das mache ich nicht. Sie müssen das nicht tun.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Da kriegen wir ganz neue Aspekte.)

Ich glaube schon nicht daran.

Über was beschließen wir heute grundsätzlich? Wir beschließen öffentlich – und öffentlicher geht es gar nicht hier im Landtag, und auf höherer Ebene ist es in Mecklenburg-Vorpommern auch nicht möglich – einen Antrag, der lautet, dass diese Förderrichtlinie hinsichtlich dieser neuen Erkenntnisse und Gesetzmäßigkeiten überarbeitet werden soll.

(Beifall Bodo Krumbholz, SPD – Kerstin Fiedler, CDU: Das steht nicht drin.)

Was ansonsten in der Begründung steht, das ist mir eigentlich, sage ich einmal ganz kurz, wenn es nicht unparlamentarisch ist – doch, das wird es –, es ist mir eigentlich egal.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Ja, aber was soll denn da rein?)

Ich möchte einfach nur, dass das Ministerium arbeiten kann,

(Zuruf von Kerstin Fiedler, CDU)

dass es anfängt, die Förderrichtlinie, ...

(Kerstin Fiedler, CDU: Aber wohin? Sie müssen mir doch sagen, wohin. – Heinz Müller, SPD: Frau Präsidentin, was ist denn hier los?)

Nein.

(Der Abgeordnete Dr. Ulrich Born bittet um das Wort für eine Anfrage.)

... dass es anfängt, diese Förderrichtlinie zu erarbeiten. Das möchte ich ganz einfach. Mehr muss ja nicht passie-

ren. Und wenn wir das vom allerhöchsten Hause hier absegnen lassen, dann finde ich das prima.

(Beifall Detlef Müller, SPD)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Frank Ronald Lohse, SPD: Ja.

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Bitte schön, Herr Dr. Born.

(Heiterkeit bei Kerstin Fiedler, CDU)

Dr. Ulrich Born, CDU: Herr Kollege, kann ich Ihren Worten entnehmen, dass Sie einen Beschluss des Landtages für notwendig halten, damit das Ministerium anfangen kann zu arbeiten?

(Heiterkeit bei Norbert Baunach, SPD, und Torsten Koplin, PDS)

Frank Ronald Lohse, SPD: Wenn Sie die Worte so interpretieren, dann ist das Ihre Sache. Darauf kann ich Ihnen keine Antwort geben. Da bin ich völlig emotionslos.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der SPD, CDU und PDS)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Gestatten Sie eine weitere Frage des Abgeordneten Dr. Born?

Frank Ronald Lohse, SPD: Bitte.

Dr. Ulrich Born, CDU: Herr Kollege, können Sie mir denn dann bitte sagen, warum Sie einen Beschluss des Landtags für erforderlich halten, damit eine Richtlinie vom Ministerium vorgelegt wird?

Frank Ronald Lohse, SPD: Wenn Sie die letzten Worte, die ich hier gesagt habe, noch verstanden hätten – vielleicht können Sie das im Protokoll nachlesen, da ist die Begründung drin –, warum ich das für wichtig erachte,

(Zuruf von Torsten Koplin, PDS)

dass das allerhöchste Haus diesen Beschluss fasst.

(Kerstin Fiedler, CDU: Er will, dass das Ministerium arbeitet.)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Gestatten Sie noch eine Zusatzfrage des Abgeordneten?

Frank Ronald Lohse, SPD: Ich glaube, wir werden uns draußen noch weiter darüber unterhalten.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der SPD, CDU und PDS)

Ich will den weiteren Fortgang hier im Parlament einfach nicht aufhalten. – Danke sehr für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke sehr, Herr Lohse.

Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der Fraktionen der SPD und PDS auf Drucksache 4/807. Wer diesem Antrag zuzustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke. Gegenstimmen? – Danke. Stimmenthaltungen? – Damit ist Antrag der Fraktionen der SPD und PDS auf Drucksache 4/807 mit den Stimmen der

Fraktion der SPD, der Fraktion der PDS bei Gegenstimmen der Fraktion der CDU angenommen.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 24:** Beratung des Antrages der Fraktionen der PDS und SPD – Auswirkungen des Urteils des Europäischen Gerichtshofs zur Bewertung des Bereitschaftsdienstes als Arbeitszeit, Drucksache 4/810. Hierzu liegt Ihnen ein Änderungsantrag der Fraktion der CDU auf Drucksache 4/844 vor.

**Antrag der Fraktionen der PDS und SPD:
Auswirkungen des Urteils des Europäischen Gerichtshofs zur Bewertung des
Bereitschaftsdienstes als Arbeitszeit
– Drucksache 4/810 –**

**Änderungsantrag der Fraktion der CDU
– Drucksache 4/844 –**

Das Wort zur Begründung hat der Abgeordnete Herr Koplin von der Fraktion der PDS.

Torsten Koplin, PDS: Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Als der Europäische Gerichtshof am 9. September dieses Jahres sein Urteil zum Fall eines Kieler Klinikarztes, Bereitschaftsdienst zur Arbeitszeit, erklärte, mochte man den Eindruck gewinnen, als sei hier etwas Unvorhersehbares geschehen. Das aber ist nicht der Fall, denn die mit dem Fall befassten Richter entschieden in Übereinstimmung mit einer Richtlinie des Europäischen Rates, die am 23. November 1993, also zehn Jahre zuvor in Kraft getreten war. In dieser Richtlinie heißt es klar und unzweideutig, dass es sich bei einem Bereitschaftsdienst, der an einem vom Arbeitgeber bestimmten Ort geleistet wird, nicht um Ruhezeit, sondern um Arbeitszeit handele. Auch in dem Falle, dass die Ärztin oder der Arzt während des Bereitschaftsdienstes nicht oder nicht ständig oder nur zu einem Teil dienstlich in Anspruch genommen wird, handele es sich um Arbeitszeit.

Ein ähnliches Urteil hatte der Europäische Gerichtshof vor wenigen Jahren im Falle eines Klägers aus Spanien schon einmal gefällt. Anstatt aber Richtlinie und das eben genannte Urteil zum Anlass zu nehmen, entsprechende gesetzliche Konsequenzen auch für Deutschland abzuleiten, verharrte jede Bundesregierung seit zehn Jahren in diesem Zusammenhang im Ruhestand.

Nun wird nichts mehr so sein, wie es vorher war. Die Bundesregierung wird handeln müssen und auch wir im Land Mecklenburg-Vorpommern müssen Konsequenzen ziehen, und die nicht nur im Bereich des Sozialministeriums, sondern ebenso im Zuständigkeitsbereich zum Beispiel des Innenministeriums. Überall, wo es ähnliche Bereitschaftsdienste wie bei den Klinikärzten gibt, sei es im öffentlichen Dienst oder in der Privatwirtschaft, sind solche Entscheidungsfindungen notwendig. Als Beispiele für solche Berufsgruppen haben wir in der Antragsbegründung Feuerwehrleute und Beschäftigte in den Rettungs- und Wachdiensten aufgeführt.

Bei der Entscheidung des Europäischen Gerichtshofes geht es in erster Linie nicht ums Geld, sondern um Zeit. Der ärztliche Bereitschaftsdienst wurde bisher nur zu gut 50 Prozent als Arbeitszeit gerechnet. Nun gilt er als volle Arbeit und kollidiert damit mit dem deutschen Arbeitszeitgesetz, das zu novellieren sein wird. Und das ist gut so. Denn in Zukunft werden Bereitschaftsdienste von 24, 30 oder gar 36 Stunden Dauer nicht mehr möglich sein. Europäisches Recht hat Vorrang vor nationaler Gesetzge-

bung. Was für andere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer schon lange gilt, wird also auch für Ärztinnen und Ärzte endlich rechtens sein. Es gibt keinen Grund, warum es für Ärztinnen und Ärzte besondere Regeln geben sollte. Auch sie sind nicht unersetzbar, auch sie können durchaus im Schichtdienst arbeiten. Oder wird, etwas sarkastisch gefragt, die medizinische Versorgung der Patientinnen und Patienten leiden, wenn nicht mehr der übernächtigte Dienst habende Arzt behandelt, sondern die Kolleginnen und Kollegen, die ausgeruht am Nachmittag zum Schichtdienst kommen?

Sicher, jetzt muss delegiert werden. Wer delegiert, muss auch ausbilden. Kliniken, in denen nur die Chefärztin oder der Chefarzt und zwei, drei Auserwählte an der „Macht des Wissens“ und der Entscheidungsgewalt beteiligt sind, gehören der Vergangenheit an. Auch im Falle der Hierarchien wird nichts mehr so sein wie vorher. Sie werden flacher und damit steigt auch die Qualität der ärztlichen Leistungen, so vermuten zumindest Expertinnen und Experten. Flexibilität ist gefordert.

Die ersten Reaktionen auf das Urteil fielen auffallend weit auseinander. Für die Bundesgesundheitsministerin ist das alles kein Problem, man sei vorbereitet, so hieß es. Andere verweisen auf die Undurchführbarkeit des Urteils aufgrund fehlender ausgebildeter Ärztinnen und Ärzte. Letzteres ist wohl richtig. Aber mit der nun notwendigen Umsetzung dieses Urteils in den realen Berufsalltag wird die ärztliche Tätigkeit möglicherweise auch wieder an Attraktivität gewinnen. Das ist dringend notwendig, da die in vielen Kliniken tätigen Medizinerinnen und Mediziner älter geworden sind und der Nachwuchs wegzubrechen droht.

Es mag sein, dass viele Ärztinnen und Ärzte das Urteil nur widerwillig schlucken, denn die Abschaffung der Bereitschaftsdienste bedeutet unter Umständen finanzielle Einbußen. Ob Ärztinnen und Ärzte generell und im Besonderen in Ostdeutschland in Zukunft für die vielfältigen Anforderungen des Berufes und die große Verantwortung angemessen honoriert werden, bleibt zu hoffen und einzufordern. Wir haben uns landesseitig als Koalitionsfraktionen diesbezüglich in der Koalitionsvereinbarung auch geäußert. Für eine medizinische Versorgung auf hohem Niveau muss man auch eine entsprechende Bezahlung verlangen, wenngleich die gegenwärtige Bundespolitik wohl eher signalisiert, das nicht so handhaben zu wollen.

Das Urteil des Europäischen Gerichtshofes, das wird deutlich, ist wohl doch mehr als ein juristisches Problem, das mit einer Gesetzesnovelle schnell aus dem Weg geräumt werden könne. Ich denke, es wirft manch grundsätzliche Frage auf. So zum Beispiel die nach dem Arzt-Patienten-Verhältnis. Das wird wesentlich geprägt durch die Zeit, die ein Mediziner für den Hilfesuchenden aufbringen kann. In Deutschland dauert ein Arztgespräch durchschnittlich, so sagen Statistiken, 7,6 Minuten. In der Schweiz dagegen wird einem Kranken von seinem Doktor die doppelte Zeit zugebilligt.

Oder nehmen wir ein Problem, zu dem wir uns hier auch schon ausgetauscht haben, nämlich Leistungen für Demenzzranke. Die Rürup-Kommission spricht sich dafür aus, ab 2005 Demenz bedingte Fähigkeitsstörungen, geistige Behinderungen und psychische Erkrankungen bei der Einstufung mit 30 Minuten zu berücksichtigen. Wer wie wir für einen spezifisch ganzheitlichen Pflegebegriff

eintritt, der die biologischen beziehungsweise psychischen, instrumentellen und sozialen Dimensionen des Verlusts an körperlicher und geistiger Leistungskompetenz umfasst, wird in diesem Zusammenhang die Einbeziehung von Demenzzranke in den Leistungsbereich begrüßen. Eine Herausforderung der pflegerischen Zeitbedarfe für Demenzzranke wird in nicht wenigen Einzelfällen die Härten mildern, die aus der finanziellen Gleichstellung von ambulanter und stationärer Pflege entstehen, denn Demenzzranke sind in deutlich höherem Maße auf stationäre Pflege angewiesen als andere Pflegebedürftige.

Kritisch muss aber die Unterordnung dieser Leistungsverbesserungen unter das Primat der finanziellen Stabilisierung gesehen werden. Es ist zu befürchten, dass die notwendigen Verbesserungen dem Finanzierbarkeitsgebot zum Opfer fallen.

Das Urteil des Europäischen Gerichtshofs ist richtig. Es zwingt zu überfälligen Konsequenzen wie die im Arbeitszeitregime, wie die verstärkte Ausbildung im medizinischen Bereich, aber auch zu damit im Zusammenhang stehenden mittelbaren Fragen, und das, wie ich eingangs sagte, nicht nur im medizinischen Bereich.

Dem Bericht der Landesregierung sehen die Fraktionen der PDS und SPD mit Interesse entgegen. Lassen Sie mich noch zwei, drei Worte verlieren zu dem Änderungsantrag, der vorliegt. Den halten wir für nicht zustimmungsfähig,

(Dr. Ulrich Born, CDU: Der ist sehr gut.)

weil wir der Meinung sind, so detaillierte Vorschriften für die Umsetzung dieses Landtagsbeschlusses sind nicht notwendig. – Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten
der SPD und PDS)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke schön, Herr Koplin.

Im Ältestenrat wurde eine Aussprache mit einer Dauer von 45 Minuten vereinbart. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist es so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Das Wort hat die Sozialministerin Frau Dr. Linke.

Ministerin Dr. Marianne Linke: Verehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordnete! Nachdem der Europäische Gerichtshof am 9. September 2003 über einen Vorlagebeschluss des Landesarbeitsgerichtes Schleswig-Holstein entschieden und die Bereitschaftsdienste von Ärzten in Krankenhäusern vollständig als Arbeitszeit bewertet hat, bedarf das Arbeitszeitgesetz des Bundes einer entsprechenden Anpassung. Zwar liegt bereits ein Fraktionsantrag zur Änderung des Arbeitszeitgesetzes dem Deutschen Bundestag vor, jedoch ist aus Kreisen einiger Bundesländer daran Kritik geäußert worden, weshalb der Ausgang des Gesetzgebungsverfahrens derzeit noch nicht vorhergesagt werden kann. Vor diesem Hintergrund können in Mecklenburg-Vorpommern noch keine verbindlichen Aussagen über die zu erwartenden Personalmehrbedarfe im Ergebnis des Urteils gemacht werden.

Im Mittelpunkt der Entscheidung des Europäischen Gerichtshofes steht die Feststellung, dass Bereitschafts-

dienst in Form persönlicher Anwesenheit im Krankenhaus in vollem Umfang Arbeitszeit im Sinne der EU-Arbeitszeitrichtlinie 93/104/EG darstellt. Das gilt auch dann, wenn es den Betroffenen in Zeiten, in denen er nicht in Anspruch genommen wird, gestattet ist, sich an seiner Arbeitsstelle auszuruhen. Das geltende deutsche Arbeitszeitgesetz bewertet bislang aber nur die tatsächliche Inanspruchnahme eines Arztes im Krankenhaus als Arbeitszeit und bewertet die übrige Zeit als Ruhezeit. Hieraus ergibt sich künftig ein Mehrbedarf an Stellen und Finanzmitteln, der allerdings in Abhängigkeit von der örtlich gegebenen Struktur und Arbeitsorganisation sehr unterschiedlich ausfallen kann. Demgemäß haben die Krankenhausträger neue Arbeitszeitmodelle in ihren Krankenhäusern einzuführen wie auch die Tarifpartner ihre Tarifverträge der neuen Rechtslage anzupassen.

Sowohl aus Sicht des Arbeitnehmerschutzes als auch des Patientenschutzes ist das Urteil des Europäischen Gerichtshofes zu begrüßen. Die Umsetzung der Entscheidung wird dazu führen, dass neue und weniger belastende Arbeitszeitmodelle nicht nur an Krankenhäusern, sondern auch in anderen Bereichen, in denen Bereitschaftsdienste üblich sind, eingeführt werden. In den Krankenhäusern wird das neue Arbeitszeitgesetz bewirken, dass sich die Arbeitsbedingungen der Ärztinnen und Ärzte, aber auch der Pflegekräfte verbessern werden. Den Patienten wird ein ausgeruhtes Personal zur Verfügung stehen und dadurch wird die Qualität der medizinischen Versorgung besser, das heißt also optimiert werden können.

Als Aufsichtsbehörden für den Arbeitsschutz haben sich die Länder bereits am 10. September 2003 in Berlin auf einer Unterausschusssitzung des Länderausschusses für Arbeitsschutz und Sicherheitstechnik mit der EuGH-Entscheidung befasst und insbesondere das weitere Vorgehen für die Durchführung von Arbeitszeitkontrollen abgestimmt. Die Länder erwarten von der Bundesregierung eine zügige gesetzliche Neuregelung des Arbeitszeitgesetzes und können den Äußerungen des zuständigen Bundesministers für Wirtschaft und Arbeit entnehmen, dass die notwendigen Rechtsänderungen bereits zum 1. Januar 2004 in Kraft treten sollen.

Dem Bundestag liegt mit Drucksache 15/1204 bereits der Entwurf eines Gesetzes zur Reform am Arbeitsmarkt mit Änderungsantrag vom 10. September 2003 vor, der entsprechende Änderungen des Arbeitszeitgesetzes vorsieht, wonach Bereitschaftsdienst eben nicht mehr der Ruhezeit zugerechnet werden soll. Stattdessen soll künftig die wöchentliche Arbeitszeit einschließlich Bereitschaftsdienst und Arbeitsbereitschaft im Durchschnitt 48 Stunden nicht mehr überschreiten.

Die Arbeitsschutzbehörden der Länder sind sich darüber einig, dass eine sofortige Umsetzung des EuGH-Urteils in Krankenhäusern schon aus Gründen des am Arbeitsmarkt nur beschränkt zur Verfügung stehenden Fachpersonals, nur bedingt also möglich ist. Die Länder erwarten aber von den Krankenhausträgern bereits jetzt unter dem Eindruck des EuGH-Urteils, personelle Bedarfe zu ermitteln und, soweit möglich, Anpassungen im Sinne des Urteils vorzubereiten. Die Länder selbst werden über den Länderausschuss für Arbeitsschutz und Sicherheitstechnik wie schon im vergangenen Jahr die Krankenhausträger im Rahmen ihres Aufsichtsvollzuges bei Umstellungsmaßnahmen unterstützen. Derartige Modelle werden bundesweit gegenwärtig in 300 Krankenhäusern umgesetzt.

Meine Damen und Herren, wie kompliziert die Situation ist, darf ich Ihnen an folgenden Zahlen verdeutlichen: Der Marburger Bund als Vertretung der Krankenhausärzte rechnet mit einem zusätzlichen Mehrbedarf von bundesweit 15.000 Medizern und damit mit Mehrkosten von rund 1 Milliarde Euro pro Jahr. Die Deutsche Krankenhausgesellschaft errechnet einen zusätzlichen Bedarf von etwa 27.000 Ärzten und 14.000 Pflegekräften und damit etwa 2 Millionen Mehrkosten. Die Spitzenverbände der Krankenkassen ihrerseits zweifeln diese Bedarfsberechnungen an und rechnen bei einer Umstellung der Arbeitsorganisation nicht zwingend mit Mehrausgaben, da die neuen Vorgaben durch bessere Arbeitsorganisation, den Abbau von Überkapazitäten und die in der Bundespflege-satzverordnung bereits vorgesehenen zusätzlichen Mittel und im GMG-Entwurf auch eingeplanten weiteren Mittel für Verbesserungen der Arbeitszeitbedingungen in Krankenhäusern kostenneutral umgesetzt werden können.

Obwohl also ohne Kenntnis des neuen Arbeitszeitrechts noch keine verbindliche Stellungnahme zu diesen sehr unterschiedlichen hier zitierten Aussagen erfolgen kann, dürfte aber bereits jetzt feststehen, dass auch bei ausreichenden Finanzmitteln Arbeit suchende Ärztinnen und Ärzte im großen Umfang nicht zur Verfügung stehen werden. Ich bin deshalb wie die Landeskrankhausgesellschaft der Meinung, dass in einem der Sach- und Rechtslage entsprechenden Übergangszeitraum die Arbeitszeiten schrittweise umgestellt werden müssen, denn das beste Arbeitszeitmodell nützt herzlich wenig, wenn die Möglichkeiten zu seiner Umsetzung fehlen.

In Mecklenburg-Vorpommern können gegenwärtig sowohl von der Landeskrankhausgesellschaft als auch von der Ärztekammer wie auch von den befragten Krankenhäusern, die wir um Stellungnahme gebeten haben, derzeit noch keine konkreten Angaben zu den Folgerungen aus dem EuGH-Urteil gemacht werden, wobei lediglich nach erster vorsichtiger Schätzung der Kassenärztlichen Vereinigung für zusätzliche Stellen im notärztlichen Bereitschaftsdienst 20 Millionen Euro Mehrkosten erwartet werden und für den stationären Bereich nach Maßgabe des 100-Millionen-Programms der Bundesregierung auf der Basis eines Mehrbetrages in Höhe von 0,2 Prozent des jeweiligen Krankenhausbudgets sich eine zur Verfügung stehende Summe von etwa 2 Millionen Euro jährlich errechnen würde. Hierzu sieht die geltende Bundespflegeverordnung in Paragraph 6 vor, dass die Vertragsparteien zur Verbesserung der Arbeitszeitbedingungen einen zusätzlichen Betrag in Höhe von 0,2 Prozent des Gesamtbetrages vereinbaren. Voraussetzung ist, dass aufgrund einer schriftlichen Vereinbarung mit der Arbeitnehmervertretung zusätzliche Personalkosten zur Einhaltung der Arbeitszeit zu finanzieren sind. Diese Regelungen gelten zunächst für das Jahr 2003 und werden dann für 2004 und die Folgejahre fortgeschrieben.

Für das Land Mecklenburg-Vorpommern ist weiterhin ein differenziert zu betrachtendes Nebeneinander von ärztlicher Über- und Unterversorgung festzustellen. Es ist bekannt, dass wir im ambulanten Bereich in attraktiven städtischen oder küstennahen Regionen strukturell eher eine Überversorgung festzustellen haben, für ländliche strukturschwache Gegenden jedoch es offensichtlich an Attraktivität fehlt, sich hier als Arzt anzusiedeln. Hier prüft die Landesregierung ebenso Möglichkeiten der Unterstützung von Existenzgründungen, wie bei den Kommunen über die Bereitstellung günstiger Arbeits- und Wohnräume oder auch bei der Kassenärztlichen Vereinigung über

die Einführung einer so genannten Landarztzulage weiter nachgedacht werden sollte.

Angesichts des nahezu leergefegten Arbeitsmarktes müssen die Rahmenbedingungen der ärztlichen Arbeit spürbar verbessert werden – das möchte ich ausdrücklich sagen –, da sonst der Wettbewerb mit anderen Ländern nicht gewonnen werden kann. Und das geht nur im Miteinander mit allen Betroffenen. Vor diesem Hintergrund ist der im kommenden Frühjahr anstehende Beitritt unserer östlichen Nachbarländer zur Europäischen Union durchaus mit positiven Erwartungen verbunden. Bereits in der jüngeren Vergangenheit haben die Anträge auf Erteilung einer ärztlichen Berufserlaubnis aus Polen, der Tschechischen Republik, der Slowakischen Republik stark zugenommen, weshalb sich die Anzahl der vom Sozialministerium für EU-Ausländer ausgestellten Berufserlaubnisse von ursprünglich 50 im Jahr mit nunmehr über 100 jährlich in kurzer Zeit, und das mit steigender Tendenz, mehr als verdoppelt hat.

Auch in Kenntnis regionaler Engpässe in der ärztlichen Versorgung kann daher die Versorgung der Bevölkerung im stationären wie im ambulanten Bereich insgesamt auf einem guten Niveau auch zukünftig in Mecklenburg-Vorpommern gewährleistet werden. Die ansteigenden Bewerberzahlen für ein Medizinstudium, die guten Ergebnisse, die die Universitäten Mecklenburg-Vorpommerns bei der Beurteilung der Medizinstudiengänge haben, das zeigt überdies, dass der Arztberuf weiterhin für junge Menschen attraktiv ist und damit der ärztliche Nachwuchs auch mittelfristig zur Verfügung stehen wird. – Ich danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke, Frau Ministerin.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Glawe von der Fraktion der CDU.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU –

Dr. Ulrich Born, CDU: Bravo! –

Andreas Bluhm, PDS: Habt ihr keine anderen Redner? – Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der CDU und PDS)

Harry Glawe, CDU: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Sehr geehrte Kollegen! Die Auswirkung des Urteils des Europäischen Gerichtshofes zur Bewertung des Bereitschaftsdienstes als Arbeitszeit steht im Raum. Die Daten für Mecklenburg-Vorpommern sind weitestgehend bekannt. Im Kern heißt das für uns, es fehlen 400 Stellen in den Kliniken, also in den 35 Krankenhäusern unseres Landes, und damit haben wir sozusagen auf der einen Seite die Frage zu stellen, wie kriegen wir die Finanzierung hin. Frau Ministerin ist auf einige Dinge eingegangen. Erhöhung um 0,2 Prozent ist die eine Seite, 20 Millionen Finanzmittel und 100 Millionen zusätzlich im System werden insgesamt die Probleme in diesem Bereich nicht lösen können, denn Sie müssen weiter daran denken, dass sie also in den besonderen Bereichen, die OP-Bereiche betreffen, auch Schwestern und Pfleger vorhalten müssen, die also auch benötigt werden, um Operationen durchzuführen.

Über das Arbeitszeitgesetz des Bundes wurde schon geredet, das ist also derzeit nicht da. Und was uns in besonderer Weise ja auch beschäftigen muss, ist die Frage nach der Auslastung der hochwertigen Medizin-

technik im Land, die hier ja auch steht und sozusagen ausgelastet werden muss. Deswegen haben wir uns auch zu einem Änderungsantrag in besonderer Weise entschlossen. Das Thema war vorhin schon mal in einer anderen Diskussion benannt worden, und zwar geht es um die Universitäten im Land und um die Frage, wie kriegen wir diese Universitäten, die ja auch Grundversorgung in Mecklenburg-Vorpommern leisten auf der einen Seite und auf der anderen Seite ja Forschung und Lehre betreiben sollen, so ausgestaltet, dass sie mit Finanzmitteln gut bedacht werden. Und ich denke, auf Dauer wird sich das Land da nicht heraushalten können. Wir werden also in diesem Bereich auch nachlegen müssen unter dem Eindruck von Benchmarking.

Aber da Sie jetzt schon wieder erklärt haben, das wäre zu viel für die Regierung, und Sie wollen diesen Änderungsantrag ja ablehnen, kann ich das jetzt noch mal mündlich einfordern, dass diese Dinge besonders ernsthaft geprüft werden, denn Sie können sich vor diesen Problemen nicht verschließen, Sie können sie nicht verdrängen, auch die Ministerin und alle Minister nicht und auch die PDS-Fraktion und die SPD-Fraktion nicht. Diese Finanzbedarfe an Personal sind unabweisbar. Es geht um Qualität und um Lebensstandsicherung, es geht darum, diesem Urteil Rechnung zu tragen. Und dieses Urteil kann man nur a) durch Finanzzuweisungen sozusagen bedienen und zweitens natürlich auch durch Änderung von Arbeitszeitmodellen. Also auch Ärzte müssen natürlich sozusagen andere Arbeitszeitmodelle in Kauf nehmen nach diesem Urteil. Ruhezeit und Arbeitszeit, all die Dinge sind angesprochen worden.

Ich kann nur darum bitten, dass Sie also doch vielleicht noch zu der Einsicht kommen, unserem Änderungsantrag zuzustimmen, denn er ist in der Sache eigentlich richtig und korrekt. Und er zeigt auch die Frage auf, dass die Zeitschiene eine ganz wichtige Frage ist, er wirft die Probleme der Fachaufsicht und der Rechtsaufsicht auf und er fragt auch nach der Zuständigkeit und nach der Aufsicht in den Ministerien. Meine Damen und Herren, ich kann nur werben, ändern Sie Ihre Meinung, stimmen Sie unserem Änderungsantrag zu!

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

In der Sache, denke ich, liegen wir nicht auseinander. Das Ziel muss sein, dieses Urteil umzusetzen. Da gibt es einige Hürden, die habe ich beschrieben, auch Frau Ministerin hat darauf hingewiesen. – Vielen Dank.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke schön, Herr Glawe.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Dr. Nieszery von der Fraktion der SPD.

Dr. Norbert Nieszery, SPD: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren!

Eigentlich hatte ich erwartet, Herr Glawe, dass Sie diesen Antrag wieder als Arbeitsauftrag für die Regierung abqualifizieren.

(Heiterkeit bei Karin Schmidt, PDS –
Harry Glawe, CDU: Hab ich ja nicht.)

Das finde ich auch in Ordnung, ich wollte Sie gerade loben, Herr Glawe.

(Harry Glawe, CDU: Es gibt ja mehrere Beteiligte.)

Die SPD-Fraktion nämlich hält diesen Antrag für sinnvoll, um die Auswirkungen des EuGH-Urteils vom 9. September 2003 für Mecklenburg-Vorpommern dargestellt zu bekommen.

Hinsichtlich der Neu- beziehungsweise Umgestaltung des Arbeitszeitgesetzes gibt es bundesweit zahlreiche Initiativen, die sicher in die zu erwartende Berichterstattung unserer Sozialministerin einfließen werden. Wir unterstützen daher diesen Antrag und warten gespannt auf die Ergebnisse, die uns präsentiert werden. Ich kann mir vorstellen, dass wir dann auch in Anbetracht der von Ihnen aufgezeigten Schwierigkeiten, Herr Glawe, eine ausführliche Diskussion erwarten können.

Den Antrag der CDU lehnen wir ab, da wir durchaus so viel Vertrauen in das Ministerium haben, dass der geforderte Bericht umfassend und somit in unserem Sinne abgefasst wird. – Vielen Dank.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten
der SPD und PDS)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke schön, Herr Dr. Nieszery.

Das Wort hat jetzt die Abgeordnete Frau Schmidt von der Fraktion der PDS.

Karin Schmidt, PDS: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich könnte es jetzt genauso kurz und bündig wie Herr Dr. Nieszery machen, möchte es aber doch nicht und noch einige weitere Begründungen dafür darstellen, warum wir gerade diesen Antrag als so notwendig erachten.

Das zur Diskussion stehende Urteil des Europäischen Gerichtshofs vom 9. September 2003 wirft Fragen der Arbeitszeitverkürzung und des Überstundenabbaus auf, woraus sich der eingeforderte Handlungsbedarf der Landesregierung, aber auch von Berufsvereinigungen et cetera ergibt. Mein Fraktionskollege Herr Koplin hatte unter anderem den Gedanken geäußert, dass das Urteil mehr als ein juristisches Problem ist, denn es wirft weit gefächerte und prinzipielle Fragen auf, die, wie dargestellt, nicht nur den medizinischen Bereich im engeren und weiteren Sinne betreffen. Trotzdem möchte ich mich in den nachfolgenden Ausführungen insbesondere auf die Situation in den Krankenhäusern konzentrieren.

Dieses Urteil bringt nämlich unserer Meinung nach eine neue Dynamik in Reformprozesse, die gesamtgesellschaftlich anstehen. Neben den wiederholt zitierten finanziellen Konsequenzen offenbart es auch strukturelle Probleme, zum Beispiel die Anzahl von Personalstellen. Überholte Strukturen im Gesundheitswesen sowie fehlsteuernde Anreize haben Qualitätsverluste und Unwirtschaftlichkeiten zur Folge. Hier hat eine grundlegende Reform anzusetzen. Vor allem wäre die starre Trennung zwischen ambulant tätigen Ärzten und Ärztinnen, Krankenhäusern und Reha-Einrichtungen durch bessere Kooperation und Integration zu überwinden. So stellte die Deutsche Krankenhausgesellschaft vor etwa zwei Monaten Reformansätze dar. Danach sollten alle Kliniken durch zusätzliche ambulante Behandlungen für deutlich mehr Wettbewerb unter den Anbieterinnen und Anbietern von Gesundheitsleistungen sorgen.

Ausgangspunkt ist unter anderem, dass in Deutschland das bekannte Schnittstellenproblem zwischen der ambulanten und der stationären medizinischen Versorgung

besteht. Diese Kluft soll nach dem Willen der Bundesregierung durch integrierte Versorgungsprogramme aufgehoben werden. Die Deutsche Krankenhausgesellschaft will deshalb an den Kliniken Gesundheitszentren entstehen lassen, die den Patientinnen und Patienten vor, während und nach der stationären Behandlung zur Verfügung stehen sollen.

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Besonders chronisch Kranke würden davon profitieren. Aber das Ganze ginge natürlich nur dann, wenn den Kliniken ausreichend Personal für diesen neuen Service zur Verfügung stünde. Die Realität sieht dagegen so aus, dass heute in der Bundesrepublik jedes zweite Krankenhaus seine freien Stellen nicht besetzen kann, weil die Ärztinnen und Ärzte aufgrund der überlangen Arbeitszeiten, siehe Bereitschaftsdienste, förmlich aus den Kliniken flüchten, nicht nur in Mecklenburg-Vorpommern.

(Harry Glawe, CDU: Ist denn
das auch der wahre Grund?)

Expertinnen und Experten sagen voraus, dass, wenn das Thema integrierte Versorgung nicht vernünftig angepackt wird, es wegen der inneren Logik in wenigen Jahren wieder auf den Tisch kommt. Ein Blick ins Ausland macht deutlich, wie effizient die Verzahnung von ambulanter und stationärer Behandlung funktionieren kann. So gibt es in den Niederlanden praktisch keine niedergelassenen Fachärztinnen und -ärzte. Diese arbeiten ausschließlich in den klinikeigenen Polikliniken. Alle Patientinnen und Patienten, die der Hausarzt überweist, stellen sich zunächst in der Poliklinik vor. Dort wird entschieden, ob eine stationäre Behandlung erforderlich ist oder ob die Patientinnen und Patienten ambulant in der Poliklinik bis zu ihrer Genesung behandelt werden. Gleiches wie das soeben Skizzierte gilt für die Zusammenarbeit von Haus- und Fachärztinnen und -ärzten beziehungsweise in den psychosozialen Berufen. An der Tagesordnung sind moderne Versorgungsformen wie Ärztenetze, Gesundheitszentren und Polikliniken. Polikliniken sind nicht Notlösungen in Gegenden mit Mangel an niedergelassenen Ärztinnen und Ärzten und es hat nichts mit Ostalgie zu tun.

Das, was Ostdeutsche aufgrund eigener Erfahrungen wissen, bricht sich nun auch bis in die Bundesregierung hinein Bahn.

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Zum Stichwort Gesundheitszentrum äußerte sich der Staatssekretär im Bundesgesundheitsministerium Klaus Theo Schröder gegenüber dem ND am 26./27. Juli 2003 wie folgt, ich zitiere: „Anfang der 90er Jahre war die Debatte ideologisch bestimmt, nicht medizinisch. Das, was in Ostdeutschland überlebt hat, ist ein gutes Beispiel dafür, dass die ambulante Versorgung jenseits der freiberuflichen Tätigkeit in guter Qualität organisierbar ist. Mehrere Ärzte unter einem Dach, gemeinsam gemanagt, gemeinsame Ressourcennutzung, auch mit angestellten Ärzten, das verstehe ich unter einem Gesundheitszentrum. Dieses Angebot nun wieder zur Verfügung zu stellen, halte ich für einen enormen Fortschritt.“ Zitatende.

Hinzuzufügen ist, dass dort arbeitende Ärztinnen weitgehend komplikationslos ihre Familienphasen nehmen können, dass differenzierte Arbeitszeitmodelle durchsetzbar sind, dass dort ein wesentlich höherer Grad an Kapitalbindung und Technikausstattung und -auslastung anzutreffen ist. So machen die in Deutschland noch

bestehenden 32 Polikliniken, davon 19 in Brandenburg, einst als Staatsmedizin verschmäht, wieder Furore.

(Harry Glawe, CDU: Es gibt auch modernere.)

Ich denke, dass das Urteil des Europäischen Gerichtshofs über den engen Bereich der Arbeitszeit und auch über den Klinikbereich hinaus zum genauen Hinsehen, Nachdenken und Analysieren zwingt und die verschiedenen Faktoren, die einbezogen werden sollten, unter die Lupe zu nehmen – den demographischen Faktor, den wissenschaftlich-ökonomischen, finanziellen, strukturellen und schließlich personellen Faktor – und sie dann zu praktischen Schlussfolgerungen zusammenzuführen. – Danke schön.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS und Reinhard Dankert, SPD)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke, Frau Schmidt.

Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung.

Ich lasse zunächst über den Änderungsantrag der Fraktion der CDU auf Drucksache 4/844 abstimmen. Wer diesem Änderungsantrag zustimmen wünscht, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. – Danke. Gegenstimmen? – Danke. Stimmenthaltungen? – Damit ist der Änderungsantrag der Fraktion der CDU auf Drucksache 4/844 mit den Stimmen der Fraktion der SPD und der Fraktion der PDS bei Zustimmung der Fraktion der CDU abgelehnt.

Wer dem Antrag der Fraktionen der PDS und SPD auf Drucksache 4/810 zustimmen wünscht, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. – Danke. Gegenstimmen? – Danke. Stimmenthaltungen? – Damit ist der Antrag der Fraktionen der PDS und SPD auf Drucksache 4/810 mit den Stimmen der Fraktion der SPD, der Fraktion der PDS, der Fraktion der CDU bei einer Gegenstimme angenommen.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 25:** Beratung des Antrages der Fraktionen der SPD und PDS – Dreimonatige Kündigungsfrist im Wohnraummietrecht muss auch bei Altverträgen eindeutig sein, Drucksache 4/809.

Antrag der Fraktionen der SPD und PDS:
Dreimonatige Kündigungsfrist im
Wohnraummietrecht muss auch
bei Altverträgen eindeutig sein
– Drucksache 4/809 –

Das Wort zur Begründung hat der Abgeordnete Herr Heydorn von der Fraktion der SPD.

Jörg Heydorn, SPD: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren Abgeordnete! Seit dem 1. September 2001 ist das neue Mietsrechtsreformgesetz in Kraft. Das vorherige Mietrecht in Deutschland hatte deutliche Defizite. Es trug den Anforderungen einer modernen Gesellschaft nicht ausreichend Rechnung. Es war sprachlich und zum Teil auch inhaltlich veraltet und durch zahlreiche Gesetzesänderungen unübersichtlich geworden. Deswegen war es das Ziel, es zu vereinfachen, es neu zu gliedern und inhaltlich zu modernisieren.

Das Gesetz strebt nun einen ausgewogenen Interessenausgleich zwischen den Mietern und Vermietern an und soll zugleich übersichtlicher und verständlicher gemacht werden. Die wichtigsten Neuerungen sind:

- Stärkung des Vergleichsmietensystems
- Senkung der Kappungsgrenze für den maximal erlaubten Mietanstieg von 30 auf 20 Prozent
- höhere Transparenz in der verbrauchsabhängigen Betriebskostenabrechnung
- Vereinheitlichung der vorher unterschiedlichen Regelungen zwischen Eigenbedarf und Verwertungskündigungen bei der Umwandlung in Eigentumswohnungen
- Anerkennung von Mietverhältnissen bei nichtehelichen Lebensgemeinschaften
- Kündigungsrecht gegenüber nicht in der Wohnung lebenden Erben

Ein weiterer wesentlicher Punkt, mit dem sich der vorliegende Antrag der Fraktionen von SPD und PDS beschäftigt, sind die Kündigungsfristen. Die Kündigungsfrist für Mieter von drei Monaten gilt als ausgesprochener Fortschritt dieser Mietrechtsreform. Nach dem ursprünglichen Willen des Gesetzgebers sollte diese Frist nicht nur für neue, sondern auch für die alten und vor der Mietrechtsreform geschlossenen Verträge gelten, wenn die Altverträge Kündigungsfristen von bis zu zwölf Monaten fordern. Es war also halt so, dass für beide Parteien – sowohl für Mieter als auch für Vermieter – sich die Kündigungsfristen verlängerten, je länger jemand in der Wohnung wohnte. Das erste Mal nach fünf Jahren, das zweite Mal nach acht Jahren und das dritte Mal erhöhte sich die Kündigungsfrist nach Ablauf von zehn Jahren. Das hat man verändern wollen, und zwar indem man sagte, Mieter haben grundsätzlich die Möglichkeit, nach drei Monaten zu kündigen.

Hierbei hat der Gesetzgeber seinen Willen jedoch nicht ausdrücklich formuliert. Es gibt Probleme bei den Altverträgen. Und unser Antrag geht dahin, dass wir hier noch mal eine Initiative starten wollen, dass der Gesetzgeber diesen Gesetzestext noch mal neu aufgreift, noch mal neu formuliert und letztendlich die Möglichkeit schafft, dass auch diese Altmietverträge mit einem Zeitraum von drei Monaten mieterseitig gekündigt werden können. – Danke schön.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD und PDS)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke schön, Herr Heydorn.

Im Ältestenrat wurde eine Aussprache mit einer Dauer von bis zu fünf Minuten für jede Fraktion vereinbart. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Das Wort hat jetzt die Abgeordnete Frau Strenz von der Fraktion der CDU.

Karin Strenz, CDU: Frau Präsidentin! Werte Kolleginnen und Kollegen! Mietrechtsreformgesetz – ein großes Vorhaben mit vielen Schwachstellen. Schon seinerzeit waren sich Fachleute darüber einig, dass dieses Gesetz, so, wie es denn vorliegt, mit der heißen Nadel gestrickt wurde, was sich heute bestätigt, jedoch nicht bedeutet aus unserer Sicht, dass Sie mit Ihrer Forderung nach einer Bundesratsinitiative den richtigen Ansatz zeigen.

Der Bundesgerichtshof, so scheint es, mutiert zwangsweise zum Reparaturbetrieb für ein stümperhaft formuliertes Mietrecht. Jedoch hat der Bundesgerichtshof in dieser

Situation sehr schnell entschieden und keinen Zweifel daran gelassen, dass, wenn Mietverträge vor dem 01.09.2001 abgeschlossen worden sind und nach Mietdauer gestaffelte gesetzliche Kündigungsfristen wörtlich oder sinngemäß wiedergeben, diese fortgelten, und zwar auch dann, wenn sie formulargemäß vereinbart wurden. Das BGH-Urteil vom 18. Juni 2003 bedeutet, dass Altmietvertrag eben nicht gleich Altmietvertrag ist. Abzugrenzen sind alte Mietverträge, in denen die alten Fristen gerade nicht in einer Vertragsklausel genannt, sondern mit einer Fußnote erläutert oder in denen die alten Fristen explizit nicht genannt wurden. Die Kündigung richtet sich in diesen Fällen nach dem geltenden Recht. Es handelt sich demnach um eine problemlose dynamische Rechtsverweisung.

Nur die Mietverträge, die die alten Fristen – und um die geht es Ihnen ja – wörtlich oder sinngemäß wiederholen, sind Ihnen ein Dorn im Auge. Jedoch der BGH ist nun mal unumstößlich der Auffassung, dass wörtlich oder sinngemäß wiedergegebene Fristen eben vertragliche Vereinbarungen sind, denn dieses ergibt sich ebenfalls aus dem Wortlaut der Übergangsvorschriften des Artikels 229 Paragraph 3 Absatz 10 EBGB. Wissen Sie, hier wird bestimmt, dass Paragraph 573 c Absatz 4 BGB eben keine Anwendung findet, wenn abweichende Kündigungsfristen vor dem 01.09.2001 durch den Vertrag vereinbart worden sind.

Die BGH-Entscheidung fußt auf der schriftlichen Begründung des Gesetzentwurfes der Bundesregierung für das Mietrechtsreformgesetz. Danach sollte mit der Übergangsvorschrift aus Gründen des Vertrauensschutzes sichergestellt werden, dass vor dem In-Kraft-Treten des Mietrechtsreformgesetzes wirksam vereinbarte Kündigungsfristen auch zukünftig wirksam bleiben. Wer hier – und den Eindruck hat man unterschwellig – das Lied vom schwachen, hilflosen Mieter und dann möglicherweise vom schmarotzenden Vermieter anstimmt, verkennt die Realitäten des Wohnungsmarktes, ganz besonders hier in Mecklenburg-Vorpommern.

Die unterschiedlichen Kündigungsfristen, mit denen die rot-grüne Regierungskoalition die ausgewogene Symmetrie einseitig zu Lasten der Vermieter veränderte, lehnte die CDU bereits im Jahre 2001 ab und an diesem Standpunkt hat sich bis heute nichts geändert. Einen Antrag, der einem asymmetrischen Kündigungsrecht Vortrieb leistet, können, wollen und werden wir nicht mittragen. Gerade der private Kleinvermieter wird durch solche Regelungen enorm benachteiligt oder gänzlich abgeschreckt. Es ist durchaus richtig, den gesellschaftlichen Veränderungen – und die sind ja hier noch gar nicht angesprochen worden – vielleicht Rechnung zu tragen. Bei Verzug, bei Umzug, bei einem zweiten Wohnsitz die Voraussetzung einer erhöhten Mobilität zu haben und dem Rechnung zu tragen – all das sind Dinge, über die man natürlich nachdenken muss. Aber besser für die Menschen hier in Mecklenburg-Vorpommern wäre es, wenn man sich auch mit dem Fakt beschäftigt, wenn Sie Ihre Berliner Kollegen dazu anhalten würden, das Debakel um die Pendlerpauschale zu beenden, oder eine sichere zukunftssträchtige Beschäftigung auf dem ersten Arbeitsmarkt sicherstellen könnten.

Grundsätzlich ist festzustellen, dass man lieber beim alten ausgewogenen, verlässlichen und verständlichen Mietrecht geblieben wäre. Das ist unsere Sicht. So hätten wir heute die Verkomplizierungen gar nicht erst gehabt. In

diesem Fall – und es ist schon fast ein Zufall, dass man heute Morgen mit dem guten alten Bismarck angefangen hat – würde ich ganz gerne mit einem Bismarck-Zitat auch enden. Und zwar äußerte dies eine Broschüre, die Sie alle kennen, die sich mit Bau und Wohnungseigentum beschäftigen. Dort sagte eine Rechtsanwältin Ricarda Breiholdt aus Hamburg, die sich sehr mit der Materie beschäftigt hat: „Wie hätte es Reichskanzler Otto Graf von Bismarck doch so zutreffend gesagt: ‚Mit den Gesetzen ist es wie mit den Würstchen. Manchmal ist es besser, wenn man nicht sieht, wie sie gemacht werden.‘“

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke schön, Frau Strenz.

Das Wort hat jetzt die Abgeordnete Frau Lück von der Fraktion der PDS.

Regine Lück, PDS: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Meine Vorredner haben hier ja schon gesagt, dass am 1. September 2001 die jüngste Mietrechtsreform in Kraft getreten ist. Ich glaube, dass dieses neue Mietrecht von vielen kaum bemerkt worden ist, besonders auch die Veränderungen bei den Kündigungsfristen. Auch so genannte einfache Zeitmietverträge sind ja jetzt nicht mehr zulässig. Auch das wurde von vielen gar nicht bemerkt.

Bei der Abrechnung von Betriebskosten gab es vor allem drei Veränderungen. Und die möchte ich doch noch mal hervorheben, weil sie ja auf ganz viele Mieter Einfluss haben. Das ist einmal die Kostenumlage auf die Miete, das sind die Ausschlussfristen für Nachforderungen des Vermieters und die Einwendungen, die dem Mieter zustehen gegen die Abrechnungen. Also bei den Betriebskostenabrechnungen gelten die neuen Vorschriften allerdings nicht für Abrechnungszeiträume, die vor dem In-Kraft-Treten des Mietreformrechts liegen.

Welche Kündigungsfristen bei so genannten Altmietverträgen angewandt werden, ist ja in der Übergangsregelung, in der Übergangsvorschrift geregelt. Nun, nach dem neuen Mietrecht, gelten die neuen Kündigungsfristen auch für Altmietverträge. Ausnahmen gibt es nur, wenn in den alten Verträgen eine Vereinbarung über Kündigungsfristen enthalten ist. Und da gibt es ja die zwei Varianten, nämlich einmal wurde in den alten Verträgen ausdrücklich von der derzeit gültigen Kündigungsfrist abgewichen, oder zweitens, es wurde in einem so genannten Formularmietvertrag, von dem Frau Strenz ja schon sprach, der alte Gesetzestext wörtlich oder auch sinngemäß wiedergegeben oder darauf Bezug genommen. Genau um diese Ausnahmeregelungen und speziell um die so genannten Formularmietverträge geht es aber.

Vor der Mietrechtsreform galten je nach der Dauer der Mietverhältnisse für beide Mietparteien Kündigungsfristen von drei, sechs, neun und von zwölf Monaten. Nun ist es verändert worden ganz im Sinne der Mieter, auf drei Monate ist es abgesenkt worden.

(Karin Strenz, CDU: Ausschließlich.)

Eine vertragliche Abweichung hiervon zu Lasten des Mieters ist nicht mehr möglich. Für den Vermieter gilt seit dem 01.09.2001 je nach Vertragsdauer eine Kündigungsfrist von drei, sechs und neun Monaten. Enthält also ein Mietvertrag, der vor dem 1. September 2001 abgeschlossen wurde, keine Vereinbarung über Kündigungsfristen,

so gilt unabhängig von der Vertragsdauer die neue gesetzliche Frist von drei Monaten. Dies ist jedoch nicht der Regelfall, sondern die Ausnahme. Eine Ungleichbehandlung von Mietern und längere als dreimonatige Kündigungsfristen müssen aus heutiger Sicht auch als unbillige Härte angesehen werden. Vermieter – das meine ich und das sehen seriöse und auch zukunftsfähige Wohnungsunternehmen genauso – können Mieterbindungen auf Dauer nur durch Service und auch durch Rechtssicherheit erreichen.

Sehr geehrte Damen und Herren, Ihnen liegt der Antrag der Koalitionsfraktionen vor, mit dem wir für beide Mietparteien mehr Rechtssicherheit erreichen wollen. Wenn sich geltendes Recht als Hemmschuh für persönliche und auch für gesellschaftliche Entwicklung erweist, dann muss es auch korrigierbar sein. Und es ist doch paradox, wenn von unseren Menschen auf der einen Seite mehr Flexibilität gefordert wird und verlangt wird und auf der anderen Seite diese Flexibilität durch gesetzliche Regelungen gleichzeitig beschränkt wird. So sieht es die Bundesregierung als zumutbar an, dass Menschen, die arbeitslos werden, spätestens nach drei Monaten Arbeitslosigkeit in der ganzen Bundesrepublik umherziehen und sich bei Androhung von Sperrzeiten und Leistungsentzug einen neuen Wohnort suchen müssen.

(Zuruf von Karin Strenz, CDU)

Andererseits kommen die Betroffenen aus ihren Mietverträgen womöglich nicht heraus.

(Präsidentin Sylvia Bretschneider
übernimmt den Vorsitz.)

Meine Damen und Herren, Sie sehen also, dass eine Gesetzesänderung beziehungsweise Korrektur und Richtigstellung unabdingbar ist. Alles andere würde zu Lasten der Mieter gehen und deren berechnete Interessen vertreten wir hier. Ich bitte deshalb um Ihre Zustimmung.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS
und Reinhard Dankert, SPD)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Frau Lück.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Heydorn von der SPD-Fraktion.

Jörg Heydorn, SPD: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren Abgeordnete!

Frau Strenz, es kommt natürlich immer darauf an, wen man fragt. Wenn man einen Rechtsbeistand des Verbandes Norddeutscher Wohnungsunternehmen fragt, dann kriegt man natürlich solche Aussagen. Das liegt einfach daran, das ist wahrscheinlich im Norden die größte Vermieterorganisation, die wir haben, und dass die sich natürlich zu der durchgeführten Reform nicht positiv äußern, das kann man an dem Punkt verstehen und nach-

vollziehen. An deren Stelle hätte ich da auch keine andere Auffassung vertreten.

Aber ich muss Ihnen widersprechen. Die Mietrechtsreform hat in der Tat zu klaren Formulierungen geführt. Das ganze Mietrecht ist deutlich verständlicher geworden und es ist transparenter im gesamten Aufbau. Und jeder, denke ich, kommt damit heute besser klar.

Ich gebe Ihnen im Folgenden Recht: Was das Thema Kündigungsfristen angeht, ist die Intention des Gesetzgebers nicht vernünftig umgesetzt worden, denn der Gesetzgeber hatte erkannt, dass wir mit gewissen Megatrends zu leben haben, die unsere Gesellschaft in erheblichem Umfang verändern. Zum Beispiel ist eines dieser Themen das Thema Arbeitnehmermobilität. Und das Thema Arbeitnehmermobilität spielt auch in Mecklenburg-Vorpommern eine Rolle. Also jemand, der in irgendeiner Form darauf angewiesen ist, sehr schnell den Arbeitsplatz oder den Wohnort zu wechseln, weil er einen Arbeitsplatz an anderer Stelle angenommen hat, der ist in der Situation, da schnell handeln zu müssen. Dem wollte der Gesetzgeber Rechnung tragen. Und der Gesetzgeber wollte von seiner Ursprungsintention dem auch für die Altverträge Rechnung tragen. Was misslungen ist, ist letztendlich die Formulierung, die da ins BGB eingeflossen ist. Und wir wollen in der Tat jetzt eine Initiative starten, dass das noch mal zugunsten der Mieter, die ja in erster Linie davon betroffen sind, verändert wird. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD
und einzelnen Abgeordneten der PDS)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Herr Heydorn.

Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der Fraktionen der SPD und PDS auf Drucksache 4/809. Wer dem zustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Gegenprobe. – Stimmenthaltungen? – Damit ist dem Antrag mehrheitlich mit den Stimmen der SPD- und der PDS-Fraktion gegen die Stimmen der CDU-Fraktion und einigen Stimmenthaltungen bei der CDU-Fraktion gefolgt.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir sind am Schluss der heutigen Tagesordnung. Bevor ich Sie in die sitzungsfreie Woche entlasse, berufe ich die nächste Sitzung des Landtages auf Mittwoch, den 12. November 2003, 10.00 Uhr ein. Die Sitzung ist geschlossen. Auf Wiedersehen!

Schluss: 17.16 Uhr

Es fehlten die Abgeordneten Martin Brick, Klaus Mohr, Karsten Neumann, Bernd Schubert, Thomas Schwarz und Jörg Vierkant.